هكذا صدر الأصل

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 20. November 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11; Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 270 - 47.W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien [illegible], Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande [illegible], Norwegen 9,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden [illegible], Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Tunesien [illegible]

Heute in der WELT

Warnung vor der „Wunderdroge"

Extrakte aus Fischöl sind in Amerika zu Zeit der „Renner": Sie werden als neue „Wunderdroge" gegen die Zivilisationskrankheit Arterienverkalkung angepriesen und finden reißenden Absatz. Noch bevor diese Welle auf Europa überschwappt, warnten Mediziner jetzt auf der Jahrestagung der American Heart Association im texanischen Dallas vor unbekannten Nebenwirkungen des umstrittenen Präparates. Seite 8

POLITIK

C-Waffen: Die sowjetischen Truppen in Afghanistan setzen nach Informationen der Londoner wehrpolitischen Zeitung „Jane's Defence Weekly" im Kampf gegen die Widerstandskämpfer Giftgas ein. Im Raum Kabul seien nach Angaben von Diplomaten Gasgranaten verschossen worden. (S. 12)



EG: Scharfe Kritik an der europäischen Agrarpolitik hat der US-Botschafter in Bonn, Burt (Foto), geübt. In Hamburg warnte er: „Wir nähern uns einem massiven Subventionskrieg zwischen EG und USA", der beide Seiten teuer zu stehen komme. (S. 14)

Gewerkschaften: Die verbotene polnische Gewerkschaft „Solidarität" ist dem Internationalen Bund freier Gewerkschaften (IBFG) mit Sitz in Brüssel beigetreten, der 83 Millionen Arbeitnehmer in 98 Ländern vertritt.

UdSSR: Zu Wirtschaftsgesprächen wird der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Antonow Ende November in der Bundesrepublik Deutschland erwartet. Am 27. November soll er in Düsseldorf einen „Sowjetischen Wirtschaftstag" mit Wirtschaftsminister Bangemann eröffnen.

Blockade: Deutsche und französische Mitglieder der Umweltschutzorganisation „Robin Wood" haben sich gestern stundenlang an der Kieler Schleuse angekettet, um die Fahrt eines Containerschiffes zu blockieren, das Uranhexafluorid geladen hatte

Entlassen: Wegen Machtmißbrauchs sind in der UdSSR innerhalb eines Jahres 13 000 führende Wirtschaftsfunktionäre entlassen worden. Das teilte der Vorsitzende der Volkskontrollkommission, Schkolnikow, in Moskau mit.

Botschafter: Israel wird keinen Botschafter mehr nach Wien entsenden. Außenminister Peres begründete dies mit dem in Israel nicht ausgeräumten „Verdacht", Präsident Kurt Waldheim sei im Zweiten Weltkrieg an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen.

Gefängnisse: Die französische Regierung hat gegen das Votum von Staatspräsident Mitterrand die Zulassung privater Gefängnisse beschlossen. Das Gesetz soll noch vor Jahresende vom Parlament verabschiedet werden.

WIRTSCHAFT

Krupp: Ein normaler Arbeitstag ohne Feier, zugleich ein Gedenktag mit Besinnung auf Tradition – als Kraftquell für die Zukunft. So begeht die Essener Fried. Krupp GmbH, Holding eines Weltkonzerns, den 175. Jahrestag der Firmengründung. – „Krupp-Stahl" als ein Synonym. (S. 15)

BfG: Die spektakulärste Transaktion im deutschen Finanzgewerbe ist perfekt. Für 1,9 Mrd. Mark gehen 50 Prozent und eine Aktie der Bank für Gemeinwirtschaft zum 1. Januar 1987 an die Versicherungsgruppe Aachener und Münchener Beteiligungs AG. (S. 14)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten konnten sich die Kurse am Dienstag überwiegend erholen. Am Rentenmarkt setzte sich die freundliche Tendenz vom Wochenbeginn fort. WELT-Aktienindex: 268,73 (268,23). BHF-Rentenindex: 105,985 (105,988). BHF-Performance-Index: 107,106 (107,079). Dollarmittelkurs: 2,0198 (2,0096) Mark. Goldpreis je Feinunze vom Mittwoch: 391,50 (391,00) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964 = 100
280
270
260
5 6 7 10 11 12 13 14 17 18
November '86
DIE WELT

KULTUR

Bienensprache: Die Biologie verdankt Karl von Frisch wesentliche Impulse zur vergleichenden Sinnes- und Verhaltensphysiologie. Mit dem Namen eng verbunden ist die Entdeckung der Bienensprache. 1973 erhielt er den Nobelpreis für Medizin und Physiologie. Der 100. Geburtstag. (S. 25)

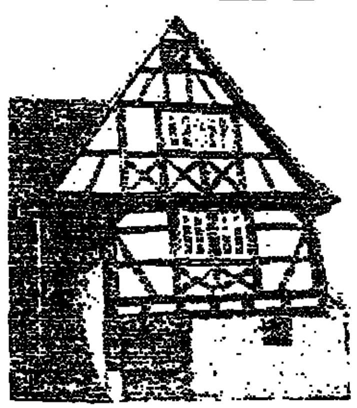
Bildung: Der Bund Freiheit der Wissenschaft stellte sein Bildungspolitisches Forum diesmal nicht unter ein Motto, sondern stellte eine Frage: „Zerbricht die Bildungslandschaft?" und kritisierte die SPD, die über Jahrzehnte das Klima für ein Konsens systematisch zerstört habe. (S. 23)

SPORT

Tennis: Bettina Bunge (Aschaffenburg) muß im Viertelfinale des Masters-Turniers in New York gegen Martina Navratilova antreten. Die Weltranglisten-Erste aus den USA besiegte in der ersten Runde des Turniers die Schwedin Catarina Lindquist 6:3, 6:0. Der klare Erfolg stand bereits nach 57 Minuten fest. (S. 10)

Fußball: Mit Blau-Weiß Berlin ist ein weiterer Bundesligaklub im deutschen Pokal-Wettbewerb ausgeschieden. Die Berliner unterlagen dem Karlsruher SC 1:2. Weitere Ergebnisse des Achtelfinales: Hamburger SV – St. Pauli 6:0, Stuttgarter Kickers – Hannover 96 2:0, Fortuna Düsseldorf – Bayern München 3:0. (S. 10)

AUS ALLER WELT



Heimatmuseen: Sie gewinnen immer größere Anziehungskraft. Im vergangenen Jahr zählten die 844 Museen in der Bundesrepublik 12,8 Millionen Besucher. Eines der größten neuen Projekte entsteht zur Zeit in Nordbaden, nachdem der Restaurator fündig geworden war (Foto). (S. 26)

„Graue Eminenzen": Der Titel hat nichts mit der Farbe, sondern mehr mit der Kompetenz im Hintergrund zu tun. Der Deutsche Sekretärinnen-Verband ist heute 30 Jahre alt geworden. (S. 26)

Streit um „Kronzeugen" bringt Bangemann in Bedrängnis

Union will geänderte Vorlage nicht akzeptieren / Parteitag als „Prüfstand"

PETER PHILIPPS, Bonn

Das Abrücken des FDP-Präsidiums von der mit der CDU/CSU vereinbarten „Kronzeugen"-Regelung bringt nicht nur die gesamte Gesetzesinitiative in Gefahr, sondern auch Parteichef Bangemann in immer stärkere Bedrängnis. Führende Vertreter der Freien Demokraten nennen die Vorlage eine „Mißgeburt" und verlangen deren vollständige Überarbeitung. Bisher will die FDP lediglich die Passage ändern, nach der Mördern, die sich als Kronzeuge zur Verfügung stellen, Straffreiheit gewährt werden kann.

Neben dem Fraktionsvorsitzenden der Union im Bundestag, Alfred Dregger, hat insbesondere die CSU den Koalitionspartner FDP mit Blick auf deren morgen beginnenden Parteitag „eindringlich" gewarnt, die Kronzeugenregelung in Frage zu stellen oder abzuschwächen. (Strauß) In der „Bild"-Zeitung kündigte der CSU-Chef an: „Entweder es bleibt bei der bisherigen Regelung, das heißt auch Straffreiheit für Mörder, oder die gesamte Regelung wird nicht in Kraft treten. Dies ist auch die Meinung des Bundeskanzlers." Die FDP trage „immer wieder Unruhe und Unsicherheit in die Koalition" hinein.

Dregger unterstrich die Strauß-Linie in der „Augsburger Allgemeinen": Wenn aussagewilligen Mördern, wie dies in dem „Kompromiß-Vorschlag" des FDP-Präsidiums für den Parteitag vorgesehen ist, nur noch Strafminderung in Aussicht gestellt werde, sei erwägenswert, ganz „auf diese Sache zu verzichten". Er mahnte: „Ich halte das Bündnis zwischen Union und FDP für intakt. Und ich möchte mein Urteil nicht wegen diesem Punkt ändern."

Noch deutlicher wird das von Strauß herausgegebene CSU-Organ „Bayernkurier": Der FDP-Parteitag sei „Prüfstand" für die Koalitionsfähigkeit. „Die FDP wird unter Beweis zu stellen haben, wie es mit ihrer Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit aussieht." Schließlich habe Bangemann die „offizielle Zustimmung seiner Partei" zur Kronzeugen-Regelung gegeben. Der Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Wolfgang Bötsch, warnte: „Die FDP strapaziert das Regierungsbündnis und will es wie ein Gummiband dehnen." Wenn sie von der Grundlage „abrücken und sie „verwässern" wolle, mache sie es „den Koalitionspartnern schwer, zukünftig Vereinbarungen zu treffen und sie einzuhalten".

Bangemann selbst bemüht sich inzwischen in einer Art semantischem Spagat, die neue Linie zu verteidigen und zugleich den Koalitionsstreit zu entschärfen: Der Präsidiums-Beschluß der FDP bedeute kein Abrükken von der verabredeten Koalitionslinie, und „insofern braucht es keinen Koalitionsstreit zu geben".

Der ehemalige Innenminister Baum nannte in der „Bild"-Zeitung die „Kronzeugen"-Regelung eine Frage der Zweckmäßigkeit, die nichts mit der Koalitionsfrage zu tun habe. Aber er sehe in einem Scheitern des ganzen Vorhabens auch „keinen Beinbruch".

Noch deutlicher machte sein linksliberaler Mitstreiter Hirsch die Distanz zum Parteichef. Gegenüber der Deutschen Presseagentur qualifizierte er das gesamte Vorhaben als „Mißgeburt" ab, das mit der „heißen Nadel genäht" worden sei.

DER KOMMENTAR

FDP – Unzuverlässig?

MANFRED SCHELL

Wie würde die FDP auf ihrem bevorstehenden Parteitag über den „Kronzeugen" entscheiden, wenn nicht Renault-Chef Besse, sondern wieder ein Deutscher von Terroristen ermordet worden wäre? Die Frage ist erlaubt. Schon deshalb, weil die FDP jetzt in der Diskussion über den „Kronzeugen" die Wende links- und rechtsherum auf der Fläche eines Suppentellers übt und wieder einer opportunistischen Denkweise anheimfällt.

Zur Erinnerung: Unter dem Eindruck des Mordes an von Braunmühl waren sich alle Regierungsparteien, also auch die FDP, darin einig, daß der Staat bei der Terrorismusbekämpfung unkonventionelle Wege gehen muß. Dabei waren sich die Verantwortlichen klar darüber, daß der „Kronzeuge" keine Wunderwaffe ist, aber sie sahen darin eine Möglichkeit, die Geschlossenheit der RAF aufzubrechen. Die FDP-Minister und die FDP-Bundestagsfraktion haben dem zugestimmt, denn auch sie waren der Meinung, daß es jetzt vorrangiges Ziel sein muß, weitere Morde, wenn es nur irgendwie geht, zu verhindern.

Jetzt kippt die FDP. Die Gegenstimmung kam zunächst aus den Landesorganisationen. Dann machte der Bundesjustizminister, federführend in der Sache, einen Rückzieher. Der Parteivorsitzende Bangemann bemüht sich inzwischen um „Modifizierungen". Ein RAF-Mörder, so wird argumentiert, dürfe auf keinen Fall straffrei ausgehen.

Die Konsequenz ist klar: Ohne das bisher vorgesehene Instrumentarium ist die „Kronzeugen"-Regelung hinfällig. Und zwar aus zwei Gründen: 1. Kein RAF-Mitglied wird das Risiko eingehen und sich der Justiz stellen, wenn es mit einer Verurteilung rechnen muß. 2. Bleibt die Möglichkeit verschlossen, einen an einem Mord Mitbeteiligten auch dann straffrei ausgehen zu lassen, wenn er auspackt, wenn er Verhaftungen ermöglicht, dann wird die RAF schon zur eigenen Absicherung als „Eintrittskarte" in ihren engsten Zirkel einen Mord abverlangen.

Die FDP muß dies alles bedenken. Ihre Zuverlässigkeit als Regierungspartei steht wieder einmal auf dem Spiel.

Paris denkt bei Kampf gegen Terror um

Fahndungsplakate wie in Deutschland / Zwei Frauen erschossen Renault-Chef Besse

DW. Paris

Nach dem Mord an Renault-Chef Georges Besse greifen die französischen Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den Terrorismus jetzt zu Fahndungsmethoden, die man bisher abgelehnt hat. Offenbar nach deutschem Vorbild werden in allen Polizeiwachen und wahrscheinlich auch in anderen öffentlichen Gebäuden Fahndungsplakate mit den Fotos gesuchter Terroristen ausgehängt. Außerdem wurde eine Belohnung von rund 340 000 Mark ausgesetzt.

Französische Politiker und auch ein Großteil der Bevölkerung sahen in der Fahndung mit Hilfe von Plakaten bisher eine Aufforderung zum Denunzieren. Doch selbst Staatspräsident Mitterrand, der sich zur Mordzeit am Montagabend zu einem offiziellen Besuch im afrikanischen Burkina Faso aufhielt, sagte in einem Fernsehinterview, der Kampf gegen den Terrorismus sei jetzt eine „Sache aller", nicht nur Angelegenheit der Polizei. Zum ersten Mal hatte die französische Regierung nach der Serie von Bombenanschlägen in Paris im September öffentliche Fahndungsplakate aushängen lassen. Damals war noch von einer „einmaligen Aktion" die Rede.

Auf Flugblättern, die in einer U-Bahn-Station in der Nähe des Tatorts gefunden wurden, hat die Terrororganisation „action directe" erklärt, sie habe den Anschlag auf Besse verübt. Die Zettel waren von einem

SEITEN 2 + 3:
Weitere Beiträge

Kommando „Pierre Overney" unterschrieben. Overney ist der Name eines militanten Maoisten, der am 25. Februar 1972 bei Zusammenstößen in den Renault-Werken in Billancourt bei Paris von einem Wachmann des Konzerns getötet worden war.

Bei den Mördern von Besse handelt es sich nach übereinstimmenden Zeugenaussagen um zwei Frauen. Unbestätigt blieben bisher Informationen der Zeitung „Le Figaro", nach denen die Terroristin Nathalie Menigon, die Freundin des „action directe"-Gründers Jean-Marc Rouillan, dem Kommando angehörte. Das Blatt berichtete, sieben Augenzeugen hätten sie auf den ihnen vorgelegten Fahndungsbildern eindeutig erkannt.

Die Polizei vermutet den „Internationalen Flügel" der „action directe", der enge Verbindungen zur „Rote Armee Fraktion" (RAF) hat, hinter dem Anschlag. Zwischen beiden Organisationen gibt es mit Sicherheit „Absprachen und eine gemeinsame Zielvorstellung", sagte ein deutscher Ermittlungsbeamter der WELT. In einer vertraulichen Analyse jüngsten Datums für die Sicherheitsbehörden heißt es, es zeige sich, daß die RAF bei der Bildung einer „Anti-Imperialistischen Front in Westeuropa" ein wesentliches Stück vorangekommen sei. Bei der länderübergreifenden Zusammenarbeit der verschiedenen Terrorgruppen in Europa sei die der RAF mit der französischen „action directe" am weitesten fortgeschritten.

Kohl will „Selbstbewußtsein der Deutschen stärken"

Moskau nennt Wahlprogramm der Union „[illegible]"

DW. Bonn

Zum drittenmal innerhalb weniger Tage hat Bundeskanzler Helmut Kohl die Überwindung der Teilung Deutschlands als elementaren Bestandteil seiner Politik hervorgehoben. In einem Interview der „Rhein-Zeitung" erklärte der Kanzler, er habe immer wieder darauf hingewiesen, daß die Postulate des Grundgesetzes nicht zur Disposition stünden. Er sagte weiter: „Das Wiedervereinigungsgebot der Präambel ist für mich ein Kernstück unseres nationalen Selbstverständnisses."

Danach gefragt, was die schwierigste Aufgabe der Politik in den kommenden Jahren sei, antwortete Kohl: „Die größte und schwierigste Herausforderung sehe ich darin, den Bürgersinn und das wiedergewonnene Selbstbewußtsein der Deutschen in den kommenden Jahren weiter zu stärken." Im übrigen hätten Fragen der nationalen Identität wieder an Bedeutung gewonnen. Begriffe wie Patriotismus und Vaterland und die nationalen Symbole würden wieder selbstverständlich zur eigenen Standortbestimmung genutzt.

Bei der Eröffnung eines neuen Gebäudes des Koblenzer Bundesarchivs forderte Kohl dazu auf, die deutsche Geschichte in ihrer Gesamtheit zu betrachten und nicht allein die Jahre des Zweiten Weltkrieges. „Die deutsche Geschichte läßt sich ebensowenig wie die deutsche Nation teilen", betonte der Kanzler. „Aus der Geschichte zu lernen, heißt jeder selektiven Wahrnehmung zu widerstehen und Geschichte in ihrer Gesamtheit anzunehmen."

Moskau hat die Tatsache, daß Kohl die Wiedervereinigung zum Thema macht, zum Anlaß für einen Angriff auf das Wahlprogramm der Union genommen. Das Programm enthalte Passagen, die nicht mit der Gewährleistung europäischer [illegible] vereinbar seien, sagte der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gerassimow.

Auch in Fragen der Europapolitik sowie der Friedenssicherung und Abrüstung zeuge die Wahlkampf-Plattform der Union nicht von Realismus. Dies gelte insbesonders für die Bonner Unterstützung des amerikanischen Projekts zur Raketenabwehr im All (SDI).

Seite [illegible]: Die Rede

Umfrage ein Mißerfolg für Honecker

Schäuble: „DDR"-Bevölkerung lehnt eigene Staatsbürgerschaft ab / „Deutsche Nation lebt"

ms. Bonn

Für seine Forderung nach einer „DDR"-Staatsbürgerschaft findet SED-Generalsekretär Erich Honecker bei der Bevölkerung in Mitteldeutschland offensichtlich keine Unterstützung. Nach Angaben von Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat dies eine Meinungsumfrage in der „DDR" ergeben. Wie Schäuble bei einem Redaktionsbesuch der in Nienburg (Weser) erscheinenden Tageszeitung „Die Harke" erklärte, hatte Honecker die Umfrage veranlaßt, um herauszufinden, wie die „DDR"-Bewohner über die SED-Forderung nach einer eigenen deutschen Staatsbürgerschaft denken.

Der Minister sagte, die demoskopische Umfrage habe den erfreulichen Beweis dafür erbracht, daß der Gedanke einer deutschen Nation lebe. Die überwiegende Zahl der Bewohner der „DDR" habe eine eigene Staatsbürgerschaft abgelehnt. Die Umfrage zeige, daß sich die Bewohner der „DDR" nicht ausgrenzen lassen wollten. Als Konsequenz aus diesem für die SED-Führung negativen Ergebnis habe Honecker weitere demoskopische Befragungen zu diesem Thema untersagt.

W. K. Bonn

Im Gegensatz zu den siebziger Jahren werden Meinungsumfragen in der „DDR" zu aktuellen Vorgängen heute nicht mehr zentral gesteuert. Die Staatsführung hat dieses Instrument der „Volksüberwachung" dezentralisiert. Das frühere zentrale Institut für Meinungsforschung, das zur Geheimhaltung verpflichtet war, wurde aus diesem Grund 1979 geschlossen. Bei bis dahin rund 100 überregionalen Umfragen hatten Mitarbeiter dieses Instituts Berichte über die Stimmung unter der Bevölkerung in Mitteldeutschland und Ost-Berlin, deren Einschätzung der Politik gegenüber dem Westen sowie deren Ansichten zu Wirtschaft und Kultur angefertigt. Die Ergebnisse wurden dem SED-Zentralkomitee übergeben.

In der Monopolstellung des Staatsinstituts sah die Ostberliner Führung offenbar Gefahren für die Darstellung von Partei und Staat in der „DDR". Damit erklärten jedenfalls SED-Funktionäre den Beschluß, das Institut zu schließen und die Meinung der Bevölkerung über gesellschaftliche Organisationen und Dienststellen einzuholen.

Zu dem dezentralisierten System gehört die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim SED-Zentralkomitee. Die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN meldete zu Beginn dieser Woche, der Institutsdirektor Hans Koch habe wegen Depressionen Selbstmord verübt (S. 2 u. 12).

Eine wichtige Rolle spielt auch das Ministerium für Staatssicherheit, dessen Minister sich seit Gründung des Geheimdienstes stets über die Stimmung in der Bevölkerung informieren lassen. Erkenntnisse hieraus hatten während der Herrschaft Ulbrichts wiederholt zu Auseinandersetzungen mit den damaligen Stasi-Ministern Zaisser und Wollweber geführt, die Ulbricht des öfteren zu anderen Entscheidungen geraten hatten.

Falschmeldung gibt Rätsel auf

DW. Seoul

Die Hintergründe der von Südkorea ausgegangenen Falschmeldung vom Tod des nordkoreanischen Parteichefs Kim sind unklar. Das Verteidigungsministerium in Seoul blieb bei der These, dahinter verberge sich ein „erbitterter Machtkampf" im Norden oder ein Akt der „psychologischen Kriegführung", der zu „militärischen Provokationen" gegen Südkorea führen könnte. Peking sprach unterdessen von einer „Erfindung, hinter der bösartige Motive stecken".

Seite 7: Militärs

Wieder Mord auf den Philippinen

DW. Manila

Knapp eine Woche nach der Ermordung des Gewerkschaftsführers Olalia auf den Philippinen ist gestern der Politiker David Puzon, ein enger Vertrauter von Verteidigungsminister Enrile und ein Vertreter des rechten Lagers, ermordet worden. Die Polizei schließt nicht aus, daß es sich um einen Racheakt für den Mord an Olalia handelt. Präsidentin Aquino hat angeordnet, binnen eines Monats eine Waffenruhe mit den kommunistischen Rebellen auszuhandeln.

Seite 2: Zuspitzung in Manila

Vor einem neuen „Autorekord-Jahr"

adh. Frankfurt

Die deutschen Autohersteller haben bis Ende Oktober 1986 drei Prozent mehr Fahrzeuge produziert als im bisherigen Spitzenjahr 1985. Neben dem Erfolg der heimischen Modelle im Inland verweist der Automobilverband VDA darauf, daß sich auch die Bestellungen aus dem Ausland auf hohem Niveau halten. In den vergangenen zehn Monaten haben die deutschen Hersteller insgesamt 3,827 Millionen Fahrzeuge produziert. Davon gingen 2,274 Millionen trotz währungsbedingter Befürchtungen ins Ausland. Das gute Abschneiden hat dazu beigetragen, daß die Zahl der Beschäftigten in der Autobranche in den zwölf Monaten bis Mitte 1986 von 693 000 auf 737 000 Mitarbeiter gestiegen ist. Bei den im Oktober zugelassenen knapp 253 000 Neuwagen war jeder siebte Pkw mit Katalysator ausgerüstet, im Oktober 1985 war nur jeder 35. ein „Kat"-Pkw.

Seite 13: Die Lust am Automobil

Papst möchte nach Litauen reisen

DW. Dhaka

Papst Johannes Paul II. möchte 1988 zur 600-Jahr-Feier der Christianisierung ins katholische Litauen fahren. „Eine Pastoralvisite in Litauen würde auf der Linie meiner Pflichten liegen", sagte das Oberhaupt der katholischen Kirche Journalisten, die ihn derzeit nach Bangladesch, Australien und Neuseeland begleiten. Eine „geistliche" Reise nach Moskau bezeichnete Johannes Paul als möglich, eine politische Mission schloß er aus. Auf die Frage, ob er im Juli 1987 zum ersten Katholikentag in der „DDR" nach Dresden reisen werde, antwortete er: „Fragen Sie mich danach im nächsten Herbst."

Vor etwa 50 000 Gläubigen rief der Papst in Dhaka, der ersten Station seiner 32. Auslandsreise, Christen und Muslime zum Dialog und zu gegenseitigem Respekt auf. Außerdem forderte er einen intensiven Kampf gegen Hunger und Armut in dem hochverschuldeten Bangladesch.

Wollte Shultz zurücktreten?

wth. Washington

Weißes Haus und State Department haben Berichte dementiert, nach denen der amerikanische Außenminister George Shultz seinen Rücktritt erklärt habe. Dementiert wurde auch, daß er von Präsident Reagan gebeten worden sei, mindestens noch zwei Monate im Amt zu bleiben, bis sich die Aufregung um die Iran-Affäre gelegt habe.

Shultz, als Nachfolger von Alexander Haig seit 1982 im Amt, hatte in den letzten Tagen wiederholt sein Mißfallen über diese Affäre geäußert, über die er selbst nur bruchstückhaft informiert war. Er hält vor allem die Lieferung von US-Waffen an den Iran für falsch.

Als Nachfolger von Shultz wurde Senator Paul Laxalt, ein enger Vertrauter von Präsident Reagan, genannt. Laxalt bezeichnete diese Nachrichten jedoch als „reine Hirngespinste".

Seite 3: Der neue Hauptdarsteller

Stercken: Bruch mit Syrien könnte unumgänglich sein

Berliner Anschlag offenbar in Damaskus geplant

DW. Berlin/Bonn

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, der CDU-Politiker Hans Stercken, hält einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Syrien für unumgänglich, wenn sich im Prozeß um den Bombenanschlag auf die Deutsch-Arabische Gesellschaft in Berlin eine Mittäterschaft des arabischen Staates herausstellen sollte. Im Saarländischen Rundfunk meinte Stercken, in diesem Falle könne die Bundesregierung gar nicht anders als Großbritannien handeln.

Im Unterschied dazu wandte sich der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann (FDP), gegen den möglichen Abbruch der Beziehungen und bezeichnete in einem Interview mit der „Bild"-Zeitung einen solchen Schritt als „schädlich und kurzsichtig". Er forderte in diesem Zusammenhang Gespräche der EG mit Syrien.

Am zweiten Tag des Prozesses vor einer Schwurgerichtskammer wurden weitere Vernehmungsprotokolle verlesen, die auf eine Verwicklung von Mitgliedern eines syrischen Geheimdienstes schließen lassen. Nach früheren Aussagen des angeklagten Jordaniers Ahmad Hasi, die dieser vor Gericht nicht bestritt, hat der 35jährige den Sprengstoff in einem Diplomatenkoffer in einem Raum der syrischen Botschaft in Ost-Berlin, der „Küche", übernommen. Dann sei er, Hasi, aufgefordert worden, die Bombe im Ostberliner Ostbahnhof zu deponieren, bis sie über die Transitautobahn in den Westteil der Stadt geschleust wurde.

Hasi, ein Bruder des bereits in London wegen versuchten Bombenanschlages auf ein Flugzeug zu 45 Jahren Haft verurteilten Hindawi, hatte zu Beginn des Prozesses seine früheren Aussagen zunächst bestritten, dann das Attentat zugegeben (WELT v. 18./19. 11.). Weil er über die [illegible]schen Hintergründe jedoch nicht schwieg und erklärte, ihm seien „Stimmen" in die Zelle gesendet worden, um sein Geständnis zu [illegible]gen, wurden frühere Vernehmungsprotokolle verlesen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zuspitzung in Manila

Von Jochen Hehn

In Manila eskaliert die Gewalt. Nur sechs Tage nach dem Mord an dem linken Gewerkschaftspolitiker Rolando Olalia starb am Mittwoch mit dem Geschäftsmann und früheren Abgeordneten David Puzon nun ein enger Freund von Verteidigungsminister Enrile im Kugelhagel. Die Mörder sind noch nicht bekannt, doch scheint Vergeltung das Motiv zu sein, denn die Ermordung Olalias lasten Gewerkschaftler wie Kommunisten Enrile und dessen Freunden in der Armee an.

Ist das nächste Opfer wieder ein Prominenter der anderen Seite? Führende Links-Politiker haben es sich jedenfalls schon zur Gewohnheit gemacht, ständig ihren Aufenthaltsort zu wechseln. Aber auch Enrile läßt sich stets von einer kleinen Privatarmee von Leibwächtern begleiten.

Für Staatspräsidentin Aquino schwinden nach diesem zweiten Mordanschlag immer mehr die Hoffnungen, doch eine „nationale Versöhnung" herbeiführen zu können. Die Weichen sind eher auf totale Konfrontation gestellt. Das Militär wird jetzt noch nachdrücklicher ein schärferes Vorgehen gegen die kommunistische Guerrilla fordern. Und die Kommunisten weigern sich nach dem Mord an Olalia, die Friedensverhandlungen mit der Regierung fortzusetzen, an denen Frau Aquino so sehr liegt.

Jetzt setzte Frau Aquino ihrem Landwirtschaftsminister und Chefdelegierten bei den Friedensverhandlungen, Ramon Mitra, eine letzte Frist von zehn Tagen, um mit den Kommunisten einig zu werden. Dies zwingt die Rebellen, bis Ende November ihre Karten auf den Tisch zu legen. Verstreicht die Frist ergebnislos, gibt es wohl eine Neuauflage jener „militärischen Lösung", die Marcos siebzehn Jahre lang erfolglos versuchte und die sich Enrile und die Mehrheit der Militärs wünschen.

Die philippinische Armee ist heute sicher besser gewappnet als vor einem Jahr. Doch sind Korruption, Disziplinlosigkeit und Schlamperei immer noch weitverbreitete Untugenden. Und die Kommunistenarmee ist mittlerweile auf 23 000 Mann angewachsen. Unter diesem Gesichtspunkt könnte eine Kampfpause sicher auch der Armee von Nutzen sein und nicht nur den Rebellen, wie Enrile es befürchtet.

Vom Glück, zu kämpfen

Von Werner Kahl

Mit der amtlichen Bekanntgabe vom Selbstmord eines führenden SED-Ideologen kann das Regime in Ost-Berlin nicht zur Tagesordnung übergehen. Die Nachricht, ungewöhnlich genug für die Vorhang-zu-Politik der Einheitspartei, räumt keinesfalls Mutmaßungen und Gerüchte aus.

Was trieb den Direktor des Institutes für Marxistisch-Leninistische Kultur- und Kunstwissenschaften der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim SED-Zentralkomitee, Hans Koch, in den Tod? Daß das dürre Kommuniqué als Ursache Depressionen angab, erinnert daran, daß Depressionen nach offizieller SED-Lesart auch in früheren Jahren den SED-Schwermaschinenbauminister und Atomenergieberater Gerhart Ziller sowie der SED-Planungskommissar Erich Apel Selbstmord verüben ließen.

Koch wurde als Vorstandsmitglied des „DDR"-Schriftstellerverbandes vom Regime auch dafür verantwortlich gemacht, daß die Dichter bei der Suche nach den Fragen unserer Zeit stets die richtigen Antworten geben. So warf er der Schriftstellerin Christa Wolf vor, sie stelle das Bild der Gesellschaft im realen Sozialismus in Frage. Der immer stärkeren Kritik am „realen Sozialismus", sprich SED- und Sowjetregime, aus den eigenen Reihen setzte Koch den Vorwurf von „Ungeduld, Schwachheit und Kleinmut" beim komplizierten, widersprüchlichen Übergang zum Kommunismus entgegen.

Aber Koch, als gelernter Dreher einer der letzten Arbeiter in der SED-Führung, erlebte den Abgang anderer Spitzendenker in den Westen. Darunter Wolfgang Seiffert, einer der Berater Erich Honeckers, dann Willi Stophs einstiger Ratgeber Hermann von Berg. Immer schwieriger muß es dem Gesellschaftswissenschaftler gefallen sein, andere davon zu überzeugen, daß die Partei „die Vernunft, die Ehre und das Gewissen unserer Epoche" (Lenin) sei.

Für Hans Koch war es vermutlich am Ende nicht mehr „ein Glück, zu kämpfen", wie er auf einem Schriftstellerkongreß emphatisch die Devise seines vorangegangenen Lebens zum Allgemeingut machen wollte. So wählte auch er die Flucht; auf einem besonders tragischen Weg.

Jagd auf Wassermelonen

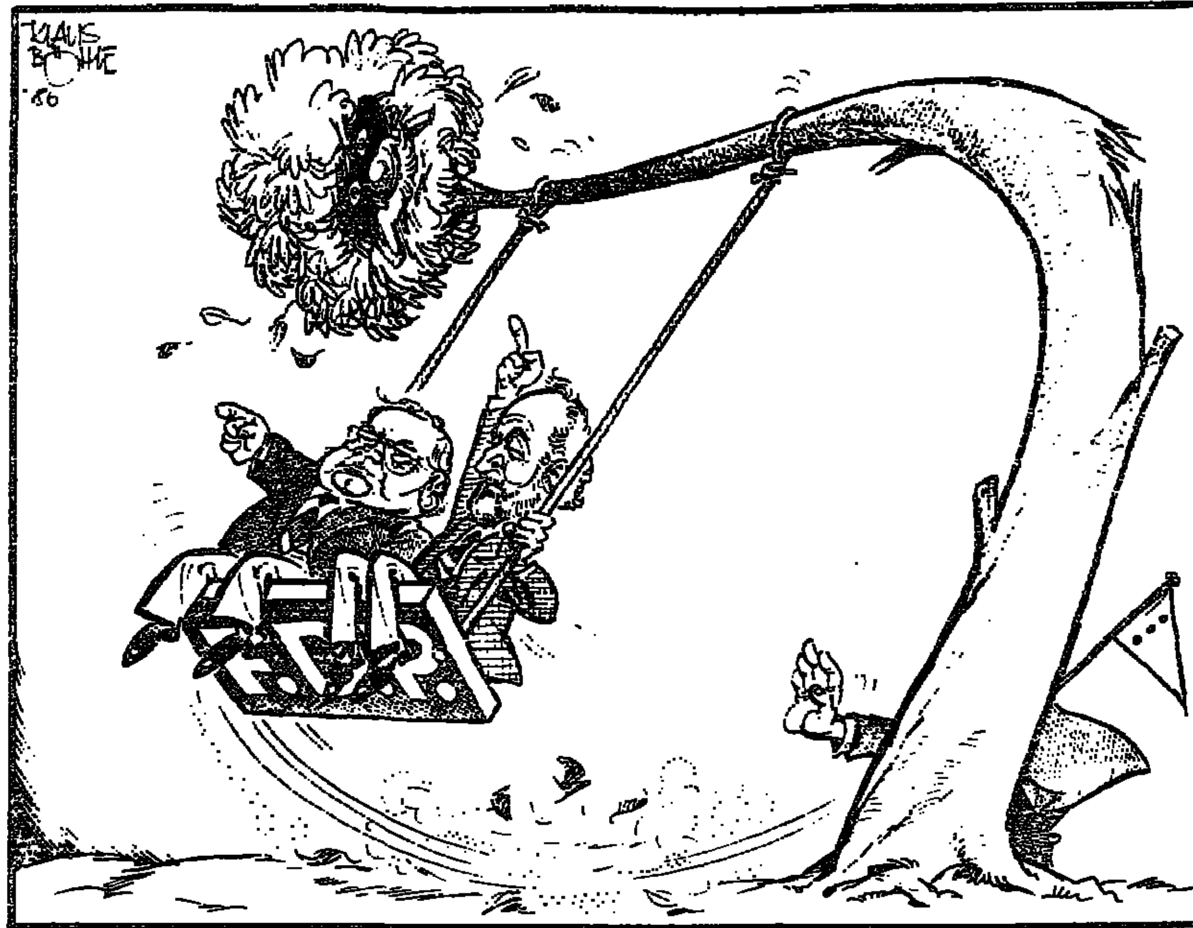
Von Carl Gustaf Ströhm

Aus der Sowjetunion kommen interessante Ankündigungen: Gorbatschow und seine Leute kritisieren nicht nur den bürokratischen Apparat. Sie lassen auch ankündigen, daß demnächst der Privatinitiative im Wirtschaftsleben mehr Raum gegeben werden soll – bis hin zu privaten Kaffeehäusern, die das gastronomisch triste Gesicht sowjetischer Städte verändern könnten.

In der Praxis allerdings gilt die Privatinitiative in Moskau immer noch als Verbrechen. Das bewies dieser Tage eine kafkaeske Fernseh-Diskussion ausgewählter Sowjetbürger mit einem stellvertretenden Generalstaatsanwalt der UdSSR und anderen Amtsträgern. Hier diskutierten führende Köpfe einer angeblich modernen Supermacht stundenlang, ob die Blumen- und Gemüseverkäuferinnen auf den „privaten" Kolchosmärkten als Spekulanten verfolgt werden sollten oder nicht. Unter dem Gelächter der Diskutanten wurde ein Film eingespielt, der Bäuerinnen zeigte, die sich vor der Kamera zu verstecken suchten. Dazu immer wieder die bohrende Frage des Moskauer Fernsehreporters: „Warum ist eure Ware doppelt so teuer wie in den staatlichen Geschäften?"

Einige der Frauen faßten sich ein Herz und antworteten: „Weil wir im Sommer viel Arbeit investiert haben und unsere Melonen deshalb schöner und saftiger sind." Aber der Genosse Generalstaatsanwalt setzte ein furchterregendes Grinsen angesichts der Überlegung auf, diese Frauen als „Spekulanten" womöglich vor Gericht zu stellen und einzusperren.

Dann war da noch von „Zwischenhändlern" die Rede, denen man das Handwerk legen müsse, ferner von einem Mann in Dagestan (Kaukasus), der für 23 000 Rubel ein Auto kaufen wollte, ohne daß er dem Staat nachweisen konnte, woher er das Geld hat – und schließlich von einem estnischen Agronomen, der drei Jahre Gefängnis und 12 000 Rubel Geldstrafe bekam, weil er die Äcker seiner Sowchose durch Gelegenheitsarbeiter (Schabaschniki) von Steinen und Unkraut befreien ließ! Wofür aber ruft man nach Privatinitiative, wenn man sie zugleich durch regulierte Preise und regulierende Generalstaatsanwälte zu ersticken sucht? Hat Gorbatschow die Sendung gesehen?



KLAUS BÖHLE

Frankreichs Dilemma

Von Peter Ruge

Zu dem Mord an dem Renault-Chef Georges Besse hat sich die „Action directe" bekannt. Die Explosionen in der französischen Hauptstadt vor zwei Monaten, die elf Zivilisten in den Tod rissen und Hunderte verletzten, werden einer nahöstlichen Terrororganisation zugeschrieben. Die französischen Anti-Terror-Spezialisten haben drei Überlegungen aufgestellt:

1. Die „Action directe" folgt einem Zyklus, nach einer Pause geht sie nun wieder zu Aktionen über. Am 3. Dezember wird ein Mitglied namens Regis Schleicher in Paris vor Gericht gestellt, das mag einen Grund abgegeben haben.

2. Die „Action directe" ändert ihre Taktik, übernimmt die Vorgehensweise der RAF, sucht sich jetzt Persönlichkeiten der Industrie als Zielscheibe aus. Die französische Polizei hatte entsprechende Warnungen vom Bundeskriminalamt in Wiesbaden erhalten. Eine bei der RAF entdeckte Liste mit Namen wurde in Paris übergeben, aber anscheinend in den Wind geschlagen.

3. Es handelt sich um einen Racheakt. Das Mordkommando, das den Renault-Chef umbrachte, nennt sich „Pierre Overney", in Erinnerung an einen Maoisten, der 1972 bei einem Arbeitskonflikt vor den Toren des Automobilkonzerns von einer Wachmannschaft erschossen wurde.

Jede dieser Annahmen läßt sich aus der aufgefundenen Botschaft der „Action directe" herauslesen: „Wir wollen in Fabriken und Wohnvierteln den Kommunismus organisieren und dem internationalen Proletariat helfen, gegen den bürgerlichen Imperialismus zu kämpfen." Die Arbeiterschaft reagierte freilich genau gegenteilig: In den Renault-Werken bezogen die Gewerkschaften Front gegen die „Links-Faschisten". Tausende legten Blumen am Direktionsgebäude nieder, obwohl Besse rigoros Entlassungen durchgesetzt hatte. Die Kommunisten, die den Renault-Sanierer mehr als andere im Visier hatten, schrieben in der „Humanité": „Das Blut eines Generaldirektors im Rinnstein löst nicht die Probleme des Klassenkampfes."

Dennoch ist Frankreich unter den doppelten Druck von Terroristen geraten: von außen und von innen. Darauf ist die Nation nicht vorbereitet. Jahrelang hatte sich bei den Franzosen die Erwartung verfestigt, der Terrorismus werde die V. Republik verschonen. Galt doch die Politik der verschlossenen Augen. Polizeiliche Fahndungsersuchen aus der Bundesrepublik und aus Spanien wurden lässig betrieben – was sogar dazu führte, daß der mutmaßliche Rädelsführer der Münchner Olympia-Tragödie freigelassen wurde –, Ausländer konnten von französischem Boden aus Umsturzversuche in anderen Ländern nahezu ungeschoren lenken. Eine Amnestie der Sozialisten setzte 1981 fast alle inhaftierten Mitglieder der „Action directe" frei. Diese Nachgiebigkeit ließ, naturgemäß, den Staat erpreßbar erscheinen.

Nahöstliche Forderungen galten der Freilassung von Terroristen aus französischen Gefängnissen, vor allem des Georges Ibrahim Abdallah. Die bürgerliche Regierung blieb im Einvernehmen mit dem französischen Präsidenten – bisher – standhaft. Die Rechnung der Erpresser ging nicht auf, die Bevölkerung werde durch die Bombenattentate veranlaßt, von der Staatsführung Nachgiebigkeit zu verlangen. In Meinungsumfragen vertraten 75 Prozent der Franzosen den harten, unnachgiebigen Kurs.

Wie lange hält die Regierung ihn durch? Sie steht unter Druck, seit sich die Anschläge auf Franzosen im Nahen Osten mehrten. Da sind Interessen von Iran, Syrien und dem Libanon im Spiel. Dahin erstreckten sich in den letzten Wochen Fühler Chiracs – was verwirrte, Spekulatonen auslöste, Unklarheiten hinterließ.



Zusammenarbeit mit den Nahost-Terroristen? „Action directe"-Gründerin Nathalie Ménignon FOTO: AFP

Als vor wenigen Tagen in London die EG-Staaten über Sanktionen gegen einen mutmaßlichen Drahtzieher des Nahost-Terrorismus, nämlich Syrien, berieten, ließ dieses arabische Land am Vorabend der Konferenz Frankreich wissen, daß zwei Geiseln auf dem Weg in die Freiheit seien. Die französische Verbeugung vor dem syrischen Präsidenten Assad angesichts dieser „humanitären Maßnahme" blieb nicht aus. Zum anderen: Als an der Seine jetzt bekannt wurde, die französische Regierung werde 330 Millionen Dollar aus dem Schah-Vermögen an Iran zurückzahlen, traf fast gleichzeitig die Nachricht aus dem Orient über eine weitere mögliche Geiselbefreiung ein. Nun sind es noch fünf verschleppte Franzosen. Schon fragt Frankreichs Presse, welcher „Nicht-Preis" für sie fällig wird.

Die Hypothek wurde von Premierminister Chirac selbst aufgenommen. Er hat zu deutlich zu verstehen gegeben, wie sehr ihm an der Rückkehr der Geiseln gelegen ist, weil ein solches Resultat für seinen Start in Richtung Präsidentschaftswahl 1988 wichtig wird.

Die Polizei hat Gründe für die Annahme, daß die nahöstlichen Attentäter bei ihren Anschlägen in Frankreich logistische Unterstützung durch die „Action directe" erhielten. Es ist ein Euro-Terrorismus entstanden, heißt es in Polizeikreisen, der mit dem Vorderen Orient zusammenarbeitet. Allen gemeinsam sei das Ziel, westliche Demokratien zu destabilisieren.

So hört man den Ruf, Frankreich müsse endlich wählen zwischen seinen Interessen in Nahost und der Solidarität gegenüber seinen europäischen Partnern. Andererseits: Die Lücke, die bei einem Rückzug Frankreichs im östlichen Mittelmeer entstünde, könnte Moskaus Expansionsdrang dienen. So könnte die V. Republik auf das verstärkte Drängen ihrer europäischen Freunde nach mehr Geschlossenheit in der Terrorabwehr mit der Frage erwidern: Seid ihr denn bereit, euch im Mittelmeer als Schutzmacht zu etablieren? Die Frage, ob eine Rolle in Nahost Konzessionen wert ist, müßte jedenfalls gemeinsam geprüft werden.

IM GESPRÄCH Bernd Schultz

Debut mit dem Hammer

Von Heinrich König

Wenn der Berliner Kunsthändler Bernd Schultz am 21. November um 15 Uhr seinen ersten Auftritt als Versteigerer hat, dann werden manche Leute darin etwas Symbolhaftes sehen. Denn nach Ansicht seiner Neider und Gegner zieht er gleichsam mit dem Hammer kräftige Furchen durch die deutsche Kunstmarktlandschaft. Wer Energie und Ausdauer, immensen Fleiß und sprudelnden Einfallsreichtum für negative Charakterzüge hält, mag das so sehen. Tatsächlich ist sein Griff zum Hammer ein Debut.

Dessen erste Schläge sind Begleitmusik zu einem neuen Kapitel seiner Lebensphilosophie, immer wieder etwas zu bewirken, was es ohne ihn nicht geben würde. Das ist in diesem Falle die von ihm und vier weiteren Kunsthändlern im Sommer gegründete Gesellschaft Villa Grisebach Auktionen, die von Anfang an als Gegenpart zu den etablierten Versteigerern antrat; sie finden, daß „im deutschen Auktionswesen manches im argen liegt". Die donnergrollende Reaktion der Etablierten entzückt Schultz geradezu: „Wenn die anderen Beifall geklatscht hätten, hätten wir etwas falsch gemacht."

Die Auktion ist für den Fünfundvierzigjährigen Höhepunkt eines Jahres, das es in sich hatte. So durch den Umzug der Galerie Pels-Leusden in die restaurierte Villa Grisebach mit der Realisierung von zwei weithin beachteten „Zeitspiegel"-Ausstellungen. Fazit: dreißigtausend Besucher, Umsatzsteigerung um dreihundert Prozent. Der achtundsiebzigjährige Maler und Galerist Hans Pels-Leusden muß sich wohl nochmal gratulieren, Schultz 1976 als Teilhaber aufgenommen zu haben, der elf Jahre zuvor als jobbender Werkstudent bei ihm angefangen hatte. Schultz nennt ihn und seinen alten Deutsch- und Geschichtslehrer vom Internat die beiden entscheidenden Lehrmeister seines Lebens. Nachdrückliche Prägung erfuhr er auch durch Charakter und Stil der Hansestadt Bremen, wo der gebürtige Düsseldorfer aufwuchs.



„Wenn die anderen Beifall geklatscht hätten ...": Schultz FOTO: VIVIEN REUTER

Bremer Maßstäbe, was man tut und was nicht, ließen ihn im August dieses Jahres vom Vorsitz des Verbandes der Berliner Kunst- und Antiquitätenhändler zurücktreten. Nachdem der Streit beigelegt wurde, stellte er sich erfolgreich zur Wiederwahl für das seit November 1981 innegehabte Amt.

Letztlich wußten die Händler wohl, was sie an ihm haben. Mit der „Orangerie", der jährlichen Versammlung des deutschen Kunsthandels im Schloß Charlottenburg, hat er ihnen eine Plattform von internationaler Ausstrahlung verschafft. Die erste stampfte er 1982 in wenigen Monaten aus dem Boden. Die damaligen Strapazen, meint er heute, seien „die schlimmsten meines Lebens" gewesen. Wer seit Jahren sein tägliches Pensum miterlebt, wird da Zweifel haben. Nicht zuletzt seine amerikanische Frau Mary Ellen, Witwe des 1983 verstorbenen Berliner Protokollchefs Erwin Freiherr von Schacky und Mutter seiner gerade ein Jahr alten Tochter Marie Luise.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hauptthemen der Zeitungen waren das Attentat in Paris und das angebliche Attentat auf Kim Il Sung:

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Den Terrorismus ... mit wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Gegebenheiten zu erklären bedeutet, seine wesentlichen Eigenheiten zu übersehen. Sie sind irrational und krankhaft. Allenfalls begünstigt die Geschichte das terroristische Übel, und wir leben heute in einer unglückseligen Zeit. Doch dieses Übel findet sicher in unserer Neigung, zu leichtfertig alles in unserer Gesellschaft in Frage zu stellen, einen starken Verbündeten. Wir müssen uns in dieser Hinsicht besser beherrschen und Selbstsicherheit gegen unsere schrecklichen Feinde finden. Diese Selbstsicherheit setzt zunächst den völligen Verzicht auf Barmherzigkeit mit den Kriminellen voraus.

KRONENZEITUNG

Ein effektvolles Rezept, eiskalt kalkuliert: Wenn sich die erste Garnitur auf Schritt und Tritt bewachen läßt, dann schlägt man eben in der zweiten Linie zu. Das ist ungefährlicher. Doch die Schockwirkung bleibt dieselbe. Die Gesellschaft wird in Angst versetzt, das Gefühl der Bedrohung hält an, niemand soll sich mehr sicher fühlen. Wenn die Terroristen das erreichen wollten, dann haben sie damit Erfolg. (Wien)

BERLINER MORGENPOST

An der Seine besteht kein Zweifel darüber, daß Besse Opfer der Terror-Organisation „Action directe" wurde. Noch vor ein paar Jahren galten deren Mitglieder als eine Art harmloser Idealisten, so daß Staatspräsident Mitterrand ihre Führer im Jahr 1981 per Gnadenerlaß aus dem Gefängnis entließ. Heute ist „Action directe" wie ihr deutsches Vorbild „RAF" eine politische Mordbande.

THE TIMES

Die kommenden Monate werden zeigen, ob der Bericht über Kims Tod *eine kalkulierte Fehlinformation – ein* Mittel, in dem beide Seiten der koreanischen Halbinsel spezialisiert sind – oder ob es eine frühe Manifestation eines politischen Wandels in Nordkorea war ... Das Gerücht erhielt den Glauben teilweise deshalb, weil seit Monaten durchgesickerte Informationen vermuten lassen, daß Kim Il Sungs Regime in Schwierigkeiten steckt, die die Position des Führers selbst bedrohen. Nordkoreas Wirtschaft stagniert, alte Verbündete strecken heimlich ihre Fühler in den Süden aus, und die Designierung seines unpopulären Sohns als Erbe für die Parteiführung soll auf Opposition gestoßen sein. (London)

The Washington Post

Im Norden sitzt eine kommunistische Führung, die nicht weniger trügerisch ist als vor 36 Jahren, als sie in den Süden einmarschierte ... Ob man will oder nicht, die USA werden gemeinhin als Garant der Sicherheit und innenpolitischen Stabilität von Südkorea angesehen ... Dies zwingt die amerikanische Politik auf einen relativ schmalen Grat vor dem Hintergrund des heiklen Termins der Olympischen Spiele 1988 in Seoul.

Wörner findet Gastlichkeit und Verständnis bei Reagan

Trotzdem bleibt die Frage, ob die Abschreckung verdünnt wird / Von Rüdiger Moniac

Nach dem Gipfel von Reykjavik hat eine lange nicht erlebte Dichte der Konsultationen zwischen Amerikanern und Europäern eingesetzt: alle um das eine Thema: Wie läßt sich das von Präsident Reagan anvisierte Ziel einer erheblichen Reduzierung der strategischen und halbstrategischen Atomwaffen mit unseren Sicherheitsinteressen vereinbaren? Der Besuch von Bundesverteidigungsminister Wörner in Washington hat zur Klärung beigetragen.

Zum einen ergibt sich, daß das amerikanische Drängen nach einer militärischen Denuklearisierung den europäischen Teil der NATO enger zusammenrücken läßt. Diese Länder nutzten die Luxemburger WEU-Tagung letzte Woche zu einer neuen Definition ihrer Sicherheitsinteressen.

Es war für sie nicht sehr schwierig, Einigkeit darüber zu erzielen, daß nukleare Abrüstung insbesondere bei den Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite für sie nur unter einer Reihe von Bedingungen akzeptabel ist.

Dazu zählen sie die Bereitschaft der USA, bei einer etwaigen „Null-Lösung" für LRINF (Pershing 2) sogleich nach Abschluß eines entsprechenden Rüstungskontrollvertrages mit der Sowjetunion weitere Verhandlungen über eine Begrenzung der kürzer reichenden Mittelstreckenwaffen (SRINF) zu beginnen und darüber hinaus auch mit allen denkbaren Instrumenten der Rüstungskontrolle oder auch der Aufrüstung zu helfen, daß das für Europa gefährliche Ungleichgewicht der konventionellen Potentiale gegenüber der Sowjetunion gemildert wird.

Zum anderen reagieren die USA auf diese europäischen Forderungen nicht ungehalten. Reagan fühlt sich in seiner Vision von einer atomwaffenfreien Welt von den nörgelnden Europäern nicht gestört. Der Präsident empfängt vielmehr nicht nur die britische Premierministerin, um sich ihre dringlichen Wünsche nach Beachtung der europäischen Bedingungen anzuhören, er nimmt sich sogar Zeit, den deutschen Verteidigungsminister zu sehen. Eine protokollarisch höchst ungewöhnliche Geste.

All diese Konzilianz im Umgang gegenüber den europäischen Verbündeten darf aber nicht über den höchst riskanten Kurs hinwegtäuschen, auf den sich die Rüstungskontrollpolitik in Washington auszurichten scheint. Die zentrale Frage bleibt, wie eng die USA die Verknüpfung zwischen einer Null-Lösung bei LRINF und darüber hinaus beabsichtigten Reduzierungen bei SRINF und gar dem konventionellen sowjetischen Übergewicht gestalten wollen.

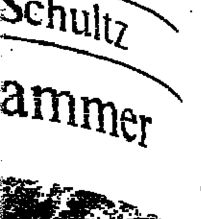
Wenn Wörner zufolge Außenminister Shultz seinem Besucher aus Bonn erklärte, die USA seien bereit, in einem Abkommen über die Abrüstung aller Mittelstreckenwaffen in Europa auch Obergrenzen für SRINF und die „bindende Verpflichtung" für Reduzierungsverhandlungen über diese Kategorie von Nuklearwaffen aufzunehmen, fragt sich, was das für die europäische Sicherheit heißt.

Gesetzt den Fall, es käme zu einem Abkommen über die Vernichtung der sowjetischen auf Europa gerichteten SS-20-Raketen und der entsprechenden Vernichtung der amerikanischen Pershing-2-Raketen und Marschflugkörper, würde die NATO mit einem Mal der Waffensysteme verlustig gehen, die sie eigens einführte, wenn auch über den Umweg über den Doppelbeschluß, um ihre Flexibilität zur Risikoandrohung gegenüber dem sonst sowjetischen Sanktuarium von europäischem Boden aus zu erhalten. Damit besäße die NATO keine Waffenkategorie mehr, die aus sowjetischer Sicht die Ankopplung der europäischen Sicherheit an die amerikanische eindeutig sichtbar machte.

Andererseits aber könnte sich die Sowjetunion ohne Hindernisse für ihre Druck- und Einschüchterungspolitik gegenüber Westeuropa auf Verhandlungen zur Begrenzung der SRINF-Potentiale einlassen. Sie könnte nach dem längst bekannten Verfahren des Auf-Zeit-Spielens die Westeuropäer in Atem und in der Hoffnung halten, eine Reduzierung von SRINF sei möglich. Nach Jahren müßten die Westeuropäer erkennen, daß die Hoffnung trog.

Werden sie dann gemeinsam mit den USA die Kraft aufbringen, ihr im Vertrag über die Null-Lösung bekräftigtes Recht zu verwirklichen, die der sowjetischen Zahl an Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite entsprechende in Westeuropa aufzustellen? Selbst wenn ihnen das gegen eine neu mobilisierte „Friedensbewegung" gelänge, was hätten sie erreicht? Mit den dann verfügbaren Atomraketen wäre sowjetisches Territorium nicht zu erreichen. Die Risikoabschätzung aus sowjetischer Sicht würde um einiges unkomplizierter.

Analog dazu könnte Moskau mit dem Verschleppen der Verringerung des konventionellen Übergewichtes verfahren. Denn handfeste Anreize zur Abrüstung böte der Westen der Sowjetunion auf diese Weise so gut wie nicht. Der Ausweg aus diesem Dilemma kann für die NATO nur eine „Paketlösung" sein. Diese aber weisen die Regierungen weit von sich.





Der neue Hauptdarsteller der Iran-Affäre heißt Shultz

Wird er gefeuert oder nicht? Geht er oder geht er nicht? Die erste Frage hat Ronald Reagan mit nein beantwortet. Er will an seinem Außenminister, der offen seine Mitverantwortung an den Waffenlieferungen an Iran verneint hatte, festhalten. Sollte George Shultz die zweite Frage mit ja beantworten, würde der Präsident einen seiner loyalsten und tüchtigsten Mitarbeiter verlieren.

Von FRITZ WIRTH

Leslie Stahl von der amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS ist eine kluge, gutinformierte, aggressive, doch nicht bösartige Journalistin. Doch als sie am letzten Sonntag den amerikanischen Außenminister George Shultz zur Iran-Affäre interviewte, bekam selbst sie Bedenken: „Ich möchte Sie nicht belästigen und Ihnen auf den Nerv fallen", sagte sie auf halbem Wege durch dieses Interview fast entschuldigend, doch George Shultz stellte ihr selbstsicher und souverän geradezu einen Freifahrtschein zu weiteren unbequemen Fragen aus und lud sie ein: „Belästigen Sie mich nur."

Und so wurde aus diesem Interview plötzlich ein politisches Dokument. Shultz stellte darin kaum verdeckt seine Differenzen mit dem Präsidenten in der Iran-Operation dar und beendete es schließlich mit dem erstaunlichen Eingeständnis, daß er in einem wesentlichen Punkt dieser Operation, nämlich seiner Ablehnung von Waffenlieferungen an Iran, nicht mit der Autorität der Administration spreche.

Seither hat diese Iran-Affäre einen neuen Hauptdarsteller, nämlich George Shultz selbst, jener Mann, der nach eigenem Bekunden in dieser Affäre 18 Monate lang nur eine Nebenrolle spielte – ob gezwungen oder gewollt ist bis zur Stunde noch unklar. Die Tatsache jedoch, daß ein amerikanischer Außenminister in einer so fundamentalen außenpolitischen Initiative wie Waffenlieferungen an Iran offen seine Mitverantwortung ausklammert, mußte unweigerlich in der Frage münden: Wie lange wird George Shultz noch amerikanischer Außenminister sein?

Seit einer Woche ein Schwelbrand der Gerüchte

Sie ist inzwischen zum Mittelpunkt der Iran-Affäre geworden, und das nicht ohne Zutun von George Shultz selbst. Denn er hatte in diesem Interview die Möglichkeit, den Schwelbrand der Gerüchte, der seit einer Woche sein Amt umnebelt, mit einem klaren „Ja" oder „Nein" zu löschen. Statt dessen aber beantwortete er die Frage, ob er erwogen habe, über diese Affäre zurückzutreten, ausweichend, daß er so etwas mit dem Präsidenten direkt diskutiere und blies damit neuen Sauerstoff in den Gerüchte-Schwelbrand, aus dem als letztes Rauchsignal Dienstagnacht die Spekulation hochstieg, Shultz werde auf Bitten von Reagan wenigstens noch zwei Monate im Amt bleiben und dann durch Senator Paul Laxalt ersetzt.

Inzwischen unternahm Ronald Reagan selbst Löschversuche. Er ließ seinen Sprecher Larry Speakes erklären: „Der Präsident wünscht, daß Außenminister Shultz im Amt bleibt und er hat keinen Grund zur Annahme, daß er es nicht tun wird." Und als einige Journalisten ihn persönlich fragten, ob er George Shultz feuern werde, antwortete Ronald Reagan, kategorisch: „Ich feure niemanden." Der Haken: Es war eine klare Antwort auf die falsche Frage. Es ging hier niemals darum, ob George Shultz gehen muß, sondern ob er gehen will.

Sollte er es tun, wäre es ein Ereignis von düsterer Konsequenz und tragischer Ironie. Düster wäre die Tatsache, daß damit innerhalb der letzten sieben Jahre mit Cyrus Vance, Alexander Haig und George Shultz drei amerikanische Außenminister an der Nahostpolitik ihrer Regierung gescheitert wären. Tragisch-ironisch wäre die Tatsache, daß mit George Shultz einer der loyalsten und tüchtigsten Mitarbeiter Ronald Reagans die Szene räumen würde.

Probleme mit der Profilierung

George Shultz hatte es seit 1982, als er Alexander Haig ablöste, nicht leicht, sich im neuen Amt zu profilieren. Er hatte sich zunächst in der Abrüstungspolitik gegen Verteidigungsminister Weinberger zu behaupten, eine Auseinandersetzung, die sich im sogenannten „Stellvertreterkrieg der beiden Richards" (Perle und Burt) niederschlug. Seit dem Beginn der Genfer Verhandlungen im März vorigen Jahres gibt es keinen Zweifel mehr, wer der Sieger ist. Shultz bestimmt eindeutig die Richtlinien und die Strategie dieser Politik.

Diese Politik war fest im State Department verankert. Was freilich nicht bedeutete, daß der Präsident selbst seine letzten und endgültigen Entscheidungsbefugnisse in diesen Fragen aufgegeben hätte. Es wurde sichtbar in der Terminierung des SALT-2-Vertrages, was in erster Linie eine Entscheidung des Weißen Hauses und nicht des State Departments war. Hier wurden deutlich die Grenzen des sonst unaufhörlich scheinenden Aufstiegs des George Shultz in der Administration offenbar. Das Weiße Haus ließ sich niemals seine Souveränität in der Außenpolitik streitig machen. Es zeigte sich vor allem in der Politik gegenüber Nicaragua, Südafrika, Libyen und Iran, die besonders stark vom Weißen Haus geprägt war.

Shultz hatte bisher in keinem Punkte große Schwierigkeiten, dem Weißen Haus in der Sache zu folgen. Differenzen taten sich eher im Stil und über die richtige Anwendung der Mittel auf, diese Ziele zu erreichen.

Und hier kommt nun ein Mann ins Spiel, der Ton, Stil und Umgangsformen der amerikanischen Politik in den letzten zwei Jahren deutlich geändert hat. Es ist Donald Regan, der Stabschef des Weißen Hauses und der nach dem Präsidenten wichtigste und einflußreichste Mann der amerikanischen Politik. Die Robustheit und Aggressivität dieses Mannes färbten zuweilen auf die amerikanische Politik ab. Sie mußten zwangsläufig zu Konflikten mit dem etwas behutsameren Diplomaten im State Department des George Shultz führen.

Das Problem des Donald Regan: Er war Zeit seines Lebens niemals ein Außenpolitiker. Er wurde jedoch zu einem Zeitpunkt Stabschef des Weißen Hauses, da die Außenpolitik im Konzept des Präsidenten einen besonderen Stellenwert bekam. Regan war in manchen Punkten überfordert. Als er kürzlich von einigen Journalisten auf ein gewisses außenpolitisches Defizit in seinem Repertoire angesprochen wurde, explodierte er und verteidigte sich mit der Klage, daß er sich vorkomme wie eine große *politische „Schaufelbrigade, die nach* einer großen Parade die Hauptstraße zu säubern hat".

Diese Geduldsexplosion des Donald Regan enthüllt ungewollt eines der Probleme seiner Arbeit im Weißen Haus. Was er so bildkräftig mit einer Schaufelbrigade darstellte, läuft unter dem Stichwort Schadenskontrolle. Tatsächlich ist sie in den letzten Monaten zu einer seiner Hauptbeschäftigungen geworden. Sie wurde nötig in der sogenannten „Desinformationskrise" mit Libyen, nach dem Gipfel in Reykjavik und nun während der Iran-Affäre.

Das aber ist der Unterschied zu seinem wesentlich behutsameren Vorgänger James Baker als Stabschef. Baker hatte keine so intensive Schadenskontrolle zu betreiben, weil er sich weitsichtiger und sorgsamer als Donald Regan um Schadensverhütung bemühte. James Baker und Michael Deaver schirmten in ihren Amtszeiten den Präsidenten sorgfältiger gegen Schäden und politische Risiken ab. Es war die Ära, die Präsident Reagan das Attribut eines „Teflon-Präsidenten" eintrug, von dem alles Ungemach abglitt und an dessen Image nichts hängen blieb.

Carter und Ford melden sich zu Wort

Dieser „Teflon-Effekt" ist deutlich angekratzt. Wieviel Arbeit die Schaufelbrigade des Don Regan noch zu bewältigen hat, enthüllte gestern eine Meinungsumfrage der „Los Angeles Times", nach der nur 22 Prozent der Befragten noch die Politik der Administration, nicht mit Terroristen zu verhandeln, für gültig halten. Die ehemaligen Präsidenten Carter und Ford machten sich zu Sprechern der skeptischen Mehrheit mit der Forderung, daß es nun an der Zeit sei, die absolute Wahrheit in der Iran-Affäre zu sagen, da offensichtlich noch nicht alle Fakten bekannt seien.

Gestern unternahm das Weiße Haus erste Schadenskontrolle, um das Shultz-Problem zu entschärfen. Es kündigte an, daß es „absolut keine Pläne gibt, weitere Waffen an Iran zu schicken". Damit ist in dieser Sache absolute Übereinstimmung mit George Shultz hergestellt. Ob seine Rücktrittskrise damit beendet ist, ist noch ungewiß. Sicher ist nur, daß Ronald Reagan es ernst meint mit seinen Bemühungen, George Shultz an seiner Seite zu halten. Er hat Shultz in den letzten Monaten, als der konservative Flügel der Republikaner um Jesse Helms offen die Trennung von Shultz forderte, sich fest vor seinen Außenminister gestellt.

Ronald Reagan weiß nur zu gut: Nicht nur er – das gesamte Bündnis braucht diesen Mann, denn er bedarf der Partner und der Profis zu einem Zeitpunkt, da der Kreml ihn an fast allen außenpolitischen Fronten mit neuen Initiativen herausfordert.



Renault-Generaldirektor Georges Besse, links auf dem Pariser Autosalon im Oktober, starb am Montagabend durch Schüsse in Kopf und Brust
FOTOS: AP/DPA

Der Mann, der Renault retten wollte

Er lebte unauffällig, war schlicht im Auftreten, aber effektiv in seiner Arbeit. Sie bestand in den letzten beiden Jahren darin, dem Staatskonzern Renault den Weg aus den roten Zahlen zu weisen. Am Montagabend wurde Renault-Chef Georges Besse von Terroristen ermordet.

Von JOACHIM SCHAUFUSS

Er war der Chef des größten französischen Industriekonzerns mit 122 Milliarden Franc Umsatz und 196 000 Beschäftigten, davon die Hälfte im Pkw-Bereich. Dennoch war Georges Besse der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Seine Ermordung im Alter von 58 Jahren aber erregt über die Landesgrenzen hinaus großes Aufsehen. Das liegt nicht nur an den erschreckenden Umständen dieser Tat, für die sich gerade in der Bundesrepublik bittere Parallelen finden. Man scheint sich auch plötzlich bewußt zu werden, daß dieser sparsame Mann aus der Auvergne wie vielleicht niemand sonst der außerordentlich schwierigen Sanierungsaufgabe gewachsen war.

Denn Renault ist kein Unternehmen wie jedes andere, sondern mit einem gewaltigen historischen und sozialen Ballast befrachtet, ein Staatsunternehmen mit Sonderstatus. Die Grundlage schaffte 1945 die erste Regierung General de Gaulles mit der entschädigungslosen Enteignung des Firmengründers Louis Renault, der von der Resistance der Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht angeklagt worden war.

Trotz des Sonderstatus, der unter anderem einen beamtenähnlichen Schutz der Belegschaft begründet, hat die letzte sozialistische Regierung Renault zum Präzedenzfall und zum Vorbild ihrer sehr weitgehenden Nationalisierungsaktion erhoben. Aber auch die Bürgerlichen haben sich dieses Unternehmens bedient, um sozialen Fortschritt vorzuexerzieren. Renault war das erste Unternehmen, das schon unter Präsident Giscard d'Estaing die fünfte bezahlte Urlaubswoche und die 40-Stunden-Woche eingeführt hatte.

Vor allem aber wurden von Renault in den Statuten Privilegien für die Belegschaft festgeschrieben. Die Gewerkschaften interpretieren das so, daß hier niemand aus wirtschaftlichen Gründen entlassen werden darf. Fast jeder gegenteilige Versuch führte zu Streiks. Und wenn bei Renault gestreikt wird, ist die Gefahr groß, daß es im ganzen Land zu schweren Unruhen kommt.

Vor allem wegen seiner personellen Überbesetzung – in den letzten Jahren allerdings auch wegen einer verfehlten Modellpolitik – rutschte Renault immer tiefer in die roten Zahlen. Als Besse im Januar 1985 Chef wurde, hatte ihm sein Vorgänger Hanon trotz der ihm eingeräumten hohen Staatssubventionen ein Defizit von nicht weniger als 12,5 Milliarden Franc hinterlassen. Damit hätte das Unternehmen an sich Konkurs anmelden müssen.

Ob die sozialistische Regierung mit Besse die richtige Wahl getroffen hatte, war zunächst vielfach bezweifelt worden. Zwar hatte er gerade den verstaatlichten Aluminiumkonzern Pechiney saniert, nachdem er zuvor die Nukleargesellschaft Cogema geleitet hatte. Aber im ersten Geschäftsjahr 1985 gelang es Besse, das Renault-Defizit nur um 1,6 auf 10,9 Milliarden Franc zu reduzieren. Ohne die von ihm gebildeten Reserven für soziale Restrukturierungen wäre es allerdings niedriger ausgefallen.

Personalabbau ohne größere Erschütterungen

Diese Vorsicht war typisch für diesen umsichtigen Mann. Anstatt mit großen Sanierungsversprechen in Erscheinung zu treten, nutzte er seine „Schonfrist" als neuer Renault-Präsident, um die tönernen Füße des Industrie-Giganten jedenfalls dort zu konsolidieren, wo sie die größten Risse zeigten, vor allem im Pkw-Bereich. Außerdem beschaffte er sich frische Mittel durch den Verkauf von besonders unrentablen Beteiligungen, insbesondere im Landmaschinen-Sektor. Vor allem aber gelang es ihm, den enormen Personalüberhang abzubauen.

Daß es darüber – gerade bei Renault – zu keinen größeren Streiks kam, hatte Besse wohl nicht zuletzt seinem unkomplizierten Umgang mit der Belegschaft zu verdanken. Obwohl auch er, wie die meisten anderen französischen Bosse, von einer der großen Eliteschulen (Polytechnique) kam, fehlte ihm doch jeder Snob-Appeal. Auch scheute Besse große elegante Reden und begnügte sich damit, seine Absichten mit handfesten, jedermann verständlichen Beispielen zu erläutern. Zum Beispiel, daß auch Renault – wie jede Familie – auf die Dauer nicht über seine Verhältnisse leben könne.

Außenstehende nannten seine Methode oft „simpel". Aber solche Kritik hat ihn niemals gestört. Worauf es ihm ankam, war der Erfolg mit möglichst hohem personellen Einsatz, aber um so geringerem finanziellen Aufwand. So nahm sich Besse zunächst einmal viel Zeit, in persönlichen Gesprächen mit Arbeitern die Stimmung in den Betrieben zu verbessern.

Bewußt begann er die Belegschaftskürzung bei den Büroangestellten, was die Arbeiter am Fließband mit einer gewissen Genugtuung zur Kenntnis nahmen. Dann folgten die wenig produktiven Gastarbeiter, die – auch dank außergewöhnlicher Staatshilfen – auf der Basis der Freiwilligkeit in ihre Heimatländer zurückgeschickt wurden. Nachdem alle Möglichkeiten zur vorzeitigen Pensionierung schließlich ausgeschöpft waren, scheute sich Besse aber auch nicht vor (schätzungsweise) 5000 Entlassungen.

So zweifelte schließlich kaum noch jemand daran, daß es Besse gelingen würde, seinen zunächst geheimgehaltenen Plan eines Belegschaftsabbaus um 21 000 Mitarbeiter in den Jahren 1985 und 1986 ohne soziale Unruhen durchzubringen. Dies um so weniger, als die Belegschaft inzwischen neues Vertrauen in das Unternehmen zu fassen begann. Die Renault-Wagen finden seit dem Frühjahr sowohl im Inland wie im Ausland überraschend guten Absatz, und das Erfolgsmodell R 5, das vom Peugeot 205 überrundet worden war, steht in Frankreich wieder an der Spitze.

Gewiß ist Renault noch nicht über den Berg. Der Inlandsabsatz im Pkw-Bereich stieg in den ersten zehn Monaten dieses Jahres um 12,5 Prozent und im Jahresvergleich Oktober sogar um 24,7 Prozent. Aber die diesjährigen Verluste des Konzerns waren von Besse zuletzt immer noch auf fünf bis sechs Milliarden Franc veranschlagt worden. Vielleicht wollte er damit größerem Optimismus entgegenwirken. Andererseits glaubte er aber doch, für Ende nächsten Jahres eine ausgeglichene Geschäftssituation ankündigen zu können.

Hauptproblem ist der gewaltige Schuldenberg

Ob sein Nachfolger dieses Ziel erreichen kann, läßt sich gegenwärtig schwer beurteilen. Zunächst einmal hat die Regierung einen der stellvertretenden Generaldirektoren, den für die Technik zuständigen Aimé Jardon, mit der provisorischen Geschäftsführung beauftragt. Der neue Präsident, der wie Besse von außen kommen könnte, muß den Renault-Statuten entsprechend durch Ministerrats-Beschluß (mit Billigung von Staatspräsident Mitterrand) ernannt werden. Das einzige, worauf sich die Regierung bis jetzt festgelegt hat, ist die Fortsetzung der von Besse verfolgten Geschäftspolitik.

Das Hauptproblem, vor dem Renault steht, ist aber die Abtragung des gewaltigen Schuldenbergs von 65 Milliarden Franc, der sich in den Jahren der Mißwirtschaft aufgetürmt hat. Welche Zinsbelastung das bedeutet, läßt sich leicht ausmalen. Erst wenn diese Hypothek bereinigt ist, könnte sich Renault zu einem normalen Industrie-Unternehmen entwickeln. Fragt sich nur, wie weit die Regierung dazu bereit ist.

Besse war der Mann, der die Sanierung einleitete, und es wird schwierig sein, einen ebenso geschickten Nachfolger zu finden, der die Konsolidierung schafft.

Raus Wahltour erfordert auch viel „heiße Luft“

HARALD GÜNTER, **Stuttgart**

„Bruder Johannes“ hatte keinen guten Tag erwischt. Zuerst produzierte der schwarz-rot-goldene Heißluftballon, den die SPD in die fränkische Kleinstadt Lauda gekarrt hatte, um den Höhenflug ihres Kanzlerkandidaten zu demonstrieren, einen kapitalen Fehlstart und demolierte eine Straßenlaterne. Dann stieg er mühsam in den blauen Novemberhimmel. Aber anstatt, wie geplant, über dem Schauplatz der ersten sozialdemokratischen „Mobilisierungskonferenz“ in Süddeutschland stehen zu bleiben, trieb der Ballon sofort ostwärts ab, über den Kirchberg ins Bayerische. Vom Winde verweht – wie die Chancen seines Taufpaten auf eine „eigene Mehrheit“ am 25. Januar 1987.

Der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau freilich gibt vor, noch daran zu glauben, daß das Unmögliche möglich wird. Aber er baut vor. Nicht der Spitzenkandidat, so lautet seine Botschaft an die 800 im Saal, könne es schaffen, „wie er auch heißt, welche Gaben er auch hat“, sondern eine Million Sozialdemokraten, wenn sie zusammenstehen, fortan „weniger über sich selbst“ und mehr mit den Nachbarn reden, von Haus zu Haus gehen, „die Menschen gewinnen“. Johannes Rau will Siegeszuversicht verbreiten. Die Wirkungstreffer der Wahlschlappen von Bayern und Hamburg *färben jedoch seine Sprache ein.* Früher erzählte er den Leuten, was er alles „als Kanzler will“, jetzt listet er auf, was er tun würde, „wenn ich Kanzler wäre“.

Als Kanzlerkandidat bleibt der „Menschenfischer“ vom Rhein sich selbst treu. Das heißt: Kein Bündnis mit den Grünen. „Es gibt keinen Umweg zu Johannes Rau“, sagt Johannes Rau. Mit Johannes Rau wiederum gibt es weiterhin keinen Diffamierungswahlkampf. Daß von ihm, der angetreten war, zu versöhnen statt zu spalten, *eine härtere Gangart verlangt* wird, geht dem Kandidaten sichtlich an die Nieren. Auch hier, in Lauda, wird er mit dem Wunsch konfrontiert, „mehr noch an Schärfe reinzubringen“. Doch Rau will „mir nicht untreu“ werden. „Ich führe keinen solchen Wahlkampf“, tönt es trotzig vom Rednerpult, „ich heiße Johannes Rau *und nicht Heiner Geißler*“. Das bleibt zugleich die schärfste Spitze gegen den politischen Gegner an diesem Tag.

Viel lieber widmet sich Rau den politische Inhalten. Eindringlich, guttural zuweilen wie Willy Brandt, wenn er die Worte durch die geschlossenen Zahnreihen preßt, redet er vor allem über die Not der Arbeitslosen, der „Zu-kurz-Gekommenen“, deren Anwalt die SPD sein müsse.

„Soziale Gerechtigkeit“ ist für ihn das „erste Thema“ dieses Wahlkampfs.

Daß gerade Baden-Württembergs Sozialdemokraten eine andere Klientel, nämlich die „aufstiegsorientierte Arbeitnehmerschaft“ des prosperierenden Wirtschaftsraums Stuttgart, am Herzen liegt, hat sich bis nach Düsseldorf wohl noch nicht herumgesprochen. Aber das fällt bei diesem *Publikum im vollbesetzten Saal nicht* auf.

Aus unerfindlichen Gründen sind fast alle „Ortsvereins-, Unterbezirks- und Bezirksvorstände, Kandidaten und Wahlkampfleiter“, für die diese „Mobilisierungskonferenz“ im nordöstlichsten Zipfel des Landes anberaumt war, schon hoch im Rentenalter.

Wallmann läßt Störfallgesetz prüfen. Die Lehren aus dem Sandoz-Unglück

Schweiz bekommt Rechnung präsentiert / Schadens-Forderung „bis zum Wasserfloh“

ULRICH REITZ, **Bonn**

Drei Wochen nach der Umweltkatastrophe beim Baseler Chemiekonzern Sandoz kommen nun doch deutsche Gesetze auf den Prüfstand. Während kurz nach dem Großbrand in dem schweizer Unternehmen der rheinland-pfälzische Umweltminister Klaus Töpfer erklärt hatte, er sehe keinen gesetzlichen Handlungsbedarf in der Bundesrepublik, kündigte Bundesumweltminister Walter Wallmann jetzt eine Durchforstung der Gesetze für Störfälle an.

Bei einem Besuch des Frankfurter Hoechst-Werkes sagte Wallmann, auch in der Bundesrepublik Deutschland dürfe jetzt nicht zur Tagesordnung übergegangen werden. Eine „Beratungskommission“, der Vertreter des Umweltministeriums, Repräsentanten der Länder und Wissenschaftler angehören sollen, werde die Störfall-Gesetze im Licht der Sandoz-Katastrophe prüfen, so das Wallmann-Ministerium. Parallel dazu wird der Verband der Chemischen Industrie die entsprechenden Gesetze durchleuchten.

Selbstkontrolle der Industrie

Die chemische Industrie will allerdings offenbar einer Verschärfung der Gesetze vorbeugen. Parallel zu der *Prüfung beispielsweise der Stör*fall-Verordnung durch die Beratungs-Kommission habe die deutsche Chemie sich verpflichtet, die betriebsinternen Alarmpläne und Sicherheitseinrichtungen zu prüfen, teilte der Vorstandsvorsitzende von Hoechst, Hilger, dem Bundesumweltminister mit. Aber Hilger machte deutlich, daß auch bei der chemischen Industrie, ähnlich wie bei Kernkraftwerken, ein Restrisiko nicht auszuschalten sei: „Ich kann aber auch nicht garantieren, daß bei uns nie etwas passieren kann.“

Ein schon benanntes Mitglied der Beratungs-Kommisson, der Frankfurter Feuerwehrchef *Ernst Achilles*, forderte bereits jetzt eine Verbesserung des Brandschutzes in allen deutschen Anlagen. Zuvor hatte Wallmann Hoechst einen vorbildlichen Schutz bei der Lagerung von Pflanzenschutzmitteln attestiert.

Achilles räumte allerdings ein, daß es bei den großen Unternehmen in der Bundesrepublik einen hohen Sicherheitsstandard gebe. Schwierigkeiten bestünden bei mittleren und kleineren Betrieben. Ihnen dürfte auch das Ziel Wallmanns, alle bundesweit gelagerten gefährlichen Stoffe aufzulisten, Probleme bereiten. Allerdings richtet das Umweltministerium seinen Blick in erster Linie auf die Großen der Branche. Was den Vollzug der bestehenden Gesetze betrifft, sind nach Auffassung des Umweltministeriums besonders die Länder gefordert. Dieser Umstand hatte bei der Diskussion über die Informationspolitik nach dem Großbrand eine Rolle gespielt. So hatte Hessens Umweltminister Fischer seinem Kollegen in Bonn vorgeworfen, die Län*der nicht schnell genug über Gefähr*dungen informiert zu haben. Der Bundesumweltminister hatte dagegen darauf verwiesen, daß der Gewässerschutz nicht Sache des Bundes, sondern der Bundesländer ist.

Die Länder will Wallmann auch im Zusammenhang mit dem Problem von Schadensersatzforderungen an Sandoz oder die Schweiz selbst in die Pflicht nehmen. Der Umweltminister hat inzwischen alle betroffenen Länder gebeten, die Schäden, die durch den Unfall bei Sandoz entstanden sind, aufzulisten und der Bundesregierung mitzuteilen. Wallmanns Ziel ist es, bei der nächsten internationa*len Konferenz der Umweltminister* der Schweiz erste Aufstellungen von Kosten zu präsentieren. Wenn möglich solle dabei auch, so das Umweltministerium, aus deutscher Sicht ein Überblick über die ökologischen Schäden des Rheins gegeben werden.

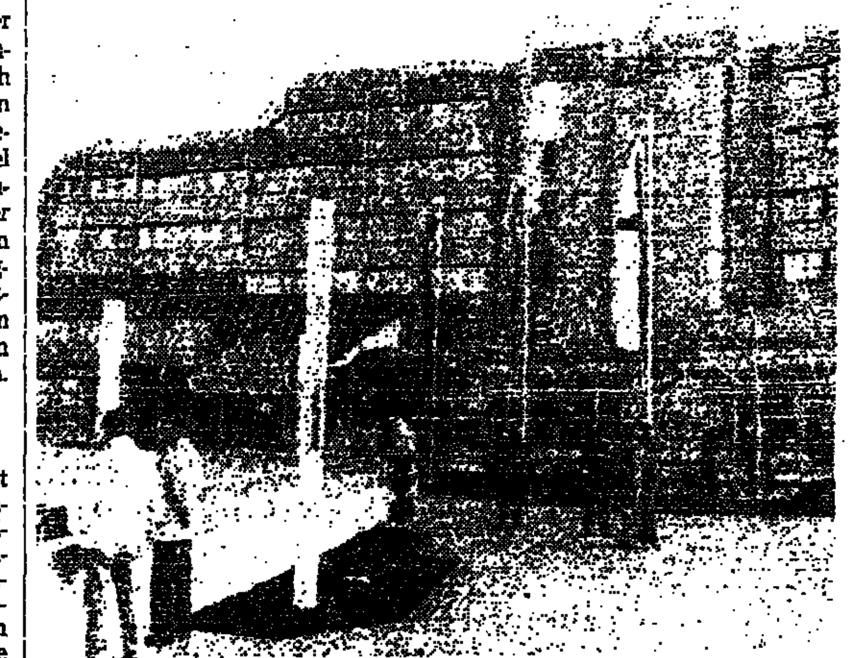
Haftet die Schweiz?

Der Schweizer Bundespräsident und Innenminister Egli sieht auf Sandoz Schadensersatzforderungen in einer erheblichen Größenordnung zukommen. Er rechnet mit einem Schaden von mindestens hundert Millionen Franken. Indem Egli in einem Interview der „Weltwoche“ auf die „sehr strenge Kausalhaftpflichtbestimmung“ (Verursacherprinzip) hinwies, machte er offenbar deutlich, daß Sandoz für den Löwenanteil der Schäden aufkommen muß. Ob die Schweiz selbst haften müsse, sei noch offen, so Egli.

Die mögliche Regulierung von Schäden wird nach Einschätzung des Gerling-Konzerns, bei dem der *Schweizer Chemie-Konzern einen* Teil seiner Versicherungen abgeschlossen hat, Jahre dauern; die Schadensersatzansprüche gingen „bis zum Wasserfloh“. Offen ist zudem, welchen Anteil die Atrazin-Vergiftung des Rheinwassers an den Gesamtschäden hat, für die der ebenfals in Basel ansässige Chemieriese Ciba Geigy verantwortlich gemacht wird.

Ein Dach für 96 km historische Akten

Kohl eröffnet den Neubau des Bundesarchivs in Koblenz



Das Bundesarchiv wurde am 24. März 1950 durch einen Beschluß der Bundesregierung errichtet und beschäfttigt mittlerweile mit seiner Zentrale in Koblenz und den fünf Außenstellen in Aachen-Kornelimünster, Bonn, Freiburg, Frankfurt und Rastatt 367 Mitarbeiter. Mit einem Etat von (1986) rund 22 Millionen Mark ist es inzwischen verantwortlich für 96 Kilometer Schriftgut, etwa 2,8 Millionen Bilder, Plakate, Karten und vergleichbares Material und fast 60 Millionen Meter Film.
Das neue Gebäude in Höhenlage oberhalb von Koblenz hat rund 80 Millionen Mark gekostet. Auf 23 000 Quadratmetern können 190 Bedienstete und 100 Benutzer arbeiten. Der Präsident des Bundesarchivs, Professor Hans Booms, kann darauf hinweisen, daß die Freigabe dieser Mittel im Bundeshaushalt 1981 in bedrängter finanzieller Lage das einzige große staatliche Bauvorhaben betraf, dessen Notwendigkeit wegen ständig anwachsender Bestände und Aufgaben des Archivs unabweisbar war.
Das am Dienstag von Bundeskanzler Helmut Kohl eröffnete Gebäude ist der erste Archivzweckbau, den eine deutsche Zentralgewalt für die Sicherung ihrer Überlieferungen in der deutschen Geschichte errichtet hat.

FOTO: AP/ROLF NAFZIGER

Schröder bringt Lafontaine ins Gespräch

epd, **Hamburg**

Der niedersächsische SPD-Fraktionschef Gerhard Schröder hat den saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine als möglichen künftigen Kanzlerkandidaten der SPD genannt. In einem Interview des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts“ sagte Schröder, es werde in der SPD-Führung einen „sehr geordneten Verjüngungsprozeß“ geben. Wenn es um den Parteivorsitz und künftigen Kanzlerkandidaten gehe, dächten schon jetzt alle Betroffenen darüber nach, „wann und für welchen Fall jemand wie Oskar Lafontaine in Frage kommt“. Lafontaine selbst hat die Frage, ob er sich als Kanzlerkandidat vorstellen könne, bislang verneint.

„FDP hat Defizite in Deutschlandpolitik“

D. G. **Mainz**

Die Freien Demokraten haben nach Auffassung des Präsidenten des Gesamtdeutschen Instituts, Detlef Kühn (FDP), ihre gestaltende Funktion in der Deutschlandpolitik weitgehend aufgegeben. Kühn nannte als Beispiel diskussionswürdiger Vor*schläge für eine aktive* Deutschlandpolitik zur Überwindung der Teilung des Landes und der Einordnung Deutschlands in die europäische Sicherheitspolitik die Vorstellungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Friedmann. Dieser hatte vorgeschlagen, die Wiedervereinigung in eine Diskussion über Friedenssicherung einzubeziehen. Damit habe der Unionsparlamentarier offensichtlich ein Tabu angesprochen, wie die auffallende Zurückhaltung bei den Reaktionen der Bundestagsparteien einschließlich der CDU zeige.

Auf die Position seiner Partei eingehend, stellte Kühn kritisch fest: „Die FDP, die sich als die klassische Partei der Mitte betrachtet, verfügt gerade in der *Deutschlandpolitik* über keine schlüssige Konzeption. Dies ist um so erstaunlicher, als noch bis vor etwa 14 Jahren die Deutschlandpolitik durchaus im Mittelpunkt des Interesses der Freien Demokraten stand. Deutschlandpolitik sei zu einem Thema für Außenseiter in der Partei verkommen.

Nach Überzeugung Kühns, der lange Zeit ein enger Mitarbeiter von Genscher war, hatte dieser Rückzug der FDP von einer überzeugenden deutschlandpolitischen Linie mit dem *eindeutig formulierten Ziel*, die Teilung des Landes zu überwinden, für die Partei schwerwiegende Folgen. „Seit den 70er Jahren hat die FDP den Verlust eines erheblichen Teils ihres historisch gewachsenen Stammwählerpotentials zu verzeichnen. Die national-liberale Komponente existiere für die FDP praktisch *nicht mehr.* Die so ansprechbaren Wählerschichten habe man kampflos ziehen lassen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Auszüge aus Kohls Rede:

DW. **Bonn**

„Diejenigen, die unsere Republik aufgebaut und ausgestaltet haben, nahmen für sich immer wieder in Anspruch, aus der Geschichte gelernt zu haben …

Was heißt das eigentlich: „Aus der Geschichte lernen“?

Wir wollen anhand der Erfahrungen der Generationen vor uns Richtiges bewahren und Fehler vermeiden und wissen doch zugleich, daß sich Geschichte nicht wiederholt. Wie paßt das zusammen?

Wir wollen Lehren ziehen aus einer Zeit, die wir meist nicht erlebt haben, deren Vergegenwärtigung von Rekonstruktion abhängt. Ist das überhaupt möglich? …

Natürlich ist die Aufbereitung der Geschichte auch abhängig von der Sichtweise des jeweiligen Betrachters. Wir müssen uns damit abfinden, daß Geschichtsschreibung eben immer auch Geschichtsinterpretation ist. Die Standortgebundenheit des Historikers darf aber nie dazu führen, daß die vergangene Wirklichkeit verzerrt oder gemäß dem je eigenen Vorverständnis konstruiert wird.

Endgültige Interpretationen der Geschichte freilich kann und darf es nicht geben, wiewohl sie immer wieder verkündet werden. Die Darstellung der Vergangenheit muß offen sein für unterschiedliche Perspektiven, für wissenschaftlihe Kritik und für neue Erkenntnisse …

Die Menschen wollen wissen, woher sie kommen, worauf sie aufbauen und woran sie anknüpfen. Nur wer die Geschichte kennt, kann die Ge*genwart begreifen und die Zukunft* gestalten…

Die Zeit von 1933 bis 1945 ist deutsche Geschichte, aber deutsche Geschichte ist mehr als die Zeit von *1933 bis 1945. Zur historischen Stand*ortbestimmung der Deutschen gehören z. B. auch das Hambacher Fest, die Frankfurter Paulskirche, der 20. Juli 1944 und das Grundgesetz.

Die deutsche Geschichte läßt sich ebensowenig wie die deutsche Nation teilen. Aus der Geschichte zu lernen, heißt, jeder selektiven Wahrnehmung zu widerstehen und Geschichte in ihrer Gesamtheit anzunehmen.

Nur wenn ihnen das notwendige historische Wissen vermittelt wird, können insbesondere junge Leute begreifen, unter welchen Anstrengungen freiheitliche Demokratie und rechtsstaatliche Verfassung erkämpft wurden und welche Konsequenzen der Verfall demokratischer Institutionen nach sich zöge. Für die Erziehung zur Demokratie ist also die Vermitt*lung profunder historischer Kennt*nisse unverzichtbar – gerade auch der Geschichte unseres Volkes, der Geschichte Europas, der Kultur, der Sprache, der Geographie unseres geteilten Landes…

Auch deshalb war es eine so verheerende Entwicklung, als in den 70er Jahren das Fach Geschichte aus den Schulen verdrängt wurde. Viel schneller als die Kultusbürokratie haben junge Menschen selbst gespürt, daß ihnen hier auch ein Stück Zukunftschance und Möglichkeit zur Selbstfindung vorenthalten wurde.

Die Renaissance des Geschichtsbewußtseins, gerade in der jungen Generation, ist eine Gegenbewegung zu schulpolitischen Versäumnissen, die viel Grund zur Hoffnung gibt.

Aus der Geschichte zu lernen – für dieses eigentlich natürliche Streben des Menschen Voraussetzungen zu schaffen, ist Aufgabe auch der Politik. Es kann dabei nicht darum gehen, ein geschlossenes Geschichtsbild zu vermitteln, das es in einer freien gesellschaft auch nicht geben darf. Aber es geht darum, das Tor zur Beschäftigung mit Geschichte nicht zuzusperren, sondern weit zu öffnen…“

„DDR“-Geheimdienst hört gezielt Telefongespräche ab

Einsatz westlicher Hochtechnologie ermöglicht „Teilnehmer-Filtern“

hrk. **Berlin**

Der Staatssicherheitsdienst (SSD) der „DDR“ ist durch den Einsatz westlicher Hochtechnologie in der Lage, jedes beliebige Telefongespräch zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet abzuhören. Dabei lassen sich die Gespräche „interessanter“ Teilnehmer durch bestimmte Impulse aus den Hunderttausenden von Einzelgesprächen filtern. Diese Details enthüllte jetzt das SFB-Magazin „Kontraste“.

Daß bei diesen Lauschangriffen des Ostens auch der sowjetische Geheimdienst im Spiel ist, wiesen die Rechercheure des Senders Freies Berlin an einem Fall nach: Im Sommer 1986 telefonierte ein amerikanischer Offizier in Berlin von seinem Telefon aus mit Bekannten in der Bundesrepublik und schilderte dabei auch private Probleme. Schon kurze Zeit darauf sprachen ihn sowjetische Agentenwerber an, die sämtliche Gesprächs-Einzelheiten kannten und den Amerikaner mit diesem Wissen zu Spionage für die UdSSR zu zwingen versuchten. Der Offizier offenbarte sich seinen Vorgesetzten.

Zur Zeit werden die Telefonverbindungen zwischen Berlin und Westdeutschland über ein altes Erdkabel und über Richtfunkstrecken geführt, bei denen die Gespräche „zerhackt“ und wieder zusammengesetzt werden. Dabei können gleichzeitig 25 000 Telefonate in beiden Richtungen geführt werden.

Nach einem Abkommen zwischen den beiden Postverwaltungen wird jetzt – auf insgesamt 211 Kilometern Länge und in 70 Zentimeter Tiefe – ein hochmodernes Glasfaserkabel durch die „DDR“ gezogen. Kosten: 100 Millionen Mark. Es soll die Telefonkapazität auf 60 000 Parallel-Gespräche steigern. Fachleute sind sich nicht sicher, ob nicht auch dieses Kabel vom SSD auf „wichtige“ Gesprächspartner hin durchforscht werden kann.

Die Abhör-Möglichkeiten der „DDR“ räumten in der SFB-Sendung der Staatssekretär im Innenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU) und der Berliner Senator Rupert Scholz ein. Der Berliner CDU-Politiker wies dabei darauf hin, daß gewiß nicht jedes Gespräch abgehört werde, aber: „Wir müssen nur soviel wissen, das muß jeder Bürger beachten: Es kann abgehört werden, technisch, und es geschieht mit Sicherheit auch. Das heißt, man muß sich im Grunde vorsichtig verhalten.“

Turner will Studienzeit in Berlin drastisch senken

Senator erläutert Fehlentwicklung am Beispiel Elektrotechnik

PAUL F. REITZE, Berlin

Berlins Wissenschaftssenator, Professor George Turner, drängt auf eine *erhebliche Reduzierung der Studienzeiten.* Als Exerzierfeld für die entsprechenden Schritte hat er sich zunächst *den* Fachbereich 19 (Elektrotechnik) der Technischen Universität ausersehen. Dort dauert das Studium im Schnitt mittlerweile 17 Semester. An den Hochschulen im Bundesgebiet liegt der mittlere Wert demgegenüber bei nur zwölf Semestern, die Studenten sind hier also im allgemeinen *zweieinhalb Jahre früher fertig* als in Berlin. Turner hat dem Fachbereich mitgeteilt, daß er keine Prüfungsordnung mehr genehmigen werde, die nicht den Abschluß in maximal zehn Semestern ermöglicht.

Zwischen 1969 und 1975 sank an der Technischen Universität die Studiendauer im Fach Elektrotechnik zunächst von 15,4 auf 13,6 Semester, bevor sie steil nach oben ging. Das ist auch deswegen von Interesse, weil 1975 etwas mehr Studenten eingeschrieben waren als heute. Die Hochschule kann *also nicht* damit argumentieren, sie sei Opfer eines übermäßig gewachsenen Lehrpensums. Bei seinen Nachforschungen stieß Senator Turner auf ganz andere Gründe.

Zu den Zeitverlusten kommt es danach vor allem im „Hauptstudium". Es besteht aus drei Hauptfächern, vier Ergänzungsfächern und einem Vertiefungsfach. Dieses Vertiefungsfach kann der Student frei aus 22 Disziplinen wählen. Der Clou dabei: Lediglich die Hälfte dieser 22 Disziplinen wird von den Studenten über*haupt belegt.* Es ergibt sich daraus eine Zwei-Klassen-Ordnung der Professoren: Die einen werden förmlich überrannt, die anderen leisten zumindest in der Lehre so gut wie nichts.

Die Folge: Engpässe und Hektik in einigen Fächern, Oasen völliger Ruhe beim Rest. Turner will dies im Interesse der Studenten wie der Steuerzahler nicht mehr hinnehmen. Seine Forderung: Die 22 Disziplinen, aus denen das Vertiefungsfach gewählt wird, sollen zu größeren Einheiten zusammengefaßt werden, damit die *Last der Lehrverpflichtung gerechter* verteilt werden kann, auch im Interesse eines zügigen Studiums.

Mit Verärgerung registrierte Turner, daß die Berliner Elektrotechnik-Studenten, richtet man sich nach den vorgesehenen Semesterwochenstunden, um zehn bis zwanzig Prozent weniger arbeiten müssen, als es Bundesschnitt ist. Dies, obwohl nichts für die These spricht, daß sich unter ihnen in größerer Anzahl Überflieger befinden: In den Prüfungen „Höhere Mathematik I und II" scheitern beim ersten Mal bis zu achtzig Prozent.

Tirol weist Müll aus Hessen zurück

dpa, Innsbruck

Die Regierung des österreichischen Bundeslandes Tirol hat gestern angekündigt, daß sie die Bewilligung für die Zwischenlagerung dioxinhaltiger Müllrückstände aus Hessen zurückziehen werde. Der Umweltschutzreferent der Landesregierung, Gerhard Liebl, räumte der Entsorgungsfirma „Kommunalservice" als *Organisatorin der umstrittenen Lagerung* in Österreich bis morgen eine Frist zur Stellungnahme ein. Liebl betonte, eine Genehmigung sei nur erteilt worden, weil Gutachten garantiert hätten, daß sich keine Giftstoffe in dem Abfall befänden. Der hessische *Umweltminister Joschka Fischer* (Die Grünen) hatte zuvor von einem „ziemlich furchtbaren Sachzwang" gesprochen. Solange Hessen keine Deponien dafür habe, müsse man dioxinhaltigen Müll ins Ausland bringen. Der Dioxingehalt liege „an der unteren Belastungsgrenze".

Theologe weiter in „DDR"-Haft

epd/hrk. Berlin

Der 31jährige Theologe Reinhard Lampe, der nach einer Protestaktion am 25. Jahrestag des Baus der Mauer von „DDR"-Sicherheitsbehörden festgenommen wurde, befindet sich noch immer in Haft. Darauf hat jetzt der Bischof der Ostregion der Kirche von Berlin-Brandenburg, Gottfried Forck, erstmals öffentlich hingewiesen. Der zunächst für den 10. November vorgesehene Prozeß sei verschoben worden.

Auch von westlicher Seite war am 13. August beobachtet worden, daß sich Lampe am Fensterkreuz eines Mietshauses nahe der Mauer angekettet *und auf zwei weithin sichtbaren* Transparenten gegen die Teilung Berlins protestiert hatte. Forck berichtete, Lampe habe sich stets mit den Sorgen derer befaßt, die unter den Reiseverboten litten. Der Bischof kritisierte dabei die „willkürliche" Genehmigungspraxis der *Behörden.*

SED blockt Wunsch nach Seelsorge in der NVA ab

Synode will auch Gottesdienste für Soldaten ermöglichen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Partei- und Militärführung in der „DDR" sind durch einen Vorstoß der evangelischen Kirche auf hoher Ebene verunsichert: Die Kirche dringt jetzt darauf, den rund 25 000 protestantischen Christen in der „Nationalen Volksarmee" regelmäßigen Gottesdienstbesuch, den Besitz der Bibel in der Kaserne und die Betreuung durch Pfarrer zu erlauben. Die NVA-Spitze reagierte daraufhin, höchst beunruhigt, mit einem Hetzartikel gegen „kriegstreibende" Militärseelsor*ger in der Bundeswehr.*

Wie aus ökumenischen Kirchenkreisen verlautet, tragen führende Kirchenmänner in der „DDR" bei den regelmäßigen Staat-Kirche-Gesprächen seit ge*raumer Zeit* immer intensiver das Thema einer geistlichen Begleitung der christlichen unter den rund 170 000 NVA-Sol*daten* vor: „Es geht darum, auch in diesem Bereich den Grundtenor des Spitzengesprächs mit Erich Honecker vom 6. März 1978 umzusetzen", heißt es. Damals sagte der SED-Chef die volle Gleichberechtigung der Christen in Chancen, Auf*stieg und Teilhabe am gesellschaftli*chen Leben im Staat zu.

Attacken gegen West-Seelsorger: NVA-Chef Heinz Keßler

Neben dem Bereich der Volksbildung – Ministerin Margot Honecker verweigert seit Jahren ein detailliertes Gespräch über Benachteiligungen für christliche Schüler – bildet der Armee-Bereich ein sensibles Feld für die insgesamt auf Moll gestimmten Staat-Kirche-Beziehungen.

Christlichen Soldaten ist es in der Regel nicht erlaubt, selbst eine Bibel mit in die Kasernenunterkunft zu bringen. Sie können nicht am sonntäglichen Gottesdienst der Standortgemeinden teilnehmen. „Dies scheitert bereits an der simplen Frage, daß der Sonntagsausgang erst um 10 Uhr beginnt, also kein Soldat – selbst wenn er frei haben sollte – pünktlich zum Gottesdienst kommen kann", wird berichtet. Christliche Soldaten sehen sich zudem oft scharfen atheistischen Kommentaren der von der SED ausgesuchten besonders ideologietreuen Offiziere ausgesetzt. Die evangelische Kirche will diesen Zustand offenbar nicht länger hinnehmen und fordert zunächst auch für alle NVA-Soldaten das verfassungsmäßig zustehende „Recht, sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen und religiöse Handlungen auszuüben". Auf diesen Punkt hatte vor der Volkskammerwahl im Juni 1986 ein eigens für christliche Wähler gedachtes Flugblatt hingewiesen.

Westliche Kirchenexperten sehen jetzt in einem Aufsatz, der in der vom *Verteidigungsminister und* Honecker-Vertrauten Heinz Keßler herausgegebenen Zeitschrift „Militärwesen" erschien, den ersten Warnschuß gegenüber den kirchlichen Vorstößen: Unter der harmlosen Überschrift „Zur Militärseelsorge in der Bundeswehr" werden die rund 145 evangelischen Standortpfarrer der Bundeswehr als Handlanger einer „politisch-moralischen und ethischen Vorbereitung der Bundeswehrangehörigen auf einen NATO-Aggressionskrieg und zur weiteren Ausprägung ihres antikommunistischen, insbesondere antisowjeti*schen Feindbildes" verunglimpft. In* SED-Kreisen heißt es, die Kirche müsse „wohl verstanden" haben, daß diese Polemik „nicht zufällig" mit den Forderungen auf Seelsorge in der NVA zeitlich zusammenfalle. Die SED befürchtet offenkundig, daß auch *Nichtchristen unter Soldaten* und Offizieren die Erörterung von Sinnfragen bei einer etwaigen seelsorgerischen Betreuung hilfreich finden könnten.

Unterdessen beschloß die Synode der Greifswalder Landeskirche am 2. November – exakt auf der neuen Kirchenlinie –, die Gemeinden sollten sich verstärkt um NVA-Soldaten kümmern: *Die Kirchenleitung* möge erreichen, „daß es allen Christen in der NVA möglich ist, regelmäßig an Gottesdiensten teilzunehmen, religiöse Literatur (bisher verboten, d. Red.) in der Kaserne zu haben und bei Bedarf einen Seelsorger zu sprechen oder aufsuchen zu können".

Klare Absage an eine isolierte Null-Lösung

Internationales Strategie-Symposium in München

JÜRGEN LIMINSKI, München

Mit großer Klarheit haben deutsche und amerikanische Sicherheitspolitiker und Militärs auf einen unauflösbaren Zusammenhang der konventionellen und nuklearen Verteidigungsfähigkeit des Atlantischen Bündnisses *insbesondere* in Europa hingewiesen, und einer isolierten Null-Lösung für Mittelstreckenwaffen in Europa die rote Karte gezeigt. Auf dem 7. Internationalen Politik- und Strategie-Symposium zum Thema „Der Zukunft eine Chance – Stra*tegien für den Fortschritt*" in München sagte der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General Bernard Rogers, die Drohung mit dem nuklearen Ersteinsatz müsse erhalten bleiben, so lange der Warschauer Pakt sich bei einem eventuellen Angriff auf seine so große konventionelle Überlegenheit stützen könne. Eine Null-Lösung bei Mittelstreckenwaffen (Pershing 2, SS 20) halte er nur *dann für sinnvoll*, wenn „*gleichzeitig* und gleichgewichtig bei Kurzstreckenwaffen und im konventionellen Bereich" abgerüstet werde. Sonst entstehe eine ähnlich bedrohliche Lücke, wie sie 1979 zum NATO-Doppelbeschluß geführt habe.

Die Strategie der „flexible response" sei nach wie vor gültig. Die NATO müsse zurückschlagen können. Rogers: „Wir müssen die Option für den Ersteinsatz beibehalten." Als „große Sorge" bezeichnete es der NATO-General, daß die durch die sowjetische *Aufrüstung größer werdende Kluft* den Sowjets politische Erpressungsmöglichkeiten eröffne. Ein Angriff des Warschauer Pakts „ist nicht die wahrscheinlichste Bedrohung". Die Sowjets seien zu smart für einen Krieg. Aber die erdrückende militärische Übermacht sei für den Kreml das Mittel, „um politische Konzessionen zu erpressen" und so „die Früch*te des Sieges ohne die Qual des Krie*ges" einfahren zu können.

Nukleare Optionen

Er erwarte, so Rogers, daß die USA die europäischen Verbündeten und die 326 000 amerikanischen Soldaten in Europa „nicht ohne Verteidigungskapazität" belassen wollen, und daß Washington die Sicherheit *der Verbündeten und der 326 000 GIs* gewährleisten werde. Die Europäer sollten ihrerseits aber auch keine Anreize geben, die dazu führen könnten, daß die USA diese Truppen teilweise oder ganz zurückziehen.

Der Staatssekretär im Verteidigungsministerium Lothar Rühl sagte, man müsse die „subsidiäre Bedrohung bei der Null-Lösung beachten". Auf jeden Fall brauche man im Sinne der Glaubwürdigkeit der Abschreckung „nukleare Optionen gegenüber dem sowjetischen Territorium". Im übrigen seien auch taktische Ge*fechtsfeldwaffen bei den Sowjets* nuklear bestückbar. Diese Verzahnung zwischen konventionellen und nuklearen Waffen müsse bei Verhandlungen berücksichtigt werden.

Der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister John Maresca versicherte, das konventionelle Ungleichgewicht werde bei Verhandlungen zwischen Washington und Moskau berücksichtigt werden.

„Über Tellerrand blicken"

Es werde „keine Vereinbarungen geben, die zu einem Ungleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West in Europa führen würden". Maresca *hielt* europäischen *Befürchtungen* ferner entgegen, daß Washington auf glaubwürdige Verifikation bestehen werde. Die sowjetischen Aktionen nach Reykjavik deuteten außerdem darauf hin, daß Moskaus Ziel weniger die Abrüstung als das Auseinanderdividieren der Atlantischen Gemeinschaft sei. Maresca warnte die Europäer in diesem Zusammenhang vor allzu groben Unterschieden in der Bekämpfung des Terrorismus und vor neo-isolationistischen Strömungen in den USA. „Die isolationistischen *Tendenzen* in den USA sind real". Die Europäer sollten auch mal über den europäischen Tellerrand hinausblicken und die globale sowjetische Bedrohung in den Blick nehmen. Als Stichwort nannte er Afghanistan, Mittelamerika, Afrika. Hier *entscheide sich* für viele Amerikaner ein großer Teil der Glaubwürdigkeit der Europäer.

Maresca wies wie auch der CSU-Politiker Hans Graf Huyn darauf hin, daß die Ursache der Spannungen nicht in der Rüstung liege, sondern in der Verweigerung der Sowjets, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Menschenrechte anzuerkennen.

Der türkische Verteidigungsminister Zeki Yavuztürk machte bei seinen *Ausführungen* mit *Nachdruck* darauf aufmerksam, daß der terroristische Krieg „gegen NATO-Länder geführt" werde. Seiner Einschätzung nach handele es sich bei diesem „sehr schwer zu bekämpfenden Krieg" um eine „Überlebensfrage für die gesamte NATO".

Berliner Kabelrat ebnet den Weg für RIAS-TV

hrk. Berlin

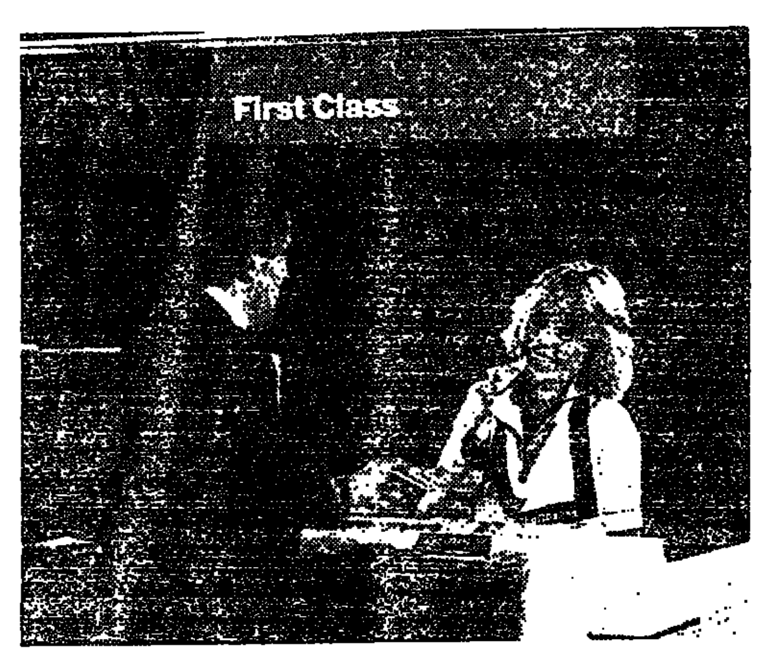
Nach einer Entscheidung des Berliner Kabelrats könnte RIAS Berlin vom kommenden Sommer an auf dem UHF-Kanal 25 sein geplantes Frühstücksfernsehen ausstrahlen. Zuvor muß jedoch noch die verfassungsrechtlich wichtige Frage der überwiegenden RIAS-Programmfinanzierung durch den Bund geklärt werden. Insgesamt soll RIAS-TV täglich vier Stunden senden können.

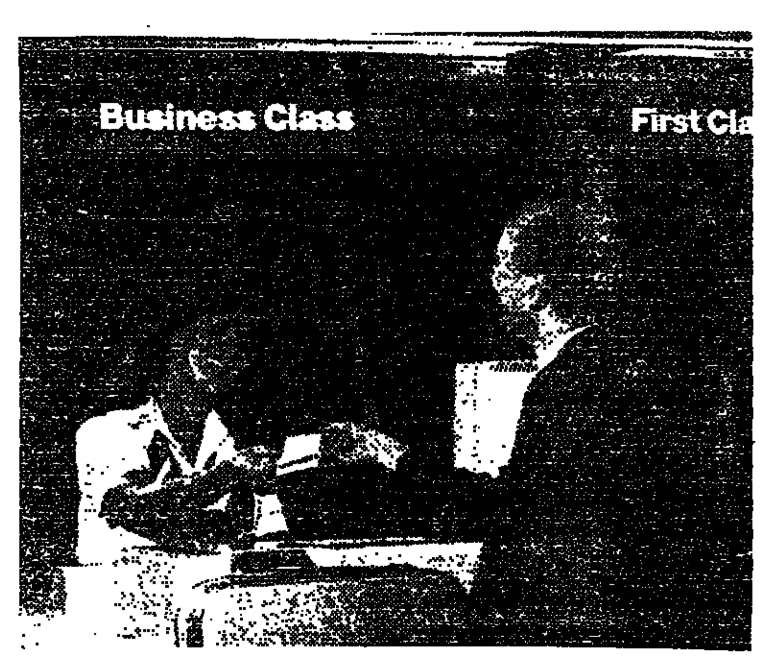
Der Kabelrat entschied ferner, daß im Kanal 25 auch ein überregionaler Veranstalter – zum Beispiel SAT 1 oder RTL-plus – ein „regionales Fenster" in der Vorabendzeit öffnen dürfe. SAT 1 kündigte in der Sitzung an, daß sich der Sender dabei eine Zusammenarbeit mit Schamoni-Medien GmbH und der Axel Springer AG vorstelle.

Vom 1. Januar 1987 an werden die Berliner eine weitere UKW-Radiowelle empfangen können: Auf 100,6 Megahertz sendet dann die „Schamoni Medien GmbH" des Regisseurs Ulrich Schamoni. Sie erhielt die Sendeerlaubnis für ein 20-Stunden-Programm. Zwischen 19 und 22 Uhr muß sie die Welle jedoch dem alternativen „Radio 100", einem Zusammenschluß verschiedener kleinerer Programmacher, abtreten.

Lufthansa heute:

Seit 1. November fliegt der Geschäftsmann von heute nur noch eine Klasse: seine Klasse.





Das Angebot der Lufthansa in Europa sieht nun für Geschäftsreisende so aus:

1. Eine exzellente First Class, die neue Business Class, keine Tourist Class.

2. In der neuen Business Class erwarten Sie neue, bequemere Sitze. Mit nunmehr 86 cm Beinfreiheit.

3. Ihren bevorzugten Sitzplatz können Sie für alle grenzüberschreitenden Flüge zum Normaltarif schon bei der Buchung reservieren.

4. Auch das gastronomische Angebot auf internationalen Flügen wurde erweitert: Zu jeder Tageszeit gibt es eine komplette Mahlzeit. Ab 2 Stunden Flugzeit ein warmes Menü.

Nichts geändert hat sich daran, daß Lufthansa Sie mit einer der modernsten Flotten der Welt pünktlich und zuverlässig zu allen wichtigen Zielen der Welt fliegt. Willkommen an Bord.



Film über Ermordung Moros löst Polemik aus

Rolle der Roten Brigaden geschönt / „Fakten" ohne Beweise

F. MEICHSNER, Rom

Achteinhalb Jahre nach der Entführung und Ermordung des damaligen christdemokratischen Parteipräsidenten durch die Roten Brigaden erregt der „Fall Moro" aufs neue die italienische Öffentlichkeit.

Anlaß ist ein Film, der die dramatischen 55 Tage des Frühjahres 1978 so darstellt, daß der Eindruck entsteht, als seien die Hintermänner der mordenden Linksterroristen bei der Geheimloge P2, bei der italienischen Abwehr und beim amerikanischen Geheimdienst CIA zu suchen, und als sei die Führung der Democrazia Cristiana nie ernsthaft bemüht gewesen, ihren Spitzenpolitiker vor dem Tod zu retten.

Der dieser Tage in Mailand uraufgeführte Film von Giuseppe Ferrara stützt sich bei der Darstellung der damaligen Ereignisse unter anderem auf zwei angebliche Fakten, für die in vielen Jahren gerichtlicher und parlamentarischer Untersuchungen keinerlei handfester Beweis erbracht werden konnte.

Wo blieb die Aktentasche?

Einmal nimmt er als gegeben hin, daß die Rotbrigadisten bei der Entführung Moros im Auto des Politikers eine Aktentasche mit Geheimdokumenten liegen ließen, und daß diese Tasche dann vom Geheimdienst sichergestellt wurde, der sie jedoch den Ermittlungsbehörden vorenthielt. Außerdem wird als Tatsache hingestellt, daß während der Gefangenschaft Moros bei einer Zusammenkunft des zehn Mitglieder zählenden Fahndungsstabes einer der Teilnehmer gesagt habe, es wäre wohl besser, wenn man das Moro-Versteck nie finden würde.

Die Roten Brigaden, so suggeriert der Film, seien an sich keineswegs entschlossen gewesen, Moro umzubringen. Sie seien durch die von finsteren Kräften gegängelte „Partei der Unnachgiebigen", zu der neben der Democrazia Cristiana auch die KPI gehörte, quasi dazu gezwungen worden. „Eine Infamie, die von Lügen nur so trieft", war die erste Reaktion aus der christdemokratischen Parteiführung. Den Weg der gerichtlichen Klage will man aber nicht einschlagen, denn: „Diesen Gefallen wollen wir Leuten, die nur Publicity suchen, nicht tun."

Das Interesse der Loge P2

Leo Valiana, ein Veteran der antifaschistischen Widerstandsbewegung und heute einer der kompetentesten publizistischen Terrorismus-Experten, urteilte im „Corriere della Sera": „Der Film stellt die Roten Brigaden so dar, wie die Brigadisten selbst gesehen werden möchten."

Filmregisseur Ferrara versucht demgegenüber, sein Werk mit der Behauptung zu rechtfertigen: „Die Ermittlungen von Polizei, Carabinieri und Geheimdienst waren viel zu zaghaft, als daß der Verdacht einer Gängelung durch die Gelli-Loge (P2) hätte ausgeräumt werden können. Die Loge war daran interessiert, daß das Gefängnis Moros nie gefunden wurde."

In den 55 Tagen der Moro-Gefangenschaft hätten sich die Sicherheitsorgane des Staates in keinem einzigen Fall mit Ruhm bekleckert. Im Gegensatz zur Tendenz des Filmes, die diese scharfen Polemiken provoziert hat, wird der schauspielerischen Leistung des Moro-Darstellers Gian Maria Volonté übereinstimmend großes Lob zuteil.

Moskau läßt mehr private Initiative zu

RMB/dpa, Moskau

Die Sowjetbürger dürfen künftig in beschränktem Umfang einer privaten Tätigkeit nachgehen. Dies sieht ein Gesetzentwurf vor, der gestern vom Obersten Sowjet beraten wurde. Der Vorsitzende des Staatskomitees für Arbeit und Soziale Fragen, Iwan Gladki, sagte jedoch, daß die neue Regelung keine Rückkehr zu irgendeiner Form privaten Unternehmertums bedeute.

Ungerechtfertigte Beschränkungen für eine private Tätigkeit würden aber aufgehoben. Allerdings müsse die private Arbeit voll mit den Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung übereinstimmen.

Mit dem neuen Gesetz soll die Tätigkeit der „Tschatniks" (Privateigentümer) auf eine feste Grundlage gestellt werden. Rund 620 000 Menschen sind in diesem Zwischenbereich beschäftigt. Die Grenzen ihrer Arbeit verlaufen eher fließend: gerade in diesem schwer faßbaren Bereich war Schwarzarbeit häufig.

Grundsätzlich verbietet die bisherige Verordnung den Einsatz von Lohnarbeitern. Jeder Heimarbeiter muß einen Registrierausweis besitzen, den die Finanzbehörde des örtlichen Sowjet ausstellte.

Die Liste der verbotenen Heimarbeiten ist lang. Leder zu verarbeiten, Waffen und Sprengstoffe herzustellen, Schallplatten aufzunehmen oder Filme zu kopieren ist ebenso verboten wie Chemie- und Parfümerzeugnisse oder Medikamente herzustellen, Schmuck anzufertigen oder eine Pension zu führen – um nur einige Beispiele zu nennen.

Verabschiedet wurden gestern vom Obersten Sowjet Plan und Haushalt für 1987. Das Nationaleinkommen soll um 4.1 Prozent, die Industrieproduktion um 4,4 Prozent wachsen.

Kim-Dynastie stört die Militärs

Verwirrung in Nordkorea hält an / Der Präsident lebt / Tobt ein Machtkampf?

FRED de LA TROBE, Tokio

Der nordkoreanische Präsident Kim Il Sung begrüßte in Pjöngjang den mongolischen Präsidenten Jambyn Batmonh. Meldungen, er sei einem Attentat zum Opfer gefallen, waren damit widerlegt.

Politische Beobachter in Tokio meinen, die Falschmeldung sei auf die Rivalität zwischen den südkoreanischen Geheimdiensten zurückzuführen, die zu einem unvorsichtigen Vorprellen des militärischen Abwehrdienstes geführt habe. Daß es sich um eine bewußte Fehlinformation Seouls gehandelt habe, bezweifeln diese Kreise. Südkorea sei nicht daran interessiert, vor den Olympischen Spielen 1988 neue Spannungen mit Pjöngjang zu schaffen und damit die Teilnahme der kommunistischen Staaten an den Spielen zu gefährden.

Südkoreanische Oppositionspolitiker kritisierten den Verteidigungsminister Lee Ki Baek, dessen Erklärung über das angebliche Attentat nicht nur Unruhe im Volk ausgelöst sondern auch die Glaubwürdigkeit der Regierung im In- und Ausland in Frage gestellt habe.

Ungeklärt bleibt, warum die nordkoreanische Regierung so lange wartete, um das Gerücht zu dementieren. Sprecher des japanischen Außenministeriums schließen allerdings nicht aus, daß ein Putschversuch oder ein interner Machtkampf in Nordkorea stattgefunden hat.

Der Minister fehlte

In diesem Zusammenhang halten es japanische Korea-Experten für bedeutsam, daß der nordkoreanische Verteidigungsminister, O Jin U, der drittstärkste Mann in Pjöngjang, während der letzten Wochen bei wichtigen öffentlichen Anlässen nicht zu sehen war. Auch bei der kürzlichen Moskau-Reise von Kim Il Sung und beim Empfang des mongolischen Präsidenten am Dienstag war er nicht zugegen. Diese Kreise weisen auch darauf hin, daß es in der Führung des nordkoreanischen Militärs wiederholt Kritik an der von Kim Il Sung begründeten „Familiendynastie" – der Sohn des Diktators, Kim Chong Il ist zum „Thronfolger" auserkoren – gegeben hat.

Vater Kim baute seinen 44jährigen Sohn seit über zehn Jahren zu seinem Nachfolger auf und ließ ihn zum Generalsekretär der Partei küren. Sein Anspruch auf die Nachfolge ist damit institutionell abgesichert.

Der Propagandaapparat des Regimes hat eine Flut von Büchern, Filmen und Presseartikeln veröffentlicht, die sich in Lobeshymnen über den jüngeren Kim überbieten. Das Bild des Sohns hängt längst in allen Amtsstuben neben dem des Vaters. „Studienzentren für das Lernen der Ideen von Kim Chong Il" wurden im ganzen Land gegründet. Die Opposition gegen den exzentrischen Kim Chong Il ist schon mehrmals bei denen aufgeflammt, die sich übergangen und für bewährter fühlten.

In den letzten Jahren fielen schon einige namhafte Kritiker der Kim-Dynastie Säuberungen zum Opfer. Darunter waren so bewährte Gefährten von Kim Il Sung während der Kämpfe gegen Japan wie der Kommandant des 5. Korps der Armee, Yi Ki Sol, und Kim Tong Kyu, einer der Vizepräsidenten Nordkoreas. Bei einem Attentatsversuch auf Kim Chong Il war angeblich auch ein hoher Offizier der nordkoreanischen Geheimpolizei beteiligt. Zusammen mit neun anderen Verschwörern soll er nach dem gescheiterten Anschlag hingerichtet worden sein.

Nach Meinung der meisten Beobachter in Ostasien hat der jüngere Kim schon einen großen Teil der Pflichten seines Vaters übernommen und leitet die täglichen Geschäfte an der Spitze der Partei- und Staatsorgane. Kim Il Sung, der das Staatsruder seit über vierzig Jahren führte, erklärte in einer Rede im Juni, die Nachfolgefrage sei erfolgreich gelöst. Nach Verlautbarungen aus Pjöngjang ist Kim Chong Il auch zum obersten Befehlshaber der nordkoreanischen Streitkräfte aufgerückt, obwohl er keine militärische Ausbildung genossen hat.

Reformen nötig

Im Gegensatz zu den erstaunlichen ökonomischen Erfolgen Südkoreas haben sich die wirtschaftlichen Engpässe Nordkoreas in den letzten Jahren vermehrt. Nach Meinung westlicher Experten können nur eine Abwendung vom Autarkiestreben, eine Öffnung des Landes nach außen – um die Exporte zu steigern, technische und finanzielle Hilfe zu erhalten und die Schuldenlast abzutragen – und eine Reform in Richtung auf größere Autonomie für Manager und lokale Einheiten aus der Sackgasse führen.

Erste zögernde Versuche in diese Richtung mit einem Gesetz über Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Interessenten waren bisher wenig ergiebig, weil westliche Unternehmen angesichts der hohen, in Verzug geratenen nordkoreanischen Schulden von sechs Milliarden Mark eine abwartende Haltung einnahmen.

Als Pragmatiker in der Führungsspitze Nordkoreas gelten Ministerpräsident Kang Song San und der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Kim Yong Nam. Sie gelten als aufgeschlossen für wirtschaftliche Reformen und spielten wichtige Rollen bei den bisher ergebnislosen Kontakten mit Südkorea.

(SAD)

Sondersitzung über Brand bei Sandoz

rtr, Bern

Beide Kammern des Schweizer Parlaments werden am 2. Dezember in der Vereinigten Bundesversammlung zu einer gemeinsamen Sondersitzung über den Sandoz-Brand zusammentreten. Nach Angaben der Koordinationskonferenz beider Kammern wird Bundespräsident und Innenminister Alphons Egli vor den Abgeordneten von Nationalrat und Ständerat eine regierungserklärung zu der Brandkatastrophe vom 1. November in Basel abgeben. Am 15. Dezember wird dann der Nationalrat über die Brandkatastrophe beraten.

Die Vereinigte Bundesversammlung der Schweiz wird normalerweise für die Wahl von Ministern und Bundesrichtern einberufen. Sie kann aber laut Geschäftsordnung auch zusammenkommen, wenn die Regierung „zu wichtigen Angelegenheiten" eine Erklärung abgeben will. Die Aufräumarbeiten im Rhein verlaufen nach Angaben des Gewässerschutzamtes von Basel-Land planmäßig.

Besseres Verhältnis Athen–Washington

SAD, Athen

Die USA-Reise des griechischen Außenministers Karolos Papoulias signalisiert eine Normalisierung der griechisch-amerikanischen Beziehungen, die seit dem Wahlsieg der Sozialisten 1981 durch viele Krisen gegangen ist. Daß Papoulias eine offizielle Einladung des State Department erhalten hat, gilt außerdem als Indiz dafür, daß Präsident Ronald Reagan demnächst auch den seit längerer Zeit darauf wartenden griechischen Premier Andreas Papandreou nach Washington einladen könnte.

Als handfester Beweis dafür, daß Griechenlands Beziehungen zu den USA allmählich normalisiert werden, gilt die Unterzeichnung eines Abkommens in Athen in der vergangenen Woche, daß der griechischen Rüstungsindustrie Zugang zu amerikanischer Militärtechnologie gewähren soll.

Das Abkommen, das nach einem Kommuniqué der US-Botschaft in Athen gemeinsame Rüstungsprojekte fördern soll, ist in Anwendung des aus dem 1983 stammenden Militärhilfe- und Stützpunktabkommens zwischen Griechenland und den USA vereinbart worden. Aus politischer Sicht wird dadurch die „schrittweise Normalisierung" der Beziehungen – vereinbart bei dem Besuch von Shultz im März – vorangetrieben. Vor diesem Hintergrund herrscht unter amerikanischen Diplomaten mittlerweile die feste Überzeugung, daß Athen der Verlängerung des 1988 ablaufenden Abkommens über die US-Militäreinrichtungen in Griechenland letzten Endes doch zustimmen wird.

Lubbers besucht Moskau

Für engere Wirtschaftskooperation / Frage nach Menschenrechten

HELMUT HETZEL, Den Haag

Der niederländische Ministerpräsident Ruud Lubbers will während seines heute beginnenden zweitägigen offiziellen Moskau-Aufenthaltes in erster Linie die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen beider Länder ankurbeln.

Der Christdemokrat Lubbers wird aus diesem Grund von einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation begleitet. Ihr gehören Vertreter zahlreicher namhafter Unternehmen und führender Banken an.

Nach Angaben des Haager Wirtschaftsministeriums werden während der Lubbers-Visite in Moskau mehrere Handels- und Wirtschaftsabkommen unterzeichnet. Die Verträge sollen die Voraussetzung zur Gründung niederländisch-sowjetischer Gemeinschaftsunternehmen bilden und den bilateralen Handel intensivieren helfen.

Hochtechnologie erwünscht

Den Haag hat im Warenaustausch mit der Sowjetunion seit Jahren ein hohes Zahlungsbilanzdefizit, das im vergangenen Jahr nach Statistiken des regierungsamtlichen Haager „Zentralen Planbüros" (CPS) rund sechs Milliarden Gulden betrug. Die Sowjets ihrerseits sind an einer engeren Zusammenarbeit mit westlichen Hochtechnologie-Unternehmen wie Philips und Akzo interessiert.

Lubbers will, wie er vor der Abreise sagte, auch die sowjetischen Überlegungen zu einer möglichen Teilnahme am Internationalen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) kennenlernen.

Weitere Themen der Gespräche des Haager Regierungschefs und seines Außenministers Hans van den Broek mit der sowjetischen Führung – eine Begegnung mit Parteichef Michail Gorbatschow ist für Freitag vorgesehen – sollen neben Fragen des Ost-West-Verhältnisses die Situation der Menschenrechte in der UdSSR und insbesondere die der sowjetischen Juden sein. Die Niederländer vertreten in Moskau offiziell die Belange Israels, da die Israelis dort keine diplomatische Vertretung unterhalten.

Aufschluß über Abrüstung

Dem Moskau-Besuch der Haager Regierungsdelegation wird sowohl international als auch von den Sowjets eine besondere Bedeutung in bezug auf den derzeitigen Stand des Ost-West-Abrüstungsdialogs beigemessen (WELT vom 13. 11.). Denn Lubbers ist nach dem Reykjavik-Gipfel der erste Regierungschef eines NATO-Stationierungslandes, der den Kreml besucht. Aufschlüsse erwartet man sich im Westen von den Gesprächen außerdem darüber, ob die Sowjetunion bei der Abrüstungsproblematik auch weiterhin an dem von ihr selbst geschaffenen Verhandlungsjunktim zwischen SDI und den europäischen Mittelstreckenraketen festhalten will.

Wie aus Regierungskreisen verlautet, wird Den Haag nach Beendigung der Moskauer Gespräche die westlichen Verbündeten sofort schriftlich über deren Ergebnisse informieren.

Die Politik der Mitte ließ Sarney siegen

W. THOMAS, Rio de Janeiro

Brasiliens Präsident José Sarney registrierte seinen Wahlsieg gelassen – wie das seiner Art entspricht. Er wollte keine großen Worte schwingen. Bereits vor den Wahlen warnte er das Volk: „Der Übergang zur Demokratie ist nicht vollendet. Wir müssen noch eine Menge tun. Die Freiheit mag in den Herzen der Brasilianer verankert sein, aber nicht in unseren Institutionen."

Die meisten Kommentatoren teilten die Meinung, daß Sarney mit dem Verlauf dieser Wahlen auf dem Höhepunkt seiner politischen Karriere steht. Er hat nicht nur seine persönliche Popularität bestätigt, sondern auch das Vertrauen in seine politische Führung, die sein schärfster Widersacher Leonel Brizola untergraben wollte, der sozialistische Gouverneur des Staates Rio de Janeiro.

Wenn keine Wunder bei den weiteren Auszählungen geschehen, wird der von Sarney unterstützte Gouverneurs-Kandidat Wellington Moreira Franco in den nächsten vier Jahren Rio regieren. Brizolas Mann Darcy Ribeiro scheint geschlagen zu sein. Eine Niederlage Ribeiros wiederum schadet den Präsidentschaftsambitionen Brizolas.

Noch ein anderer Rivale Sarneys gehört zu den Verlierern: Paulo Maluf, der wieder nach dem Gouverneursamt des Staates São Paulo strebte. Der ebenfalls von dem Präsidenten geförderte Bewerber Orestes Quercia liegt nach den bisherigen Auszählungen weit in Führung.

Maluf konnte Sarney nie seinen Parteiwechsel im Sommer des Jahres 1984 vergessen, der die politische Landschaft Brasiliens verändern sollte. Damals schloß sich der langjährige Vorsitzende der mit den Militärs liierten Sozialdemokratischen Partei (PDS) der oppositionellen Partei der Liberalen Front (PFL) an, die Koalitionspartner der Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens (PMDB) wurde. Als die PMDB den früheren Premierminister und Gouverneur Tancredo Neves zum Präsidentschaftskandidaten nominierte, ließ sich Sarney für das Amt des Vizepräsidenten aufstellen.

Im Januar 1985 sind Neves und Sarney von einem Wahlmänner-Gremium zum Präsidenten und Vizepräsidenten gewählt worden. Paulo Maluf erlitt eine vernichtende Niederlage. Mitte März endete die 21jährige Militärherrschaft und begann die „Neue Republik". Wenige Stunden vor der geplanten Amtseinführung erkrankte Tancredo Neves und starb im Mai 1985. Sarney wurde Staats- und Regierungschef.

„Ich bin weder moralisch noch psychologisch auf diese Aufgabe vorbereitet", bekannte der kleine, schnauzbärtige Mann offen und sammelte die ersten Popularitätspunkte. Der Zufallspräsident übernahm das Neves-Kabinett und steuerte den programmierten Kurs, eine Politik der Mitte.

Im Juli 1985 änderte Sarney jedoch das Wirtschaftsteam: der Neves-Neffe Francisco Dornelles mußte dem persönlichen Freund Delso Funaro weichen, einem Spielwaren-Fabrikanten. Funaro konzipierte dann das Ende Februar verkündete antiinflationäre Programm, den „Plano Cruzado". Die getroffenen Maßnahmen blieben bis heute populär, obgleich sie nicht nur die Inflationsrate senkten, sondern auch Engpässe in der Versorgung verursachten.

Sarney (56) hat die Politik nie zu ernst genommen, obgleich er vor seinem Einzug in den Präsidentenpalast Planalto Gouverneur und Senator war. Er dichtet und malt viel lieber. Er ist stolzes Mitglied des brasilianischen Schriftsteller-Verbandes. Der volksnahe Präsident entwickelte nie Caudillo-Allüren. Im Gegensatz zu anderen Amtskollegen in Lateinamerika tritt er bescheiden auf. Die Vertreter der unteren Gesellschaftsschichten können sich mit ihm identifizieren.

Nach diesen Wahlen für den Kongreß, die Gouverneursämter und die Staatsparlamente muß der Präsident den Koalitionspartner Ulysses Guimaraes am meisten fürchten. Da die PMDB ihre Position als stärkste politische Bewegung weiter ausbauen konnte, will Parteiführer Guimaraes seinen Einfluß deutlicher denn je geltend machen. Der 70jährige Politiker will nun auf soziale und wirtschaftliche Reformen dringen. Er verfolgt das gleiche Lebensziel wie Brizola: die Präsidentschaft.

Das aktuelle Fachbuch

Lebensraum für Grottenolme

Wenn sich Laien die Mühe machen, unterschiedliche Biotope zu betrachten, stellen sie sich die Frage: Was lebt wo und warum gerade da? Der vorliegende Führer leistet da eine vorzügliche Hilfestellung und vermittelt Natur- und Pflanzenfreunden eine Fülle sachlicher Informationen. Ob eine Einteilung der Waldtypen, Beispiele für Fließgewässer oder Flora und Fauna in Kiesgruben: Auch auf indirekte Weise wird jeder einzelne aufgefordert, aktiven Naturschutz zu betreiben. Wer Organismen und ihre Umwelt kennengelernt hat, etwas von ihrem komplizierten Zusammenwirken ahnt, wird eher bestrebt sein, im Rahmen seiner Einflußmöglichkeiten sie zu schützen und zu erhalten. D. T.

„Lebensräume – Mitteleuropäische Landschaften und Ökosysteme", von Werner Nachtigall, BLV Verlagsgesellschaft, München; 223 Seiten, 185 Farbfotos, 34,- DM.

Vom Erkennen der Gefahren

Leib und Leben des Menschen sind zu allen Zeiten durch Gefahren bedroht gewesen. Erlebt er durch natürliche Ereignisse ein Ungemach, so wird dieses oft als „höhere Macht" empfunden und als unabwendbares Schicksal hingenommen. Das Buch geht der Frage nach, wie es in unserer modernen technischen Gesellschaft dazu kommt, daß gewisse, objektiv gesehen große Gefahren, beispielsweise im Straßenverkehr, nur wenig beachtet werden, andere aber sehr geringe Gefahren subjektiv übermäßig groß empfunden werden. Die massive Sensibilisierung vieler Bürger gegenüber Gefahren für ihre Gesundheit und Umwelt, so der Autor, erweist sich so als wenig konsequent, in gewissen Situationen sogar als kontraproduktiv. ddt.

„Wie sicher leben wir – Risikobeurteilung und -bewältigung in unserer Gesellschaft", von Andreas Fritsche. Verlag TÜV Rheinland, Köln; 650 Seiten, 58,- DM.

Von Fischöl und Mini-Ballons

Neue Ergebnisse bei der 59. Jahrestagung der American Heart Association in Dallas

Von VERA ZYLKA

Eine „Gesundheitswelle" überschwemmt wieder einmal die USA: Seitdem man vermutet, daß der Verzehr von Fischöl die Entstehung der Arteriosklerose verzögert oder sogar verhindert, schlucken Millionen von Amerikanern täglich bis zu drei Kapseln, die die sogenannten Omega-3-Fettsäuren enthalten, einem Hauptbestandteil von Fischfleisch und Fischölen. Die Drogerien melden reißenden Absatz, und fast stündlich preisen die Werbespots die „Wunderkapseln" im Fernsehen an. Angesichts dieser Massenbewegung fühlten sich Ernährungswissenschaftler und Kardiologen herausgefordert, Sinn und Unsinn dieser „vorbeugenden Maßnahme" klarzustellen.

Fischöl-Extrakt senkt den Cholesterinspiegel nicht

Auf der 59. Jahrestagung der American Heart Association, die in dieser Woche in Dallas/Texas von 17 000 Klinikern und Grundlagenforschern aus aller Welt besucht wird, stellten sie die ersten Ergebnisse zum umstrittenen Thema vor. Ursache für die „Fischölbewegung" ist die Beobachtung, daß Eskimos, die sich fast ausschließlich von Fisch ernähren, so gut wie nie an Herzkreislauferkrankungen sterben. Die Vorstellung, daß Fischölkapseln, die man zusätzlich zur üblichen fleisch- und kohlenhydratreichen Ernährung der Industrieländer einnimmmt, Schutz vor Arteriosklerose und ihren Folgekrankheiten bieten könnten, erschien daher verlockend.

Die Forscher bremsten jedoch den Optimismus. Die Omega-3-Fettsäuren verhindern zwar die Anlagerung von Blutplättchen, die auch beim Herzinfarkt auftritt. Sie senken sogar die Konzentration bestimmter Fette (Triglyzeride) im Blut. Den Blutgehalt von Cholesterin hingegen, dem Hauptverursacher von arteriosklerotischen Gefäßablagerungen, scheint das Fischöl nur unwesentlich zu beeinflußen.

„Außerdem", so betonte Professor Edwin Bierman aus Washington, „wissen wir noch viel zu wenig über die Neben- und Langzeitwirkung in anderen Organen. Nach heutigen Kenntnissen kann die Einnahme von Fischölkapseln nicht empfohlen werden. Vielmehr gilt es, die teilweise verheerenden Eßgewohnheiten der Bevölkerung grundlegend zu ändern, um Herzkreislauferkrankungen vorzubeugen. In diesem Sinn ist es ratsam, zwei- bis dreimal pro Woche die Hauptmahlzeit durch Fisch zu ersetzen."

Auch die Therapie kam auf dem Kongreß nicht zu kurz: Seit rund einem Jahrzehnt werden in den USA und Europa verengte Herzkranzgefäße mit Hilfe eines Ballons erweitert. Dabei wird ein Katheter, an dessen Spitze sich ein Ballon befindet, in die verengte Gefäßstelle vorgeschoben. Dann wird der Ballon mit Flüssigkeit gefüllt, so daß der dabei entstehende Druck das kranke Gefäß erweitert. Dieses Verfahren erspart dem Patienten die Bypass-Operation, bei der eine körpereigene Vene als Umgehungsweg für den Blutstrom eingepflanzt wird. Der Vorteil der Ballondilatation besteht auch darin, daß die Patienten innerhalb weniger Tage ihr gewohntes Leben wiederaufnehmen können und die Kosten wesentlich geringer sind (5000 Dollar Ballondilatation, 17 000 Dollar Operation).

So schien es zunächst, als könnte das Katheterverfahren die Operation verdrängen. Allerdings fehlten bisher Langzeituntersuchungen, die den dauerhaften Erfolg der Ballondilatation beweisen. Kardiologen und Herzchirurgen stellten auf dem Kongreß in Dallas erstmals großangelegte Studien vor. Die Zahl der durchgeführten Ballondilatationen ist in den USA exponentiell angestiegen. Allein in diesem Jahr wurde sie 120 000mal durchgeführt. Aber schon für die nahe Zukunft rechnet man mit jährlich einer halben Million Kathetereingriffen.

Aufgrund der sorgfältigen Auswahl von Patienten (man bevorzugt Personen mit nur einem einzigen verengten Herzkranzgefäß) wurde die erfolgreiche Durchführung von ehemals 78 Prozent auf heute 90 Prozent gesteigert. Ebenso sank die Rate der Komplikationen: die Mediziner beobachteten bei vier Prozent der Patienten einen Herzinfarkt, zwei Prozent mußten sich einer notfallmäßigen Bypass-Operation unterziehen, und 0,2 Prozent verstarben während des Eingriffs.

Aber auch die Herzchirurgen melden eine, wenn auch geringe, Zunahme der Bypass-Operationen. So ist zwar bei zwölf Prozent der Koronarkranken nur ein Gefäßgebiet verengt, aber bei der überwiegenden Mehrzahl sind mehrere Herzgefäße betroffen. Ihnen kann zur Zeit mit einer Operation besser geholfen werden. Die Zunahme des chirurgischen Vorgehens liegt aber auch darin begründet, daß bei der Hälfte der Patienten mit Ballondilatation das Gefäß sich innerhalb von sechs bis zwölf Monaten wieder verengt. Die amerikanischen Kardiologen sind in diesem Fall nur ein zweites, maximal ein drittes Mal bereit, einen erneuten Kathetereingriff vorzunehmen. Dann raten sie dem Patienten zur Herzoperation.

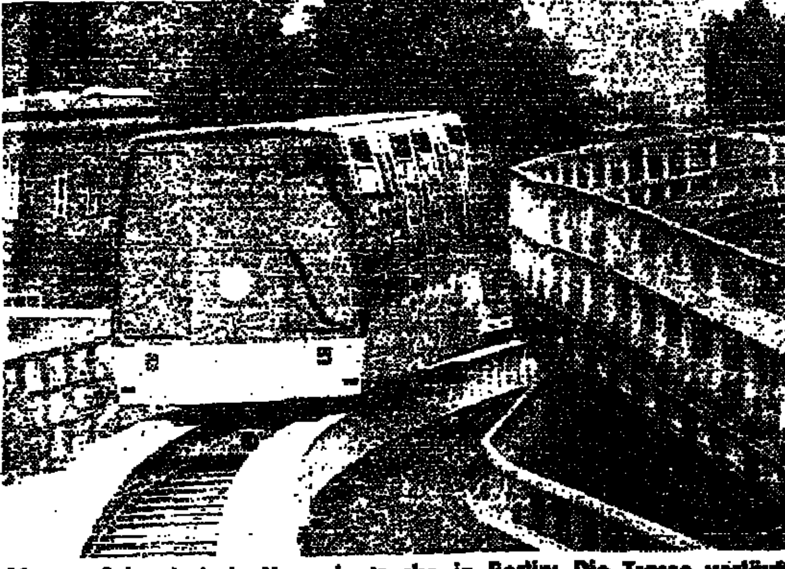
Ein neues Anwendungsgebiet für die beschriebene Ballondilatation stellten Professor Charles McKay (Los Angeles) und Professor William Grosman (Boston) vor: Sie erweiterten verengte Herzklappen mit Hilfe des Ballonkatheters. Damit das Herz täglich 8000 Liter Blut pumpen kann, regulieren vier Herzklappen den Blutfluß. Die zwei Klappen im linken Herzen, Aorten- und Mitralklappe genannt, sind am häufigsten erkrankt und verengt.

In den USA werden jährlich 30 000 Herzoperationen vorgenommen, bei denen künstliche Klappen eingesetzt werden. Die häufigste Ursache für die Klappenverengung ist das rheumatische Fieber, an dem auch Kinder und Jugendliche erkranken, die dann künstliche Herzklappen unterschiedlicher Größe benötigen. Mit zunehmendem Wachstum ergibt sich nämlich das Problem, daß der künstliche Ersatz nicht wie eine körpereigene Herzklappe mitgewachsen ist.

Dilatation besonders für ältere Patienten geeignet

Kinder leiden erneut an Luftnot und Herzrhythmusstörungen, und größere Herzklappen müssen implantiert werden. Mit Hilfe der Ballondilatation kann diese Operation nun vermieden oder aber zumindest hinausgezögert werden.

Die Methode wird mittlerweile auch bei Erwachsenen angewendet. Seit Oktober 1985 wurde bei 54 Patienten die Aortenklappe, seit Februar 1986 bei 22 Patienten die Mitralklappe erweitert. Nur in jeweils zwei Fällen wurde beobachtet, daß sich die Herzklappe wieder verengte. Gerade für ältere Patienten kann die risikoarme Ballondilatation eine Alternative zur Operation darstellen. So war die erste Patientin eine 93jährige Dame, die sich nach dem Eingriff in kürzester Zeit wieder erholte.



Magnet-Schwebebahn-Versuchsstrecke in Berlin: Die Trasse verläuft parallel zur S-Bahn-Strecke (rechts). FOTO: ULLSTEIN/GÜNTER PETERS

Magnet auf Samtpfoten

Das M-Bahn-System wird auf Betriebstüchtigkeit getestet

Von HELMUT SCHMIDT

Für die Zukunft des Personenverkehrs gilt die Magnetbahn nach wie vor als Zauberformel für technischen Innovationserfolg. Während sich das öffentliche Interesse aber fast ausschließlich auf die Fortschritte bei der „Transrapid – Hochgeschwindigkeits – Magnetbahn" im Emsland richtet, entsteht mitten im Berliner Stadtgebiet eine neue Variante dieser Verkehrstechnologie. Der Bau der M-Bahn-Demonstrationsanlage wurde zunächst für ein 600 Meter langes Teilstück vom U-Bahnhof Gleisdreieck aus auf einer stillgelegten U-Bahnstrecke vorgenommmen.

Auf dieser Mini-Strecke wurde zunächst die technische Erprobung der M-Bahn-Technologie vorgenommen, wobei der energiesparende und emissionsarme „Fahrweg-Wanderfeldantrieb" zunächst an die Anforderungen der U-Bahn angepaßt wurde. „Jetzt wird die städtebauliche Verträglichkeit und die Betriebstüchtigkeit auf einer 1,6 km langen Strecke demonstriert", sagte ein Mitarbeiter der Senatsverwaltung für Verkehr zur WELT.

Nach erfolgreicher Erprobung und technischer Abnahme soll die Strekke als Teil des Berliner U-Bahn-Netzes betrieben werden und das Kulturforum Kemperplatz an den Bahnhof Gleisdreieck anbinden. Dabei wird auch erstmals ein „Referenzbetrieb" mit Fahrgästen durchgeführt, der im nächsten Jahr beginnen soll. Die Betriebserprobung endet 1988.

Was sind nun die Vorteile einer Bahn, die nicht mehr auf dem Rad-Schiene-System beruht? Während alle bisherigen Schienenfahrzeuge ihre Antriebsmotoren „an Bord" haben, sind sie bei der M-Bahn in den Fahrweg integriert. Die Bahn wird durch elektrische Wanderfelder fortbewegt: Wenn man sich die kreisförmig angeordneten Drahtwicklungen eines Elektromotors aufgeschnitten und flach ausgelegt vorstellt, dann dreht sich der Anker nicht mehr um seine Achse, sondern wird vom Wanderfeld nach vorn gezogen.

Die an der Unterseite der Fahrzeuge angebrachten Dauermagnete aus Samarium-Cobalt stellen praktisch den aufgeschlitzten Motoranker dar. Die magnetischen Kräfte dienen auch dazu, das aufliegende Gewicht und damit die mechanische Reibung des Fahrzeugs zu mindern. Kleine Rollen aus Kunststoff halten als Seitenführungsrollen das Fahrzeug millimetergenau in der Spur der eineinhalb Meter breiten, U-förmigen Stahlschiene.

Durch diesen Wegfall des Antriebs am Fahrzeug ergibt sich ein erheblich geringeres Fahrzeuggewicht. Somit ist auch eine einfache und kostengünstige Bauweise des Fahrweges in Hoch-und Tunnnellage möglich. Weitere Vorteile sind die niedrigen Betriebskosten durch verminderten Wartungsaufwand für die leichten Fahrzeuge und der geringere Energieverbrauch. Schließlich verspricht die M-Bahn auch noch eine optimale Umweltverträglichkeit, denn sie bewegt sich fast geräuschlos.

NOTIZEN

Rettungskette optimiert

Berlin (dpa) – Auf Grund des ausgebauten Unfall-Rettungswesen in der Bundesrepublik erreichen heute 80 Prozent aller Schwerverletzten eine Klinik lebend, während es 1959 erst 45 Prozent waren. Darauf verwies der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Unfallheilkunde, Prof. Hans Cotta, gestern zur Eröffnung der 50. Jahrestagung der Gesellschaft in Berlin. Cotta bezeichnete das deutsche Rettungswesen als international beispielhaft, es gebe eine „Rettungskette" vom Unfallort bis zur Spezialklinik. Er forderte gleichzeitig eine Aufwertung des Rettungssanitäters, der im Augenblick noch den Status eines „Hilfsarbeiters" habe.

Flugbahn verändert

Pasadena (AFP) – Die amerikanische Raumfahrtbehörde Nasa hat wegen Beschädigungsgefahr eine Änderung der Flugbahn der Raumsonde „Voyager 2" beim Vorbeiflug am Planeten Neptun beschlossen. Wie ein Programm-Verantwortlicher im Jet Propulsion Laboratory in Pasadena (Kalifornien) erläuterte, sieht die Nasa in den Gesteinsbrocken, die den Neptun umkreisen, eine Gefahr für die elektronischen Geräte der Sonde. Die neue Flugbahn, die am 13. März 1987 einprogrammiert werden soll, führt in rund 4800 Kilometer Entfernung an der äußeren Wolkendecke des Neptun vorbei, während zunächst eine Höchstentfernung von 1280 Kilometer vorgesehen war.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

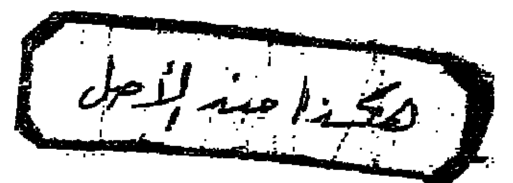
„Einblick in den Bauch der Erde" – Harald Steinert berichtet über die Kontinentale Tiefbohrung.

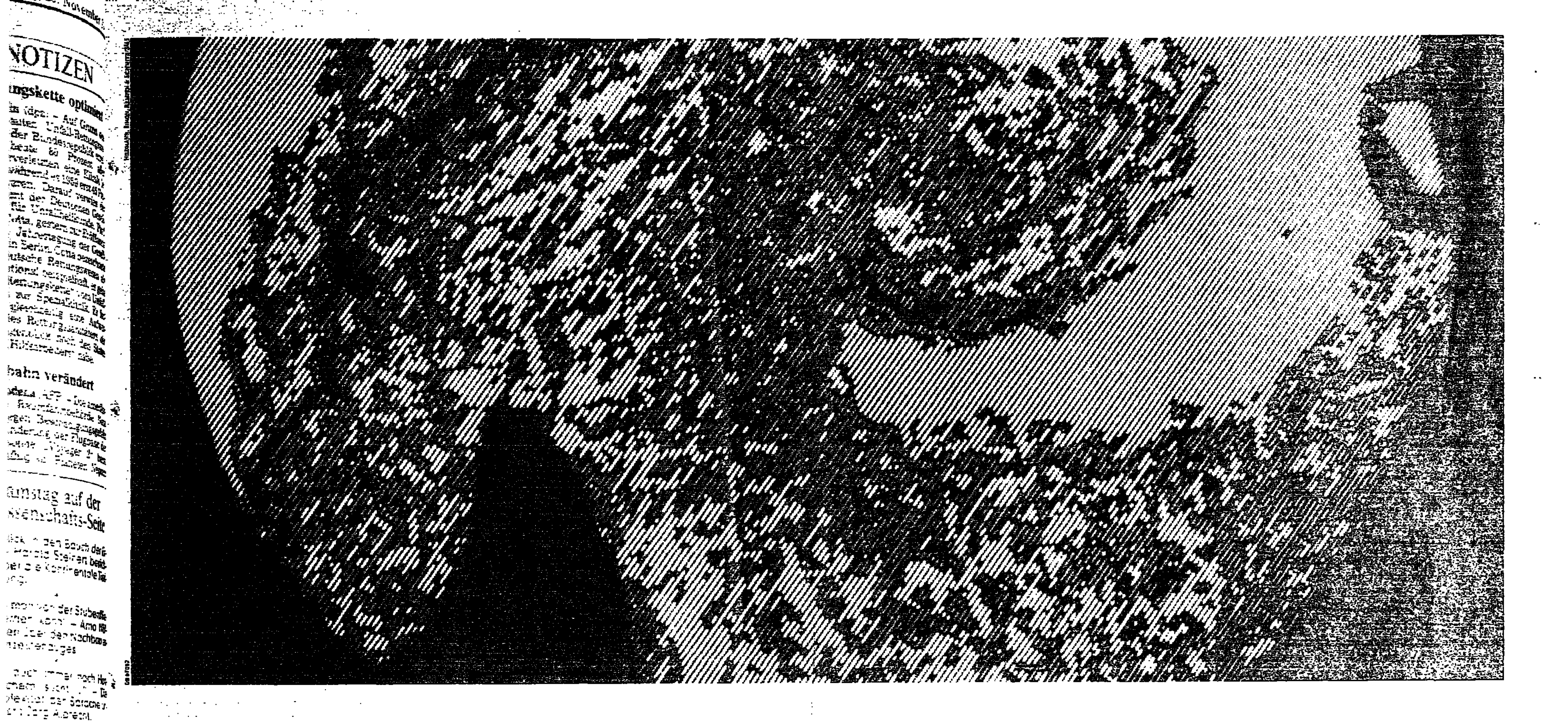
*

„Was man von der Stubenfliege lernen kann" – Arno Nöldechen über den Nachbau eines Insektenauges.

*

„Wer auch immer nach Hundesuchern sucht..." – Die Komplexität der Sprache untersucht Jörg Albrecht.





Auf dem Weg in eine neue Dimension des Wissens.

Erfolge von heute werden nicht selbstverständlich zu Erfolgen von morgen.

Der technologische und gesellschaftliche Wandel verlangt es, sich früh genug auf die Herausforderungen der Zeit einzustellen und nach Zukunftslösungen zu suchen.

Die neuen Engagements von Daimler-Benz im Bereich der Hochtechnologie sind deshalb die Fortsetzung unserer Unternehmensphilosophie der Qualität und Spitzentechnik in einer neuen Dimension.

Mehr noch.

Der Sprung in neue Felder der Hochtechnologie wird uns zusätzliche, langfristige Perspektiven eröffnen. Wir sind sicher, daß durch das enge Zusammenwirken verschiedener Bereiche hohe Synergieeffekte entstehen, die alle Beteiligten für die Entwicklung innovativer Produkte und Verfahren nützen können – für eine neue Qualität, die ohne ein solches Zusammenwirken kaum möglich wäre.

Die AEG hat sich durch ihr hohes Know-how, zum Beispiel in der Hochfrequenztechnik, in der Kommunikations- und Bürotechnik, in der Automatisierungs- und Solartechnik, weltweit einen Namen gemacht.

Bei Dornier liegen die Schwerpunkte in der Entwicklung von Flugzeugen, in der Raumfahrt, in der medizinischen Technik sowie in wichtigen Anwendungsbereichen der Elektronik.

Die Übernahme der MTU beteiligt uns unter anderem an der Entwicklung und Fertigung von Triebwerken für Verkehrsflugzeuge.

In diesem kreativen Zusammenwirken verschiedener Technologien, in dem das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile, sehen wir unsere Chancen für die Zukunft.

Alle Bereiche tragen mit dazu bei, auch dem Automobil, das seit jeher ein technisch hochwertiges Produkt ist, neue Dimensionen zu erschließen.

Denn es ist für uns keine Frage, daß wir nach wie vor eine unserer Hauptaufgaben darin sehen, führender Hersteller hochwertiger Personenwagen und Nutzfahrzeuge zu bleiben.

Mit dem Potential von nunmehr über 20.000 Entwicklungsingenieuren sind wir in eine neue Dimension des Wissens vorgestoßen.

Ein großer Schritt für den Fortschritt.



EISHOCKEY

Gala zum Abschied von Funk

sid. Berlin

Vergangenheit und Zukunft verschmolzen in Berlin nahtlos: Während der Ur-Bayer Lorenz Funk im tiefsten Preußen seine Gala mit alten Weggenossen zelebrieren ließ, standen Eishockey-Bundestrainer Xaver Unsinn und seine Nationalmannschaft schon unter Reisefieber. Das neuformierte Aufgebot der 24 Spieler fing sich dann in einem Abschiedsspiel über dreimal 15 Minuten gegen den um drei Funks verstärkten Zweitligisten BSC Preußen Berlin sogar eine 2:5 (0:0. 1:1. 1:4)-Niederlage ein – mehr als nur ein Gastgeschenk.

Jubeln durfte auch der Mann mit der obligatorischen Nummer 9 auf dem Rücken. Lorenz Funk (Spitzname „Lenz"), der zum ersten Mal mit seinen beiden Söhnen Lorenz jr. (17) und Florian (16) in einer Reihe stürmte, hatte Nationaltorwart Schlickenrieder noch einmal überlistet. 6000 Fans in der kleinen Berliner Eissporthalle feierten den 39 Jahre alten deutschen Rekord-Nationalspieler (225 Länderspiele), der mit den Preußen in seinem ersten Trainerjahr den Bundesliga-Aufstieg ansteuert, mit langanhaltenden „Lorenz, Lorenz"-Sprechchören.

„Der Lenz ist ein Muster an Einstellung, Ausdauer und Kameradschaft", lobte Xaver Unsinn, der mit Funk beim Berliner Schlittschuh-Club zwei Meistertitel errang. Der wortkarge Reichersbeurer mit dem breiten Kreuz, dem sein erster Senioren-Trainer Mike Daski beim EC Bad Tölz mit Hilfe von Leukoplast die beidhändige Stockführung beibrachte, war immer trainingsfleißig und (fast) nie verletzt, aber „spektakulär", so Xaver Unsinn, „durften immer andere spielen". Der gelernte Schlosser war eben immer einer der ganz Stillen seiner Zunft.

So war die Berliner Feier im Gegensatz zum Abschied des Alois Schloder im März fast intim: Beim harten Landshuter, mit dem zusammen Funk 1976 in Innsbruck die olympische Bronzemedaille gewann, ging von Bundesinnenminister Zimmermann bis Teamchef Beckenbauer alles, was Rang und Namen hat, auf Gratulationscour. Beim „Lenz" in Berlin war Schloder selbst der große Star.

Dagegen wirkte der aktuelle Nationalmannschafts-Jahrgang am Abend vor dem Start zur Testspielreise nach Kanada eher gestreßt. „Es sind eine Menge junger Burschen dabei", sagte Unsinn, der für die Zukunft auf Spieler wie Michael Schmidt (Düsseldorfer EG) oder Michael Eggerbauer (Mannheimer ERC) setzen will. Auf dem langen Weg zu den Olympischen Winterspielen 1988 soll die Reise eine erste Standortbestimmung sein. „Für unser Fernziel ist die Weltmeisterschaft in Wien nur Zwischenstation", sagte Unsinn.

Er will dafür auch noch aus seinem zweiten Kader schöpfen, der gestern mit Juniorentrainer Hans Rampf auf China-Reise geht: „Eine B-Mannschaft gibt es nicht, alle haben eine Chance. Ich kann mir aus 50 Spielern ein Team zusammenstellen."

FUSSBALL / Titelverteidiger FC Bayern München schon aus dem Pokalwettbewerb ausgeschieden

Licht und Schatten bei Möller

sid, Wattenscheid

Mit seinen beiden entscheidenden Toren wurde Frankfurts 19 Jahre altes Talent Andreas Möller beim 3:1-(1:0)-Pokalsieg in Wattenscheid zum Mann des Abends. Doch Trainer Dietrich Weise versuchte, nach dem Schlußpfiff aufkeimende Euphorie zu bremsen. Der Trainer, der als ehemaliger DFB-Jugendtrainer gerade bei jungen Spielern sehr vorsichtig urteilt und bemüht ist, bei ihnen keine Starallüren aufkommen zu lassen, sagte: „Bei ihm wechseln sich in 90 Minuten noch Licht und Schatten ab." Und dann: „Er muß auf dem Boden der Tatsachen bleiben." Der Freigabestreit um den Junioren-Nationalspieler zwischen Deutschen Fußball-Bund und Eintracht Frankfurt mag Möller vielleicht dazu verleitet haben, sich für wichtiger zu halten als er schon ist.

45 Minuten lang fiel Möller nicht sonderlich auf. In der zweiten Halbzeit bewies er dann mit Nachdruck seine spielerischen und technischen Qualitäten. Dies erkannte Dietrich Weise auch an: „Der Andreas ist ein flexibler Mann. Vor allem sein zweites Tor war sehenswert."

Beim 3:1 zeigte Möller, daß er nicht nur mit Herz, sondern auch mit Kopf zu spielen vermag. Mit einem überlegten Heber fast vom rechten Strafraum-Eck überlistete der Junioren-Nationalspieler Wattenscheids Torhüter Koitka. Das 1:0 für den Bundesligaklub hatte der Australier Mitchell (41.) markiert, den Ausgleich für den im Abschluß unglücklichen Zweitliga-Verein schaffte nach dem Wechsel Terhaar (57.).

Möller übernahm bei den Hessen die Rolle des Polen Smolarek, der mit der polnischen Nationalmannschaft in Amsterdam gegen die Niederlande im Einsatz war, und wurde in dieser Rolle zum spielentscheidenden Mann.

Dagegen wirkten Nationalspieler Thomas Berthold und seine Nebenleute in der Abwehr in vielen Szenen überheblich. Weise: „Ich habe meine Leute noch gewarnt, aber es ist doch schwierig, alle richtig zu motivieren. Zu Beginn konnten wir uns auf die Wattenscheider Stärken nicht richtig einstellen. Aber nach dem 1:0 ging unser Sieg vollkommen in Ordnung."

Während die Eintracht Frankfurt ihre Torchancen konsequent nutzte, fehlte dem klassentieferen Gegner die Kaltschnäuzigkeit. Dieses Manko war auch für Wattenscheids Trainer Hans-Werner Moors wichtigster Punkt der Kritik.

Er trauerte den verpaßten Chancen nach: „Es war mehr für uns drin. Aber die Meisterschaft ist sowieso viel wichtiger. Nach unserem guten Spiel bin ich wieder zuversichtlich für die kommenden schweren Aufgaben in der zweiten Liga." Da ist Wattenscheid auf Platz zwölf zurückgefallen.

Für Dietrich Weise gibt es keinen Wunschgegner für das Viertelfinale. Frankfurts Trainer sagt: „Hauptsache ein Heimspiel, egal, wie der Gegner heißt."

● Das ist der Stoff, aus dem Pokal-Geschichten sind: Fortuna Düsseldorf, die in der Bundesliga ums Überleben kämpft, besiegt mit einer „verstärkten A-Jugend" (Vereinspräsident Peter Förster) die Stars des FC Bayern München, den Meister und Pokalgewinner des letzten Jahres. Wankt der Riese? Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß den Münchenern zur Zeit geistige Frische und Kraft fehlen.

● Und auch das ist eine Überraschung: Hannover 96, in der zweiten Liga mit fünf Punkten Vorsprung und nur zwei Niederlagen überlegener Spitzenreiter, schied bei den Stuttgarter Kickers mit einer 0:2-Niederlage aus dem Pokalwettbewerb aus. Beide Treffer für die kämpferisch sehr starken Stuttgarter, die in dieser Saison im eigenen Stadion noch keinen Punkt abgaben, erzielte Dirk Kurtenbach in der 25. und 39. Minute.

● Verliert der Deutsche Fußball-Bund nach Erich Ribbeck zum zweiten Mal einen wichtigen Trainer? Horst Köppel, Assistent von Franz Beckenbauer, zeigt Interesse, Nachfolger von Karl-Heinz Feldkamp in Uerdingen zu werden. Köppel: „Ich habe Präsident Neuberger um ein Gespräch gebeten. Ich stehe beim DFB noch bis 1988 unter Vertrag." Uerdingens Pokalspiel gegen Köln war bei Redaktionsschluß noch nicht beendet.



Die Bauchlandung des Torwarts und Düsseldorfs Jubel über das Tor von Preetz zum 2:0. FOTO: SIGNUM

Lothar Matthäus' Klage: „Wir sind übersättigt. Ich habe keine Lust mehr, Fußball zu spielen"

ULRICH DOST, Düsseldorf

Björn Weikl, neun *Jahre alt, stand* vor der Kabine und strahlte übers ganze Gesicht. Als sein Vater Sepp erschien, fiel er ihm um den Hals. Was hatte der Junge, der die Gesamtschule in Oberkassel besucht, zuletzt nicht alles an Spott ertragen, weil sich sein Vater mit Fortuna Düsseldorf im Tiefgeschoß der Bundesliga befand. Mit 3:0 (Dusend, Preetz, Bockenfeld) hatten die Düsseldorfer nun überraschend den deutschen Meister Bayern München aus dem Pokal geworfen. Während die Fortuna-Spieler immer wieder den Kopf schüttelten über das Unfaßbare, verschlug es den Bayern die Sprache.

Später sprach Lothar Matthäus dann das aus, was die 45 000 Besucher im Düsseldorfer Rheinstadion ohnehin gesehen hatten. Die Bayern sind derzeit mit ihren Kräften am Ende, ihnen fehlt die geistige Frische, um ihr unterkühlt wirkendes System erfolgreich umsetzen zu können. Matthäus: „Wir sind übersättigt. Ich ganz besonders, ich habe einfach keine Lust mehr, Fußball zu spielen. Die Strapazen der Weltmeisterschaft bleiben eben nicht in den Kleidern stekken. Seit Februar spiele ich zweimal pro Woche."

So ist es eben: Wenn die Bayern nicht in vollem Saft stehen, heben sie sich um nichts von den übrigen Bun*desligaklubs ab.*

Wann hat es so etwas schon einmal gegeben, daß der Meister nicht in der Lage war, auch nur eine vernünftige Torchance herauszuarbeiten? Und das bei den hochkarätigen Stürmern wie Rummenigge, Wohlfarth, Lunde oder Hoeneß, die sie in ihren Reihen haben. Manager Uli Hoeneß erschreckte gerade dieser Umstand: „Daß wir verloren haben, ist nicht tragisch. Schlimm ist nur die Art und Weise, wie diese Niederlage zustande kam. Bis auf einen Fernschuß von Matthäus brachten wir nichts Brauchbares zuwege. Das ist ein gefährliches Symptom. Jetzt müssen wir sehen, wie wir bis zur Winterpause über die Runden kommen." Für den Manager war das Ausscheiden besonders blamabel, weil „Düsseldorf nicht mehr als eine verstärkte Jugend-Mannschaft war. Die Bundesliga braucht keine Angst zu haben, daß wir zu übermächtig werden."

Doch selbst eine geschwächte Düsseldorfer Mannschaft (ohne Zewe, Fach, Keim) reichte schon aus, um die Bayern schlecht aussehen zu lassen. Auf der Pressekonferenz lachten einige Fortuna-Anhänger, als Bayern-Trainer Udo Lattek auf den gestreßten Zustand seiner Spieler hinwies. Und dies war sicherlich keine Entschuldigung, sondern allenfalls eine Erklärung dafür, daß es noch nie so leicht war, die Bayern zu besiegen. An Bobby Dekeyser, der Jean-Marie Pfaff (Lattek: „Mit ihm hätten wir auch 0:3 verloren") vertrat, lag es bestimmt nicht. Dann ging es aber los: Den Abwehrspielern Nachtweih, Pflügler oder Eder konnte der Ball leicht abgejagt werden, sie verloren fast jedes Sprintduell gegen die flinken Düsseldorfer Stürmer wie Krümpelmann, Dusend, Jensen, Demandt oder später auch Preetz. Eine Ausnahme bildete Klaus Augenthaler („Keiner geht bei uns dahin, wo es weh tut"), der sich als einziger gegen die Niederlage stemmte.

Höhepunkt der Hilflosigkeit und zugleich Beweis dafür, wie die Bayern an diesem Tag der Lächerlichkeit *preiszugeben waren*, verdeutlichte eine Szene, die zum 2:0 für die Düsseldorfer führte. Nach einem langen Sprint mit Lothar Matthäus stoppte Ralph Dusend plötzlich ab, kam vor *Matthäus zum Stehen und spielte* dem verdutzten Münchner lässig den Ball durch die Beine. Dusend: „Da sieht jeder Spieler dumm aus. Es tut mir leid für den Lothar Matthäus, der *ein großartiger Spieler ist.*"

Nichts sehnen die Bayern-Spieler schneller herbei als die Winterpause. Zweimal dürfen sie dann vierzehn Tage Urlaub machen. Dazwischen nehmen sie an Hallenturnieren teil und fahren nach Bahrein ins Trainingslager. Bis dahin gilt es aber, die letzten Kräfte zu mobilisieren, um in der Bundesliga (in Uerdingen, gegen Stuttgart, in Schalke) nicht Boden zu verlieren.

Die Düsseldorfer feierten ihren Erfolg als taktische Meisterleistung ihres Trainers Dieter Brei. Vor eigenem *Publikum spielten sie total defensiv*, ließen die Bayern rackern und rennen und vertrauten auf ihre schnellen Konter. Dusend: „Je länger das Spiel lief, um so größer wurden unsere Torchancen, weil die Bayern immer müder wurden." Von einer „Mäusetruppe", wie Matthäus die Düsseldorfer nach dem 3:0-Sieg in der Meisterschaft bezeichnet hatte, wollte der Nationalspieler nichts mehr wissen. Jetzt lautete das Urteil der Bayern anders. Norbert Eder: „Diese Mannschaft steigt nie ab, sie besitzt zuviel Vitalität." So schön ein Erfolg über *die Bayern auch sei, meinte Dieter* Brei, der Kampf um die Bundesliga-Punkte habe absoluten Vorrang.

Die Düsseldorfer Spieler erhalten eine satte Prämie. Die Hälfte der Net*to-Einahme (rund 240 000 Mark)* bekommt die Mannschaft. Und Björn Weikl ist heute ganz bestimmt wieder gerne in die Schule gegangen.

TENNIS

Kniefälle vor der Königin?

G. N. New York

Das war der Tag der Titelverteidigerin. In ihrem ersten Spiel beim 17 Tennis-Masters-Turnier begeisterte Martina Navratilova aus den USA die 10 854 Zuschauer im New Yorker Madison Square Garden durch Ballsicherheit und technische Raffinesse. Mit 6:3 und 6:0 erteilte sie der Schwedin Catarina Lindqvist, der Nummer 15 der Weltrangliste, eine kostenlose Lehrstunde, die allerdings schon nach 57 Minuten beendet war. „Der Abstand zu Martina ist so groß wie *die Entfernung zwischen* Malmö und New York", sagte die Schwedin.

Im Viertelfinale trifft die weltbeste Tennisspielerin auf Bettina Bunge aus Aschaffenburg. Die 23jährige hatte *schon am Montag* die an Nummer acht gesetzte Amerikanerin Kathy Rinaldi mit 7:5, 6:4 ausgeschaltet und dabei „super gespielt", wie Trainer Klaus Hofsäß lobte. Doch im nächsten Spiel, das zeigte Martina Navratilovas Spiel gegen Catarina Lindqvist ebenfalls deutlich, hat Bettina Bunge die Linien- und Schiedsrichter im Madison Square Garden mindestens ebenso zu fürchten wie die Weltranglisten-Erste.

Eine Fülle geradezu grotesker Fehlleistungen zugunsten der Amerikanerin waren nur noch als Kollektiv-Kniefall der Schiedsrichter vor der amtierenden Weltmeisterin zu werten. Soviel unerbetene Willfährigkeit war selbst Martina Navratilova peinlich, die sich mehrmals demonstrativ die Brille putzte. Für sie war das Spielfeld grundsätzlich ein bis zwei Zentimeter länger als für ihre betrogene schwedische Gegnerin.

Ein Problem, das im Damen-Tennis demnächst noch mehr Ärger als bisher bereiten wird. Auf allen Ebenen wird in den USA, vor allem gegen die Europäerinnen, um die Bewahrung von Machtpositionen gekämpft. Die Damen haben den internationalen Niedergang der amerikanischen Tennis-Herren erleben müssen und stemmen sich aus Angst vor den wirtschaftlichen Folgen gegen eine ähnliche Entwicklung.

Nach Bettina Bunge, zur Zeit 13. der Weltrangliste, die wohl unmittelbar vor der Rückkehr unter die besten zehn steht, konnte auch Claudia *Kohde-Kilsch aus Saarbrücken* im Doppel an der Seite von Helena Sukova aus der Tschechoslowakei zufrieden sein; denn sie war es, die beim 2:6, 7:6, 6:2 das fast schon verlorene *Auftaktmatch gegen Swetlana* Parkomenko/Larissa Sawtschenko (UdSSR) noch aus dem Feuer riß und den Einzug ins Halbfinale sicherte.

Im Einzel war das lange Warten für *die Heidelbergerin* Steffi *Graf* erst heute in den frühen Morgenstunden unserer Zeit vorbei, als die 17jährige, in New York an Nummer zwei gesetzt, als hohe Favoritin gegen die *Amerikanerin Lori McNeil* startete, die Nummer 14 der Welt. Anschließend spielte Claudia Kohde-Kilsch gegen Zina Garrison aus den USA. (Steffi Grafs Spiel begann erst nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe. Das Erste Deutsche Fernsehen sendet heute von 13.15 Uhr an eine Zusammenfassung.)

Waffenstillstand – aber die Probleme bleiben

sid/dpa. Frankfurt

Offenes Gespräch mit offenem Ausgang: Nach Kurskorrekturen des Präsidenten des Deutschen Schwimm-Verbandes und der Stiftung Deutsche Sporthilfe nach einem dreistündigen Gespräch in Frankfurt wird die Diskussion um die Förderungsmaßnahmen der Sporthilfe mit Sicherheit fortgeführt. Mit einiger Wahrscheinlichkeit ist sie auch auf der Mitgliederversammlung des Nationalen Olympischen Komitees am Wochenende in Essen ein wichtiges Thema.

Nach der Frankfurter Sitzung stehen zwei Ergebnisse unumstößlich fest: Die Stiftung Deutsche Sporthilfe wird die Förderung der Spitzenschwimmer nicht unterbrechen. Und: Der Deutsche Schwimm-Verband bekennt *sich gleichzeitig zur* Fortführung des Hochleistungssports, wenn auch nicht um jeden Preis. Dieses Minimal-Abkommen war nach der Erklärung von DSV-Präsident Harm Beyer möglich, „daß sich der Schwimmsport aus dem internationalen Wettbewerb verabschieden müßte, wenn es die Stiftung Deutsche Sporthilfe nicht gäbe".

Die Frankfurter Begegnung, an der auch das Nationale Olympische Komitee und – allerdings nur am Rande – der Deutsche Sportbund beteiligt waren, hatte sich nach der massiven Kritik des DSV-Präsidenten Beyer an den Förderungsmaßnahmen der Sporthilfe als notwen*dig erwiesen.* Beyer hatte den geförderten Aktiven vorgeworfen, sie würden sich für die finanzielle Unterstützung Mofas und Videogeräte kaufen und unnötigerweise auch noch teure Autos fahren.

In einer Pressekonferenz in Frankfurt machte der Sprecher des Beirates der Aktiven, der Kanu-Olympiasieger Uli Eicke in einer Harm-Beyer-Schelte deutlich, „daß er keinen Aktiven kenne, der Medaillen unter Ausklinken aller moralischen und ethischen Werte erkämpfen wolle". In einem Interview mit der „Deutschen Presse-Agentur" (dpa) sah Eicke nur einen Verlierer der von Harm Beyer provozierten Diskussion: „Den Sportler."

Frage: Ist die Welt des Sports jetzt wieder in Ordnung?

Eicke: Ich kann nicht sagen, daß nichts passiert ist. Es ist etwas passiert. Unser Image, das Image der Leistungssportler, der Spitzensportler bei uns in der Bundesrepublik hat auf jeden Fall gelitten. Die Formulierung ‚lebensfähiger Mensch oder Olympiasieger', das Wort von der Nobelkarossen-Mentalität und vom überzogenen Anspruchsdenken wird ihren Nachhall im Blätterwald auf jeden Fall finden. Und daran werden wir noch zu knacken haben.

Frage: Die Funktionäre haben sich geeinigt . . .

Eicke: Ja, was heißt geeinigt. Sie haben sich auf ein gemeinsames Punkteprogramm geeinigt. Es gibt auf jeden Fall nur einen Verlierer – und das sind die Sportler. Auf dessen Rücken ist die Diskussion ausgetragen worden.

Frage: *Hat die Kritik von Harm* Beyer auch Positives bewirkt?

Eicke: Die positiven Wirkungen bleiben abzuwarten. Wir haben angekündigt, daß wir uns treffen und die Kritik verarbeiten wollen.

Frage: Können Sie der Kritik von Harm Beyer folgen?

Eicke: Ja, ich glaube ihm das. Ich *glaube nicht*, daß er so total im Vakuum argumentiert hat. Ich glaube ihm, daß es Einzelfälle gibt, in denen Gelder nicht zweckentsprechend eingesetzt wurden. Nicht im Sinne von Kostenerstattung, sondern daß sie wirklich als Zubrot verwendet worden sind. Das glaube ich ihm, sonst hätte er diesen Krieg nicht angezettelt. Ich erwarte jetzt aber auch vom Präsidenten des Deutschen Schwimm-Verbandes, daß er ein praktikables Modell vorstellt und in seinem eigenen Verband aufzeigt, wie die individuellen Bedürfnisse ausgelotet werden können. Ich hätte eigentlich erwartet, daß er erst einmal in seinem Verband aufräumt und dann zeigt, wie's denn geht.

Frage: Wo sehen Sie die großen Probleme des Sports?

Eicke: Die Probleme sind vorgezeichnet. Den Amateur gibt es nicht mehr. Damit verbunden ist allgemein eine Art Werteverlust. Das müssen wir schlucken. Ich meine aber, der Biß ist gar nicht so groß, gar nicht so bitter. Das schaffen wir. Wir haben nach wie vor unsere Werte im Leistungssport. Man muß Idealismus aufbringen, wenn man internationale Erfolge haben möchte. Man gewinnt nicht, wenn man Geld kriegt, sondern man bekommt Geld, wenn man gewinnt. Erst einmal muß Spaß an der Sache da sein, muß Idealismus da sein. Man muß Freude am Sport haben. Es gibt aber noch andere Werte. Beispielsweise unsere Einstellung zum Leistungssport an sich. Er ist ein Vorbild für unsere Gesellschaft. Unsere Leistungen sind nicht fremdbestimmt, wir vollführen Eigenhandlungen. Am Ende haben wir eine Leistung, auf die wir stolz sein können.

Frage: Steht die Sporthilfe als Sozialwerk nicht auf sehr wackeligen Füßen? Muß sie ihr Förderungsprogramm ändern?

Eicke: Man muß an der Modifizierung arbeiten. Immer wieder. Gerade jetzt nach der Diskussion werden wir sicherlich wieder daran arbeiten. Der Aktivenbeirat steht zur Arbeit bereit, und wir sind für Vorschläge immer dankbar. Aber eine generelle Umstrukturierung wird so plötzlich nicht stattfinden.

Frage: Heißt das Problem vielleicht Verlogenheit, vor allem im Funktionärsbereich?

Eicke: Das ist kein verlogener Gedanke in der Funktionärswelt. Das glaube ich nicht. Sondern es ist ein Gedanke, der in der Bevölkerung noch nicht Fuß gefaßt hat. Die Bevölkerung hat noch nicht begriffen, daß ein Leistungssportler für seine Leistung Geld kassieren darf, genau wie ein Künstler sein Bild verkaufen kann. Das wird akzeptiert. Aber sobald ein Leistungssportler Geld verdient, wird mit dem Finger auf ihn gezeigt. Warum sollen Leistungssportler am allgemeinen Wohlergehen nicht teilhaben?

Frage: Befürchten Sie, daß die von Harm Beyer ausgelöste Diskussion wieder im Sande verlaufen wird?

Eicke: Nein, *das wird sie nicht*. Da ist der Druck der Öffentlichkeit zu groß. Da wird nach Ergebnissen gefragt werden.

Frage: Also steht am Ende doch ein positives Ergebnis?

Eicke: Kritik an sich ist immer positiv. Wir Aktiven wollen auch kritisch sein und wollen auch, daß unsere Kritik gehört wird. An der Kritik von Harm Beyer finde ich auch gar nicht so viel Negatives. Nur das Verfahren, das er gewählt hat und die polemischen Formulierungen nehme ich ihm übel. Die bleiben an uns hängen. Dadurch hat er Schaden am Image der Sportler angerichtet.

SPORT-NACHRICHTEN

Reiten: Sechster Sieg

Toronto (sid) – Die britische Springreiter-Equipe gewann den letzten Preis der Nationen in dieser Saison. Die Mannschaft siegte mit vier Fehlerpunkten vor Kanada und den USA (jeweils 8) und kam damit zum sechsten Sieg in einem Mannschaftswettbewerb 1986.

Tennis: Becker Zweiter

Düsseldorf (sid) – Boris Becker sieht in der Grand-Prix-Wertung weiter auf dem zweiten Platz. Becker hat mit 3355 Punkten knapp 1500 Zähler Rückstand auf Ivan Lendl (4801). Die besten Acht dieser Wertung nehmen am Masters-Turnier in New York teil.

Erika Dienstl gewählt

Bonn (DW) – Erika Dienstl (56) aus Stolberg wurde auf dem Verbandstag des Deutschen Fechterbundes (DFB) in Bonn einstimmig zur Präsidentin gewählt. Die Vizepräsidentin des Deutschen Sportbundes, die die Nachfolge von Klaus-Dieter Güse (61) aus Hannover antritt, ist die erste Frau, die einen Sportfachverband in der Bundesrepublik führt.

Weiter ungeschlagen

Löhne (sid) – Die Tischtennis-Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland bleibt nach dem dritten Spieltag in der ersten Division der Europaliga weiterhin ungeschlagen. Nach Siegen über Dänemark und Norwegen gewann die Auswahl des Deutschen Tischtennis-Bundes *auch 5:2 gegen Finnland.*

Starterfeld geheim

Sun City (sid) – Die Namen von neun Teilnehmern beim internationalen Einladungsturnier der Golfprofis in Sun City will der Organisator erst bekanntgeben, wenn sich die Profis *auf dem Weg nach* Südafrika befinden. Turnierdirektor Sam Feldman befürchtet Einflußnahme durch Anti-Apartheid-Gruppen auf die Golfer.

Braunschweig zögert

Braunschweig (dpa) – Frühestens zur Rückrunde in der zweiten Fußball-Liga tritt Eintracht Braunschweig unter dem neuen Namen SV Jägermeister Braunschweig an. Bevor das Registergericht eingeschaltet wird, befassen sich Vorstand und Präsidium noch mit der Umbenennung, da die Vereinsführung nichts *überstürzen will.*

330 000 Mitglieder mehr

Frankfurt (sid) – Der Deutsche Sportbund bleibt die größte und die am schnellsten wachsende Personenvereinigung der Bundesrepublik Deutschland. Die Mitgliederzahl erhöhte sich im vergangenen Jahr um 330 024 auf 19 588 607. Darüberhinaus wurden 1416 Vereine gegründet.

Schweres Los für Agon

München (dpa) – Die Basketball-Damen von DJK Agon 08 Düsseldorf treffen im Europapokal-Wettbewerb der Landesmeister in der Vorschlußrunde in einer Vierergruppe auf Levski Spartak Sofia, Sparta Prag und Stades Francais Versailles. Dies ergab die Auslosung des Internationalen Basketball-Verbandes.

Zweite Niederlage

Dubai (dpa) – Das Herren-Schach-Team der Bundesrepublik Deutschland unterlag nach der Niederlage gegen Indonesien auch Kuba mit 1,5:2,5. Die Damen hingegen gewannen auch ihr viertes Spiel, diesmal 2:1 gegen Polen mit 2:1.

ZAHLEN

RAD

Sechstage-Rennen von Paris, Endstand: 1. Clark/Vallet (Australien/Frankreich) 203 Punkte, 2. Mottet/Doyle (Frankreich/England) 61, eine Rd. zur.: 3. Moser/Bontempi (Italien) 150, 4. Müller/Joho (Schweiz) 116, 5. de Wilde/Frank (Belgien/Dänemark) 71, 6. Freuler/Gisiger (Schweiz) 70, drei Rd. zur.: 7. Kristen/Bondue (Bundesrepublik Deutschland/Frankreich) 92.

FUSSBALL

Europameisterschaft „U 21", Gruppe 3: „DDR" – Frankreich 1:0 (0:0).

TISCHTENNIS

Europaliga, 1. Division, 3. Spieltag: Bundesrepublik Deutschland – Finnland 5:2. – Einzelergebnisse: Fetzner – Pyykkö 21:16, 21:19, Roßkopf – Jokinen 21:16, 23:21, Nemes – Grefberg 19:21, 21:18, 21:18, Roßkopf/Fetzner – Jokinen/Pyykkö 21:16, 21:17, Roßkopf/Nemes – Jokinen/Grefberg 17:21, 21:12, 17:21, Fetzner – Jokinen 12:21, 20:22, *Roßkopf – Pyykkö* 21:16, 13:21, 21:13. – **Bundesliga**, Herren, 8. Spieltag: Reutlingen – Altena 9:2, Saarbrücken – Hertha BSC 9:0, Jülich – Steinhagen 9:7.

TENNIS

Masters-Turnier der Damen in New York, 1. Runde: Shriver (USA) – Reggi (Italien) 6:3, 6:1, Navratilova – Lindqvist (Schweden) 6:3, 6:0, Mandlikova (CSSR) – Phelps (USA) 6:2, 6:4. – Doppel, 1. Runde: Navratilova/Shriver – M. und K. Maleewa (Bulgarien) 6:1, 6:0.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Berlin – Gießen 3:1.

HANDBALL

Bundesliga, Frauen, 8. Spieltag: Auerbach – Lützellinden 17:22, Oldenburg – Leverkusen 23:33.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 7 125 422,60, 2: 154 900,40, 3: 11 681,00, 4: 158,00, 5: 10,50. – **Toto**, Elferwette: 1: 453,60, 2: 25,20, 3: 4,00. – **Auswahlwette** 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot: 744 987,70, 2: 331 104,00, 3: 7070,60, 4: 119,40, 5: 9,40. – **Rennquintett:** Rennen A: 1: 5,80, 2: 2,90. – Rennen B: 1: 273,70, 2: 21,30. – Kombinations-Gewinn: 37 021,80. (Ohne Gewähr).

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Weg zur Wiedervereinigung?

„Wiedervereinigung Deutschlands als Sicherheitsgarantie für Ost und West": WELT vom 13. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein sehr gefährlicher Vorschlag, der augenfällig demonstriert, wie weit die augenblickliche Entspannungseuphorie auch in der CDU schon Eingang gefunden hat.

Die im Bericht geforderten freien und geheimen Wahlen in beiden deutschen Teilstaaten und der Verbleib Deutschlands in der NATO, wenn auch unter Sonderstatus, würden von der UdSSR nicht akzeptiert. Es trifft auch nicht zu, daß die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland gefestigt genug erscheint, um ein Mitwirken der Kommunisten im gesamtdeutschen Parlament verkraften zu können.

Herr Friedmann scheint zu den Anhängern der von führenden Sozialdemokraten propagierten „Sicherheitspartnerschaft" zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR zu gehören und ignoriert den imperialen Charakter der Sowjetunion, also das unbeirrbare Streben nach Weltherrschaft, wie er seit über acht Jahren in der brutalen Besetzung Afghanistans demonstriert wird.

Den meisten Deutschen in West und Ost dürfte die Freiheit, wie sie seit 1949 in der Bundesrepublik Deutschland herrscht, zu kostbar sein, um sie gegen eine Wiedervereinigung beider deutscher Teilstaaten ohne Garantie auf Erhalt eben dieser Freiheit eintauschen zu wollen.

Mit freundlichen Grüßen
Franz-Karl von Linden,
Waldsee/Pfalz

*

Der CDU-Abgeordnete Friedmann will im Zusammenhang mit dem Gespräch Reagan–Gorbatschow in Reykjavik „jetzt die Wiedervereinigung Deutschlands als Sicherheitskonzept in die operative Politik einführen".

Seine Vorstellungen sind schon deshalb zweifelhaft, weil sie offensichtlich aus der Angst vor der Änderung bisheriger militärischer Strategiekonzepte erwachsen und von einem Mißtrauen gegenüber unserem amerikanischen Bündnispartner geprägt sind.

Friedmann verkennt außerdem, daß die deutsche Teilung nicht die Ursache des West-Ost-Gegensatzes ist, sondern eine Folge der machtpolitischen und ideologischen Gegensätze zwischen den USA und der UdSSR.

Die Gegensätze zwischen West und Ost betreffen vor allem die Menschenrechte und die Bürgerfreiheiten. Bei der Reformfähigkeit des kommunistischen Systems würde der West-Ost-Gegensatz weitgehend entschärft. Deshalb muß eine verantwortliche deutsche, europäische und atlantische Politik auf dieses Ziel hinarbeiten. Dafür ist der Abbau von Feindbildern, politische und militärische Stabilität in Europa auf der Basis atomarer und konventioneller Abrüstung und weitgehende wirtschaftliche, technische, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen West und Ost im Sinn eines Interessensausgleichs notwendig.


Dr. Dieter Haack, MdB, SPD

Nur dieser Weg begründet die Hoffnung auf eine Friedensordnung in Europa, die eines Tages den trennenden Charakter der Grenzen schwischen den Blöcken in Deutschland überwindet und neue Möglichkeiten für die Einheit der deutschen Nation eröffnet.

Die Wiedervereinigung in der gegenwärtigen Phase des Abrüstungsdialogs als Element der Sicherheitspolitik auf die Tagesordnung zu setzen, würde den Prozeß, der von mehr Stabilität zu mehr Freiheit und Frieden führen kann, erschweren.

Es liegt im deutschen Interesse, die Bemühungen um die Verringerung der Hochrüstung nicht mit zur Zeit unlösbaren Fragen zu befrachten.

Diese pragmatische Einstellung darf allerdings nicht zu der These verführen, der Status quo der Teilung sei das Fundament der europäischen Sicherheit. Es muß klar sein, daß die von uns anzustrebende dauerhafte Friedensordnung in Europa die Teilung Europas und Deutschlands langfristig überwinden muß.

Dr. Dieter Haack, MdB, SPD

Wohl der Stadt

„Grüne zur Tolerierung des SPD-Senats bereit": WELT vom 11. November

Sehr geehrte Redaktion,

ich meine, daß nunmehr endgültig *davon ausgegangen* werden sollte, daß die SPD sich von den Grünen weder tolerieren lassen noch mit diesen koalieren kann, wenn sie nicht noch weitere Wähler verlieren will. Auch kann die SPD keine Neuwahl ins Auge fassen, da sie dann die Wähler allgemein und ihre im besonderen beleidigen würde, weil das Wahlergebnis nun einmal anerkannt bleiben muß und danach auf jeden Fall zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger ein regierungsfähiger Senat zu bilden ist.

Vielleicht darf hier als Erleichterung dafür vorgeschlagen werden, und meines Erachtens nur bei den Wählern der Grünen auf Ablehnung stoßen, daß zunächst die CDU als stärkste Partei für zwei Jahre den ersten Bürgermeister (doch wohl Herrn Perschau) und die SPD den zweiten Bürgermeister stellt und nach zwei Jahren im Wechsel die SPD die Stelle des ersten Bürgermeister einnimmt usw. Dabei müssen aber die einzelnen Senatsposten entsprechend möglichst sofort für die gesamten vier Jahre besetzt und bei allen der Wille auf eine gute Zusammenarbeit als Voraussetzung angesehen werden. *Nur so kann* meines Erachtens jetzt eine für Hamburg insgesamt gedeihliche Politik betrieben werden.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Spindler,
Lübeck

Wort des Tages

„Der Parteigeist ist ein Prokrustes, der die Wahrheit schlecht bettet."

Heinrich Heine, deutscher Dichter (1797–1856)

Bärendienst

„DRK: Schaden begrenzen": WELT vom 31. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Internationale Rote Kreuz hat sich mit dem Ausschluß Südafrikas wegen der Apartheid einen Bärendienst erwiesen.

In den Grundsätzen des Roten Kreuzes heißt es unter der Überschrift Neutralität: „Um sich das allgemeine Vertrauen zu erhalten, enthält sich das Rote Kreuz zu allen Zeiten der Teilnahme an Feindseligkeiten sowie an rassischen, politischen, religiösen und weltanschaulichen Auseinandersetzungen."

Der Ausschluß Südafrikas wegen der Apartheid stellt eine solche Teilnahme und damit einen Verstoß gegen den Neutralitätsgrundsatz dar. Dies finde ich sehr bedenklich und sehr kritisch. Die antragstellenden Länder sollten selbst eine Art Sanktion zu spüren bekommen.

Mit freundlichen Grüßen
Frank Forster,
Neckargemünd

Ladensterben

„Keine Nachfragemacht im Handel": WELT vom 11. November

Herr Otto (co op) scheint die Realitäten nicht mehr zur Kenntnis zu nehmen. Er sollte für einige Jahre ein mittelständisches Unternehmen zu führen versuchen, dann könnte er die entsprechenden Erfahrungen machen.

Natürlich üben die Nachfragemächtigen täglich ungeheuren Druck auf mittelständische Handels- und Industrieunternehmen aus. Allerdings traut sich die Mehrheit der Betroffenen nicht, an die Öffentlichkeit zu gehen. Sie fürchten mit Recht existenzbedrohende Repressalien der Großen als Folge.

Zum Wettbewerb der sechs Großen ist zu sagen, daß er nicht nur zu Lasten des Mittelstandes geht. Auch die „Freude des Verbrauchers" ist auf Dauer beschränkt. Zum einen treten insbesondere im ländlichen Raum immer mehr Versorgungsengpässe, bedingt durch das Ladensterben, auf. Betroffen sind vor allem Nichtmotorisierte, Alte, Behinderte und Kranke. Zum anderen kostet der Trend zum Super- und Verbrauchermarkt immer mehr Arbeitsplätze, besonders für Frauen.

Gerd Scheffold,
Bund der Selbständigen – Deutscher Gewerbeverband,
Stuttgart 50

Personen

GEBURTSTAG

Alexander Giese, Historiker, Autor mehrerer Romane, Hör- und Fernsehspiele und langjähriger Leiter der Abteilung Wissenschaft im Österreichischen Fernsehen, wird morgen 65 Jahre. In den Mittelpunkt seiner Romane stellte er den altpersischen Dichter Omar Khajjam („Wie Schnee in der Wüste"), den römischen Kaiser Marc Aurel („Wie ein Fremder im Vaterland") und den heiligen Severin in der Völkerwanderungszeit („Geduldet Euch, Brüder"). Ohne der Phantasie allzu freien Lauf zu lassen, versteht es Giese, die Gefühle und Ängste ferner Zeiten dem heutigen Leser nahezubringen. Auch in dem Gegenwartsroman „Lerida oder Der lange Schatten" (wie die anderen Werke im Wiener Verlag Paul Zsolnay erschienen) wird die Vergangenheit einbezogen, in Form von Schriftstücken, die ein Religionsgespräch zu Beginn der Inquisition in Spanien dokumentieren.

UNIVERSITÄT

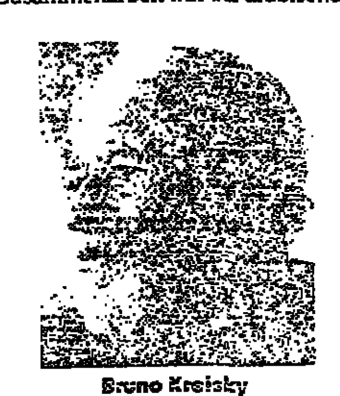
Professor Dr. Klaus Geiger von der Universität Heidelberg übernimmt den Lehrstuhl für Anästhesiologie im Universitätsklinikum Freiburg im Breisgau.

WAHL

Professor Dr. med. Heinz S. **Fuchs**, früherer Generalstabsarzt der Luftwaffe, wurde Ehrenmitglied der Gesellschaft für Luft- und Raumfahrtmedizin der Republik Südafrika, der „S. A. Aerospace Medical Society". Die Wahl von Fuchs erfolgte bei der Jahrestagung der Gesellschaft in Pretoria.

VERANSTALTUNG

Die Deutsch-Arabische Gesellschaft wird am 26. November im Studio der Bonner Beethovenhalle ihr 20jähriges Bestehen feiern. Der Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, der Staatsminister im Auswärtigen Amt **Jürgen W. Möllemann**, konnte zu diesem „Geburtstag" einen prominenten Redner gewinnen, den früheren österreichischen Bundeskanzler **Bruno Kreisky**, der zu dem Thema „Frieden für den Nahen Osten" sprechen wird. Weiterer Redner ist der frühere Minister und SPD-Bundestagsabgeordnete **Hans-Jürgen Wischnewski**. Er ist Vorsitzender des Beirats der Deutsch-Arabischen Gesellschaft. In seinem Vortrag wird er die Frage „Europäische Gemeinschaft und die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der arabischen Welt" beleuchten. Über die „Deutsch-arabische Freundschaft" spricht Botschafter **Aziz Hacene**, der Direktor der Liga der Arabischen Staaten in Bonn.


Bruno Kreisky

KIRCHE

Dr. **Gerhard Bauer** (45) wurde von Bischof Dr. **Josef Stimpfle** ab 1. Januar 1987 zum Sekretär der Augsburger Diözesansynode ernannt. Zuletzt war der 1977 zum Priester geweihte Augsburger Diözesanseelsorger Dr. Bauer als Rektor im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken in Bonn tätig. Ehe er 1980 nach Bonn berufen wurde, war er im Dienst des Heiligen Stuhls in Brüssel tätig.

EHRUNGEN

Winand Meertens (67), ehemaliger Geschäftsführer der „Kölnischen Rundschau" und früheres Beiratsmitglied der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), ist von Papst **Johannes Paul II.** zum Ritter des Gregoriusordens ernannt worden. Damit wurden Meertens' Verdienste um die katholische Publizistik, insbesondere um den Aufbau der KNA gewürdigt. Meertens, als Sohn niederländischer Eltern in der Nähe von Aachen geboren, wurde 1950 in die Geschäftsleitung der „Kölnischen Rundschau" berufen und blieb dieser Zeitung, von 1955 an als Geschäftsführer, bis zu seiner Pensionierung verbunden. Von 1966 bis 1984 war der Diplomkaufmann im Beirat der KNA tätig, seit 1967 als dessen stellvertretender Vorsitzender.

*

Für die Entwicklung eines Computersystems für die Simulation von Betriebsabläufen in S-Bahnnetzen ist Dr. **Werner Kretschmer** aus Hannover der mit 10 000 Mark dotierte Klaproth-Preis verliehen worden. Mit Hilfe dieses bereits angewandten Verfahrens können Eisenbahnnetze und deren Leistungsfähigkeit im voraus präzise beurteilt werden. Weitere 10 000 Mark aus der vor zehn Jahren gegründeten Stiftung teilen sich die Diplomingenieure Max Ostermeyer und Ewald Dörfler von der Bundesbahn-Versuchsanstalt München-Freimann. Sie konnten ein neues Meßverfahren für die „Kontaktkraft" zwischen Fahrtrad und Stromabnehmer elektrischer Lokomotiven entwickeln, das auch bei den Hochgeschwindigkeitszügen der Zukunft voll wirksam bleibt.

*

Der Marieluise-Fleißer-Preis 1986 von Ingolstadt, dotiert mit 10 000 Mark, geht an den Schriftsteller **Uwe Dick**. Die Auszeichnung erhält Dick für sein Prosawerk. Die Bücher des 1942 in Schongau am Lech geborenen Dick, der als freier Schriftsteller in Wasserburg am Inn lebt, zeichnen sich durch Sprachintensität und durch „genaueste Kenntnis psychischer Vorgänge" aus. Ingolstadt pflegt mit der Vergabe des Preises das Andenken an die 1901 in Ingolstadt geborene und dort 1974 gestorbene Schriftstellerin Marieluise Fleißer.

POLIZEI

Der Leiter der Einsatzabteilung beim Polizeipräsidium München, **Roland Koller**, ist als Nachfolger von **Gustav Häring** im Amt des Polizeipräsidenten der bayerischen Landeshauptstadt vorgesehen. Häring, der erst vor wenigen Tagen nach Veröffentlichung des Datenschutzberichtes „einige Fehler" hatte einräumen müssen, tritt nach Angaben der Polizeipressestelle Ende 1987 in den Ruhestand. Koller war schon bisher Stellvertreter Härings.

Reagan sichert Wörner engere Konsultation zu

Bei Verhandlungen wollen USA Interessen Europas beachten

RÜDIGER MONIAC, Washington

Die USA sind nach Angaben von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner bereit, bei den weiteren Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion die Sicherheitsinteressen der Europäer zu beachten. Wörner sagte nach Abschluß zweitägiger Gespräche mit Spitzenpolitikern der US-Administration, beide Regierungen stimmten darin überein, daß ein Vertrag über die völlige Abschaffung aller Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite in Europa („Null-Lösung") die „bindende Verpflichtung" zur Fortsetzung der Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite enthalten müßte. Mit US-Außenminister Shultz habe er besprochen, daß ein erster Abrüstungsvertrag über die Mittelstreckensysteme auch Obergrenzen für die Waffen kürzerer Reichweite festzulegen hätte, die eventuell auszufüllen die NATO sich vorbehalten würde.

Wörner, der ursprünglich lediglich beabsichtigt hatte, mit Vizepräsident Bush, Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger zusammenzutreffen, wurde überraschend dann auch von Präsident Reagan zu einer zwanzig Minuten dauernden Begegnung empfangen. Der Präsident würdigte bei dieser Gelegenheit das besondere Gewicht des deutschen Verteidigungsbeitrages für Europa und betonte seine Bereitschaft, die Konsultationen mit den Westeuropäern über die Definition der gemeinsamen Sicherheit noch weiter zu intensivieren.

Probleme bei Null-Lösung

In diplomatischen Kreisen wurde Reagans Gespräch mit Wörner als Zeichen der besonderen Wertschätzung *für den deutschen Verteidigungsminister* verstanden. Sein amerikanischer Amtskollege Weinberger nannte Wörner „einen unserer besten Freunde".

Wörner gab vor Journalisten unumwunden zu, daß eine „Null-Lösung" für Europa der NATO „Probleme macht". Er reagierte damit auf besorgte Äußerungen des stellvertretenden NATO-Oberbefehlshabers für Europa, General Mack. Dieser hatte darauf hingewiesen, daß mit dem Abzug der amerikanischen Mittelstreckensysteme sowjetisches Territorium nicht mehr von Westeuropa aus unter einer „Risikodrohung" stünde. Wörner sagte, die Bundesregierung vertrete eine andere Meinung. Die Kopplung der amerikanischen mit der europäischen Sicherheit sei „keine Frage eines Waffensystems". Selbst bei einer Null-Lösung bliebe die Ankopplung erhalten.

Keine Abkopplung

Auf die Frage, wie eng ein Abrüstungsvertrag über die Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite mit anderen Abrüstungszielen in Europa, wie Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite oder Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts verbunden sein solle, antwortete Wörner: „Ein Verhandlungsgegenstand darf nicht zur Geisel für einen anderen gemacht werden." In doppelter Hinsicht gelte das für eine konventionelle Abrüstung in Europa. Damit erteilte er einer „Paketlösung", in der Fortschritte bei einer Waffenart abhängig von Fortschritten bei den anderen gemacht würden, eine klare Absage.

Vertretern der Administration wiesen Wörner darauf hin, daß die Tendenz zum Abzug von US-Truppen aus Europa im Kongreß „latent" sei. Davor warnte Wörner: Ein US-Abzug würde die Bemühungen zur Stärkung der konventionellen NATO-Verteidigung in Europa entscheidend behindern. Ein hoher US-Regierungsbeamter *sagte deutschen Journalisten*, ein Abzug amerikanischer Truppen sei nicht auszuschließen. Er werde sich allerdings auf „Rationalisierungsmaßnahmen" beschränken und nicht mehr als fünf- bis zehntausend Soldaten ausmachen.

Kohl erinnert Gonzalez an Verpflichtung für Europa

Spanien will den Abzug der amerikanischen Truppen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die vierte deutsch-spanische Konsultation auf Regierungschef-Ebene brachte im Gespräch zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem spanischen Regierungschef Felipe Gonzalez weitgehende Übereinstimmung auf wirtschaftlicher, politischer und kultureller Ebene. Unterschiedliche *Auffassungen wurden deutlich* bei der Erörterung von Sicherheitsfragen.

So fordert Madrid eine Reduzierung der amerikanischen Streitkräfte auf spanischen Boden, die in den USA auf Befremden stößt. Da die Reduzierung jedoch auch deutsche und überhaupt europäische Interessen betrifft – der größte Teil des europäischen Außenhandels durchquert das Seegebiet vor der iberischen und nordafrikanischen Küste –, sind auch die Verbündeten Spaniens auf die starke Präsenz der US-Seestreitkräfte in diesem Raum angewiesen.

Auf die Frage der WELT antwortete Helmut Kohl, daß er die souveränen Entscheidungen des spanischen Volkes und ihrer Regierung selbstverständlich respektiere. Angesichts des erheblichen deutschen Verteidigungsbeitrages aber glaube er, daß auch Spanien seinen Teil zur gemeinsamen Verteidigung leisten werde. Ministerpräsident Gonzalez erklärte zum erstenmal auf die gleiche Frage, daß Spanien das spanisch-amerikanische *Verhältnis in Sicherheitsfragen* nicht nur bilateral, sondern ebenfalls auch multilateral auffasse. Kohl gab seiner Zuversicht Ausdruck, daß Spanien hier im gesamteuropäischen Interesse handeln werde.

Unter vier Augen

Der Bundeskanzler, der sich 23 Stunden *lang in Madrid aufhielt*, führte am Dienstagabend ein Gespräch unter vier Augen mit seinem spanischen Amtskollegen Gonzalez in einem Madrider Restaurant, das am Mittwochvormittag fortgesetzt wurde. Anschließend daran empfing König Juan Carlos den deutschen Gast im Zarzuela-Palast. Auch die Außenminister beider Länder, Francisco Fernandez Ordoñez und Hans-Dietrich Genscher, setzten den 1983 beschlossenen und alljährlich stattfindenden Dialog beider Regierungen auf Ministerebene fort.

Erste Bilanz

Das lebhafte Interesse deutscher Investoren in Spanien beweist, daß sich Bonn zu Recht ins Zeug legte, als es in der Vergangenheit darum ging, Spanien in die Europäische Gemeinschaft aufzunehmen. Der jetzige Besuch des deutschen Kanzlers diente deshalb bereits einer ersten Bilanz nach dem am 1. Januar 1986 vollzogenen Beitritt. So betrug der Kapitaltransfer für deutsche Anlageinvestitionen in Spanien im Jahre 1985 52,2 Millionen Mark. Im ersten Halbjahr dieses Jahres stieg dieser Betrag bereits auf 713,1 Millionen Mark an. Kohl: „Auch auf der Forschungsebene wollen wir weiter zusammenarbeiten *und dafür sorgen*, daß Spanien ebenso wie Frankreich in besonderer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik steht."

Die spanische Wirtschaft bedauerte in jüngster Zeit den Unterschied im starken Wachstum des deutschen Exportes nach Spanien – im ersten Halbjahr dieses Jahres knapp sechs Milliarden Mark mit einer Steigerung von 22 Prozent gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres – und des spanischen Exportes in die Bundesrepublik Deutschland, der bei 3,7 Milliarden Mark nur um 1,8 Prozent wuchs. Bundeskanzler Kohl hierzu: „Die tiefenpsychologische Sympathie" deutscher Touristen in Spanien sorge dafür, daß das Problem in der *Leistungsbilanz durch die Ausgaben* der deutschen Reisenden in Spanien voll ausgeglichen werde. Bis zum September dieses Jahres kamen fünf Millionen Deutsche nach Spanien, rund fünf Prozent mehr als in der Vergleichszeit des Vorjahres.

Der geheimnisvolle Tod des SED-Ideologen Koch

WERNER KAHL, Bonn/Berlin

Hat der Institutsdirektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim SED-Zentralkomitee, Professor Hans Koch, als Opfer von Machtkämpfen in der SED-Führung Selbstmord verübt?

Unter Staats- und Parteifunktionären löste der Tod des führenden Partei-Ideologen offenbar eine Welle von Mutmaßungen und Spekulationen aus. Durch das Verschweigen des Todesdatums in der amtlichen Meldung der „DDR"-Führung, in der es lediglich heißt, Koch habe aus Depression Selbstmord begangen, wurden neue Vermutungen über die Hintergründe des Ablebens laut.

In Bonn gab es bereits im Herbst, wie die WELT auf Anfrage erfuhr, Hinweise aus der „DDR", daß der Direktor des Instituts für Marxistisch-Leninistische Kultur- und Kunstwissenschaften der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Auseinandersetzungen innerhalb der Ostberliner Führung verstrickt worden sei. Dabei handelte es sich dem Vernehmen nach um eine ihm angelastete Beziehung zu dem früheren Mitglied des Politbüros, Konrad Naumann.

Linientreuer Funktionär

Der als Widersacher von Staats- und Parteichef Erich Honecker im November vergangenen Jahres aus *dem Führungsgremium verstoßene* Naumann ist seitdem – wie einst Karl Schirdewan, ein Kontrahent von Honeckers Vorgänger Walter Ulbricht – Archivar in Potsdam.

Nach Naumanns Ausschluß setzte eine Säuberung leitender Positionen ein. Dabei nahm das von Professor Koch geleitete Institut für Marxi*stisch-Leninistische Kultur* eine Sonderrolle ein. In dem gelernten Dreher mit dem KP-Mitgliedsbuch der ersten Nachkriegsstunde in der sowjetischen Besatzungszone sahen Sowjets und SED-Führung stets einen zuverlässigen und linientreuen Funktionär. Die gesellschaftswissenschaftliche Forschung in der „DDR" wird von der SED zentral gesteuert. „Leitung, Planung und Kontrolle", so lautete der offizielle Beschluß, „erfolgt durch die Partei auf der Grundlage der Beschlüsse des Zentralkomitees."

In teilweise ganzseitigen Artikeln im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" verpflichtete Koch seit den sechziger Jahren die „DDR"-*Schriftsteller auf die SED-Kulturpolitik*. Christa Wolf, der inzwischen international bekannten „DDR"-Autorin, hielt er vor, sie stelle das Bild des realen Sozialismus in der „DDR" in Frage. Aussagen des früheren Systemkritikers Rudolf Bahro, in der „DDR" gebe es keinen Sozialismus, bezeichnete der Ideologe Koch kurz als *„antikommunistische Verleumdung"*.

Kritik wuchs ständig

Im Schriftstellerverband, dem Koch als stellvertretender Vorsitzender beigeordnet worden war, wurde der Gesellschaftswissenschaftler in *letzter Zeit jedoch* immer stärker wegen zunehmender Ausreiseanträge von Autoren und deren Familienangehörigen angegriffen.

In internen Diskussionen forderten parteitreue Schriftsteller Perspektiven, wie sie sich in osteuropäischen Staaten und sogar in China abzeichnen. Dem „Literaturprofessor", wie Koch häufig in „DDR"-Kreisen im Sinne des SED-Zensors apostrophiert wurde, hielten viele vor, die „DDR"-Gesellschaftswissenschaft sei nur noch Theorie ohne jeden Bezug zur Wirklichkeit.

In Funktionärskreisen in Ost-Berlin wird offenbar auch nicht ausgeschlossen, daß der Staatssicherheits*dienst im* Fall Koch tätig geworden sein könnte. Beobachter gehen davon aus, daß die Verantwortlichen in Ost-Berlin eine Affäre wie die um das Akademie-Mitglied Meissner im vergangenen Sommer zu verhindern suchen.

Deutsche fühlen sich weniger bedroht

dpa, Bonn

Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland fühlen sich weniger bedroht. Dies geht aus einer Emnid-Umfrage hervor, die vom Bundesverteidigungsministerium in Auftrag gegeben worden war. Vom Emnid-Institut Bielefeld wurden im August dieses Jahres 1969 Personen befragt, repräsentativ für die Bevölkerung von 16 Jahren aufwärts.

35 Prozent der Bürger der Bundesrepublik halten danach die kommunistische Bedrohung für groß oder sehr groß. Dies sind 12 Prozent weniger als 1984 und zwei Prozent weniger als 1985 (s. WELT v. 4. 2. 86). Fast zwei Drittel (61 Prozent) sind der Auffassung, daß die Sowjetunion ihre *Entspannungspolitik* ernst meine. Auch 1986 ist eine stabile Mehrheit der Bürger für die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO. Die Zustimmung zur Präsenz amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik ist etwas gewachsen.

Die Ergebnisse im einzelnen: Auf die Frage: „Ist Ihrer Meinung nach die kommunistische Bedrohung sehr groß, groß, nicht so groß oder nicht ernst zu nehmen?", antworteten 35 Prozent mit „sehr groß" oder „groß". *61 Prozent gaben an*, Moskau verfolge ernsthaft eine Entspannungspolitik (1985: 52 Prozent, 1984: 43 Prozent). 89 Prozent der Befragten sprachen sich für ein Verbleiben der Bundesrepublik in der NATO aus (1985: 87 *Prozent). 81 Prozent glauben*, die US-Truppen in der Bunderepublik machen den Frieden sicherer (1985: 78 Prozent). 77 Prozent sehen die amerikanische Anwesenheit für unerläßlich an (1985: 76 Prozent). 74 Prozent sind gegen den Abzug der US-Truppen (1985: 76 Prozent).

Das Interesse an der Bundeswehr *ist nach den Untersuchungen* gewachsen. Bewaffnung, Ausbildung und Führung werden positiver eingeschätzt als im letzten Jahr. 87 Prozent sind der Meinung, daß die Bundeswehr den Frieden sicherer macht (1985: 86 Prozent).

Mudschahedin kämpfen mit Stinger-Raketen

Amnesty: Sowjet-Soldaten bei Folterungen in Afghanistan

W. RUEB/DW, Peschawar

Monatelange Vermutungen, daß die afghanischen Widerstandskämpfer über amerikanische Stinger-Luftabwehrraketen verfügen, haben sich bestätigt. Zumindest Teile der bewaffneten Opposition haben diese Waffe über Pakistan erhalten.

Wie die WELT in Peschawar erfuhr, ist die fundamendalistische Partei „Hezbi Islami" als erste Gruppe mit dieser Waffe ausgerüstet worden. Sie gilt als der *militanteste* und am besten organisierte Teil des Widerstandes. Ihr Führer Gulbuddin Hekmatyar verfügt über engste Kontakte zur pakistanischen Regierung. Pakistan war vor Monaten mit Stinger-Raketen beliefert worden. Die Regierung in Islamabad ist für die weitere Verteilung der Waffen zuständig.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß Hekmatyar nicht mit anderen Vertretern des Widerstandes Ende Oktober zur UNO-Generalversammlung nach New York gereist ist, sondern statt dessen nach Quetta im Süden Pakistans geflogen ist. Nur eine knappe Tagesreise im Geländewagen davon entfernt, nämlich in den südafghanischen Bergen um Kandahar, wurden erstmals zwei sowjetische Hubschrauber mit Stinger-Raketen abgeschossen. Insgesamt sollen bei den Kämpfen, die seit Ende Oktober anhalten, sieben sowjetische Hubschrauber vernichtet worden sein.

Widersprüchliche Angaben

Diplomaten in Islamabad bestätigten ferner, daß die sowjetischen Flugzeuge im Bereich des Flughafens von Kabul besonders enge Luftkorridore einhielten, Start und Landung in möglichst steilem Winkel durchführten und in großem Umfang Hitzeballons ausstießen, um Stinger-Raketen zu entgehen. Sowjetische Spezialisten *untersuchten* die Wracks aller abgeschossenen Maschinen, um festzustellen, ob auch im Kampfgebiet um Kabul Stinger-Raketen eingesetzt werden.

Ein Sprecher der Allparteien-Allianz des afghanischen Widerstandes sowie zwei Guerrilla-Führer sagten allerdings in Peschawar zur WELT, bisher verfügten die Mudschahedin nicht über Stinger-Raketen.

Unterdessen hat die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International die Regierung in Kabul beschuldigt, politische Gegener regelmäßig *foltern* zu lassen.

Keine Reaktion

In einem Bericht, dem rund 100 Aussageprotokolle ehemaliger Häftlinge zugrunde liegen und der gestern in London der Presse vorgelegt wurde, heißt es, sowjetische Beamte führten oft die Verhöre und seien bei den Folterungen anwesend, überließen die Ausführung der Quälereien jedoch den Afghanen. In einigen Fällen sollen Sowjets allerdings auch Anweisungen erteilt haben.

Die Folterungen fänden zumeist in den Räumen der afghanischen Geheimpolizei Khad statt. Als am häufigsten praktizierte Foltermethoden werden genannt: Elektroschocks an Geschlechtsorganen, das Ausdrücken von Zigaretten auf der Haut und das Herausreißen von Haaren. Manche Gefangene würden, so heißt es in dem 51seitigen Bericht, am Schlafen gehindert oder gezwungen, lange Zeit hindurch in Schnee, Wasser oder unter glühender Sonne zu stehen.

Viele der Häftlinge *seien lediglich* wegen des Verdachts verhaftet worden, mit dem Widerstand zu sympathisieren. Weibliche Gefangene müßten oftmals bei Folterungen männlicher Mitgefangener zuschauen.

Amnesty International hat die Kabuler Regierung mehrfach aufgefordert, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen, und auch einen Brief an den sowjetischen Staatspräsidenten Gromyko geschrieben. Eine Antwort sei bisher ausgeblieben, hieß es dazu.

Warschau macht Prag Vorwürfe

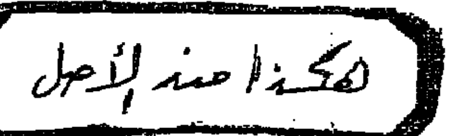
AP, Warschau

Polen hält das System des Informationsaustausches und der Zusammenarbeit unter den Ostblockländern bei außergewöhnlichen Umweltverschmutzungen nach Angaben von Regierungssprecher Jerzy Urban „für ungenügend". Er bezog sich dabei auf eine Umweltverseuchung, die sich in Nordmähren ereignet hatte. Wie Urban mitteilte, waren dort aus Fabriken 50 Tonnen Heizöl mit hohem Schwefelgehalt in einen Oderzufluß gelaufen und so in die Oder nach Polen geflossen. Nach Berichten der tschechoslowakischen Medien hatte sich das Umweltunglück am 9. November ereignet, doch wurden die polnischen Behörden erst zwei Tage später informiert.

Schwere Vorwürfe gegen „Pax Christi"

KNA, Bonn

Als unzulässig hat es der Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes, Generalvikar Ernst Niermann, bezeichnet, daß Minderheiten innerhalb der katholischen Kirche ihr „Gruppenethos zum ethischen Maßstab aller erheben". Mit dieser Kritik reagierte Niermann auf eine Erklärung von „Pax Christi", in der die Kriegsdienstverweigerung als heute ethisch geboten bezeichnet und die Bundeswehrsoldaten zur Verweigerung aufgerufen werden. (WELT vom 12. 11. 86) „Aus der Sicht von Kirche und Seelsorge halte ich es schlicht für unverantwortlich, wenn sich ein katholischer Verband in der momentanen Situation so äußert wie „Pax Christi"", sagte der Generalvikar.



Donnerstag, 20. November 1986
Nr. 270

So viel getrunken | **Der Milliarden-Durst** | **So viel ausgegeben**

Pro-Kopf-Verbrauch 610,4 Liter — Gesamtausgaben 66,35 Mrd DM

Getränkemarkt 1985 in der Bundesrepublik Deutschland

Liter: Kaffee 163,6 · Bier 145,8 · Milch 77,2 · Erfrischungsgetränke 75,5 · Mineralwässer 56,5 · Tee 27,1 · Fruchtsäfte 25,2 · Wein 21,2 · Kaffeemittel 7,9 · Spirituosen 6,9 · Sekt 5,6

Mrd DM: Bier 16,79 · Milch 8,66 · Kaffee 8,46 · Spirituosen 7,78 · Wein 7,57 · Erfrischungsgetränke 6,04 · Fruchtsäfte 3,29 · Mineralwässer 3,01 · Sekt 1,76 · Tee 0,55 · Kaffeemittel 0,19

Quelle: ifo — © Globus 6379

Von den rund 610 Litern Flüssigkeit, die jeder Bundesbürger 1985 zu sich nahm, entfielen fast 167 Liter auf Kaffee. Der Bierverbrauch lag mit rund 145 Litern auf Platz zwei, nahm aber bei den Ausgaben die Spitze ein. Insgesamt wurden pro Kopf neun Liter mehr getrunken als im Vorjahr. Dieses Plus geht auf den steigenden Verbrauch alkoholfreier Getränke zurück. QUELLE: GLOBUS

FÜR DEN ANLEGER

Kursverfall: Der jüngste New Yorker Insider-Skandal, der immer größere Wellen schlägt, führte am Dienstag zu einem Kurssturz an Wall Street. Der Dow-Jones-Durchschnitt 30 führender Industriewerte schloß um 43,31 Punkte tiefer bei 1817,21. Die Börsenschwäche konzentrierte sich *in erster Linie auf die Werte jener* Unternehmen, die im Mittelpunkt von Übernahmegesprächen stehen.

Hessen: Eine Anleihe über 600 Mill. DM legt das Bundesland mit einer Laufzeit von 10 Jahren und einem Ausgabekurs von 99,40 Prozent auf. Der Nominalzins beträgt 6,625 Prozent. Vom 24. bis *26. November werden 500 Mill.* DM zur öffentlichen Zeichnung gestellt.

Welt-Aktien-Indizes: Gesamt: 268,73 (268,29); Chemie: 159,54 (158,84); Elektro: 334,11 (334,01); Auto: 704,44 (702,27); Maschinenbau: 151,39 (151,41); Versorgung: 163,86 (162,98); Banken: 392,48 (391,02); Warenhäuser: 181,83 (180,89); Bauwirtschaft: 519,89 (523,70); Konsumgüter: 177,98 (177,47); Versicherung: 1347,27 (1355,13); Stahl: 135,06 (134,34).

Kursgewinner:	DM	+ %
Kawasaki Kisen	2,25	9,76
Sumitomo Heavy	3,00	7,14
Mitsui	3,10	6,90
Canon NA. A	12,80	6,22
Enka AG	320,50	5,08

Kursverlierer:	DM	– %
Nisshin Steel C	1,85	7,50
Olivetti SP.A.M.	19,50	4,88
Olivetti SP.A.O.	*10,30*	4,63
Gen.Mng.Union N	24,80	4,62
Vögele AG St.	103,50	4,61

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Freundlich

WELTWIRTSCHAFT

EG: Die zuständigen Fachminister haben nach Informationen aus diplomatischen Kreisen die Entwicklung eines einheitlichen Telekommunikationssystems mit weitreichenden Anwendungsmöglichkeiten beschlossen.

Export: Der deutsche Export wird nach Einschätzung des Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministeriums, Otto Schlecht, 1987 um 2,5 Prozent nach nur null bis ein Prozent in diesem Jahr wieder zunehmen.

USA: Das Bruttosozialprodukt ist im 3. Quartal um 2,9 Prozent gestiegen.

A la Française: Immer häufiger weht jetzt die Tricolore auch über amerikanischen Unternehmen. Air Liquide und Big Three, Rhone-Poulenc und Union Carbide, *CGE* und *ITT* sowie *Bull* und Honeywell sind nur einige Beispiele.

Italien: Bau- und Anlagenbauunternehmen des Landes bereiten sich auf eine starke Zunahme der *öffentlichen Arbeiten vor.*

Frankreich: Außenhandelsminister Michel Noir erwartet eine nachhaltige Verringerung des französischen Außenhandelsdefizits nicht vor Herbst 1987.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	18. 11. 86	17. 11. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	155,50	–	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	78,50	76,00	51,00	139,00	29,00
Gasöl (*Heizöl/Diesel*) 0,3 % S	125,50	126,50	104,00	226,00	84,00

MÄRKTE & POLITIK

Schiffbau: Den Wirtschaftsministern der EG ist es noch nicht gelungen, *sich auf gemeinsame* Regeln für Schiffbausubventionen zu einigen. Ein neuer Versuch soll am 22. Dezember gemacht werden.

Umweltschutz: Die Ausgaben für den Umweltschutz von Industrie und Staat sind von 1975 bis 1984 um real 14 Prozent *auf rund* 22,7 Mrd. DM gestiegen. Dies teilte das Statistische Bundesamt mit. Das produzierende Gewerbe hatte danach *1984 einen Anteil von 48* Prozent an den Umweltschutzausgaben, der Staat trug 52 Prozent bei.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Krupp: Der Konzern feiert heute seinen *175.* Geburtstag. Immer noch zählt das Unternehmen national und international zu den bekanntesten der deutschen Industrie, auch wenn es mittlerweile im Umsatz von einer ganzen Reihe Firmen überholt wurde. (S. 15)

Umsatzplus: Die Axel Springer Verlag AG (Berlin) erwartet für das laufende Geschäftsjahr 1986 deutlich über dem Vorjahr liegende Umsatzsteigerungen. *Die* Gesamtumsätze stiegen bis September um sechs Prozent auf über 1,92 Mrd. DM. (S. 15)

Siemens: Der Weltumsatz des Elektrogiganten ist im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.) um 14 Prozent auf 47,1 (nach 54,6) Mrd. DM bei unveränderter Dividende zurückgegangen. (S. 15)

NAMEN



Aral AG: Klaus Marquardt (Foto links), seit 16 Jahren Vorstandsvorsitzender, geht mit Vollendung des 60. Lebensjahres am 18. Dezember in den Ruhestand. Die Nachfolge tritt sein langjähriger Stellvertreter, der 57jährige **Werner Thurow** (Foto rechts) an. Zugleich zieht Helmut Burmester (47), der seit 1963 bei Aral tätig ist, neu in den Vorstand ein.



Berliner Bank: Finanzsenator Günter Rexrodt geht laut Senatsbeschluß in den Aufsichtsrat.

WER SAGT'S DENN?

Probleme werden dadurch am besten gelöst, daß man sie erkennt, bevor sie zu Problemen werden.
Prof. Joachim Zahn

Fliegender Wechsel der Zugpferde in der deutschen Elektroindustrie

Inlandsaufträge bleiben auf Wachstumskurs – Starke Nachfrage nach Gebrauchsgütern

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Hohe Auftragsbestände, eine stabile Binnenkonjunktur, ein „neuer technologischer Impuls" (der sich mit einem Sprung der inländischen Bauelemente-Nachfrage bereits ankündigt), eine gewisse Erholung im Außenhandel und der immer noch nicht abgebaute Nachholbedarf bei den Investitionen sollen die deutsche Elektroindustrie auch 1987 auf Wachstumskurs halten. Dies meint Rudolf Scheid, *Hauptgeschäftsführer* des Zentralverbands der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI).

Mit einem realen Produktionszuwachs von vier Prozent würde die Wachstumskurve freilich weiter abflachen und sich dem langfristigen Trend der Branche annähern. Angesichts der stetigen Preisentwicklung (plus ein Prozent pro Jahr) sei damit eine Umsatzzunahme von fünf Prozent *zu erwarten. 1985 wurde eine* Ausweitung um 15 Prozent auf 153 Milliarden Mark erreicht, 1986 werden es – infolge der hohen, durch Großauftragsabrechnungen aufgeblähten Vorjahresbasis – etwa drei Prozent sein.

Auch das abgeflachte Wachstum soll noch der Beschäftigung zugute kommen. Hatte die Produktionssteigerung um 13 Prozent im vergangenen Jahr 56 000 neue Arbeitsplätze gebracht, so kamen bei einem Produktionsplus von knapp sechs Prozent in den ersten drei Quartalen 1986 weitere 39 000 hinzu; die Zahl der Branchenmitarbeiter stieg auf 1,029 Millionen. Für 1987 sieht Scheid Chancen für weitere 10 000 bis 20 000 Neueinstellungen – *vor allem* hochqualifizierte Kräfte und Ingenieure sind gefragt.

Was die Produktionsentwicklung dank dicker Auftragspolster noch verdeckt, zeigen die Auftragseingänge: Ihr Zuwachs ging in den ersten *neuen Monaten auf 2,7 (10,5) Prozent* zurück, sattelt aber auf ein bereits sehr hohes Niveau auf. Zudem verbergen sich hinter den Globalzahlen „völlig konträre Entwicklungen, die sich gegenseitig saldiert haben", so ZVEI-Geschäftsführer Bodo Böttcher.

So blieben die Inlandsaufträge auf – mit plus 5,6 (8,5) leicht abgeschwächtem – Wachstumskurs, während die Auslandsnachfrage, 1985 mit plus 14 Prozent noch Treibsatz der Expansion, um 2,3 Prozent (und im dritten Quartal allein um 7,9 Prozent) zurückging. Kaum minder heftig die Verwerfungen zwischen den verschiedenen Elektro-Bereichen.

Hatten die Investitionsgüter im vergangenen Jahr mit einem Nachfrageschub von 13,5 Prozent noch die Hauptrolle im Branchenboom gespielt, so fielen sie 1986 auf ganze 1,3 Prozent zurück und rutschten im dritten Vierteljahr sogar mit 1,4 Prozent ins Minus. An ihrer Stelle mauserten sich die Gebrauchsgüter: Sie erreichten mit 7,8 (2,9) Prozent seit langem ungekannte Zuwachsraten. Und das *auch noch im Export: Besonders* gefragt waren im Ausland deutsche Videorekorder (plus 37,7 Prozent) sowie Waschmaschinen und Geschirrspüler (plus *18* Prozent).

Die traditionell etwas hektische Bauelementenachfrage schließlich schlug von einem Minus von 13,2 Prozent in ein Plus von 11,6 (21,2 im dritten Quartal) um.

EG verlängert Stahl-Krisenregime

Unternehmen erhalten Bedenkzeit für eine Reduzierung überschüssiger Kapazitäten

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG-Regierungen wollen vorerst auf eine weitere Auflockerung des Krisenregimes in der Stahlindustrie verzichten, um den Unternehmen Gelegenheit zu geben, sich über eine freiwillige Reduzierung überschüssiger Produktionskapazitäten zu verständigen. Lediglich verzinkte Bleche, für die sich keine größeren Absatzprobleme stellen, sollen vom 1. Januar an zusätzlich zu den bereits liberalisierten Produktgruppen ohne Mengenbeschränkungen produziert werden dürfen.

Wie erwartet entsprach der EG-Ministerrat damit einem Wunsch der im Dachverband Eurofer vereinigten großen Stahlerzeuger. Diese hatten den *Regierungen* angeboten, einen Plan zur Stillegung von weiteren 11,9 Millionen Tonnen Walzstahl in der Gemeinschaft auszuarbeiten, ihre Bereitschaft jedoch von einer Verlängerung des Quotensystems bis 1990 und einer *Beteiligung* der EG an den mit der Schließung weiterer Anlagen verbundenen sozialen Kosten abhängig gemacht.

Der Rat begrüßte die Offerte, befand aber, daß die Eurofer-Initiative „auf der Grundlage noch ausführlicherer Vorschläge" weiter geprüft werden müsse, wobei auch unabhängige Erzeuger angemessen zu beteiligen seien. Nach Auffassung der Experten liegt die überschüssige Walzstahlkapazität nämlich bei über 20 Millionen Tonnen. Die nicht zu Eurofer gehörenden kleineren Stahlwerke (vor allem die in Norditalien) widersetzen sich bisher einer Fortführung des Quotensystems.

Auch die EG-Kommission ist skeptisch, ob es Eurofer gelingen wird, die versprochenen Kürzungen zustande zu bringen. Sie hätte es vorgezogen, die notwendigen Anpassungen über den Markt zu vollziehen. Ihr Vorschlag, auch Walzdraht, Stabstahl und bestimmte Stahlprofile aus dem Quotensystem herauszulösen, wurde deshalb vom Rat auch nicht endgültig verworfen. Die Minister gaben vielmehr der Hoffnung Ausdruck, „daß der Kommission spätestens am 1. März ein ausführlicher spezifischer Vorschlag vorgelegt wird".

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann sagte gestern, der Ratsbeschluß entspreche voll den Vorstellungen Bonns. Das Ziel Eurofers, durch den Aufkauf von Quoten zu weiteren Kapazitätseinschränkungen zu kommen, habe nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn das Quotensystem noch für eine gewisse Zeit beibehalten werde. *Bangemann sicherte der* Industrie zu, ihre Bemühungen „mit zu begleiten". Nationale Finanzhilfen für die Stillegungsaktion schloß er jedoch aus.

Die Lust am Automobil ist ungebrochen

adh. Frankfurt

Die Lust der Deutschen am Automobil ist ungebrochen: Im Oktober tendierten die Auftragseingänge saisonbereinigt deutlich nach oben. Die neuen Modelle halten die Automobilkonjunktur in Schwung. Auch die Bestellungen aus dem Ausland bleiben, so der Verband der Automobilindustrie (VDA), auf „hohem Niveau". In den ersten zehn Monaten dieses Jahres haben die deutschen *Autohersteller insgesamt 3 826 900* Fahrzeuge produziert und damit nochmals drei Prozent mehr als im bisherigen „Spitzenjahr" 1985 (plus zehn Prozent).

Das gute Ergebnis in der Autobranche, die trotz aller währungsbedingten Befürchtungen in den ersten zehn Monaten mit 2 273 500 exportierten Fahrzeugen auch wieder das hohe Exportergebnis des Vorjahres erreichte, schlägt sich übrigens auch deutlich auf die Beschäftigung nieder: Die Zahl der Beschäftigten stieg von 693 000 Mitte 1985 auf 737 000.

Zwar wird es den Importwagen in diesem Jahr gelingen, ihren Anteil an den Neuzulassungen bis auf 30 (i. V. 27) Prozent zu steigern – allen voran die Japaner (16 Prozent Marktanteil) –, aber die deutschen Hersteller dürften mit einem Inlandsabsatz von 2,7 Millionen Pkw ihr bisher bestes Ergebnis (1978) überschreiten.

AUF EIN WORT

„Ich halte es einfach für falsch, wenn wir die Do-it-yourselfer kriminalisieren und in die gleiche Ecke stellen wie einen Schwarzarbeiter."

Fritz Haberl, Präsident des Zentralverbands des Kraftfahrzeuggewerbes, Bonn. FOTO: DIE WELT

Gewinne der Bundespost werden sinken

DW. Bonn

Die Gewinne der Deutschen Bundespost werden nach dem Entwurf für den neuen Posthaushalt, der am 5. Dezember im Postverwaltungsrat beschlossen werden soll, im nächsten Jahr nominell nur noch 1,7 Milliarden Mark betragen. Zugleich scheint aber sicher zu sein, daß der Brief- und Paketdienst der Post in absehbarer Zeit nicht teurer wird.

Die Gewinnrechnung der Post für das nächste Jahr bestätigte der Sprecher des Postministeriums, Walter Maschke. Da in den letzten zwölf Jahren der tatsächliche Gewinn des größten deutschen Unternehmens immer höher gelegen habe als geplant, dürfte der Jahresüberschuß 1987 die *Marke* von zwei Milliarden Mark übersteigen. Für das laufende Jahr erwartet die Post einen Gewinn von drei Milliarden Mark – 600 Millionen Mark mehr als im Haushalt 1986 ausgewiesen.

In einer Erklärung von Postminister Schwarz-Schilling hieß es dazu, die wirtschaftliche Lage der Post sei gut. „Gebührenanhebungen für Briefe, Päckchen und Pakete sind bei der gegenwärtigen *Gewinnentwicklung* kein Thema." Insgesamt wird die Post 1987 76,8 Milliarden Mark (plus 1,3 Prozent) ausgeben. Dabei steigen die Investitionen um 2,3 Prozent auf 18,6 Milliarden Mark.

Wandel im Sinne des Verbrauchers

Schlecht zur Konzentration im Handel: „Die Bäume wachsen nicht weiter in den Himmel"

HANNA GIESKES, Bonn

„Erst nach gewonnener Wahl werden wir entscheiden, ob und wie das Kartellgesetz verbessert werden sollte." Otto Schlecht, Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsminister, hält eine Novelle nur für angezeigt, wenn sachliche Analysen einen gefährlichen Anstieg der Handelskonzentration erwarten lassen. Er glaube *indes nicht, „daß die Bäume der Gro*ßen im Handel weiter in den Himmel wachsen", sagte Schlecht während der Jahrestagung der Bundesvereinigung deutscher Einkaufsverbände am Dienstag in Bonn.

Schlecht erwartet vielmehr, „daß die mittleren Größenbereiche gestärkt werden". Im übrigen dürfe man nicht vergessen, daß sich der vielfach beklagte Strukturwandel in der deutschen Handelslandschaft nicht gegen den Verbraucher vollzogen habe, sondern von ihm getragen wurde.

Darüberhinaus seien für die Konzentration zahlreiche Faktoren verantwortlich – unter anderen das Ladenschlußgesetz, weil es Großunternehmen Vorteile bringe –, sodaß Macht und ihr Mißbrauch, die immer wieder als Rechtfertigung für eine Novelle herangezogen werden, „keine überragende Bedeutung" in diesem Bündel von Ursachen haben. Der Staatssekretär spielte damit auf den Novellierungsvorschlag an, den die *Arbeitsgruppe Wirtschaft* der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kürzlich vorgelegt hat.

Wenig Gutes kann der neue Präsident der Bundesvereinigung, Karl-Heinz Manhardt, diesem Unionspapier abgewinnen. Er sehe die Gefahr, „daß die Fraktion mitten in der heißen *Phase* des Wahlkampfs einen Schnellschuß landet", der zudem auf einer in sich widersprüchlichen Analyse des Wettbewerbsgeschehens beruhe: Einerseits sei man bei der CDU/CSU selbst zu der Erkenntnis gekommen, daß die Konzentration die marktwirtschaftliche *Ordnung* nicht gefährde; auf der anderen Seite halte sie eine Kartellnovelle für dringend erforderlich.

Mit Besorgnis registrieren die Einkaufsverbände, wie das Bundeskartellamt Einkaufskooperationen immer enger an die Leine des Kartellverbots legt, während es auf der anderen Seite nicht in der Lage ist, Handelsfusionen zu verhindern. Es mache keinen Sinn, wenn die Wettbewerbsbehörde *fordere, die Zusam*menarbeit beim Einkauf müsse auf kleine und mittlere Unternehmen beschränkt bleiben, sagte Manhardt.

Und für „verhängnisvoll" hält er die Feststellung des Amtes, diese Kooperationen sollten nur dann zulässig sein, wenn sie keine entscheidenden Machtpositionen gegenüber den Lieferanten erreichten. Manhardt findet es „paradox", wenn diese Verbundgruppen einerseits als willkommene Einrichtungen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Mittelstands begrüßt werden, „während ihnen andererseits *die hierzu notwendige Grö*ße zur Last gelegt wird."

Europäische Dimension

Ha. (Brüssel) – Wunsch und Wirklichkeit klaffen in der EG noch häufig auseinander. Besonders augenfällig ist dies bei dem Versuch, dem öffentlichen Auftragswesen bei Bau- und Lieferaufträgen allmählich eine stärkere „europäische Dimension" zu geben. Alle (oder fast alle) öffentlichen Stellen verhalten sich nämlich in der Praxis, als gäbe es solche Bestimmungen nur als unverbindliche Zielbeschreibungen.

Mehr als drei Viertel der von den einschlägigen EG-Richtlinien erfaßten Aufträge oder Beschaffungen werden zur Zeit noch immer ohne vorherige Veröffentlichung im *Europäischen Amtsblatt* getätigt, womit sie dem Wettbewerb aus anderen EG-Staaten entzogen sind.

Einen Wandel könnte allerdings demnächst ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes bringen.

Die *Kommission* will damit klarstellen lassen, daß der Bürgermeister von Mailand gegen das EG-Recht verstoßen hat, als er 1979 den Auftrag zum Bau einer *Müllaufbereitungsanlage* ohne vorherige europäische Ausschreibung an ein italienisches Konsortium vergab. Dieser beruft sich hingegen darauf, der Beschluß habe wegen der Seveso-Katastrophe in aller Eile gefaßt werden müssen. Daher sei für eine Ausschreibung keine Zeit gewesen.

Ob die Europa-Richter diese Entschuldigung gelten lassen werden, ist ziemlich zweifelhaft. In Wahrheit haben nämlich die Stadtväter von Mailand erst 1984 endgültig den *Bau der Anlage beschlossen* – vier Jahre nach dem Einspruch der Brüsseler Wettbewerbshüter.

Übertriebene Aufsicht

Von *CLAUS DERTINGER*

Im Bankgeschäft tauchen immer wieder neue Risiken auf. Nicht nur die klassischen, für deren Eingrenzung die Bankenaufseher einen umfangreichen Vorschriftenkatalog ersonnen haben. Mit dem raschen Wandel der Usancen im internationalen Finanzgeschäft und dem Entstehen neuer Finanzierungsinstrumente, die wie Pilze aus dem Boden schießen, wächst zweifellos auch das Risikopotential.

Denn viele der Finananzinnovationen sind Schönwetterschöpfungen, die einen Krisentest noch nicht bestanden haben. Mehr noch: Der Risikogehalt der Neuerungen ist auch schwer abschätzbar. Nicht nur für die Banken selbst, sondern auch für die Aufsichtsbehörden, die ohnehin fast immer mit dem Dilemma leben müssen, daß sie mit ihren Regeln der Praxis hinterherhinken und Angst haben, nicht die Lunte zu riechen, die einen Brand entfachen kann.

Hinter den Kulissen der Bankenaufsicht wird auch die Absicht diskutiert, deutsche *Anleihen der öffentlichen* Hand wie Kredite zu behandeln, die von den Banken mit Eigenkapital unterlegt werden müssen.

In diesem Jahr hat das Berliner Bankenaufsichtsamt eine Regelungslücke geschlossen, die sich bei den Euronotes-Fazilitäten aufgetan hatte, also Kreditlinien, auf die Kunden zurückgreifen können, wenn es ihnen nicht gelingt, eigene Emissionen am Markt unterzubringen.

Die Banken haben zwar ein wenig geknirscht, daß sie für diese „back up lines" Eigenkapital vorhalten müssen; denn die Anrechnung solcher Verpflichtungen auf die Ausleihungen, die das 18fache des Eigenkapitals nicht übersteigen dürfen (Grundsatz I des Kreditwesengesetzes), mindert den Ertrag aus diesen Geschäften. Die Bankiers haben aber eingesehen, daß eine amtlich verordnete Risikobegrenzung schließlich im Interesse der Sicherheit ihres Gewerbes liegt.

Inzwischen basteln die Aufsichtsbeamten in der Berliner Behörde und in der Bundesbank an weiteren Regulierungen. Sie haben die Wertpapiere im Visier, mit denen in immer stärkerem Umfang klassische Kredite abgelöst werden. Die Papiere sind ihnen aus mehreren Gründen ein Dorn im Auge.

Einmal, weil die Bonität der Emittenten nicht immer auf lange Sicht als gesichert angesehen werden kann, zum anderen, weil der Kurswert mit hektischen Zinsausschlägen schwankt, womit bei einem Zinsanstieg Verluste drohen. Letztlich, so *heißt* es, sei die jederzeitige Mobilisierbarkeit der Wertpapiere nicht gewährleistet.

Daraus leiten die Aufseher die Notwendigkeit ab, daß derartige Wertpapiere, die im Grunde nichts *anderes als verbriefte Kredite sind,* ebenfalls auf die Ausleihgrenzen angerechnet werden müssen, sofern sich die Titel im Besitz von Kreditinstituten befinden – wenn auch nicht mit den gleichen Prozentsätzen wie klassische Kredite.

Das mag noch einleuchtend erscheinen, soweit es um Wertpapiere von Emittenten geht, die nicht über jegliche Zweifel an ihrer Bonität erhaben sind. Aber im Gespräch *sind* nicht nur alle möglichen Euroemissionen, die wie eine Flut über den deutschen Markt hereinbrechen. Hinter den Kulissen der Aufsicht wird auch die Absicht diskutiert, deutsche Staatsanleihen sowie Pfandbriefe und Kommunalobligationen wie Kredite zu behandeln, die von den Banken mit Eigenkapital unterlegt *werden müssen.*

Wollen die Aufseher damit kundtun, daß sie Zweifel an der Bonität des Bundes als Schuldner hegen oder etwa an der Bonität der Realkreditinstitute, die Pfandbriefe gegen grundbuchlich gesicherte Deckung ausgeben? Das wäre ja wohl ein Rütteln an den Grundfesten des Vertrauens in jene *Emittenten und letztlich auch in die* Sicherheit ihrer Papiere, die das höchste Standing haben.

Und wenn die Aufsichtsbeamten die jederzeitige Mobilisierbarkeit dieser Papiere bezweifeln, wäre nicht *nur* darauf hinzuweisen, daß die Bundesbank für die Funktionsfähigkeit des Marktes für Bundesanleihen sorgt, und daß Bestrebungen im Gange sind, die Funktionsfähigkeit des Pfandbriefmarktes zu verbessern; schließlich sind alle diese Papiere auch bei der Bundesbank *beleihbar.*

So anerkennenswert es ist, daß sich die Bankenaufsichtsbehörde und ihre Helfer in der Bundesbank Gedanken um die Sicherheit der deutschen Banken *machen:* Man kann auch übertreiben. Wenn Regelungen formuliert werden, sollten wenigstens Bundestitel sowie Pfandbriefe und Kommunalobligationen ausgenommen werden, die mit dem modernen Trend zur Verbriefung von Krediten überhaupt nichts zu tun haben.

Ölpreisverfall erschwert Handel der „DDR"

dpa/VWD. Berlin

Die Verluste im Mineralölgeschäft erschweren die Bemühungen der „DDR" zum Ausgleich ihres Westhandels. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hält es sogar für möglich, daß die Preisentwicklung auf den Ölmärkten die im laufenden Fünfjahresplan vorgesehene Erwirtschaftung „bedeutender Exportüberschüsse" insgesamt gefährden könnte. Das Berliner Institut schätzt den Nettoverlust der „DDR" aus dem Mineralölgeschäft in diesem Jahr auf 800 Millionen Dollar. Das wären rund zehn Prozent des Exportwertes von 1985.

Die „DDR" steht vor der Wahl, so das DIW, die Erlöseinbußen aus dem Mineralölgeschäft weiterhin durch eine Begrenzung der Importe aufzufangen, oder ihre Konsolidierungspolitik zu lockern. Der erste Weg ginge zu Lasten künftigen Wachstums, beim zweiten würde der Abbau der aufgelaufenen Defizite im Westhandel verzögert. Die „DDR" sollte nicht immer nur von Strukturproblemen reden, sondern diese auch anpacken. Denn sie könne es sich auf Dauer nicht leisten, die Hälfte ihrer Exporte mit wenig verarbeiteten Produkten aus Rohstoffen zu bestreiten.



Spektakulärste Übernahme im Finanzgewerbe unter Dach und Fach

Aachener und Münchener Beteiligungsgesellschaft erwirbt die Mehrheit an der Bank für Gemeinwirtschaft – BfG bleibt Bank der Gewerkschaften

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die spektakulärste Transaktion im deutschen Finanzgewerbe nach dem Zweiten Weltkrieg ist perfekt. Die Aufsichtsräte der Aachener und Münchener Beteiligungs-Aktiengesellschaft (AMB) und der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft (BGAG) haben einstimmig den Großaktionärswechsel bei der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) beschlossen. Der fünftgrößte deutsche Versicherungskonzern wird zum Jahreswechsel für 1,9 Mrd. DM 50 Prozent und eine Aktie der BfG (Kapital: 1 Mrd. DM) übernehmen.

Der Kaufpreis wird am 1. Juni nächsten Jahres fällig. Für die Ausübung des Vorkaufsrechts auf die restlichen BfG-Anteile hat sich die AMB nach Aussage ihres Vorstandsvorsitzenden Helmut Gies noch keinen Zeithorizont gesetzt.

Zur Finanzierung ihrer Beteiligung an der elftgrößten Universalbank will die AMB ihrer Hauptversammlung am 9. März 1987 einen „bunten Strauß" von Kapitalbeschaffungsmaßnahmen vorschlagen, deren Details Gies auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von AMB, BGAG und BfG noch nicht nennen wollte. In diesem Zusammenhang wird den Aktionären auch ein Bonbon in Form von Berichtigungsaktien zugedacht.

Gespräche über den Verkauf der BfG-Mehrheit an die AMB seien schon seit Beginn dieses Jahres geführt worden, betonten Gies, BfG-Chef Thomas Wegscheider und BGAG-Vorstandsmitglied Rolf Freyberg auf der Pressekonferenz.

Der Versicherungskonzern hatte dabei die Diversifizierung der Aktivitäten und den Aufbau eines Finanzdienstleistungsgeschäfts im Auge; die BfG war vor allem daran interessiert, zur Stärkung ihrer Finanzkraft einen deutschen Großaktionär zu bekommen, nachdem bereits Auslandsinteresse signalisiert worden war.

Ungläubiges Staunen schlug Freyberg übrigens auf der Pressekonferenz entgegen, als er behauptete, der BfG-Verkaufserlös flösse nicht in die Sanierung der Neuen Heimat.

Die BfG wird, wie bereits berichtet, ihre 25prozentige Beteiligung an der Volksfürsorge Lebensversicherung (Vofü; Kapital 150 Mill. DM) zu einem „angemessenen" Preis an die BGAG verkaufen und damit einen Buchgewinn realisieren; gleichzeitig verkauft die Vofü ihr zehnprozentiges BfG-Paket an die BGAG.

Über die Zukunft der BfG-Tochter Bank für Spareinlagen und Vermögensbildung (BSV) ist noch nicht entschieden worden. Auch bei einem Verkauf der Mehrheit soll die enge Verbindung zur BfG bestehenbleiben, auf welche die BSV angewiesen ist. Zu den noch „ungeklärten Feldern", so Gies, gehört auch die Zukunft der BfG-Beteiligung am BHW.

> *„Wir überlassen es der pragmatischen Gestaltungskraft, welche Intensität die wechselseitige Nutzung bekannter Vertriebsschienen im Bank- und Versicherungsbereich gewinnen wird."*
>
> Helmut Gies

Ein konkretes Konzept für die Zusammenarbeit zwischen den Vertriebsschienen der AMB und der BfG konnten die Vorstandsvorsitzenden der beiden Unternehmen noch nicht präsentieren. BfG-Chef Wegscheider und Gies versprechen sich jedenfalls von der Kooperation ein gemeinsames neues Kundenpotential.

Im Kaufvertrag ist geregelt, daß die BfG bis 1995 Bank der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder bleiben wird. Das bedeutet, daß die BfG auch künftig Streiks finanzieren würde, wenn derartige Kredite bankwirtschaftlich gerechtfertigt erscheinen. DGB-Mitglieder stellen übrigens gut ein Viertel der BfG-Privatkundschaft, ein Prozentsatz, der, wie Wegscheider vermutet, nicht nennenswert höher ist als bei anderen Banken mit Mengengeschäft. Die bisherigen Vorteile für DGB-Mitglieder bei Freiposten im Zahlungsverkehr und Gebühren im Konsumentenkreditgeschäft sollen erhalten bleiben.

Der jetzt aus 19 Mitgliedern bestehende BfG-Aufsichtsrat mit DGB-Chef Breit an der Spitze soll auf zwölf reduziert werden. Dabei ist durch Absprachen sichergestellt, daß der neue Großaktionär trotz Mitbestimmung das Sagen hat. Im Vorstand der BfG wird es keine Veränderungen geben. Der neue Großaktionär will, wie Gies versicherte, auch keinen Einfluß auf Details der BfG-Geschäftspolitik nehmen.

Mit den Finanzmitteln des neuen Großaktionärs im Rücken ist sichergestellt, daß eine wohl Anfang 1988 notwendig werdende Kapitalerhöhung der BfG keine Probleme bereitet. Ob es dann zu einer weiteren Änderung der Eigentumsverhältnisse kommt, läßt sich nach Aussage von Gies heute noch nicht sagen, und BGAG-Vorstand Freyberg wollte die Frage, ob die Gewerkschaftsholding bei einer Kapitalerhöhung mitziehen könne, nicht beantworten. Die BfG-Dividende auf das im Vergleich zu den Rücklagen sehr hohe Kapital wird künftig niedriger ausfallen, weil die BfG nach Auflösung des Gewinnabführungsvertrags mit der BGAG steuerpflichtig wird.

Der Großaktionärswechsel eröffnet der BfG nicht nur von der Kapitalausstattung her Wachstumschancen, sondern auch zusätzliche Impulse für das Privat- und Firmenkundengeschäft. Chancen bieten sich vor allem im Wertpapier- und Vermögensverwaltungsgeschäft mit dem Großaktionär, Sparten, die bisher nicht gerade die stärksten der BfG waren.

Aktuell und für die Zukunft der BfG von ganz besonderer Bedeutung ist ein anderer Aspekt des Großaktionärswechsels. Es wird jetzt die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Bank aus der Affäre um die Neue Heimat herausgehalten wird.

Keine Fortschritte bei Agrarberatung in Sicht

Ha. **Brüssel**

Die Reform der europäischen Agrarpolitik kommt nicht voran. In zweitägigen Beratungen haben die Landwirtschaftsminister der EG weder bei dem Versuch, die Milchüberschüsse einzudämmen, noch bei der gleichermaßen überfälligen Anpassung der Marktordnung für Rindfleisch Fortschritte erzielt. Die britische Präsidentschaft steht nun vor der Aufgabe, die Reformdiskussion über den toten Punkt zu bringen.

Da praktisch jede Delegation eine andere Strategie verfolgt, ist ein Kompromiß noch in weiter Ferne. Die Minister mußten darüber hinaus feststellen, daß zur Zeit nicht einmal die Pläne für eine Förderung der Stilegung von landwirtschaftlich genutzten Flächen Aussicht auf Erfolg haben. Damit schwindet die Hoffnung, wenigstens mittelfristig zu einer Einschränkung der nur schwer absetzbaren Getreidevorräte zu kommen.

Die Milchdiskussion wird erschwert, weil die südlichen EG-Länder Quotenkürzungen ablehnen und andere Länder zwar Kürzungen zustimmen, sich jedoch gegen die von Bonn geforderten Kompensationen für die Landwirte stemmen.

Eine historische Etappe im Kapitalverkehr

Frankreich: Ende der Devisenkontrollen – Umschuldungsaktion bei Hochzinskrediten

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Angesichts der wieder besseren Ergebnisse an der französischen Inflations- wie Außenhandelsfront und dank des amerikanisch-japanischen Währungsarrangements hält Wirtschafts- und Finanzminister Balladur die Stabilität des Franc für genügend gesichert, um die kürzlich abgeblasene Lockerung der Devisenkontrollen wiederaufzunehmen. Die ursprünglich zum Jahresende versprochene vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs dürfte aber weiter auf sich warten lassen. Insbesondere wird es den Franzosen versagt bleiben, ihr Geld in beliebigem Umfang in die Schweiz zu bringen.

Immerhin aber dürfen sie ab sofort ihre Kreditkarten auf Auslandsreisen unbeschränkt benutzen. Auch wenn die Bargeldausfuhr auf 12 000 Franc je Reise begrenzt bleibt, wird dadurch dieser Bereich des Devisenverkehrs praktisch voll liberalisiert. Allerdings bleiben „übermäßige" Transaktionen weiterhin verboten, was von den Behörden durch die Einsicht in die Bankkonten kontrolliert werden kann, da es in Frankreich kein Bankgeheimnis gibt.

Außerdem wird unter dem gleichen Vorbehalt die Kontrolle der kommerziellen Unternehmenstransaktionen aufgehoben. Auch dürfen die Banken Devisenausländern Franc-Kredite gewähren und Devisendarlehen an Drittländer bei deren Umschuldung in Franc-Kredite umwandeln.

Und schließlich werden alle Beschränkungen für Finanz- und Kapitaltransaktionen an ausländischen Börsen aufgehoben, nachdem schon vor einigen Monaten an der Pariser Börse die Restriktionen gegenüber ausländischen Wertpapieren beseitigt worden waren.

Gleichzeitig will die Regierung einen großen Teil der von den Unternehmen wie von Privaten zu hohen Zinssätzen aufgenommenen Kredite durch eine Art „Umschuldungsaktion" verbilligen. Von der Aktion betroffen sind insbesondere die staatlich subventionierten Unternehmenskredite, die immerhin rund 30 Prozent des gesamten französischen Kreditvolumens erreichen. Soweit diese Kredite zu den maximalen Sätzen von 1980 aufgenommen worden waren, sind sie mit 17.5 Prozent verzinslich und sollen jetzt von den Banken zurückgenommen und durch neue Kredite zu Marktzinsen ersetzt werden. Ähnliches gilt für Wohnungsbaukredite an Private.

Ein entsprechendes Entgegenkommen der Banken hält Balladur deshalb für gerechtfertigt, weil zum Jahresende die behördliche Kreditkontingentierung aufgehoben wird. Gleichzeitig werden die Mindestreserven, welche die Banken auf ihre Ausleihungen unverzinslich bei der Notenbank unterhalten müssen, abgeschafft. Jedoch werden die Mindestreserven auf die Einlagen erhöht. Balladur bewertet dies als eine „historische Etappe" der französischen Geld- und Kreditpolitik.

Frankfurter Börse rüstet für die Zukunft

cd. *Frankfurt*

Die Frankfurter Börse, an der die Umsätze in den ersten zehn Monaten dieses Jahres mit 277 Mrd. DM schon um gut ein Viertel höher waren als im ganzen Vorjahr und die damit 52 Prozent des Umsatzes aller deutscher Börsen bestritt, rüstet sich technisch und organisatorisch für eine weitere Expansion. Schon im Frühjahr 1987 soll ein neues Kurserfassungssystem in Betrieb genommen werden, das Frankfurts Börsenpräsident Michael Hauck als das modernste Kontinentaleuropas lobt.

Eine „real time"-Eingabe der Kurse aller Aktien, Optionsscheine, Options- und Wandelanleihen, die auf Bildschirmen über den Maklerschranken erscheinen und die von Interessenten abgerufen werden können, soll die Attraktivität Frankfurts speziell für institutionelle Investoren erhöhen. Das ist freilich noch das Gegenteil einer „menschenfreien Computerbörse" für die gesamte Bundesrepublik, die technisch möglich wäre, aber wohl noch lange an vielerlei menschlichen Widerständen scheitern wird.

Zu den organisatorischen Verbesserungen gehört neben der Wahl stellvertretender Börsenvorstandsmitglieder, die auch wirklich präsent sind, wenn der Börsenvorstand Entscheidungen treffen muß, eine Straffung des Ausschußwesens – die Zahl der Ausschüsse wird von 17 auf sieben reduziert – und die Schaffung eines „ständigen Ausschusses", der Beschlüsse des Börsenvorstands bis zur Entscheidungsreife vorbereitet.

Vor allem will die Börse die Schlagkraft ihres Managements, in das bald ein dritter Geschäftsführer eintreten soll, verstärken. Eine optimale Effizienz ist allerdings, wie Börsenpräsident Hauck sagte, nur mit einer Änderung des aus dem vorigen Jahrhundert stammenden Börsengesetzes zu erreichen, in dem ein breites Delegieren von Verantwortung an hauptamtliche Manager ebensowenig vorgesehen ist wie eine selbständige Rechtspersönlichkeit der Börse, die nicht auf irgendwelche Träger angewiesen ist.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Parfum zurückgekauft

Paris (dpa/VWD) – Das französische Modehaus Yves Saint Laurent hat für 630 Mill. Dollar die US-Kosmetik-Gruppe Charles of the Ritz und damit die Parfummarke Yves Saint Laurent gekauft. Saint Laurent hatte kürzlich den Italiener Carlo de Benedetti als 25-Prozent-Partner in sein Unternehmen aufgenommen.

Airbus endgültig

Paris (dpa/VWD) – Das europäische Flugzeugbau-Konsortium Airbus-Industrie hat gestern die endgültigen Versionen ihrer geplanten neuen Langstreckentypen A330 und A340 vorgestellt. Mit dem Bauprogramm kanne Anfang 1987 begonnen werden, sofern ausreichend Kunden für die Maschinen gefunden sind. Das vierstrahlige Modell A340 würde dann im 1. Halbjahr 1991 seinen Erstflug absolvieren und von Mitte 1992 an in Dienst gestellt werden können, die zweistrahlige A330 ein halbes Jahr später.

Patronatswahl

Paris (J. Sch.) – Im Tauziehen um die Spitzenposition des französischen Unternehmerverbandes (CNPF) ist eine wichtige Vorentscheidung gefallen: Mit 26 gegen neun Stimmen sprach sich der Exekutivrat des CNPF für François Périgot aus, dem Präsidenten von Unilever France und des nationalen Unternehmensinstituts. Sein Gegenspieler Yvon Chotard, der am 17. März sein Amt abrupt niedergelegt hatte, will aber am 17. Dezember auf der entscheidenden Generalversammlung ebenfalls kandidieren.

Fischfangquoten

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Kommission hat den Mitgliedsländern einen umfangreichen Tausch von Fischfangquoten vorgeschlagen. Bei den insgesamt 47 000 Tonnen handelt es sich um Mengen, die nach Schätzungen der Kommission bis Ende des Jahres von dem eigentlich begünstigten Land nicht mehr ausgeschöpft werden können. Die größten vorgeschlagenen Quotentransfers betreffen Großbritannien, das beispielsweise 7 000 Tonnen Scholle an die Niederlande und 5 000 Tonnen Schellfisch sowie 2 500 Tonnen Sandaal an Dänemark abgeben soll. Umgekehrt soll Großbritannien 3 500 Tonnen Hering und 2 500 Tonnen Wittling von Dänemark sowie 2 200 Tonnen Hering von den Niederlanden bekommen.

Queen bei Lloyd's

London (AP) – In Anwesenheit von Königin Elizabeth und ihres Mannes Prinz Philip ist in London das supermoderne 160 Mill. Pfund teure Gebäude des Versicherungsunternehmens Lloyd's seiner Bestimmung übergeben worden.

Guinea will liberalisieren

Bissau (AFP) – Der zu den 30 ärmsten Ländern der Welt gehörende kleine westafrikanische Staat Guinea-Bissau will die Wirtschaft schrittweise liberalisieren und die bisher verfolgte Politik der staatlichen Gängelung abbauen.

Andenpakt

Caracas (AP) – Auf einer gestern begonnenen Konferenz verhandeln die Parlamentspräsidenten der fünf Staaten des Andenpakts in Caracas über einen neuen Anlauf zur Verwirklichung der wirtschaftlichen Integration ihrer Staatengruppe.

300 Mill. Dollar für Mexiko

Washington (AP) – Einen Kredit in Höhe von 300 Mill. Dollar hat die Weltbank für Mexiko freigegeben. Es handelt sich um den Teil eines Gesamthilfepakets in der Größenordnung von 12 Mrd. Dollar, das vom Internationalen Währungsfonds im September angekündigt worden war.

Besseres Ergebnis

Paris (VWD) – Die französische Industrieproduktion dürfte sich auf dem gegenüber dem Vorjahr etwas höheren Niveau behaupten. Diese Auffassung vertritt die Notenbank in ihrem neuen Monatsbericht.

Pachtet Metro Hurler?

Berlin (VWD) – Die Handelsgruppe Metro hat mit dem Bundeskartellamt erste Gespräche über eine Pacht der Jost Hurler Verbrauchermärkte geführt.



Internationale Finanzen

Bull und Bear: Die Deutsche Bank gibt bekannt, daß der für die Ermittlung der Rückzahlungskurse der beiden Tranchen der 300-Millionen-DM-Anleihe mit Aktienindex-Bindung der Eurofima, maßgebliche „Anfangsindex" mit 657,49 festgelegt wurde.

DM-Optionsanleihe: Nach dem Gang an die Börse kommt das Bankhaus Trinkaus + Burkhardt erstmals mit einer Optionsanleihe über 100 Mill. DM mit Bezugsrecht für die Aktionäre und einer Verzinsung von sechs Prozent an den Kapitalmarkt. Die Anleihe mit einer Laufzeit von zehn Jahren wird den Aktionären zum Ausgabekurs von 120 Prozent in der Zeit von 25 November bis 8. Dezember 1986 angeboten. 18 Inhaberaktien (nominal 900 DM) berechtigen zum Bezug einer Optionsschuldverschreibung im Nennbetrag von 1000 DM. Über jeweils zwei beigefügte Inhaberoptionsscheine können den Angaben zufolge dann wiederum drei Inhaberaktien der Bank im Nennwert von 50 DM bezogen werden. Der Optionspreis beträgt, so die Bank, 385 DM je Aktie.

Schatzanleihen: Zwei neue indexierte Anleihen legt das britische Schatzamt auf. Das Volumen beträgt jeweils 50 Mill. Pfund, der Kupon 2,5 Prozent. Endfälligkeit der einen Tranche ist 2001, die der zweiten 2020. Beide Anleihen sollen vom 20. November an gehandelt werden.

Bankkonten aufgelöst: Die südafrikanische Zentralbank hat ihre bei US-Geschäftsbanken bestehenden Konten aufgelöst und die Deviseneinlagen auf Konten europäischer Banken transferiert.

Eagle-Rekord: Mehr als eine Million Feinunzen Gold wurden bisher durch den Verkauf der neuen American-Eagle-Münze auf den Markt gebracht. Wie das US-Finanzministerium mitteilte, hat es auf seiner fünften wöchentlichen Auktion 97 Prozent der angebotenen Münzen absetzen können.

Ecu-Komitee: Ex-Bundeskanzler Schmidt und der frühere französische Staatspräsident Giscard d'Estaing haben ein Komitee gegründet, das sich für die Förderung der Popularität der Europäischen Währungseinheit einsetzen will.

EIB: Eine Euroanleihe über 100 Mill. Dollar mit einem Kupon von 7,625 Prozent und Endfälligkeit 15. Dezember 1993 begibt die Europäische Investitionsbank. Der Ausgabekurs liegt bei 100,5 Prozent.

Marriott/Portman: Das Unternehmen stattet ihre am 9.12.1993 fällige und zu 101,675 Prozent emittierte 375-Mill.-Dollar-Anleihe mit einem Kupon von 8.375 Prozent aus.

Caisse Nationale: Mit einem Kupon von 9,5 Prozent ist die Anleihe über 100-Mill.-KanDollar der Caisse Nationale des Télékommunications ausgestattet. Endfälligkeit ist 7. Januar 1994, der Ausgabekurs beträgt 101,125 Prozent.

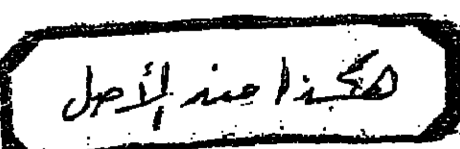
Sfr-Anleihe: Die Württembergische Kommunale Landesbank – Girozentrale legt eine zehnjährige Anleihe über 100 Mill. sfr zu pari auf. Sie ist mit einem Kupon von 4,75 Prozent ausgestattet, Fälligkeit ist 12. Januar 1996.

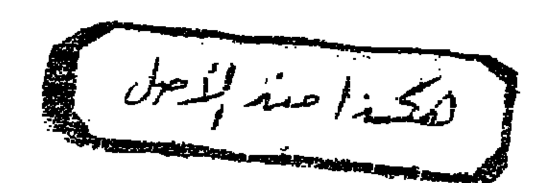
Philip Morris: Eurobonds über 75 Mill. Ecu (mehr als 150 Mill. DM) legt das Unternehmen auf. Sie werden mit 7,25 Prozent verzinst, der Ausgabekurs liegt bei 101,25 Prozent. Fälligkeit ist 15. Dezember 1998.

Konditionen: Wie indiziert kommt die 70-Mill.-Dollar-Anleihe der Toshiba Ceramics mit einem Kupon von 3,75 Prozent und fünfjähriger Laufzeit am 4. Dezember auf den Markt. Jedem Bond im Wert von 5000 Dollar sind fünf Bezugsrechte beigefügt, die zum Erwerb von 638 Aktien zum Preis von 1292 Yen je Aktie berechtigen.

Floating Rate Notes: Franklin Savings Association stellt eine FRN-Emission über 250 Mill. Dollar zu pari am Euromarkt zum Verkauf. Fälligkeit ist 1991. Der Kupon liegt 0,375 Prozent über dem sechsmonatigen Libor. Die Anleihe ist mit 120 Prozent durch hypothekarische Obligationen mit einem dreifachen A-Rating verbürgt, das wöchentlich bestätigt werden muß.

(H. WI./mdl)





Siemens: Ertragskraft gehalten

Umsatz sank um 14 Prozent – Dividende unverändert

PAUL WERNER, München

Zwar ist der Weltumsatz der Siemens AG, Berlin/München, im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.) um 14 Prozent auf 47,1 (nach 54,6) Mrd. DM zurückgegangen, nachdem er im Jahr davor vor allem wegen der Abrechnung von drei Kernkraftwerken sprunghaft um 19 Prozent zugenommen hatte. Die Ertragskraft konnte jedoch gehalten werden. Wie das Unternehmen nach einer Aufsichtsratssitzung *mitteilte, wird der* Jahresüberschuß nach vorläufiger Rechnung mit 1,5 Mrd. DM wieder die Vorjahreshöhe erreichen. Das bedeutet eine auf fast 3,2 (2,8) Prozent gestiegene Umsatzrendite.

Vorstand und Aufsichtsrat wollen der Hauptversammlung am 26. März nächsten Jahres wieder eine Dividende von 12 DM je 50-DM-Aktie oder 24 Prozent vorschlagen. Bei einem dividendenberechtigten Aktienkapital von 2,4 (nach 2,39) Mrd. DM wären dafür 576 (573) Mill. DM erforderlich. Inländische Aktionäre erhalten zudem 6,75 DM Steuergutschrift.

Der nichtkontinuierliche Terminablauf bei der Fakturierung von Kraftwerken bringt starke Ausschläge der Umsatzkurve mit sich. Zusätzlich wurde das Auslandsgeschäft rechnerisch durch die Dollarabschwächung *beeinflußt, zum* Teil auch durch die gesunkene Nachfrage der Ölländer. Zum Ausgang des Jahres war noch ein Umsatz um die 50 Mrd. DM erwartet worden. Klammert man das Kraftwerkgeschäft aus (im letzten Jahr ist keine Anlage abgerechnet worden), so wurde 1985/86 noch ein Umsatzplus von zwei Prozent erzielt, im Inland allein sogar von elf Prozent. Vom Weltumsatz entfielen rund 53 (47) Prozent auf das Auslandsgeschäft, da im Inland wegen des Abrechnungs-Tiefs im Kraftwerkgeschäft das Minus 24 Prozent ausmachte.

Der Auftragseingang lag mit 50,2 *(51,8) Mrd. DM nur um drei Prozent* niedriger (im Vorjahr plus acht Prozent). Im Inland allein zogen die Bestellungen um zwei Prozent auf 24,3 Mrd. DM an (ohne Kraftwerkgeschäft ein Zuwachs von zehn Prozent). Im Ausland erhöhten sich die Orders zwar dem Volumen nach, wegen der Dollarabschwächung ergab sich aber in DM ein Minus von sieben Prozent. Der Auslandsanteil am Auftragseingang verminderte sich so von knapp 54 auf 51,5 Prozent. Für das laufende Geschäftsjahr kündigt Siemens trotz des „in einigen Bereichen schwierigeren Exportgeschäfts" wieder einen kräftigen Umsatzanstieg an, zu dem diesmal auch die Abrechnung eines Kernkraftwerks beitragen werde.

Die Zahl der Mitarbeiter hat weltweit um vier Prozent auf 363 000 (348 000) zugenommen, davon 114 000 (nach 108 000) im Ausland. Die Investitionen wurden planmäßig auf 6,2 (4,2) Mrd. DM und die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung auf 5,5 (4,8) Mrd. DM ausgeweitet.

Ein Paradefall deutscher Industriegeschichte

175 Jahre Krupp – Exkursion um einen großen Namen, der symbolhaft für politische Höhen und Tiefen stand

Ein normaler Arbeitstag ohne Feier, aber zugleich ein Gedenktag mit Besinnung auf Tradition als Kraftquell für die Zukunft. In diesem Stil begeht die Essener Fried. Krupp GmbH, Holding eines Weltkonzerns, *heute die 175. Wiederkehr des Tages*, an dem der Essener Patriziersohn und Kolonialwarenhändler Friedrich Krupp am heutigen Verwaltungssitz der Firma „eine Fabrik zur Verfertigung des englischen Gußstahls und *aller daraus resultierenden Fabrikate*" gründete.

Aus dem auch zwei Jahrzehnte später erst acht Mitarbeiter starken, in immer neue Technik-Probleme der Stahlherstellung stolpernden Kümmerbetrieb wurde der größte und reichste Konzern des Kaiserreichs, der im Ersten Weltkrieg 151 000 Menschen beschäftigte. Im Zweiten Weltkrieg waren es sogar 200 000.

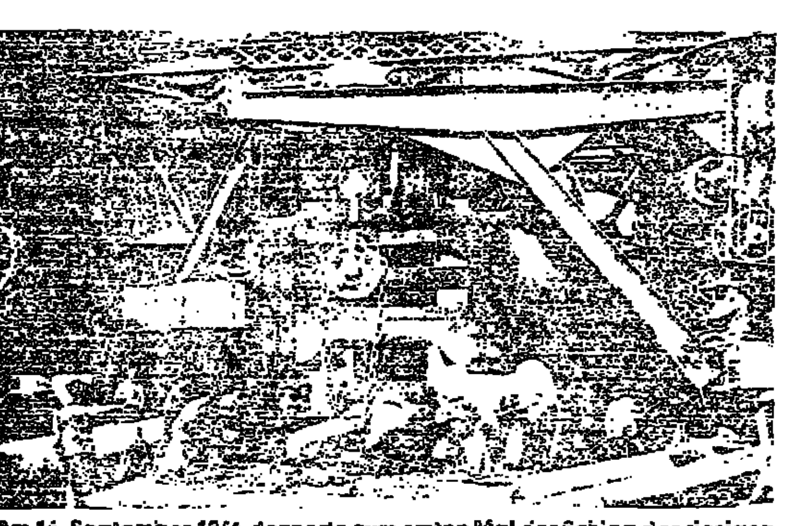
Und in beiden Kriegen wurde „Krupp-Stahl", wurde die Familienfirma zum Synonym für die Waffenschmiede des Deutschen Reiches. Wie kein anderes deutsches Großunternehmen hat darob Krupp, in der Weltmeinung lange Zeit quasi gleichbedeutend mit deutscher Industrieleistung, über fast ein Jahrhundert hinweg „einen Weg von Erstaunen über Bewunderung zur Besorgnis, zur Furcht, zum Haß zurückgelegt", wie der erste Altbundespräsident Theodor Heuss in seiner Gedenkrede zur 150-Jahr-Feier treffend Rückschau hielt.

Das ist entrückte Vergangenheit. Von seinem heutigen 20-Milliarden-Gesamtumsatz mit 60 000 Beschäftigten macht der Konzern nur noch ein Drittel mit Stahl und kaum fünf Prozent mit (oft stahlfreien) Produkten für die Wehrtechnik. Kanonen und sonstiges Schießgerät produziert die Firma seit gut vier Jahrzehnten nicht mehr.

Familienunternehmertum hat bei Krupp 150 Jahre hindurch exemplarisch gewirkt. Es hatte seine Glanzzeit in den vier Jahrzehnten bis 1887, in denen Gründersohn Alfred Krupp die Firma zu einem Montankonzern mit Weltruf emporbrachte. Als erster Kontinentaleuropäer nutzte er die damals modernsten Bessemer- und Siemens-Martin-Verfahren zur Stahlherstellung. Für seine bedeutendste Erfindung hielt er den nahtlosen Eisenbahnreifen, noch heute das Firmenemblem der drei übereinandergelegten Ringe.

Der Geist des wagemutigen Familienunternehmertums war bei den Krupps von Anfang an gepaart mit Pioniertaten im Sozialbereich. Schon seit 1813 beglich Friedrich Krupp die Arzt- und Arzneimittelrechnungen seiner Mitarbeiter und führte trotz *wirtschaftlicher Probleme der Firma* die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ein.

Familientradition zum Wohle der



Am 16. September 1851 donnerte zum ersten Mal der Schlag des riesigen Krupp-Hammers „Fritz" durch die Hallen. FOTO: DIE WELT

Firma und ihrer Beschäftigten prägte auch noch den fünften und letzten Krupp an der Firmenspitze. Alfried Krupp von Bohlen und Halbach, den ein amerikanisches Militärgericht *1948 anstelle seines haftunfähigen* Vaters „wegen Plünderung und Sklavenarbeit" zu zwölf Jahren Gefängnis und Konfiszierung seines gesamten Riesenvermögens verurteilte, hätte getrost die Nase voll haben, hätte Kasse machen können, als Amerikas Hoher Kommissar für Deutschland, John McCloy, Anfang 1951 mit damals noch mutigem Federstrich das Urteil aufhob und dem ein halbes Jahrzehnt Inhaftierten Freiheit und Vermögen zurückgab.

Doch auch der letzte aktive Krupp blieb der Tradition treu. Schon Jahre vor seinem Tod (1967) legte er testamentarisch fest, daß das ihm allein gehörende Firmenvermögen einer Stiftung zufallen soll, um den vom großen Urgroßvater postulierten *„dauernden Zusammenhalt des Unternehmens"* in zeitgerechter Form zu verwirklichen.

Sein Todesjahr wurde für die Firma auch finanziell zum Schicksalsjahr. Die Vorfinanzierung großer *Exportaufträge*, zum Ausgleich der 1966/67 schwachen Inlandskonjunktur hereingeholt, brachte den Konzern über den Rand seiner Kreditwürdigkeit. In spektakulärer Aktion wurde das drohende Fiasko mit einer 300-Millionen-Staatsbürgschaft abgewendet, die Einzelfirma in die heutige GmbH mit Hermann Josef Abs als Aufsichtsratsvorsitzenden und Günter Vogelsang als Vorstandschef umgewandelt.

Die Durststrecke wurde unter Vogelsangs nur fünf Jahre dauernder Führung eindrucksvoll überwunden, der Steuerzahler mit keiner Bürgschaftsmark in Anspruch genommen. Das war nach dem tiefen Fall von 1967 auch die Stunde des Wiederaufstiegs von Berthold Beitz. Der „Revierfremde", den der letzte Familienchef 1953 vom Generaldirektorposten beim Hamburger Iduna-Versicherungskonzern als seinen Generalbevollmächtigten abwarb, kehrte in der Dreifach-Position als Krupps Testamentvollstrecker, Vorsitzender des Stiftungskuratoriums und Vorsitzender des Holding-Aufsichtsrates mächtiger denn je als Lenker der Krupp-Geschicke zurück.

Eine Rückkehr, bei der dieser weltgewandte Mann die erfahrene bittere Lehre in eine aufsehenerregende Tat umsetzte. Auf seine Initiative öffnete sich die Traditionsfirma 1974 und 1976 zunächst mit den Hüttenwerken und dann mit der Holding zum stolzen Preis von 1,3 Milliarden DM dem Schah von Persien für eine Viertel-Beteiligung am Gesellschaftskapital.

Geblieben ist der Firma auch unter dem Ayatollah-Regime eine seitdem stets kommode Eigenkapitalausstattung. Der Konzern, seit sechs Jahren vom ebenso wie Beitz aus Pommern *stammenden Wilhelm Scheider (58)* im Holdingvorstand geführt, nutzte die Morgengabe aus Perserhand zum konsequenten Ausbau zukunftsträchtiger Technologien. Er sieht sich heute als einen der größten Investitionsgüterproduzenten Europas mit Schwerpunkten seines größten Konzernbereichs Maschinen-/Anlagenbau beispielsweise in Elektronik, Kunststoffmaschinenbau und Werkzeugsy*stemen (Komponenten) für die flexi*ble automatisierte Produktion in der „Fabrik der Zukunft".

Offen bleibt, ob in unserem massenkapitalistischen Zeitalter der *Großunternehmen in der Hand von* Hunderttausenden kleiner Aktionäre (die bei Bedarf auch frisches Eigenkapital zuschießen) die Krupp-Zukunft in der Form des „Stiftungskonzerns" auf Dauer ihre angemessene Wachstumsbasis hat. Sicher scheint, daß die den Namen des letzten Krupp tragende gemeinnützige Stiftung, die im weiten Feld von Medizin bis Kunst bislang 300 Millionen DM Fördermittel ins Volk streute, die stets praktizierte „Sozialverpflichtung des Eigentums" in der modernen Zeiten gemäßen Form noch deutlicher als bisher fortsetzen wird. Die trotz Stahlkrise in den letzten Jahren erreichte Blüte des Konzerngeschäfts läßt auch da keinen anderen Schluß zu.

JOACHIM GEHLHOFF

Nixdorf begibt Optionsanleihe am Euromarkt

hdt. Bielefeld

Die Nixdorf Computer AG, Paderborn, kündigt eine Optionsanleihe im Nennwert von 500 Mill. DM an, die über ihre Tochtergesellschaft Nixdorf International Finance B. V., Amstelveen/Niederlande, begeben werden soll. Die mit einem voraussichtlichen Zinssatz von 6,25 Prozent ausgestattete Anleihe mit einer Laufzeit von sieben Jahren wird über ein internationales Bankenkonsortium unter Federführung der Deutschen Bank AG auf den Euromarkt gebracht, und zwar zu einem Ausgabekurs von 145 Prozent. Die Rendite liegt somit bei 4,4 Prozent. Erster Kupontermin ist der 6. Januar 1988.

Das Unternehmen nutzt damit eine entsprechende Ermächtigung der letzten Hauptversammlung aus, auf der ein bedingtes Kapital von bis zu 75 Mill. DM beschlossen wurde. Ein Bezugsrecht für Aktionäre bleibt ausgeschlossen.

Die Anleihe wird in Teilschuldverschreibungen im Nennwert von jeweils 5000 DM begeben, denen fünf Optionsscheine beigefügt sind. Jeder berechtigt zum gleichzeitigen Kauf von je einer Stamm- und Vorzugsaktie im Nennwert von 50 DM zum Preis von 702 DM je Aktie. Diese Rechte können vom 1. 7. 1987 bis Ende 1993 ausgeübt werden.

Weiter aufwärts bei Springer

Umsätze nähern sich der Zwei-Milliarden-Marke

Bm. **Bonn**

Bei der Axel Springer Verlag AG, Berlin, geht es weiter aufwärts. In einem positiven gesamtwirtschaftlichen Umfeld stiegen die Gesamtumsätze *des Verlagshauses in den ersten* neun Monaten dieses Jahres um sechs Prozent auf über 1,92 Mrd. DM. Dieser Umsatzanstieg liegt über dem der Vergleichszeit des Vorjahres.

Über dem Durchschnitt erhöhte sich der Umsatz bei den Zeitungen des Hauses um sieben Prozent auf über 1,28 Mrd. DM. Die gesamten Vertriebserlöse erreichten mit 598 Mill. DM ein Plus von sieben Prozent. Die Vertriebserlöse der Zeitschriften erhöhten sich um vier Prozent auf 271 Mill. DM.

Sogar um acht Prozent stiegen die Anzeigenerlöse der Zeitungen auf 686 Mill. DM, die der Zeitschriften ermäßigten sich um knapp fünf Prozent auf 187 Mill. DM. Hier wirkt sich nach Auskunft des Vorstandes der scharfe Wettbewerb aus. Das Lohndruckgeschäft brachte ein Plus von fünf Prozent auf 122 Mill. DM.

In der Berichtszeit von Januar bis *September investierte die Axel Sprin*ger Verlag AG rund 79 Mill. DM, davon allein 37 Mill. DM in die Tiefdruckereien Ahrensburg und Darmstadt. Ein weiterer Schwerpunkt war die Ausgestaltung der Textsysteme bei den Zeitungen und Zeitschriften.

Für Beteiligungen wurden in der Berichtszeit 32 Mill. DM bereitgestellt. Hierin sind enthalten die Übernahme der restlichen 25 Prozent am „top special"-Verlag mit Titeln wie zum Beispiel „Tennis Magazin", „Ski-Magazin", „Hobby", sowie der Erwerb von knapp 24 Prozent am Beig Verlag („Pinneberger Tageblatt") und von 24,5 Prozent an den „Kieler Nachrichten".

Der Ausblick des Zwischenberichtes für die Aktionäre ist ebenso positiv wie der *Rückblick auf 1986*. Er erwartet für das Gesamtjahr Umsatzsteigerungen, die „deutlich über denen des Vorjahres liegen werden". Der Axel Springer Verlag beschäftigt 11 235 Mitarbeiter, das sind 237 weniger als zur Vergleichszeit des Vorjahres.

PERSONALIEN

Peter Reimpell, Mitglied des Vorstands der Bayerischen Vereinsbank AG, München, wurde Vorsitzender des Aufsichtsrats der TA Triumph-Adler AG, Nürnberg, als Nachfolger von **Horst Münzner**. **Hans-Otto Thierbach** ist aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Neue Aufsichtsratsmitglieder wurden **Franco de Benedetti** und **Vittorio A. Levi**.

Theodor Tiemann, Geschäftsführer der Adolf Schaper KG, Hannover, ist am 30. September auf eigenen Wunsch aus dem Unternehmen ausgeschieden. Neu in die Geschäftsleitung wurden **Jürgen Dreher** und **Jochen Nitzel** berufen.

Horst Lennertz wurde stellvertretendes Vorstandsmitglied der PreussenElektra AG, Hannover.

Eugene R. Culler jr., Vizepräsident für Europa der Goodyear International Corp., Brüssel, ist ab 1. Dezember Geschäftsführer der Goodyear Tire + Rubber Co., Akron/Ohio. Sein Nachfolger wird **Max Zimmermann**.

Robert Barry Leach (49) wurde zum Vorstandsmitglied der Großrösterei Hag GF, Bremen, bestellt.

Helmut Lohr, Vorsitzender des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI), Frankfurt, wurde zum Präsidenten der Orgalime (Organisme de Liaison des Industries Métalliques Européennes) gewählt.

Dr. Horst Langer (50), Leiter der Geschäftsbereiche Industrie im Unternehmensbereich, Energie- und Automatisierungstechnik wurde in den Vorstand Siemens AG, München, berufen.

Heinz Nitsche, Geschäftsführer des Pelzzentrum Heinz Nitsche GmbH, Korschenbroich, vollendete am 18. November sein 65. Lebensjahr.

Kostenbremse für Kliniken

Konzertierte Aktion beschließt Festlegung von Richtlinien

tl. **Bonn**

„Wir müssen weg von der Mentalität, daß die Kasse alles bezahlt", erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm nach den Gesprächen der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen. Bund, Länder und Vertreter *aller Leistungsanbieter* waren sich einig, daß nach der Bundestagswahl mit einer umfassenden Strukturreform begonnen werden muß.

Zwei Empfehlungen standen am *Ende der siebenstündigen* Beratungen in Bonn auf dem Papier. Nicht von allen Beobachtern erwartet, kam es doch zu einem gemeinsamen Beschluß über den stark defizitären Krankenhaussektor. Da die Deutsche Krankenhausgesellschaft und die Kassen es nicht geschafft hatten, sich über Maßstäbe und Grundsätze für die Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser zu einigen, soll nun der Bundesarbeitsminister entsprechend Paragraph 19 des Krankenhausgesetzes Richtlinien vor allem für den Personalbedarf und die Sachkosten erarbeiten. Am Rande der Konzertierten Aktion wurde dies als eine Schwächung der Selbstverwaltung im Krankenhauswesen gewertet.

Durch die Zunahme der Krankenhausfälle wird es nach Meinung der Konzertierten Aktion zu einem weiteren Anstieg der Ausgaben der Gesetzlichen Kranken-Versicherung (GKV) für die stationäre Versorgung kommen. Der Bundesarbeitsminister soll die Gründe für die steigenden Fallzahlen untersuchen und dabei insbesondere analysieren, in welchem Umfang und aus welchen Gründen „Fehlbelegungen" insbesondere mit Pflegefällen vorliegen.

Die Diskussion über eine bessere Absicherung der Pflegebedürftigkeit soll möglichst bald nach der Bundestagswahl *in ein* konkretes Gesetz münden. Über die im Parlament vorliegenden Entwürfe der Bundesregierung und des Bundesrates soll vor der Wahl nicht mehr entschieden werden. Über den Lösungsweg bestand unter den Beteiligten noch kein Konsens. Im Gespräch sind ein steuerfinanziertes Leistungsgesetz, eine Versicherungslösung im Rahmen der Kassen und eine aus Steuermitteln und Beiträgen kombinierte Lösung.

Lebenslanges Lernen wird zur Pflicht

Im Jahr 2000 ist der Bürger kritischer als heute – Expertentagung des Aspen Instituts

HENNER LAVALL, **Berlin**

Auf welche Veränderungen wird sich unsere Gesellschaft einstellen müssen? Was kommt künftig auf den Arbeitnehmer zu, und was können die Unternehmen tun, damit sie konkurrenzfähig bleiben? Auf diese Fragen versuchte das Aspen Institut, Berlin, im Rahmen einer zweitägigen *Expertentagung Antworten zu geben*. Die über 400 Teilnehmer des Zweiten Berliner Symposiums zur Zukunft der Industriegesellschaft waren weitgehend überzeugt davon, daß neben der sich verschiebenden Altersstruktur vor allem der Wertewandel die Arbeitswelt zu Beginn des nächsten Jahrhunderts beeinflußt haben wird.

Die Menschen würden dann mehr Wert auf die Selbstverwirklichung im Arbeitsleben wie im gesellschaftlichen und privaten Bereich legen, sozialen Beziehungen, Kommunikation, Wohnen und Freizeit einen höheren Stellenwert einräumen als heute. Sie würden andererseits durch sinngebende Tätigkeiten eine Leistungsmotivation erfahren. Gleichzeitig werde der Bürger die Umweltqualitäten höher einschätzen und gegenüber Staat, Parteien und Technik eine *kritischere Haltung einnehmen*.

Wie in Berlin weiter vorgetragen wurde, soll sich die durchschnittliche Arbeitszeit von heute 1700 Stunden jährlich auf 1300 Stunden im Jahr 2000 verringert haben. Die Zahl der Arbeitsplätze werde davon allerdings nicht profitieren: Sie bleibt mit über 25 Mill. relativ konstant. Verluste im verarbeitenden Gewerbe von etwa 800 000 Arbeitsplätzen würden durch *Gewinne bei den Dienstleistungen* aufgefangen. Zwischen 1988 und 2000 sollen aber 1,7 Mill. weniger Erwerbspersonen nach Arbeitsplätzen suchen, weshalb sich die Arbeitsmarktlage bis zum Ende der 90er Jahre entscheidend verbessern würde.

Für den Arbeitnehmer sehen die Experten durch die Verschiebung der Altersstruktur künftig ein Berufsleben, das nicht abrupt mit 65 Jahren endet. Die insgesamt verringerte Zahl der Arbeitsstunden dürfe allerdings nicht ausschließlich in eine weiter verkürzte Wochenarbeitszeit münden. Flexible Arbeitszeiten über das Jahr verteilt, oder mit längeren Freizeiten dazwischen, seien das einzig Sinnvolle für Beschäftigte und Firmen. Angesprochen wurde auch das Modell der „lebenslangen Rente", für die „irgendwann einmal" das Arbeits*soll erfüllt werden muß*.

Lebenslanges Lernen für jeden Arbeitnehmer, so zeigten sich die Experten überzeugt, ist eine weitere Anforderung der Zukunft. Denn mit der Abnahme der Zahl derer, die neu in die Berufswelt einträten, nehme auch die Erneuerung des Wissensstandes in der Gesellschaft ab. Die Firmen werden ihre Mitarbeiter deshalb im Laufe des Berufslebens – spätestens mit 50 Jahren – erneut auf die Schulbank schicken müssen, lautet das Fazit der Experten. Nur so würde die Konkurrenzfähigkeit und das Fortbestehen der Unternehmen garantiert.

Aktien widerstandsfähiger

Am Schluß fehlten die Anschlußorders

DW. – Auf Basis der gedrückten Vortagskurse gab es zunächst vorsichtige Meinungs- und Rückkäufe des Berufshandels. Sie führten zu leicht anziehenden Notierungen. Als in der zweiten Börsenstunde die Aufträge ausblieben, bröckelten die Kurse der meisten Standardaktien wieder leicht ab.

Wegen des Feiertages war die Unternehmungslust gedämpft. Deshalb auch die Neigung, etwaige Kursgewinne umgehend wieder zu realisieren. Immer mehr Gesellschaften melden Umsatzausfälle wegen der Dollarschwäche. Obwohl dies auch bei Schering der Fall ist, konnte sich deren Kurs befestigen. Andererseits bewirkte die Ankündigung der VIAG, eine Dividendenerhöhung ins Auge zu fassen, für deren Aktienkurs nichts. Das gilt übrigens auch für die IVG, deren Kurs sich bisher kaum vom offiziellen Zeichnungspreis gelöst hat. Hinzu kommt, daß die Gesellschaft nicht an allen Börsenplätzen notiert. Unter Druck blieben weiterhin Lufthansa-Vorzüge, die mit 144 DM einen neuen Jahrestiefstkurs erreicht haben. Autoaktien – bis auf Daimler – nach wie vor empfindlich. VW-Vorzüge fielen erstmals für kurze Zeit unter 400 DM zurück. Bankaktien haben sich stabilisiert. Dazu trug die weitere Befestigung der Rentenkurse bei. Jetzt richten sich alle Hoffnungen auf die in nächster Zeit stattfindenden Pressekonferenzen der drei großen Institute.

Nachbörse: freundlich

DW-Ak.ind.: 268,73 (268,29)
DW-Ums.ind.: 2025 (2858)
Adv.-decline-Zahl: 109 (82)
38-Tg-Linie: 273,68 (270,81)
200-Tg-Linie: 277,59 (277,62)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Genußscheine

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Inland

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. Stücke in 50 DM. *Stücke in 100 DM. **abweichende Stückelung. Kurse Fvs = Freiverkehr. Kurse ohne Gewähr.

Gott rief

Beatrice Siegert
geb. Hipp
* 3. 6. 1937 † 18. 11. 1986

nach ihrem tapfer ertragenen Leiden zu sich.

Sie war eine wunderbare Frau und Mutter und hatte für ihre Mitmenschen ein offenes Herz.

In Dankbarkeit
Dr. Harald Siegert
Caroline Siegert
Annabel Siegert
Anny Hipp-Metzner
Claus und Ute Hipp mit Stefan, Nicola, Sebastian, Antonia und Felicitas
Hermine Hipp
Georg Joh. und Monika Hipp
Anna Hastetter mit Michaela und Philipp
Paulus und Rosalinde Hipp mit Maria, Domenica und Elisabeth
Maria Hipp mit Julian

Solothurn (Schweiz), Loretostraße 24

Requiem und Beerdigung am Samstag, dem 22. November 1986, um 9.00 Uhr in der Stadtpfarrkirche Pfaffenhofen a. d. Ilm.

Anstelle von evtl. zugedachten Blumen und Kränzen bitten wir im Sinne der Verstorbenen um eine Spende zugunsten der SOS-Kinderdörfer auf Kto. Nr. 6640 208 817 der Hypobank Pfaffenhofen/Ilm oder auf Kto. Nr. 45-6414-0 Postscheckamt Solothurn (Schweiz).

Am 15. November 1986 starb in Wilhelmsfeld im 59. Lebensjahr

Professor Dr. med.
Hans-Georg Schweiger

Wissenschaftliches Mitglied des Max-Planck-Instituts für Zellbiologie, Ladenburg bei Heidelberg, und Direktor am Institut, Vorsitzender der Biologisch-Medizinischen Sektion *des Wissenschaftlichen Rats und Mitglied des Senats der* Max-Planck-Gesellschaft

Die Max-Planck-Gesellschaft trauert um einen hervorragenden Forscher und Lehrer, dessen Arbeiten auf dem Gebiet der Biochemie und Molekularbiologie von Pflanzenzellen internationales Ansehen erfahren haben. Seine grundlegenden Untersuchungen zum molekularen Mechanismus der biologischen Uhr waren auch für die Medizin von großer Bedeutung.

Hans-Georg Schweiger hat der Max-Planck-Gesellschaft über ein Vierteljahrhundert angehört. Sein besonderes Engagement galt den wissenschaftspolitischen Problemen der Max-Planck-Gesellschaft, insbesondere auch denen der Ethik in der Wissenschaft.

Die Max-Planck-Gesellschaft nimmt in Dankbarkeit Abschied von Hans-Georg Schweiger.

Heinz A. Staab
Präsident der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.

München, den 19. November 1986,
Residenzstraße 1a

Dr.-Ing. Helmut Riedel

langjähriger Vorstandsvorsitzender unserer Gesellschaft (ehemals Felten & Guilleaume Carlswerk AG)

ist plötzlich und unerwartet im Alter von 66 Jahren verstorben.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Nürnberg, den 16. November 1986

Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter
der
PHILIPS KOMMUNIKATIONS INDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Beck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hanz-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Gunther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 29 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1986.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

So ändern sich die Werte.

Als wir 1952 die erste Benzin-Einspritzpumpe anboten, dachte noch niemand über Abgaswerte nach.

Sie reduzierte zwar auch die Schadstoffe.

Doch damals war die Leistung der Wertmaßstab, an dem Technik gemessen wurde.

Und die Benzineinspritzung kann hier eine Menge: Der Kraftstoff wird genauer dosiert und feiner verteilt, so daß er sich besser entzündet und besser verbrennt.

Das holt mehr Kraft aus dem Kraftstoff und macht den Motor leistungsfähiger.

Doch dieser Wertmaßstab änderte sich 1973 schlagartig durch die Energiekrise.

Plötzlich war Kraftstoffsparen angesagt. Und nun kam die Benzineinspritzung erst richtig ins Gespräch.

Denn trotz der höheren Leistung braucht der Motor weniger Kraftstoff.

Vor allem, seit aus unserer Benzin-Einspritzpumpe Mitte der sechziger Jahre das elektronisch gesteuerte Benzin-Einspritzsystem Jetronic geworden war.

Denn Bosch-Elektronikexperten war es bereits damals gelungen, elektronische Steuergeräte zu entwickeln, die den Strapazen der Straße gewachsen waren.

So konnten wir zum ersten Mal in der Welt das Kraftstoff-Luft-Gemisch des Motors per Computer regulieren.

Verbraucht wird nur noch so viel, wie der Motor tatsächlich braucht.

Doch 1976 begannen sich die Wertmaßstäbe noch einmal zu ändern.

In Kalifornien wurden die Umweltgesetze so verschärft, daß sie mit herkömmlichen Mitteln nur sehr schwer erfüllt werden konnten.

So entwickelten wir die Lambda-Regelung, bei der eine Sonde im Auspuff die Abgas-Zusammensetzung mißt und nach diesen Werten das Benzin-Einspritzsystem steuert.

Sie ist bis heute die einzige Technik, die gemeinsam mit dem 3-Wege-Katalysator die Schadstoffe im Abgas um bis zu 90% reduziert.

Inzwischen wird aus immer mehr Meßwerten der optimale Wert errechnet.

Bei der Motronic wird die Gemischzusammensetzung gemeinsam mit dem Zündzeitpunkt gesteuert. Was die Emissionswerte weiter senkt.

Doch nicht nur die Elektronik, auch die Mechanik wird immer präziser.

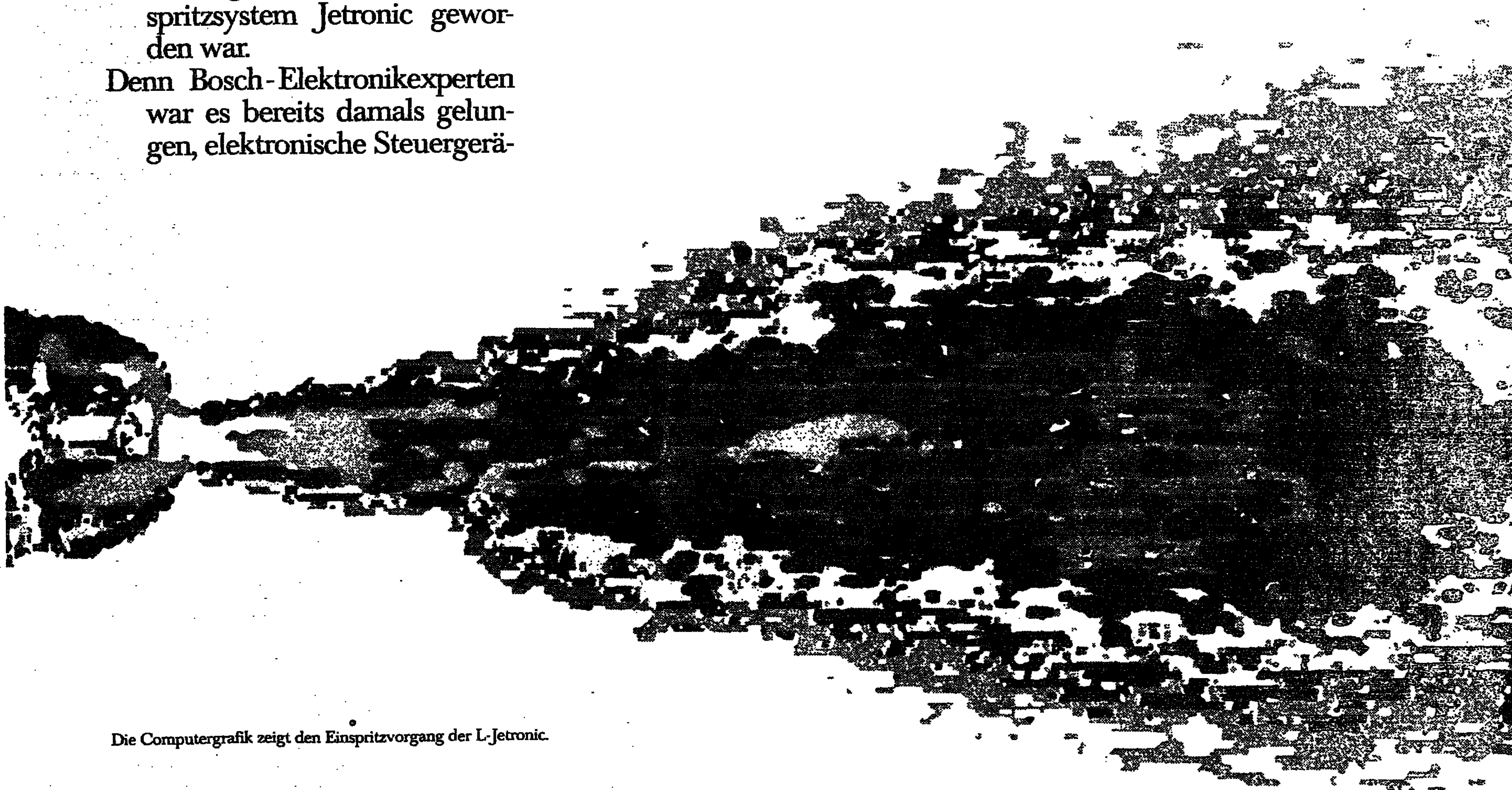
Eine Bosch-Einspritzdüse ist heute so genau, daß bei ihrer Herstellung Toleranzen bis zu 1/1000 mm eingehalten werden müssen. Und dies bei hunderttausend Stück am Tag.

Aber die Mühe lohnt sich, wie ein Blick auf die Verbrauchs-, Leistungs- und Abgaswerte moderner Automobile zeigt.

100 Jahre Bosch Ideen.



BOSCH



Die Computergrafik zeigt den Einspritzvorgang der L-Jetronic.

Ausland

Amsterdam

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

London

[illegible]

Luxemburg

[illegible]

Madrid

[illegible]

Mailand

[illegible]

New York

[illegible]

Paris

[illegible]

Oslo

[illegible]

Johannesburg

[illegible]

Stockholm

[illegible]

Singapur

[illegible]

Tokio

[illegible]

Sydney

[illegible]

Toronto

[illegible]

Wien

[illegible]

Zürich

[illegible]

Auslandszertifikate

[illegible]

Optionshandel

[illegible]

Rentenoptionen

[illegible]

Junge Aktien

[illegible]

Devisenmärkte

Der Dollar gewann am 18. November etwas Abstand zur Marke von 2,00. Er reagierte damit auf die festere Relation Dollar/Yen und die abwägenden Worte die Fed-Chef Volcker Anfang der Woche fand. Der Kursverlust von sieben Pfennig innerhalb einer Woche wurde darüber hinaus auch von vielen zu diesem Zeitpunkt als ausreichend erachtet. So zog der Kurs von 2,013 zu Beginn bis auf 2,023 an. Nach der Notiz von 2,0198 wurde bei nachlassenden Umsätzen am Nachmittag keine andere Basis mehr erreicht. Die Kursentwicklung im EWS verlief unkompliziert. Die Erholung des Dollarkurses ließ auch die meisten Währungen etwas besser aussehen. Der Yen verbesserte sich um 3,4 Promille auf 1,239. US-Dollar in: Amsterdam 2,2805; Brüssel 41,77; Paris 6,508; Mailand 1398,30; Wien 14,216; Zürich 1,6811; 1 Pfund/DM 2,727, Pfund/Dollar 1,4219, Pfund/DM 2,872.

Devisen und Sorten

18.11.1986	Disk.-satz	Frankf. Geld	Frankf. Brief	Devis. Ank.-Kurs[1]	Wechs.Sorten* Ankauf	Wechs.Sorten* Verkauf
New York[1]	5,50	2,0158	2,0238	2,0125	1,96	2,06
London[2]	11,0	2,865	2,879	2,821	2,80	2,95
Dublin[2]	12,0	2,720	2,734	2,665	2,65	2,75
Montreal[1]	8,54	1,4559	1,4639	1,4455	1,40	1,50
Amsterd.	4,50	88,41	88,65	88,305	87,50	89,25
Zürich	4,00	120,05	120,25	120,26	118,75	121,50
Brüssel	8,00	4,802	4,822	4,778	4,65	4,86
Paris	9,50	30,48	30,64	30,255	29,65	31,20
Kopenh.	7,00	26,405	26,525	26,16	25,50	27,25
Oslo	8,00	26,75	26,87	26,16	26,00	27,75
Stockh.	7,50	28,95	29,11	28,74	28,00	29,75
Mailand[3]**	12,0	1,4395	1,4495	1,4215	1,41	1,49
Wien	4,00	14,186	14,226	14,167	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,481	1,491	1,457	1,43	1,55
Lissabon**	14,5	1,343	1,363	1,314	0,95	1,55
Tokio	3,00	1,2375	1,2405	1,2405	1,20	1,26
Helsinki	8,50	40,71	40,91	40,54	39,75	41,75
Belgrad* **	–	–	–	–	0,18	0,58
Budap.* **	–	–	–	–	2,50	4,00
Athen* **	20,5	1,428	1,482	–	0,90	1,55
Ankara* **	–	–	–	–	0,12	0,37
Sydney*	–	1,2905	1,3095	–	1,25	1,35
Johannbg.*	10,0	0,883	0,927	–	0,72	0,97
Hongkong*	–	25,75	26,01	–	23,00	29,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire; [1] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen

FINANZANZEIGE

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL

9¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1982/94
– WKN 468 831/38 –

Auslosung

Bei der am 12. November 1986 unter notarieller Aufsicht vorgenommenen Auslosung sind die Teilschuldverschreibungen der

Serie 7 – WKN 468 837 –

mit den Stücknummern

18001 – 21000 zu je DM 1000,–
26701 – 27150 zu je DM 10000,–

im Nennbetrag von DM 7 500 000,– zur Rückzahlung zum 20. Januar 1987 gezogen worden.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 20. Januar 1987 an gegen Vorlage der Mäntel mit Zinsscheinen per 20. 1. 1988 uff. bei folgenden Kreditinstituten sowie bei deren in Deutschland gelegenen Niederlassungen eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerz-Credit-Bank Aktiengesellschaft – Europartner
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt Kommanditgesellschaft auf Aktien
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet mit Ablauf des 19. Januar 1987.

Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die zum 20. Januar 1987 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Frankfurt am Main, im November 1986

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL
Kommission der Europäischen Gemeinschaft

BEKANNTMACHUNGEN

In dem Konkurseröffnungsverfahren über das Vermögen der Firma Reederei Jonny Wesch KG, vertreten durch die persönlich haftenden Gesellschafter Bernd Wesch und Egon Wesch, sämtlich Gehrden 15, 2155 Jork, ist am 14. 11. 1986 ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen worden.

Amtsgericht Buxtehude (10 N 67/86)

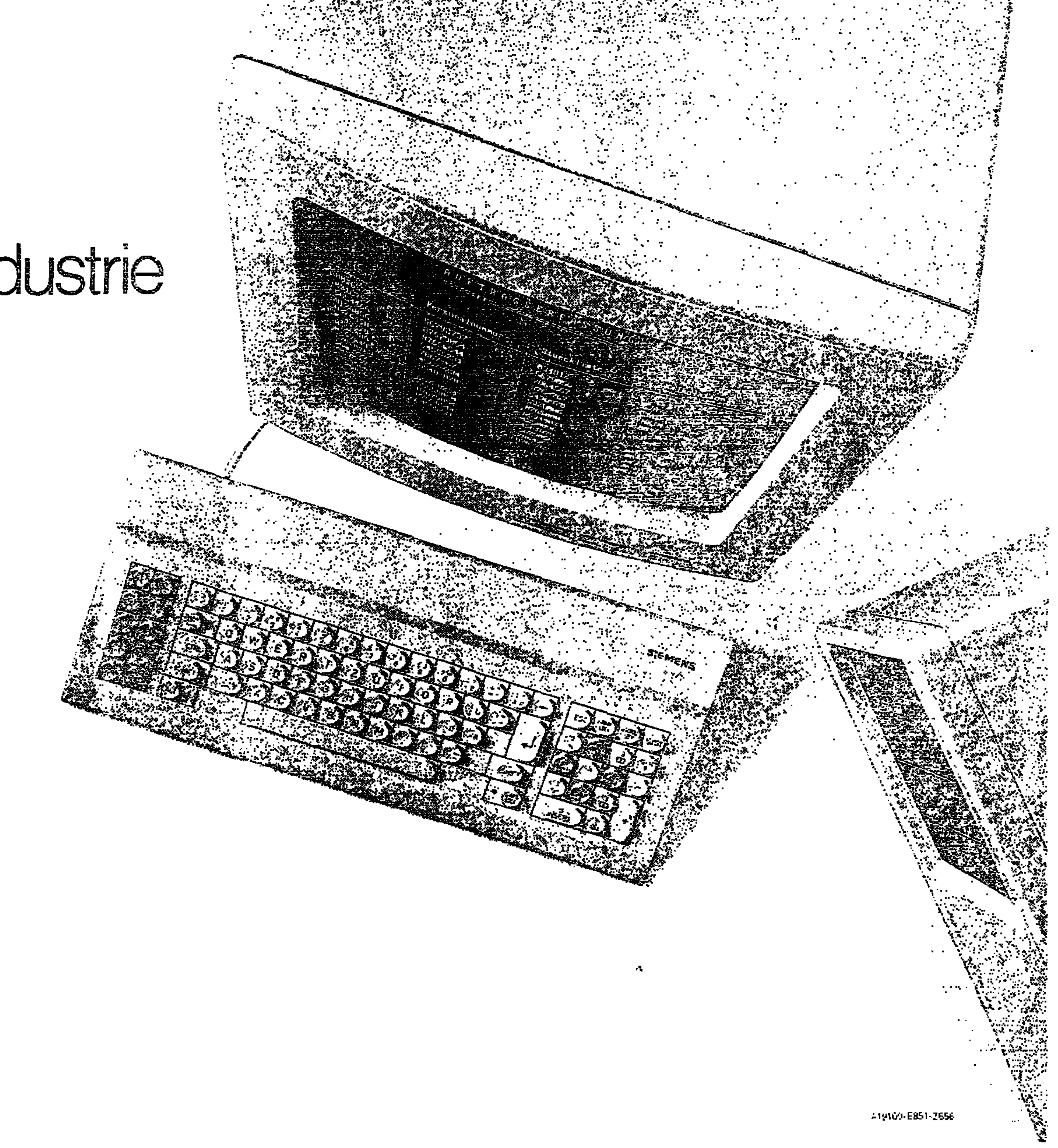
Langläufer weiter befestigt

Weiterhin lebhafte Nachfrage nach der neuen Bundesanleihe. Nicht bonifizierte Stücke, die es praktisch noch nicht gibt, wurden zeitweise bis 101,50 Prozent bezahlt. Die Vorgänge um die neue Emission ließen alle öffentlichen Langläufer weiter anziehen. Bundesobligationen dagegen gelegentlich abbröckelnd. Die freundliche Tendenz bei den öffentlichen Anleihen greift allmählich auch auf die langlaufenden Pfandbriefe über, bei denen sich die Renditen zu verringern beginnen.

F PWA 86/94	105,5	105,1
F Ronown Look 86/91	750G	725
F 5¼ Raytten W 83/88	1375	1430G
F dgl. 84/89	605	605
F 3½ RWE 86/76	97	96,5
F Ryoki 85	800G	800
F Salamander 86/96	158,6	157,5
F 6½ Schering 85/90	329	328
F 5 Schw. Bankg 84/89	3050bG	3050
F 3½ Schw. Bk.V. 84/89	256	255
F 2½ dgl. II 86/91	152	150,5
F Schw. Credit 85/90	1600	1600
F Sanko 86/91	545	550
F 7½ Siemens 85/90	445	442
F dgl. 86/92	196,5	175,9
M Stumpf 78/88	67bG	59,5TB
M dgl. 61/91	117B	117B

F 3½ dgl. 84/94 oO DM	80,45	80,25
F 2½ dgl. 86/96 mO DM	102,25	102,5
F 2½ dgl. 86/96 oO DM	77 oG	77,5
F 4 SKA Fin. 85 mO	130bG	129
F 4 dgl. 85 oO	77G	77,75G
F 3 Teijin 85/90mODM	209G	200G
F 3 dgl. 85/90 oO DM	90,5	91bG
F 3½ Ermo 85/90mODM	119G	119G
F 3½ dgl. 85/90oO DM	94,5	94,5G
F 3½ Toyo 84/90mODM	106,5G	106,5G
F 3½ dgl. 84/89oODM	95,5	95,4G
F 4 Veba 85/95 mO DM	152G	192G
F 4 dgl. 85/95 oO DM	87,25T	87,25T
F 3 VW 86/96 mO DM	137	137
F 3 dgl. 86/96 oO DM	75,25	75,1
F 2½ Wella 86/96 mO DM	[illegible]	97,8
F 2½ dgl. 86/96 oO DM	71,2	70,75T

7½ dgl. 81/91	111,8	111,75G
9¼ dgl. 82/91	111,75G	111,75
7½ dgl. 82/92	107,5	107,25
6½ dgl. 83/93	104,5G	104,25
7¼ dgl. 84/96	103,5	103
6½ dgl. 86/96	97,3	97,3
6¾ Austral IDC 77/87	102G	102,25G
6½ Autop. C.F. 77/87	101G	101G
7½ Avon 85/95	101,25	101,25
10¼ Banrual 82/90	102,9	109
6½ BNDE 77/87	100	101G
7½ dgl. 80/88	105,2bG	103,7bG
5½ Bk. America 78/90	97,5	97,5bG
7 Bank China 85/92	101,55	101,4
7½ Bank Tokyo 85/90	104,25T	105,75T
7½ Bang. Indos 85/90	105,4G	105,4G
7½ Bang. Nat.P. 83/93	107	107,5T
4½ dgl. 85/97	100,5G	100,5G



Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Gut behauptet notierte Kupfer. Schwächer präsentierte sich Kaffee. Die Kakaonotierungen gaben auf breiter Front nach.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	18.11.	17.11.
Dez.	286,25-286,75	286,50
März	273,75-274,00	272,75-273,00
Mai	259,25	258,50-258,75

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	203,16	202,53
Am. Durum	200,96	200,31

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Dez.	97,50	97,50
März	102,10	94,70
Mai	103,10	94,60

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Dez.	85,50	83,50
März	87,50	82,50
Mai	81,50	81,30

HAFER Chicago (c/bush)

Dez.	161,75	158,25-158,50
März	152,00-152,25	148,25-148,50
Mai	145,25	145,25

MAIS Chicago (c/bush)

Dez.	167,25-168,00	158,75-166,50
März	178,25-179,00	179,75-178,25
Mai	184,00-184,25	185,00-184,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Dez.	86,90	86,00
März	85,30	84,70
Mai	65,20	84,60

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	18.11.	17.11.
Dez.	147,50-148,00	147,75-148,30
März	150,50-151,30	150,25-150,75
Mai	152,35	153,31

KAKAO New York ($/t)

	18.11.	17.11.
Dez.	1879-1866	1905-1907
März	1956-1940	1960-1970
Mai	1970-1973	1995-1998
Umsatz	unerh.	unerh.

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Jan.	6,10-6,25	6,00-6,10
März	6,68-6,69	6,57-6,58
Mai	6,82	6,75
Juli	6,93-6,95	6,83
Sept.	7,02-7,04	6,98-6,42
Umsatz	8788	unerh.

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) 5,77 5,76

KAFFEE London (£/t) Robusta

	18.11.	17.11.
Nov.	2020-2025	–2042
Jan.	1970-1971	1998-1993
März	1920-1925	1941–
Umsatz	5204	4924

KAKAO London (£/t)

Dez.	1480-1481	1494-1495
März	1511-1512	1527-1528
Mai	1536-1537	1548-1550
Umsatz	2410	1973

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)

	18.11.	17.11.
Dez.	136,20-137,40	154,30-136,00
März	150,00-150,20	147,60-148,00
Mai	155,00-153,40	151,00-151,20
Umsatz	6555	1777

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg

schw.	19.11.	18.11.
Sarow spez.	1000,00	975,00
weiß.Sarow.	1592,50	1585,00
weiß.Munt.	1407,50	1400,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	18.11.	17.11.
Jan.	125,00	122,60
März	123,00-123,10	122,80-123,00
Mai	123,10-123,20	122,40-122,60
Juli	122,50-122,90	122,40-122,60
Sept.	122,90-123,00	–
Umsatz	400	600

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

18.11.	17.11.
30,00	30,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk 20,75 21,125

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Dez.	14,75-14,77	14,60-14,58
Jan.	14,96-14,94	14,76-14,78
März	15,25-15,25	15,10-15,08
Mai	15,45-15,48	15,35
Juli	15,70	15,55-15,51
Aug.	15,75	15,60
Sept.	15,75-15,65	15,55-15,50

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk 16,50 16,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	13,00	13,50
Choise white hcg 4 % fr. F.	10,50	10,50

TALG New York (c/lb)

top white	12,25	12,25
fancy	11,75	11,75
bleichf.	11,50	11,50
yellow max. 10% fr.F	9,25	9,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Dez.	54,60-54,45	53,60-53,70
Febr.	51,00-50,90	49,90-50,60
April	44,45-44,65	44,07-44,15

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Febr.	69,85-69,35	67,80-67,90
März	68,75-68,75	66,70-66,80
Mai	68,07	66,00-66,15

HÄUTE Chicago (c/lb)

	18.11.	17.11.
Ochsen einh. schwere River Northern	66,00	66,00
Kühe einh. schwere River Northern	60,00	60,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Nov.	495,0-493,0	499,75-500,0
Jan.	497,75-497,3	495,5-496,0
März	501,5-500,75	498,5-499,0
Mai	504,5	502,75-502,0
Juli	507,5-507,0	504,75-505,0
Aug.	504,5	503,0
Sept	496,0	494,5

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Dez	149,6-149,5	150,1-151,2
Jan.	149,2-149,5	149,3-149,5
März	149,1-149,3	149,2-149,4
Mai	149,5-149,3	149,4
Juli	149,3	149,5-149,6
Aug.	149,8-149,5	149,8
Sept.	148,5	149,4-149,2

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	18.11.	17.11.
Dez.	225,5	223,8-223,9
März	234,0	232,8-238,2
Mai	239,0	243,0

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

18.11.	17.11.
18,00	17,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

	19.11.	18.11.
jegl. Herk. cif	545,00	555,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank 370,00 370,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra cif 295,00 292,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk 74,00 70,25

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen cif 365,00 395,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1 cif – –

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	18.11.	17.11.
Dez.	47,90-48,05	47,35-47,45
März	48,15-48,38	47,65-47,80
Mai	48,25-48,40	47,80
Juli	48,60	47,95
Okt.	49,69-49,80	49,25-49,30
Dez.	50,20-50,30	49,80

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1 44,75 45,00

WOLLE London (Neus. c/kg) – Kreuzz.

	19.11.	18.11.
Dez.	556-558	556-558
Jan.	547-549	549-551
März	549-551	551-554
Umsatz	2543	2536

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	19.11.	18.11.
Okt.	ausg.	ausg.
Dez.	ausg.	ausg.
Umsatz	–	–
Tendenz: –		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	19.11.	18.11.
Dez.	680,00	680,00-690,00
–	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	19.11.	18.11.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	19.11.	18.11.
Nov.	12345	12350
Dez.	12290	12252

KAUTSCHUK London (p/kg)

	18.11.	17.11.
spot	65,50-66,50	64,50-67,50
RSS 1 Dez.	61,75-62,75	62,75-63,75
RSS 2 Dez.	60,75-61,75	61,75-62,75
RSS 3 Dez.	59,75-60,75	60,75-61,75
Tendenz: leichter		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	19.11.	18.11.
Dez.	215,00-217,00	218,00-220,00
Jan.	216,00-218,00	219,00-221,00
Nr. 2 Dez.	214,00-215,00	216,00-217,00
Nr. 3 Dez.	209,50-210,50	212,00-213,00
Nr. 4 Dez.	206,00-207,00	208,00-209,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)

	19.11.	18.11.
BWC	280	267
BWD	280	267
BTC	315	310
BTD	315	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	18.11.	17.11.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	228,59-228,74	228,96-229,10
dritt. M.	232,48-232,62	231,98-232,27
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	97,02-97,31	96,48-96,77
dritt. M.	94,86-95,01	94,32-94,39
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	738,46-739,90	730,08-731,52
dritt. M.	748,83-749,96	739,01-739,30
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	152,59-155,47	156,10-158,98
Prod.-Pr.	186,19	185,25
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

19.11.	18.11.
15,99	15,95

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

		19.11.	18.11.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	geschl.	266,45-268,47	
BLEI in Kabeln	geschl.	104,75-105,75	
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.	geschl.	455,00-458,50	
Vorz.dr.		464,00-464,50	

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	19.11.	18.11.
MS 58, 1.VS		258-262
MS 58, 2.VS	geschl.	309-311
MS 63		288-292

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	19.11.	18.11.
Leg. 225		240-260
Leg. 226	geschl.	242-262
Leg. 231		277-292
Leg. 233		287-307

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	19.11.	18.11.
PLATIN (DM/g)	geschl.	33,700
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	geschl.	29298
Rückn.-Pr.		24900
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.		25770
Rückn.-Pr.	geschl.	25070
verarbeitet		270508
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	geschl.	25350
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.		371,50
Rückn.-Pr.	geschl.	348,10
verarbeitet		387,808

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze)

London	19.11.	18.11.
10.30	391,50	388,00
15.00	395,40	391,00
Zürich mitt.	392,10-392,60	388,30-388,60
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	83750	83300

SILBER (p/Feinunze) London

Kasse	391,85	391,55
3 Mon.	402,40	402,30
6 Mon.	413,50	412,95
12 Mon.	435,00	434,90

PLATIN (£/Feinunze)

London	18.11.	17.11.
fr. Markt	343,75	343,05

PALLADIUM (£/Feinunze)

London	18.11.	17.11.
f. Händl.-Pr.	83,50	83,55

New Yorker Metallbörse

	18.11.	17.11.
GOLD H & H Ankauf	391,25	392,50
SILBER H & H Ankauf	554,50	562,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	481,50-488,00	481,50-488,00
Prod.-Pr.	600,00	600,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	117,50-121,00	117,50-121,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Nov.	394,00	388,40
Dez.	394,20-394,70	389,00-389,50
Jan.	396,20	390,90
Febr.	397,70-398,20	392,80-392,90
April	401,50-401,80	395,00-396,00
Umsatz	45000	42000
SILBER (c/Feinunze)		
Nov.	555,50	550,40
Dez.	556,00-557,00	551,00-552,00
Jan.	559,30	554,20
März	564,00-565,00	557,80-560,00
Mai	569,70	564,00-565,50
Juli	574,00-576,00	569,00
Sept.	581,20	575,70
Umsatz	15000	30000

KUPFER (c/lb)

	18.11.	17.11.
Nov.	58,55	58,55
Dez.	58,45-58,50	58,45-58,50
Jan.	58,65	58,55
März	59,15-59,25	59,15-59,20
Mai	59,80	59,80
Juli	60,20	60,15
Sept.	60,58	60,45
Umsatz	7000	7200

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)

	19.11.	18.11.
mitt. Kasse	795,00-796,00	793,50-794,00
3 Mon.	806,00-806,50	805,50-806,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	339,50-340,00	336,50-337,00
3 Mon.	330,00-330,25	329,00-330,00
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	911,00-911,50	907,00-907,50
3 Monate	934,50-935,00	932,00-932,50
ab. Kasse	–	909,50-910,00
3 Monate	–	933,50-934,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	890,00-891,00	887,00-890,00
3 Monate	915,00-917,00	914,00-914,50
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	556,00-556,50	572,00-572,50
3 Monate	552,00-552,50	560,00-561,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	150-170
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	35-40

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	18.11.	17.11.
Dez.	44,30-44,45	40,65-40,85
Jan.	45,50-45,69	45,70-45,90
Febr.	46,40-46,60	46,40-46,65
März	44,45-44,48	44,85

GASÖL – London ($/t)

	18.11.	17.11.
Dez.	130,00-130,25	131,25
Jan.	134,00-134,25	136,00
Febr.	135,50-135,75	137,25-137,50
März	131,00-131,50	132,00-133,00
April	128,25–	131,00
Mai	121,00-127,75	126,00-130,00
Juni	112,00-126,00	122,00-130,00
Juli	111,00-126,00	122,00-138,00

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)

	18.11.	17.11.
Dez.	42,05-42,15	42,10-42,30
Jan.	42,50-42,70	42,50-42,80
Febr.	43,15-43,20	43,20-43,40
März	44,10	44,00-44,10
April	44,50	44,80

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	18.11.	17.11.
Dez.	15,57-15,60	15,59-15,65
Jan.	15,65-15,69	15,60-15,67
Febr.	15,61-15,65	15,58-15,61
März	15,50-15,55	15,50
April	15,47	15,47

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	18.11.	17.11.
Arabian Lg.	12,39	12,25
Arabian Hv.	12,14	11,92
Iran Lg.	14,05N	14,05N
Forties	14,80	14,90
North Brent	15,15	15,30
Bonny Light	14,55N	14,40N

Kartoffeln

London (£/t)

	18.11.	17.11.
Febr.	112,50	111,00
April	155,70	152,90
Mai	175,80	175,00
Nov.	85,00	85,00

New York (c/lb)

	18.11.	17.11.
–	–	
März	4,33	4,33
Mai	4,95	4,91-4,96
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	18.11.	17.11.
Jan.	179,00-178,50	172,80-171,50
März	173,60-173,10	170,10
Mai	171,90	168,00-169,50
Juli	170,00-171,90	–

Devisenterminmarkt

Geringfügige Veränderungen waren am 18. 11. bei insgesamt stabilen Zinssätzen zu beobachten.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,30-0,20	0,77-0,67	1,40-1,22
Pfund/Dollar	0,60-0,58	1,80-1,77	3,50-3,45
Pfund/DM	2,30-0,90	5,30-3,90	9,40-8,20
FF/DM	17-1	37-21	64-48

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 18.11.: Tagesgeld 4,40-4,45 Prozent; Monatsgeld 4,60-4,75 Prozent; Dreimonatsgeld 4,60-4,75 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,75 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.
Privatdiskontsätze am 18.11.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 18.11.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 18.11. Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5⅞-6⅛	4⅝-4⅞	2⅞-3⅛
3 Monate	5⅞-6⅛	4½-4¾	3¾-4
6 Monate	5⅞-6⅛	4½-4¾	3¾-4
12 Monate	6-6¼	4⅝-4⅞	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 18.11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 15,50; Verkauf 18,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 14,75; Verkauf 17,75 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 18.11. folgende Edelmetallmünzenpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	195,00	250,80	34,98
20 ffr. Napoleon	5,8070	148,00	195,30	33,57
20 sfr Vreneli	5,8070	157,00	207,48	35,73
1 Sovereign Neu	7,3220	175,00	228,00	31,14
1 Sovereign Alt	7,3220	177,00	230,28	31,45
100 Kronen Öster.	30,4880	730,00	900,60	29,54
20 Kronen Öster.	6,0980	144,00	186,94	30,66
10 Kronen Öster.	3,0480	78,00	104,88	34,41
4 Dukaten Öster.	13,7700	347,00	429,78	31,21
1 Dukaten Öster.	3,4420	80,00	111,72	32,46
10 Rubel Tscherw.	7,7423	195,00	248,52	32,10
Krügerrand 1 Uz	31,1035	765,00	912,00	29,32
Krügerrand ½ Uz	15,5517	409,00	489,86	31,45
2 Rand Südafrika	7,3220	172,00	224,58	30,67
1 Rand Südafrika	3,6610	79,00	112,86	30,83
50 C.$ Mapl.L.1 Uz	31,1035	795,00	946,20	30,42
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	82,00	104,88	33,72
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	970,00	1254,00	41,67
Gold Am.Eagle 1 Uz	31,1035	805,00	957,60	30,79
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1010,00	1197,50	38,48
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	102,00	132,24	42,52

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Dollar-Anleihen

	18.11.	17.11.
9¾ EEC 90	106	105,875
11⅛ dgl. 90	111,375	111,375
10⅛ EIB 93	110,75	110,375
11 dgl. 91	113,875	113,625
11½ dgl. 90	114,75	114,75
11⅝ dgl. 93	120,75	120,75
12 dgl. 95	125	122,625
12¼ dgl. 90	117,125	117,125
12⅞ dgl. 93	127,875	127,625
13 dgl. 96	120,75	120,75
10⅛ Wld Bk 95	113,125	112,875
10⅝ dgl. 88	105	105
10⅝ dgl. 98	111	110,875
10⅞ dgl. 95	115,875	115,625
11 dgl. 92	115	114,625
11⅛ dgl. 88	109	109
11⅛ dgl. 90	114,25	114
11⅛ dgl. 89	109,125	109
11½ dgl. 90	114	113,875
12 dgl. 93	122,75	122,5
12⅜ dgl. 94	125,875	125,625
12⅝ dgl. 94	128,875	128,875
6⅝ Sears 91	104,625	104,5
6⅝ Swed.Ex.91	103	102,75
7 TRW 94	101,75	101,75
6⅝ Un.Tech.92	103,125	103
6⅝ W.Disn.96	103,125	102,875
6⅝ World Bk96	103,375	103,25
6⅝ dgl. 90	104,125	104,125
6⅞ dgl. 94	104,75	104,5
7 dgl. 94	107,25	107,25

Euro-Yen

	18.11.	17.11.
6⅝ ALCorp 91	102,375	102,375
6⅝ AllSlg95	102,5	102,375
7⅝ ADB 94	107	108,75
7 Austria 95	106,5	106,25
7 BP 92	106,625	106,5
6⅝ Denmark 92	104,875	104,75
7 Dans.Bk. 92	105,75	105,625
7 Dow Chem.94	101,875	101,875
6⅝ EDF 95	105,75	105,5
6⅝ Eurofima95	102,25	102
6⅝ dgl. 92	103,375	103,125
6⅝ dgl. 93	103	102,875
7⅛ dgl. 94	106	105,625
6⅝ Foersmk 92	105,375	104,875
6⅝ Finl.Rep90	104,75	104,625
6⅝ GMAC 90	102,5	102,375
7⅛ Goodyear95	103,125	103
6⅝ dgl. 94	100,875	100,875
6⅝ ITT 92	103,625	103,5
6⅝ McDonal.92	103	102,875
6⅝ Montreal95	104,75	104,375
6⅝ NordLB 93	102,625	102,5
6 NIB 91	101,75	101,625
7 dgl. 92	106,375	104,125
7 Pac.Gas 94	–	–
6⅝ Penney 92	105,375	105,25
6⅝ Procter 92	103,75	103,625
6⅝ Sallie 92	104	103,75

Lux. Franc Bonds

	18.11.	17.11.
7 Amro 95	99,25	99,25
9¾ Amro 89	100,75	100,75
6⅝ Asian Dv87	99,75	99,75
10⅝ BFG Lux90	105	105
11 BNP 90	105,5	105,5
9 dgl. 93	106,5	103,5
10⅝ Ceca 94	106,75	106,75
11 dgl. 92	105,5	105,5
15 dgl. 91	–	–
8⅝ Comall 95	106	105
12⅛ dgl. 92	105	105
8 Cophil 88	100	100
8⅝ dgl. 89	100,75	100,75
11 Cr.Lyon.88	100	100
13 dgl. 89	104	104
7⅝ Den.Mtg 88	100	100
8⅝ EEC 95	105	105
8⅝ Eurocom 89	103,25	103,25
10⅝ dgl. 96	110	110
11 dgl. 95	101,25	101,25
8⅝ Eurof. 89	101,5	101,5
9 dgl. 95	106	106
10 dgl. 91	106,5	106,5
10 dgl. 94	104,75	104,75
8 EIB 91	100	100
8⅝ dgl. 93	105	105
9⅝ dgl. 95	107	107
9⅝ dgl. 88	100,25	100,25
9⅝ dgl. 95	107	107
10⅝ dgl. 94	111	111
11⅝ dgl. 88	100	100
12⅝ dgl. 90	105	105
8⅝ Goodyear95	105,5	105,5
9⅝ Ind.B.F.95	104,5	104,5
9⅝ Hypo Bk.88	102	102
11 Kredbk.93	104,75	104,75
7⅝ dgl. 87	99,75	99,75
12⅝ dgl. 88	104	104
10 dgl. 90	103,75	103,75
11⅝ dgl. 89	100,5	100,5
8 Luxair 87	99,75	99,75
8⅝ dgl. 87	100	100
8⅝ Mat.Chin92	103,25	103,25
9 dgl. 95	105,5	105,5
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8⅝ dgl. 87	99,75	99,75
9 Paribas 92	107	107
10⅝ Paribas89	105,5	105,5
8 Philips 89	100,5	100,5
7⅝ Rabobk 88	99,75	99,75
7⅝ Sogenal 91	100,5	100,5
9⅝ dgl. 92	106,25	106,25
10⅝ Solvay 87	100,25	100,25
8 Sverigex 88	100	100
9⅝ Volvo 87	100,25	100,25
8 WorldBk. 96	105,25	105,25
9⅝ dgl. 90	105,5	105,5
10⅝ dgl. 89	101	101

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52832

	18.11.	17.11.
8⅝ Cap City87	99	99
12⅝ dgl. 92	101	101
8⅝ CCA 91	99,5	99,5
11⅝ Ned. G.88	100,5	100,5
9⅝ Oestb. P.94	99,5	99,5
8⅝ SDR 94	99,5	99,5

ECU

	18.11.	17.11.
7⅝ Aegon 95	95,625	93,875
9⅝ ABN 92	103,25	103,25
9 ANA 95	104,75	104,5
9⅝ ANZ 92	106,625	106,375
10⅝ Austria93	112	111,875
10 BNDA 92	104,5	104,5
8⅝ B.d.Rome95	100,5	100,375
9 M.-Hope 92	103,875	103,75
9 Bk.Hels.96	100,125	100,25
7⅝ BNP 95	96,375	96,5
8⅝ dgl. 95	105,25	105,125
8⅝ Bay.Vbk.88	102,375	102,25
8⅝ BFCE 95	102,375	102,375
9⅝ dgl. 92	108,375	108
9⅝ dgl. 95	107,875	107,625
9⅝ Bell 92	105	105
9⅝ CNT 92	108,5	108
9⅝ dgl. 96	108	107,75
8⅝ Cargill 95	103,375	102,875
10⅝ Coca 89	107,125	107,125
9 Chrysl. 92	100,75	100,625
9⅝ dgl. 94	100,625	100,625
9 ClubMed 88	103,5	103,625
9 Colgate 91	102,75	102,75
9 Cap City 95	101,375	101,25
9⅝ CCF 95	105,375	105,25
9⅝ CrdNord 91	105,75	105,375
11⅝ CrdFonc96	–	–
11⅝ dgl. 98	–	–
6⅝ CrdLyon 92	94,75	94,625
8⅝ CrdNat 95	105,75	105,125
10⅝ dgl. 94	110	109,875
8⅝ Cridonst.94	104,25	104,125
9⅝ Credito 92	105,375	105
7⅝ Denmark 96	97,25	97,5
9 EDF 97	105,25	105
8⅝ EEC 95	105	105
8⅝ ELFAqu. 88	102,375	102,25
9 Esso Gst 91	101,875	101,875
9⅝ dgl. 93	102	102
10 Eurotom 97	107,25	107
7⅝ dgl. 96	96,5	96,5
9⅝ Eurofima95	104	103,875
8⅝ EIB 90	104,625	104,5
8⅝ dgl. 93	105,625	105,5
8⅝ dgl. 92	104,5	104,125
9⅝ dgl. 95	110	109,875
10⅝ dgl. 94	112,125	111,125
10⅝ dgl. 94	107,875	107,875
10⅝ dgl. 98	109,625	109,75
11⅝ dgl. 92	110,125	110,125
9 Eutelsat 95	102,25	102,25
6⅝ EDC 96	91,25	91,125
8⅝ Fiat 90	103,375	103,375
9 IBKFinl 95	101,875	101,75
8⅝ Ford C.94	104,375	103,875
7⅝ GIL 95	99,875	99,875
7 Giroz. 93	94,5	94,5
10⅝ dgl. 95	110	110,25
10 IADB 95	111,75	111,875
8⅝ IBM 98	105,25	105
6⅝ Iceland 96	88,5	88,5
9 Imatran 96	102	101,875
9⅝ Italia 89	104,5	104,5
10⅝ dgl. 92	110,625	110,5
9⅝ Kansai 92	104,125	103,875
9⅝ Kleinw 92	105,625	103,375
6⅝ KfW/Ibl 95	89,625	89,375
10⅝ Megal 95	106,875	106,75
8⅝ Mits.Tr.95	102,875	102,75
9 MostHan.91	105	104,75
9⅝ Mol 90	102,375	102,375
8⅝ Morgan 98	103,75	103,875
8⅝ Motorola92	105,875	105,5
9 Nuovo 95	102,75	102,75
8⅝ N.S.Wal.93	103,75	103,625
9⅝ N.Zeal. 90	106	106
7⅝ N.Zeal.92	107,25	106,875
7⅝ Nissan 96	96,125	95,5
9 Oestbk. 89	104,25	104,375
8⅝ Olivetti95	–	103,75
8⅝ Paribas 89	102	101,875
10 Pechin.90	106	106,125
9 Petroc.93	99,25	99
9⅝ Peugeot 90	104,875	104,625
8⅝ Phibro 96	101,125	101
9 Philips 93	103,5	103,375
9⅝ Pibo 92	106	105,75
10 Prvbk. 92	105,625	105,75
7⅝ Rabobk. 96	97,5	96,875
8⅝ Reynolds91	103,875	103,75
9 SAS 95	104,375	104,375
9 Sanwa 95	103,75	103,25
8⅝ Secpac 90	102,5	102,5
9 SNCI 95	104	104
8⅝ Sumitomo92	105,5	105
9⅝ dgl. 95	106,625	106,5
9 dgl. 95	105,75	105,125
6⅝ Schweden96	92	91,625
9 Ucbk.Nor.95	103,125	102,875
8⅝ Vict. 90	105,25	105
8⅝ WestD. 94	104,5	104,375
9⅝ dgl. 95	104,75	104,625
8⅝ Westpac96	102,25	102,125
9⅝ Westpac92	105,5	105,375
8⅝ Worldbk.95	104,25	104,125
8⅝ dgl. 93	105,5	105,5
9⅝ dgl. 92	107,75	107,875
10⅝ dgl. 89	108,125	108
10⅝ dgl. 94	110	109,75
11 dgl. 93	109	108,875
8⅝ Xerox 90	103,125	102,5

ECU-Tageswerte

	18.11.	17.11.
Dollar	1,05128	1,05596
Bfr	43,3036	43,3005
DM	2,08870	2,08544
Hfl	2,35441	2,35487
£	0,725742	0,725465
Dkr	7,87381	7,86556
FF	6,81850	6,82338
Lira	1445,53	1443,10
Ir£	0,764477	0,764267
Sfr	1,73515	1,7311
ÖS	14,6761	14,6672
Peseta	140,305	140,218
Skr	7,17770	7,18079
Nkr	7,77017	7,76411
Kan-$	1,4268	1,45512
Esc	153,970	153,996
Fmk	5,10380	5,10477
Yen	168,058	168,655
Drachme	143,564	143,44

SZR-Wert

	17.11.	14.11.
Dollar	1,20321	1,20521
DM	unerh.	2,42062

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,23) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,80 (6,13). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 100,00, Rendite 5,75.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 18.11.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,141	6,70
Commerzbank	100,00	22.5.95	58,85	6,42
Commerzbank	100,00	4.8.00	40,75	6,76
Deutsche Bk. $	287,80	25.1.95	140,00	9,18
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,46	5,60
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,08	5,60
DSL-Bank R.266	100,00	1.6.95	56,63	6,75
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	51,50	7,19
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,16	6,55
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,75	7,05
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,70	6,65
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,63	7,15
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,49	7,05
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,13	7,17
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	13,60	6,95
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,61	6,65
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,95	6,47
WestLB 605	100,00	1.6.01	39,70	7,11
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,80	7,23
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,40	4,64
WestLB 501	137,01	14.2.90	116,70	5,07
WestLB 504	141,85	1.10.91	109,00	5,56
WestLB 505	143,24	1.9.92	103,75	5,74
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	113,75	6,88
Österreich	294,12	24.5.88	115,00	7,20
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	132,50	8,42
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	135,00	8,00
Prud Realty	$ 100	15.1.99	71,80	9,05
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	78,875	7,60
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	66,75	8,05
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	59,50	10,43
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	65,50	8,41
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	65,125	8,43
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.95	60,25	8,44
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	52,00	9,45
Penney (A+)	100,00	17.2.94	53,50	8,14
Sears (AA)	100,00	27.5.94	55,00	8,79
Philip Morris/A	100,00	6.4.94	52,00	9,05
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	58,50	8,58

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Odeanienagspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,75 (4,75)	100,3	101,1	102,1	103,0	104,0	104,9
2	5,03 (5,04)	99,95	101,6	103,5	105,4	107,2	109,1
3	5,38 (5,38)	98,70	101,4	104,1	106,8	109,5	112,2
4	5,78 (5,80)	96,95	100,8	103,9	107,4	110,9	114,3
5	5,98 (5,98)	95,45	100,1	103,9	108,1	112,3	116,5
6	6,20 (6,20)	93,65	99,00	103,4	108,3	113,2	118,0
7	6,50 (6,51)	91,25	96,70	102,2	107,7	113,1	118,6
8	6,80 (6,81)	88,60	94,60	101,2	106,6	112,6	118,6
9	6,90 (6,92)	86,95	93,50	100,7	106,5	113,1	119,6
10	6,95 (6,95)	85,75	92,80	100,5	106,8	113,8	120,9
15	7,18 (7,20)	79,60	88,55	98,40	106,5	115,4	124,4

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
** Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,077 (112,027)
Performance-Rentenindex: 248,961 (248,876)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

		17. Nov.
Fed Funds		6,00-6,125
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	5,85
	60–270 Tage	5,50
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,85
	60 Tage	5,80
	90 Tage	5,75
Certificates of Deposit	1 Monat	5,80
	2 Monate	5,80
	3 Monate	5,80
	6 Monate	5,80
	12 Monate	6,10
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,37
	26 Wochen	5,44
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,21
	30 Jahre	7,48
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	3. Nov.	703,4 Mrd. $ (–400 Mill.$)

NYSE-Aktienindex (New York)

Dez.	139,90	139,95
März	140,15	140,80

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Die neuen 7er

Ein gutes Drittel über der strengsten Norm. Sicher ist sicher.

Das Protokoll eines Unfalls liest sich zumeist wie eine Geschichte der verpaßten Gelegenheiten. Von Möglichkeiten, die bereits beim Bau eines Automobils ungenutzt blieben.

Denn was nützen selbst blitzschnelle Reaktionen und höchstes fahrerisches Können, wenn das Auto seinen Passagieren nicht ausreichend Schutz bieten kann.

Wenn Sie mehr über den neuen 7er BMW wissen wollen, senden Sie bitte diesen Coupon an die untenstehende Adresse. Sie erhalten dann:

☐ Videofilm VHS ☐ Beta ☐ 2000 ☐ V8 ☐ gegen Schutzgebühr von DM 16,50 incl. Nachnahmegebühr
☐ ausführliches Informationsmaterial
☐ einen Probefahrttermin.
(Zutreffendes bitte ankreuzen.)

Name:
Vorname:
Straße:
PLZ: Ort:

BMW AG, Kundeninformation CHC, Leuchtenbergring 20, 8 München 80

Deshalb buchstabieren wir die Freude am Fahren nie ohne das Wörtchen Sicherheit. Und die fängt beim neuen 7er ganz entscheidend bei einer außerordentlich steifen Karosseriestruktur an. Als Bestandteil der vorderen Knautschzone wurde ein völlig neues Deformationselement entwickelt: die Prallbox. Dieses Sicherheitselement verformt sich bei einem Crash kontinuierlich und nimmt Aufprallenergie gleichmäßig auf. So konnten die strengen US-Sicherheitsnormen nochmal um 35 % übertroffen werden. Ein Fortschritt, der für uns mit einem nochmal gesteigerten Aufprallschutz für die Fahrgastzelle zu Buche schlägt. Und für den Fahrer mit der Gewißheit, größtmögliche Sicherheit im Straßenverkehr zu besitzen.

Andere beispielhafte Schritte in dieser Richtung sind technische Innovationen wie der Ellipsoid-Scheinwerfer für noch besseres Licht auch bei schlechtester Witterung, das ergonomische Gurtsystem für besseren Schutz bei einem Seitenaufprall oder das neue Präzisionslenkerfahrwerk mit nochmal verbessertem ABS.

Weil die strengsten Sicherheitsnormen immer noch die sind, die wir uns selber stellen.

Die neuen 7er.
Kauf, Finanzierung oder Leasing – Ihr BMW Händler ist der richtige Partner.



Fortschritt und Grenzen der Genmanipulation

Gentechnik – oft verquickt mit Begriffen der Fortpflanzungsbiologie wie „Leihmutter" oder „Retortenbaby" – ist zum Reizwort geworden, das nicht nur die Gemüter von Wissenschaftlern bewegt. Wie weit darf ein Forscher bei der Manipulation von genetischem Material gehen? Reicht es aus, wenn man auf das Verantwortungsbewußtsein und die Selbstkontrollen der Wissenschaftler vertraut, oder muß der Staat hier mit Gesetzen vorbeugen?

Anwendungsbereich und Zielsetzung von Manipulationen am Erbgut – von der gentechnischen Produktion von Hormonen bis zur verbesserten Zucht von Nutztieren – sind so vielfältig geworden, daß es schwierig ist, allgemeine Regeln aufzustellen. Mit molekularbiologischen Methoden kann man heute Erbkrankheiten in einem frühen Stadium der Schwangerschaft erkennen. Professor Karl Sperling, Leiter des Institutes für Humangenetik der FU Berlin, befürwortet die Anwendung in der Diagnostik, lehnt aber eine Manipulation des

Gespräche über Recht und Gerechtigkeit – NORD III, 22.50 Uhr

menschlichen Erbgutes, wie er gegenüber der WELT äußerte, völlig ab. „Aus der Sicht der Humangenetik gäbe es auch keine Indikation dafür. Es gibt kein Erbleiden, das man an der Eizelle sinnvoll behandeln könnte. Es ist zur Zeit undenkbar, im Einzelfall gezielt eine solche Therapie vorzunehmen." Deswegen sieht Professor Sperling eine gesetzliche Regelung in diesem Gebiet als überflüssig an. „Genauso könnte man das Tomaten-Anpflanzen auf dem Mond verbieten."

Professor Albin Eser, Direktor des Max-Planck-Institutes für Strafrecht in Freiburg, hält Gesetze in bestimmten Bereichen der Gentechnik für erforderlich. „Bei harmlosen Verfahren wird man sich mit einer Selbstkontrolle der Forschung begnügen können. Wo jedoch Auswirkungen für die Bevölkerung zu befürchten sind, wird man strengere Kontrollen einführen müssen. Die Grenze zwischen reiner Grundlagenforschung und Anwendung gibt es nicht mehr. Das muß auch den Forschern bewußt sein."

ANNETTE TUFFS

Hanna Schygullas Understatement der Extreme

Stete Herausforderungen

Die Urteile über Hanna Schygulla schwanken. Sie sei die „erotischste Frau des deutschen Films seit Marlene Dietrich" lautet das eine Extrem, und das andere, sie sei ein „spröder Eisberg ohne Sex-Appeal". Im Ausland schätzt man sie mehr als bei uns. Damit ergeht es Hanna Schygulla nicht anders als vielen deutschen Darstellerinnen, die in Frankreich oder Italien beim Publikum besser ankamen oder ankommen als im eigenen Land.

Sie hat in vielen Filmen mitgewirkt, und ihr Name war eng mit dem Rainer Werner Faßbinders verbunden, der die 1943 geborene Schygulla

Mensch Meier – ARD, 21.05 Uhr

in München beim „action-theater" entdeckte und sie 1968 für sein „antitheater" engagierte. Hanna Schygulla hatte in mehr als einem Dutzend seiner Filme führende Rollen. Sie aber einzig und allein als ein typisches Faßbinder-Produkt zu bezeichnen wäre ungerecht, *obwohl sie jüngst in einem Interview des Österreichischen Fernsehens einmal mehr* beteuerte, wie wichtig die Arbeit mit Faßbinder für sie und ihre Karriere gewesen sei. Bei Faßbinder lernte sie das für sie typische Understatement.

Dadurch wirkte Hanna Schygullas Spiel oft reichlich unterkühlt und gekünstelt. Diesen Mangel an Überzeugungskraft versuchte sie durch ihre fast schwärmerische Weltentrücktheit zu kompensieren. Diese merkwürdige Gabe, die ihr oft etwas Traumwandlerisches verleiht, reizte den Italiener Marco Ferreri dann auch, ihr 1983 in *„Die Geschichte der Piera"* die Rolle einer Frau zu geben, die auf dem schmalen Grat zwischen Wahnsinn und Genialität wandelt. Die französische Presse bejubelte ihre Leistung überschwenglich und bescheinigte ihr, sie sei „Punk, Clown und Vamp" zugleich. Die deutschen Kritiker verfuhren wieder einmal weniger gnädig mit den Exaltiertheiten, die diese Rolle aus der scheinbar so emotionsarmen Schauspielerin hervorlockte. Es sei mutig gewesen, diese *Rolle* anzunehmen, war damals als höchstes Kompliment für Hanna Schygulla zu lesen.

An *Mut mangelt* es der Schygulla in der Tat nicht. Sie stürzt sich immer wieder auf Rollen, die fast konträr zu ihrem Charakter wirken. Wahrscheinlich will sie sich damit von dem übermächtigen Schatten Faßbinders befreien. Trotz ihrer Erfolge ist sie eine Einzelgängerin geblieben, schüchtern, sensibel, manchmal versponnen, meist nachdenklich. Vielleicht aber ist *Hanna Schygulla* auch nur ein typisches Beispiel für jene Art von Schauspielern, die immer nur so gut sein können, wie ihre Regisseure es sind.

Daß sie sich in ihrem jüngsten Film, in Amos Kolleks „Für immer, Lulu", an eine komödiantische Rolle herangewagt hat, ist schon eine kleine Sensation. Sie habe die ernsten *Rollen satt, sagte sie, sie wolle* endlich mehr Leichtigkeit in ihr Spiel bringen, ihre Verkrampfungen lösen.

RICHARD ALEXANDER

KRITIK

Blick zurück ohne Zorn

Das Buch zum Film heißt „Die Reise nach Pommern", erschien 1985 und stammt von Christian Graf von Krockow, dem in Göttingen lebenden Professor ohne Lehrauftrag *und Abkömmling hinterpommerschen* Adels. Auf den Spuren des Verfassers ist Wiltrud Mannfeld in die ehemals preußisch-deutsche Provinz gefahren, die sie, um nicht „entspannungsfeindlich" zu wirken, selbstredend „Pomorze" nennt. Der Film zum Buch hieß **So nah, so fern** (ZDF) und war der Versuch, die Kindheits- und Jugenderinnerungen des 1927 in der nähe von *Stolp* geborenen *Grafen* mit der heutigen Wirklichkeit zu vergleichen.

Alten Pommern, die den Film gesehen haben, muß das Herz aufgegangen sein über die spröde Schönheit ihrer einstigen Heimat. Weite, unberührt scheinende Landschaft, wogende Kornfelder, Sanddünen sind die Attribute, für die der 1648 preußisch gewordene Landstrich im Deutschen Reich berühmt war.

Daß ihn „Gefühle der Trauer, des Verlusts" beschlichen, als er den Ort der Kindheit nach vier Jahrzehnten wiedersah, war Krockow, der den Film kommentierte, deutlich anzumerken. *Im alten Patrizierhaus der* Großmutter in Stolp residieren heute die polnischen Kommunisten, und die übriggebliebene Treppe des völlig zerstörten Elternhauses auf dem Landsitz führt ins Leere! Eine Symbolik, die für sich selber spricht.

ALBAN ROTT

Haben unsere Insekten eine Überlebenschance?

Heuschreckenschwärme, wie in biblischen Zeiten, sollten heute, im ausgehenden 20. Jahrhundert, der Vergangenheit angehören und sind doch noch immer in weiten Strecken *der Erde eine Plage. Die moderne* Chemie ermöglicht, durch Gifte, sicher und flächendeckend, diese Schädlinge, wie bei uns auch die Kartoffelkäfer, die Blatt- oder Reblaus, gänzlich auszurotten. Doch sind wir, ist die Menschheit, damit glücklicher geworden? Haben wir damit den Hunger weltweit besiegt?

Joachim Bublath geht dieser Frage *nach. Die Schlacht ohne Ende* überschreibt er seine Reportage, die ihn auch nach Japan und Korea geführt hat. Um die Ernteerträge zu steigern und so dem Hunger in weiten Landstrichen der Erde Einhalt zu gebieten, wendet die moderne Landwirtschaft sogenannte Pestizide Schädlingsbekämpfungsmittel an. *Dabei sterben*

Aus Forschung und Technik – ZDF, 21 Uhr

nicht nur Schädlinge im Sinne der Landwirtschaft, sondern alle Insekten auf der bewirtschafteten Fläche.

Häufig werden Pestizide auch im Übermaß angewandt. Nachfolgende Regen schwemmen die Gifte dann in die Wasserläufe, führen auch dort, wenngleich ungewollt, zum Tod von Fischen und Kleinlebewesen. Insekten, die früher in unserer Umwelt selbstverständlich waren, sterben so aus oder sind bereits ausgestorben.

Viele Arten wurden inzwischen unter Naturschutz gestellt. Das alte Kinderlied vom Maikäferchen flieg ist bei uns schon Legende. Die Tierschützer machen Front gegen den massiven Gifttod, versuchen zu retten, wo dies noch möglich ist. Der Autor geht mit seinem *Kamerateam auch diesen* Rettungsversuchen nach: spürt Möglichkeiten der Arterhaltung auf. Dabei gelingen eindrucksvolle Aufnahmen, die zum Nachdenken anregen.

SIEGFRIED IHLE



9.45 Info: Arbeit und Beruf
10.00 heute
10.05 Sein größter Bluff
11.30 Zauberhaftes Fez

13.15 Sport-Extra
Tennis-Master-Turnier, live aus New York: Steffi Graf – Lori McNeil, Claudia Kohde-Kilsch – Zina Garrison
15.50 Tagesschau
16.00 Ein Platz für Tiere
16.45 Die Kinder vom Mühlental
17.15 Kein Tag wie jeder andere
17.30 Vorsicht: Kinder in der Kiste
Premiere eines neuen Informations-, Unterhaltungs- und Spielprogramms, in dem Kinder das vorstellen, was sie „schon immer mal im Fernsehen zeigen" wollten.
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Zirio: Leben ohne Alkohol
Beobachtungen während einer Entziehungskur
21.00 Der 7. Sinn
21.05 Mensch Meier
Gäste: Tina Turner, René Kollo, Hanna Schygulla, „A Chorus Line"-Originalensemble
22.30 Tagesthemen
23.00 Die Platzanweiserin
Von Klaus Poche
Regie: Peter Schulze-Rohr
Ausgezeichnet mit dem Preis der Deutschen Akademie der darstellenden Künste
0.35 Tagesschau
0.40 Nachtgedanken



12.10 Kennzeichen D
Deutsches aus Ost und West
12.55 Presseschau
13.00 heute

16.00 heute
16.04 Vom Urknall zum Atompilz
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Das kalte Herz (2)
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Tom und Jerry
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 S. Y. Arche Noah
19.00 heute
19.30 Wir gratulieren Peter Alexander
Anläßlich des 60. Geburtstages: Höhepunkte aus 25 Shows
21.00 Aus Forschung und Technik
Die Schlacht ohne Ende – Keine Chance für Insekten?
Von Joachim Bublath
21.45 heute-journal
22.05 ... mit dem Schlimmsten rechnen
Katastrophenschutz nach Tschernobyl
Bericht von Wolfgang Fandrich und Wolf Konerding
Was wäre, wenn sich in der Bundesrepublik ein schweres Atomreaktor-Unglück ereignete?
22.50 „Am Morgen meines Todes"
Die letzten 24 Stunden im Leben des Heinrich von Kleist
Am 21. November 1811 starb der Dichter des „Prinzen Friedrich von Homburg". Zusammen mit seiner Braut, Henriette Vogel, nahm er sich am Kleinen Wannsee bei Berlin das Leben
0.20 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 02 21/23 64 33
20.00 Tagesschau
20.15 Der Tote wohnt nebenan
Amerikanischer Spielfilm (1945)
Mit Gail Russell, Joel McCrea
Regie: Lewis Allen
21.35 Filmtip
21.45 Hauptstadtkinder
Film von Helmut Gassmann
22.15 Kulturszene extra
Wolf Biermann
0.30 Nachrichten

NORD
19.15 Deutschlands grüne Inseln
Naturpark Spessart
20.00 Tagesschau
20.15 Picone schickt mich
Italienischer Spielfilm (1984)
Mit Giancarlo Giannini, Lina Sastri
Regie: Nanni Loy
22.00 Kultur aktuell
22.50 Recht und Gerechtigkeit
0.35 Nachrichten

HESSEN
18.33 Altes Spielzeug
19.20 Hessenschau
19.35 Drei aktuell
20.00 Hat jemand meine Braut gesehen?
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit Rock Hudson
21.25 M wie Motorrad
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.28 Schwarzes Theater
18.31 Mad Movies
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Ein Walzer um den Stefansdom
Österreich. Spielfilm (1935)
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Politik/Treffpunkt/Transparent
21.45 Sport unter der Lupe
22.30 So isses
0.00 Nachrichten

BAYERN
19.00 Die Mauern von Malapaga
Ital.-franz. Spielfilm (1948)
Mit Jean Gabin, Isa Miranda
Regie: René Clement
20.25 Flash Gordon (15)
20.45 Zehn Worte der Freiheit
21.30 Rundschau
21.45 Sportrist
22.30 Z. E. N.
Lyrik: Walter Höllerer liest
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau
23.25 Die Million
Französischer Spielfilm (1931)
Original mit Untertiteln

SAT 1

15.35 Indian River
16.00 Drei Mädchen, drei Jungen
16.25 Die Waltons
Der Job
17.10 Lou Grant
Eine schwarze Nacht
18.00 Jack
18.30 blick
18.45 Aufgeblättert
Reichtum und Armut der 5th Avenue, Central Park – Oase im Chaos. New York – Mode-Metropole. Nicht nur Hot Dogs und Hamburger – dekadente Desserts
19.45 Beherrscher der Meere
Amerik. Abenteuerfilm (1959)
Mit Charles Coburn, Bette Davis
Regie: John Farrow
21.40 blick
22.15 Cliff-Richard-Konzert
22.45 Hawaii Fünf-Null
23.38 blick



19.00 Bücherjournal
20.00 Tagesschau
20.15 Der Preis fürs Überleben
Deutscher Spielfilm (1979)
Mit Michel Piccoli, Kurt Weinzierl
Buch, Regie: Hans Noever
21.50 Grund zur Aufregung
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Mit Loretta Young, Barry Sullivan
Regie: Tay Garnett
23.00 Sinfonie-Orchester Stuttgart
23.30 Nachrichten

3sat

18.00 Mini-ZiB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Der Tote in der Isar
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Was geschah wirklich mit Baby Jane?
Amerikanischer Spielfilm (1962)
Mit Bette Davis, Joan Crawford
Regie: Robert Aldrich
23.55 Nachrichten



18.15 Starmix / Regional 7
18.35 Komm mal in die Küche
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Insiders
Der Spitzenkandidat
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 So ein Affentheater
Deutscher Spielfilm (1953)
22.00 RTL-Spiel
22.05 Die 7-Minuten-Nachrichten
22.15 Popeye
22.20 Neu im Kino
23.00 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final

Klaus Mehnerts Berichte aus der Sowjetunion

Das zweite Heimatland

Als ungewöhnlich erfolgreicher Autor politischer Bücher wie als *Journalist hat sich der vor fast drei* Jahren verstorbene Klaus Mehnert in Deutschland einen Namen gemacht. Vor allem seine Darstellung des „Sowjetmenschen" – das Buch trug eben diesen Titel – erwies sich als Durchbruch in mehr als einer Beziehung. Der eigentlich konservative, der CDU und dem Adenauer-Kurs nahestehende Mehnert legte damit, wenn man so will, das *publizistische Fundament*, auf dem Jahre später Brandt, Bahr und Scheel ihre Ostpolitik aufbauten.

Die jetzt vorliegende Zusammenstellung seiner Aufsätze und Betrachtungen aus vielen Jahrzehnten ist nach seinem Tode kompiliert worden. Vielleicht ist das einer der Gründe, weshalb den Leser ein gewisses Gefühl der Zwiespältigkeit überkommt. Zu viel Unterschiedliches – in Zeit, Raum und geistigem Anspruch – wurde da in einen Band gezwängt, der, wie der Untertitel besagt, beweisen soll, daß die Russen nach den Deutschen das „zweite Volk" in Mehnerts Leben waren. Es fehlt auch *nicht eine Passage aus dem* Abschiedsbrief des bereits Todkranken, in welchem dieser eine allmähliche Aussöhnung der Deutschen mit diesem seinem „zweiten Volk" gewissermaßen als sein politisches Testament hinterläßt.



Solche Worte rühren ans Gemüt. Mehnert ist der Herkunft nach ein Rußlanddeutscher mit schwäbischem Hintergrund, ein gebürtiger Moskauer und zugleich ein Württemberger. Vieles offenkundig Gegensätzliche wohnte in ihm scheinbar unvermittelt nebeneinander: die Kenntnis russischer Weite und die Akribie, um nicht zu sagen Pedanterie des Schwabenlandes, ein gewisser deutsch-nationaler Wesenszug verbunden mit *faszinierter Hinneigung* zur russischen Seele, die sich in ebenso zahllosen wie ruhelosen Weltreisen *manifestierende innere Unrast* und eine sentimental anmutende Hinneigung zum schwäbischen Schwarzwald.

Daß Mehnerts Rußlandbild stark von autobiographischen Elementen geprägt war, läßt sich aus diesem posthum erschienenen Band deutlich herauslesen. Der Schriftsteller Werner Bergengruen sagte einmal, jeder alte Bär suche sein Leben lang nach der Höhle, in der er geboren wurde. Mehnert war zeitlebens auf der Suche nach Moskau – obwohl jenes Rußland, aus dem er stammte, eigentlich gar nicht mehr existierte, weil es in der Revolution untergegangen war.

Die Liebe dieses äußerlich eher spröde wirkenden Mannes zu Rußland ist deshalb in all den Jahrzehnten unerfüllt, unerwidert und unverstanden geblieben. Sein Versuch, die Gestalt der Tatjana aus Puschkins „Eugen Onegin" als Verkörperung Rußlands und des russischen Menschen darzustellen – er findet sich gleich am Beginn des Buches –, hat etwas zutiefst Romantisches, muß aber auch auf Skepsis stoßen. Ist dem *Rußland von heute mit seinen Atom*raketen und GULags, mitsamt Tschernobyl (das Mehnert nicht mehr erlebte) durch die Apotheose einer literarischen Frauengestalt beizukommen?

Was in diesem Buch fehlt, ist die metaphysische, tragische Dimension – wie überhaupt interessanterweise *Mehnert sich relativ wenig mit dem* Religiösen auseinandersetzt. Viele seiner meist politisch und kulturpolitisch aktuellen Beobachtungen sind treffend und verraten den Sprach- und Landeskenner. Manches allerdings ist auch schlichtweg falsch – *etwa wenn Mehnert schreibt, und* zwar 1955: „Die Sowjetunion hat sich zu der nach Amerika zweiten Industriemacht der Erde entwickelt. Noch liegt sie ein gutes Stück hinter Amerika zurück, aber der Abstand verringert sich von Jahr zu Jahr." Wie froh wäre Gorbatschow, wenn das stimmen würde!

Wenn Mehnert in einem seiner letzten Berichte aus Rußland kritiklos berichtet, es gebe in Moskau Intellektuelle, die Solschenizyn vorwerfen, warum er keine „flammenden Reden" gegen die Unterdrückung und gegen den Sowjet-Einmarsch in der *Tschechoslowakei* gehalten habe, solange er noch im Lande war, so kann man sich des Eindrucks einer gewissen *Blauäugigkeit des Moskauer* Schwaben nicht erwehren. Oder wollte hier ein Mann in der Abenddämmerung des Lebens *einfach* seinen Frieden mit den Mächtigen haben?

Wer Mehnert auf seiner wohl letz*ten Rußland-Reise erlebt hat – im* journalistischen Massentroß des deutschen Bundeskanzlers Kohl –, wurde von einer Art Wehmut befallen: Noch immer unermüdlich bewegte sich Mehnert – fast schon, als sei er nicht mehr von dieser Welt – zwischen einer Sowjetunion, die nicht mehr das alte Rußland, und einer Bundesrepublik, die so ganz anders war als das Deutsche Reich vor 1945 und vor 1933. Auch nach dem Abschied eines Rußlandkenners bleibt die russische Frage ohne Antwort.

CARL GUSTAF STRÖHM

Klaus Mehnert: „Das zweite Volk meines Lebens. Berichte aus der Sowjetunion 1925-1983." Hrsg. von Alexander Steininger und Ulrich Frank-Planitz. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart. 400 S., 36 Mark





Zwei goldene Kalkbehälter aus der kolumbianischen Quimbaya-Kultur, 600–1200 n. Chr., unentbehrlich zum Genuß der Coca-Blätter; aus der Madrileser Gastausstellung in Wien FOTOS: MAYR

„Gold und Macht": Wien zeigt Schätze aus dem präkolumbischen Amerika

Kalkmann spendet den Kokain-Rausch

Wenn eine Ausstellung sich „Gold und Macht" nennt, so er*wartet der Besucher einen überwälti*genden Reichtum an Gold, der der mehr abstrakten Darstellung der Macht zu Glanz verhelfen würde. Im Wiener Künstlerhaus ist nun eine überaus sehenswerte Ausstellung unter diesem Namen eröffnet worden, aber einen Goldrausch bietet sie bei aller Kostbarkeit der Objekte nicht eigentlich an, was sich auch darin ausdrückt, daß weniger als ein Viertel der Ausstellungsstücke aus Gold sind.

Daß Gold schon von den Indianern geschätzt wurde, beweist der Umstand, daß es vorwiegend den Vornehmen vorbehalten blieb, wie der Katalog feststellt. Und ohne diesen Katalog ist der Besucher ziemlich *hilflos*, weil die Beschriftungen der Objekte nichtssagend sind. Wer weiß schon, was ein „Kalkbehälter" – eine *kleine goldene Figur – ist? Daß es* sich um Gefäße für Kalkpulver handelt, das mit Cocablättern zusammen *zerkaut wird*, woraus ein halluzinatorischer Reiz entsteht: frühkolumbianischer Drogengebrauch!

Und wer stellt sich unter der simplen Bezeichnung „Dreispitziger Stein, 1000–1500 n. Chr." etwas vor? Erst aus dem Katalog wäre sein magischer Charakter zu erfahren: Nach der Taino-Mythologie war er dazu bestimmt, Geschlechtsöffnungen zu erbohren. Was ist ein schlangenartig geschlungenes Gefäß namens „Pajcha"? Natürlich, auch das wird rituell *gebraucht, zur Beschwörung der* Fruchtbarkeit der Erde. Es gibt ungezählte hochinteressante Objekte, man könnte bei den rund 500 Stücken Stunden und Stunden verbringen.

Was das Sexuelle betrifft, so zeigen männliche Figuren, durchwegs nackt, eine ins Lächerliche mündende Diskretion in der Darstellung, und *bei den seltenen weiblichen Figuren* befremdet Busenlosigkeit. Die bei den Alaska-Eskimos gefundenen Masken wiederum könnten Picasso angeregt haben, etwa die rot-ockerfarbene Gesichtsmaske mit einem winzigen und einem riesigen Ohr – und erschreckendem Gesichtsausdruck. Natürlich fehlen in der Ausstellung auch nicht die Porträts von Pizarro und Cortes, jedoch wird darauf hingewiesen, daß sie aus späterer Zeit stammen und kaum authentisch sind.

Es handelt sich überwiegend um Schätze aus südamerikanischen Staaten, teilweise aus frühesten Anfängen, so bei Mexiko, Peru, Paraguay, und endlich um ein Kapitel „Die Wiederentdeckung Amerikas", das den neuentflammten Forschungsdrang im vorigen Jahrhundert reflektiert. Eine bunte Palette, deren Zusammensetzung sich davon ableitet, daß im Jahre 1965 in Madrid ein „Museo de América" gegründet wurde, das zwar schon eine Sammlung besitzt, aber noch nicht als Bauwerk fertig ist. Bis dahin soll die Ausstellungsarbeit des Museums Gastausstellungen im Lande und im Ausland dienen. Man rechnet in einem solchen über Jahrtausende gehenden Haus auch zeitlich großzügig, indem man die 500-Jahr-Feier der Entdeckung Amerikas im Jahre 1992 als äußeren Anlaß der Eröffnung nennt.

Nach Wien werden die Objekte in Köln in der Josef-Haubrich-Kunsthalle und in Budapest in der Nationalgalerie gezeigt werden, jeweils wohl angereichert mit Beiträgen aus den örtlichen Museen, also in Wien aus der Sammlung Ambras und dem Kunsthistorischen Museum.

Mit besonderer Freude werden sich die Besucher den Perlmutter- und Federngemälden aus Mexiko nähern, die aus ihrem eigenartigen Material buchstäblich „glanzvolle" Effekte erzielen, wie es sie sonst nirgendwo gibt. Für Österreich ist außer dem etwas fernliegenden Termin der Entdeckung Amerikas wohl auch die Beziehung zum Drama „Das heilige Experiment" des kürzlich verstorbenen Fritz Hochwälder von Bedeutung, das die Zustände nach der Missionierung meisterhaft spiegelt. Über politi*sche Verhältnisse informiert im Kata*log eine lange Reihe lesenswerter Beiträge. (Bis 25. Jan.; Katalog 289 öS)

ERIK G. WICKENBURG

Forum des Bundes Freiheit der Wissenschaft

Ist das Abitur am Ende?

Der Bund Freiheit der Wissenschaft stellte sein diesjähriges Bildungspolitisches Forum nicht unter ein Motto, sondern unter eine Frage. „Zerbricht die Bildungslandschaft?", forschte er bei den Referenten seiner Bonner Tagung nach. Die Antworten gerieten überwiegend harsch. Peter Heesen, der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Philologenverbandes, meinte, das Thema sei im Grunde schon überholt. Der SPD kreidete er an, daß sie über Jahrzehnte das Klima für einen Konsens systematisch zerstört habe. Sie jage Chimären nach. In diesem Zusammenhang zitierte Heesen den französischen Literatur-Nobelpreisträger François Mauriac: „Der Bau von Luftschlössern kostet nichts. Aber ihre Zerstörung ist sehr teuer."

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms übte scharfe Kritik an Versuchen vor allem der nordrhein-westfälischen Schulpolitik, berufliche und allgemeine Bildung zu integrieren, zu Lasten beider Bereiche. Sie appellierte an die Kultusminister, das Fundament des Abiturs wieder zu verbreitern.

Die Hochschulen warnte sie: Wer sich jetzt einen schlechten Ruf einhandle, werde ihn nicht mehr losbekommen. Es sei Leistung gefragt: Bessere Kenntnisse, die wesentlich zügiger als derzeit üblich angeeignet werden müßten. „Der Prozeß der *ständigen Verlängerung der Erstaus*bildung darf sich nicht fortsetzen. Ich halte es nicht für vertretbar, daß die Ausbildung gleichsam zum Ersatz für berufliche Tätigkeit wird."

Hier hakte der Berliner Romanistik-Professor Klaus Hempfer ein. Er verwies auf eine Umfrage unter Studienanfängern an der Freien Universität. *Ein hoher Prozentsatz habe* mangels einer zusagenden Ausbildungsstelle den Weg an die Hochschule gewählt. Hempfer plädiert dafür, daß jede einzelne Universität Standards für akademische Fächer formuliert, da das Abitur insgesamt von einem fragwürdigen Aussagewert sei. Der Student müsse dann im ersten Studienabschnitt zeigen, ob er dem gewachsen sei.

Die Situation heute: Der Fachbereich Mathematik an der FU, so Hempfer, bietet in den Semesterfe*rien mittlerweile Schnellkurse an, um* die gröbsten Defizite auszugleichen. Einstufungstests für die Fremdsprachenkenntnisse lassen nach seinen Feststellungen „seit Ende der sechziger Jahre eine kontinuierliche Abnahme der Beherrschung sprachlicher Grundstrukturen" nachweisen.

Ist also das Abitur am Ende? So weit wollte keiner der Referenten ge*hen. Die Vorsitzenden des Bundes* Freiheit der Wissenschaft, der Schulmann Clemens Christians und der Münchner Althistoriker Professor Hatto Schmitt, argumentierten aber auf der Linie Hempfers. Sie hoffen, daß von den Hochschulen entwickelte Fächerstandards auf die Gymnasien rückwirken, Lehrer darin ermutigen, Leistung zu verlangen. Zunächst sei indes die Kultusministerkonferenz gefordert, die im nächsten Jahr eine neuerliche Reform der gymnasialen Oberstufe anstrebt.

Schmitt: „Die Devise heißt: So lange wie möglich am Abitur festhalten. Aber es muß in einer Reihe von Bundesländern wesentlich besser werden." Christians: „Falls es freilich nicht gelingt, die Meßlatte generell höher zu legen, dann ist es besser, wenn die Kultusministerkonferenz darüber auseinanderbricht. Die Folge wird ein Wettbewerb sein zwischen Bildung zu Discountpreisen und einem Leistung stimulierenden System."

In diesem Zusammenhang verwies Christians' Kollege Heesen auf Schätzungen, denen zufolge in der Bundesrepublik drei Millionen Analphabeten leben. „Während unsere großen *Redner in Sachen Schulreform die* heile Schulwelt als Ergebnis gepriesen haben, ist die Zahl der Menschen, denen unsere grundlegenden Kulturtechniken in den reformierten Schulen nicht mehr vermittelt werden konnten, stillschweigend gestiegen – und das nicht etwa in einem Staat am Polarkreis."

PAUL F. REITZE

KULTURNOTIZEN

Mit „Straßburger Fayencen aus Basler Privatbesitz", einer Sonderausstellung, ist die Keramische Sammlung des Historischen Museums Basel im „Haus zum Kirschgarten" wiedereröffnet worden.

Ein „Treffen junger Autoren" findet erstmals von heute bis zum 24. November in Berlin statt.

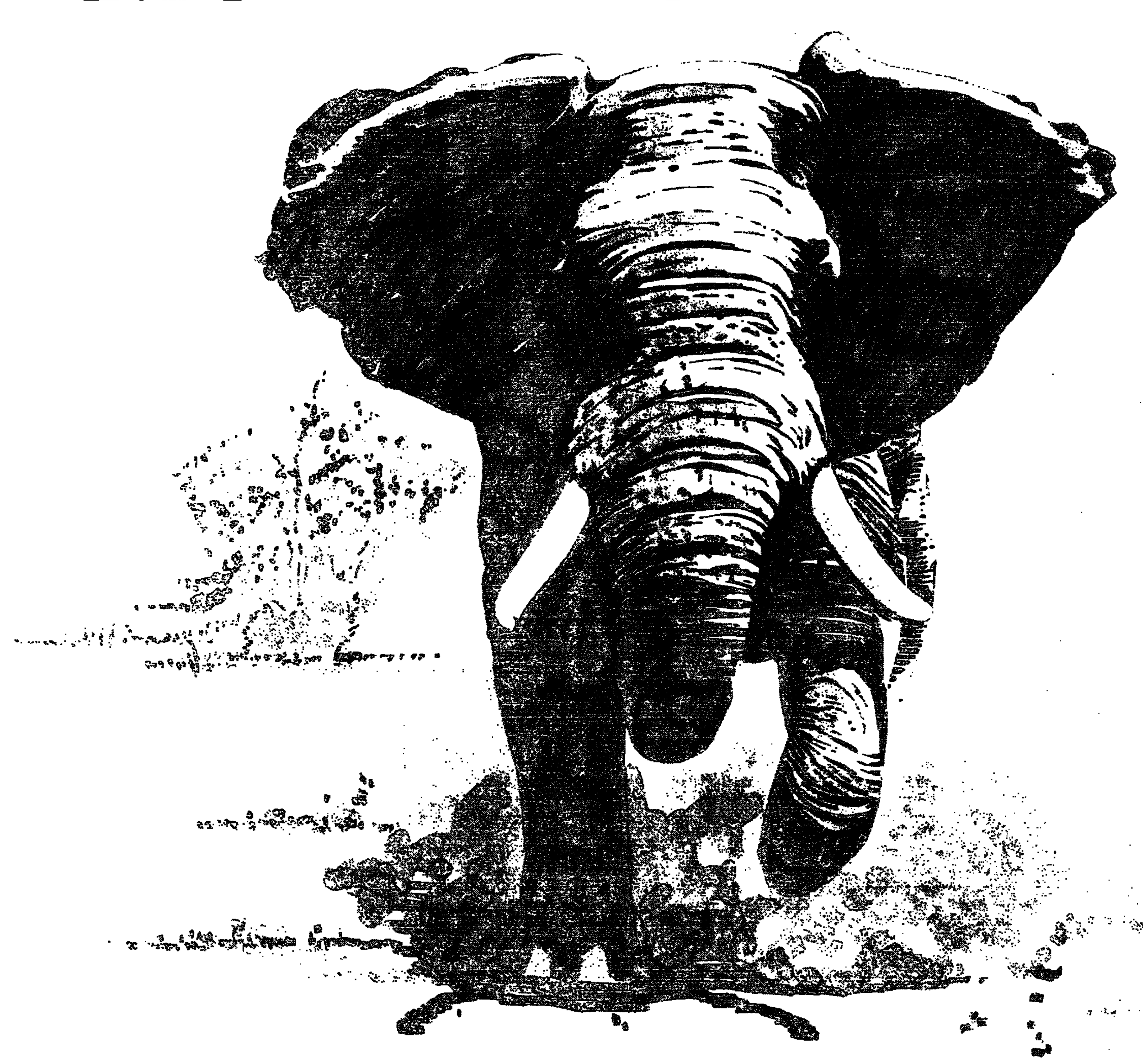
Professionelle freie Theatergruppen können sich bis zum 1. 2. 87 beim Kulturamt Dortmund (Postfach 907) um die Teilnahme am „2. Treffen freier Theater NRW" im Juni 1987 bewerben.

Schmuckstücke aus der hellenistischen Blütezeit der unteritalienischen Provinzstadt Tarent sind bis Ende Januar im Pariser Museum Jacquemart-Andre zu besichtigen.

Die Ausstellung „Jean Dubuffet et L'Art Brut" mit Werken aus New York und Lausanne wird bis 16. März 1987 in der Guggenheim Collection in Venedig gezeigt.

Ein ständiger Rat europäischer Übersetzer ist in Arles ins Leben gerufen worden; er soll helfen, die Interessen der Übersetzer gegenüber den Verlegern besser zu vertreten.

RENNEN SIE NICHT MIT DER HERDE...



MACHEN SIE SICH IHR EIGENES BILD VON SÜDAFRIKA.

Warum wollen Sie sich das Recht vorenthalten, Südafrika kennenzulernen?

Sie können doch morgen schon dort sein – mit einem Dutzend oder mehr internationaler Fluglinien.

Lassen Sie sich vom Safari-Fieber anstecken und von Städten faszinieren, die auf Gold und Diamanten gegründet wurden. Die landschaftliche Schönheit und Vielfalt werden Sie bezaubern.

Sie werden von den positiven Veränderungen, die in Südafrika vor sich gehen, angenehm überrascht sein. Allein dies zu erleben ist schon eine Reise wert.

Und gerade jetzt ist Südafrika durch den günstigen Wechselkurs von ganz besonderem Reiz für Besucher.

Erfüllen Sie sich Ihren persönlichen Traum, dieses wunderschöne Land zu erleben, und lassen Sie sich von seinem Zauber gefangennehmen.

Ausführliche Informationen darüber, was Südafrika dem Besucher zu bieten hat, finden Sie in dem neuen SAAtours Handbuch für Südafrika-Reisen.



South African Tourism Board
SATOUR
An der Hauptwache 11
6000 Frankfurt/M. 1
Postfach 10 19 40

DW 20/11

Bitte schicken Sie mir kostenlos das SAAtours Handbuch für Südafrika-Reisen 1987.

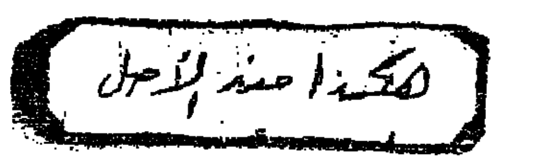
Name ______________________

Adresse ______________________

____

SÜDAFRIKA.

VIELFALT, DIE EIN WIEDERSEHEN WERT IST.



Prominente Musketiere

M. v. Z. – 150 Spieltage muß ein italienisches Theater vorweisen, um die staatliche Subvention zu bekommen. Wie macht man das in einer Kleinstadt, in der alle potentiellen Theaterfreunde nach zwei Abenden das neue Stück gesehen haben? *Beppe Navello, der künstlerische* Direktor des Stadttheaters von Aquila (70 000 Einwohner), fand eine schier geniale Lösung für dieses Dilemma: ein neues Gesellschaftsspiel für den „*beau monde*" Roms, der mit seinen schnellen Wagen in anderthalb Stunden die Abruzzen-Metropole erreichen kann.

Am 25. November soll es losgehen. *Man spielt die „Drei Musketiere*" von Alexandre Dumas in 45 Fortsetzungen. Jeweils zwei Abende hintereinander die gleichen Szenen. Vom 20. April bis 14. Mai wird die *ganze Geschichte hintereinander* gespielt. Das heißt, mit einem einzigen Schauspiel ist die Spielzeit ausgefüllt. Aber mit was für einem! Neben drei Berufsschauspielern für die Hauptrollen der Musketiere Artagnan, Athos und Porthos rezitieren umsonst – nur mit Quartier, Essen und einem Erinnerungstaler bedacht – römische Persönlichkeiten aus *Politik, Gesellschaft und* Theater.

Nachdem Minister Andreotti, der den Richelieu geben sollte, leider wegen Überbeschäftigung abgesagt hat, bleibt nur ein *leibhaftiger* Minister im Ensemble (De Michelis). Aber dafür drängen sich genug andere um die Rollen. Darunter ein kleines Regiment großer Schauspieler, zwei Parlamentarier, der Dichter Dario Bellezza, der Historiker Lucio Villari, die Pelzmoden-Schwestern Fendi und last but not least die omnipräsente Contessa Marta Marzetto, die Artagnans Mutter spielen will.

Befragt, warum er zugesagt habe, erwiderte Francesco d'Onofrio, der Koordinator der römischen Democrazia Cristiana: „Weil die Kunst der Rhetorik, die in der Politik verlorenging, im Theater gewachsen ist. Und weil ich – warum nicht? – *mir ein bißchen Propaganda ma*chen möchte."

Dem Theater kann es nichts schaden, und wer sagt denn, daß ein Politiker nicht einen guten Schauspieler abgeben kann?

Tournee: Tamara Danz

Geballte Faust beim Liebeswalzer

Schummrig düster ist es *auf* der kleinen Bühne des Kölner „Luxor". Melancholisch verhalten zirpt der Synthesizer der Gruppe. Und Sängerin Tamara Danz, in Tigerhose und hochtoupierter Haarpracht wie eine deutsche Tina Turner wirkend, skandiert dazu naiv-sehnsüchtig ihren vergeblichen Drang „in die Ferne": „Die Ferne ist, wo ich nicht bin, ich geh' und geh' und komm nicht hin ..."

Mit ihrer jetzt beendeten ersten West-Tournee in der Bundesrepublik konnten sich die aparte Tamara und ihre Mannen schon mal ein Stück „Ferne" erfüllen. „Silly" heißt die Band, in der „DDR" zählt sie seit Jahren zur Spitze. Mit dem Abwerben zweier Musiker der Gruppen „Pankow" und „Stern Meißens" unmittelbar vor der Deutschland-West-Tournee sorgte Tamara in der heimischen Szene für erheblichen Wirbel. Doch das ist sie gewohnt.

Die Diplomatentochter ist selbstbewußt genug, um auch an Verstößen wider engstirnige Funktionärsnormen noch eine diebische Freude zu *empfinden. „Ich bin so müd' von den* Zweifeln, mach' mich gesund von den Zweifeln", haucht sie im „Liebeswalzer", um gleich darauf zu beißenden Gitarrenschlägen und mächtig ballender Orgel mit geballter Faust zu tänzeln und kesse „Mädelsprobleme" zu besingen. Den Schlagzeuger stellt sie augenzwinkernd so vor: „Das ist der Mann an den Drums – das ist *anglo-amerikanisch!*"

Nein – ein verängstigtes Mädchen aus dem Osten ist Tamara ganz gewiß nicht. Sie glaube schon an den Sozialismus, berichtet sie locker einer amerikanischen *Journalistin, „aber so,* wie das heute gemacht wird", habe sie durchaus ihre Probleme. Wünscht sie sich die Wiedervereinigung? „Yes," ist die verblüffend einfache Antwort. „*Wenn man's* jedem recht macht, wird's flach," sagt sie später, im Gespräch über ihre Texte. „Doch wir scheren uns nicht so richtig drum."

Eine souveräne Vertreterin der jungen „DDR"-Generation also mit idealen Voraussetzungen für eine Karriere auch in Westdeutschland. Das merkte auch der CBS-Konzern – er *schickte seinen* Produzenten Micky Meuser ins Ostberliner Amiga-Tonstudio und nahm die neueste „Silly"-LP, „Bataillon d'Amour", gleich als Koproduktion auf. Das Publikum der letzten Tage war über „*Sillys*" *aktuel*len Rocksound mit den hintergründigen Texten überwiegend begeistert.

HERMANN SCHMIDTENDORF

Der Vater der „Bienensprache" – Zum 100. Geburtstag von Karl von Frisch

„Die Natur ist ein Ganzes"

Die Biologie werde in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts die Bedeutung haben, die die Physik in der ersten Hälfte hatte. Dies hat einst Konrad Lorenz prophezeit. Wenn man die enormen Fortschritte auf den *Gebieten der Molekulargenetik,* der Biotechnologie, der Hirnphysiologie, der Verhaltensforschung und anderer Disziplinen betrachtet, scheint sich diese Voraussage tatsächlich erfüllt zu haben.

Dabei ist die Biologie eine der jüngsten Fachbereiche der Naturwissenschaften. Noch vor gut 100 Jahren gab es keine eigenständige Wissenschaft des Lebendigen. Daß die Biologie sich als eigenständiges Fach durchsetzen konnte, beruht nicht zuletzt auf der Leistung herausragender Forscherpersönlichkeiten. Einer von ihnen war der Zoologe Karl von Frisch, dessen Geburtstag sich heute zum einhundertsten Mal jährt.

Mit dem Namen von Frisch verbindet sich ein *entscheidender Wandel* der Biowissenschaft: der Aufbruch von der beschreibenden Naturforschung zur experimentellen und kausalanalytischen Wissenschaft. Zu*gleich entwickelte die junge Wissen*schaft eigenständige Fragestellungen, die sich grundsätzlich von denen der Chemie und Physik unterschieden. Die neue Entwicklung begann *vor allem auf den Gebieten der Evolu*tionsforschung und der Zell- und Entwicklungsphysiologie. Letztere mündete schließlich in den revolutionierenden Entdeckungen der Molekularbiologie und Genetik.

Von Frisch verdankt die Biologie einen weiteren Schritt, der zur vergleichenden Sinnes- und Verhaltensphysiologie führte. Ausgangspunkt war dabei für ihn stets die Beobachtung des Verhaltens von Tieren. So erregte schon zu Beginn seiner Laufbahn die allgemein in der Wissenschaft vertretene These, wirbellose *Tiere seien farbenblind, seinen Wi*derspruch. Gegen erhebliche Widerstände damaliger Koryphäen wies er in langwierigen Dressurversuchen nach, daß Bienen Farben unterscheiden können. Er fand heraus, daß das Spektrum des sichtbaren Lichts bei diesen Tieren gegenüber dem des Menschen verschoben ist: Bienen können kein rotes Licht, dafür aber ultraviolettes wahrnehmen.

Mit Karl von Frischs Namen eng verbunden ist vor allem die Entdeckung der „Bienensprache". Mit Hilfe eines Tanzes, der nach genau festge*legten Regeln abläuft, können Arbei*terinnen ihren Stockgenossinnen mitteilen, daß sie eine Futterquelle gefunden haben und wo diese liegt. Später entdeckte Frisch, daß Bienen *auch das polarisierte Licht, also die* Schwingungsrichtung der Sonnenstrahlung, wahrnehmen und sich danach orientieren können. Im Jahre 1973 erhielt von Frisch den Nobel*preis für Medizin und Physiologie*, zusammen mit Konrad Lorenz und Nikolaas Tinbergen. Damit wurden die grundlegenden Arbeiten der drei Wissenschaftler auf dem Gebiet der *Verhaltensforschung* gewürdigt.

Für Karl von Frisch war Forschung zeitlebens vor allem eine Befragung und Entdeckung der Natur. Er war Zoologe aus Berufung, auch wenn er zunächst Medizin studiert hatte, weil die Zoologie damals eine brotlose Kunst zu sein schien. Bei seinen Forschungen verlor er nie das Tier als Ganzes aus den Augen. Dies zeigt sich nicht zuletzt an seinen populärwissenschaftlichen Büchern, etwa den „Zehn kleinen Hausgenossen", in dem er in amüsanter Form das Leben von typischen „Hausschädlingen" schildert, oder dem Buch „Tiere als Baumeister".

Die um sich greifende Spezialisierung, die – wie andere Wissenschaf*ten auch – die Biologie in den letzten* Jahrzehnten erfaßt hat, ließ diesen Blick oft verlorengehen. Hinzu kommt, daß die Biologie, nachdem sie sich am Beginn ihrer Karriere von den alten *Naturwissenschaften* – der Chemie und Physik – losgelöst hatte, wieder zunehmend auf diese zurückgriff. Ob dieser sogenannte Reduktionismus (oder Physikalismus) notwendig und möglich sei, ist seit einigen Jahren in der Biologie heftig umstritten.

Lange herrschte die Ansicht vor, daß es „Gesetze", wie sie typisch für die Physik sind, in der Biologie kaum gibt. Verallgemeinerungen in der Biologie seien fast ausschließlich probabilistischer (wahrscheinlicher) Natur, schrieb etwa Ernst Mayr.

Dennoch finden sich zahlreiche Be*reiche, in denen eine Erklärung* der Phänomene (wenigstens heute) nur noch mit Hilfe chemischer oder physikalischer Beschreibungen möglich sind. Dies gilt für die Physiologie, von *Frischs eigenes Fach, ebenso wie* etwa für die Molekularbiologie. Man kann wohl davon ausgehen, daß alle biologischen Phänomene grundsätzlich auf die bekannten Gesetzmäßig*keiten der Physik zurückgeführt* werden können. Grenzen sind dieser Reduktion „nur" durch die Komplexität der Lebenserscheinungen gesetzt, die verhindert, daß jeder einzelne Schritt *einer zusammenhängenden Kette* von Abläufen physikalisch beschrieben werden kann.

So erscheint es z. B. völlig ausgeschlossen, die hochkomplizierten ge*hirnphysiologischen Abläufe*, die das Verhalten eines Tieres steuern, mit Hilfe simpler physikalischer Gesetze zu beschreiben. Oder wie Carl Friedrich von Weizsäcker schrieb: „Wenn der *Physikalismus korrekt ist*, so ist auch eine Brüllaffenfamilie im Urwald im Prinzip eine Lösung der Schrödinger-Gleichung; (aber) niemand wird versuchen, sie rechnerisch aus der *Gleichung* abzuleiten." *Deshalb* spricht *man heute* vielfach nur noch vom „methodologischen Reduktionismus". Bernd-Olaf Küppers beschreibt ihn so: „Er bezieht sich allein auf die Forschungsmethoden und geht davon aus, daß ein tiefergehendes, das heißt ein über die deskriptiv experimentelle Ebene hinausgehendes Verständnis der Lebenserscheinungen letzlich nur im Kontext von Chemie und Physik möglich ist."

Aufgabe der Biologie ist es also vor allem, Methoden und Begriffe zu liefern, mit denen die komplexen Erscheinungen im Reich des Lebendigen beschrieben werden können. Wie erfolgreich sie darin ist, zeigen nicht zuletzt die *großen Erfolge* der angewandten Biowissenschaften, vor allem der Biotechnologie. Hinzu muß jedoch eine Rückbesinnung – ganz im Sinne Karl von Frischs – auf die Na*tur als Ganzes kommen, als* Netzwerk, in dem die einzelnen Teile sich gegenseitig beeinflussen und voneinander abhängig sind.

LUDWIG KÜRTEN

Begründer der experimentellen Biologie: Karl von Frisch im Labor FOTO: ARCHIV

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Die Zweimonatsschrift „Das Argument"



„Hurra, der 8. Mai ist nie vorbei!"

Von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug herausgegeben, dreht *die* Zweimonatsschrift „Das Argument" (Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65) als integral-marxistische Schrittmacherin einer nicht selten arg zerstrittenen Bewegung seit 1958 Runde um Runde. Sie wurde vom damals 22jährigen Haug, heute wohlbestalltem Philosophieprofessor der FU Berlin, im Zuge der studentischen „Kampf-dem-Atomtod"-Bewegung gegründet. Sie strampelte sich im Auf der Studentenrevolte, Remarxisierung und Kulturrevolution ebenso ab wie im Ab der Tendenzwende und der „*Reagan-Revolution*". Ihre heutige Lage spiegelt sich recht deutlich in einem Satz aus dem neuesten Heft (158): „Nur die Macht der Linken ist ein Gradmesser ihrer Gesundung". Offenbar stehen langwierige Kuren ins Haus.

Vor fünf Jahren gelang den „Argument"-Frauen, eine „Quotierung" durchzusetzen, die einer „Autonomen Frauenredaktion" ein Drittel der Seiten überließ und so dem „Zugriff der allgemeinen Redaktion entzog". Es gab „Konflikte, Überforderungen, Brüche", doch winkt noch immer das hohe Ziel, an der Beseitigung der Theorie als „männlicher Domäne" mitzuwirken.

Quotiert ist in Heft 158 nur der Buchbesprechungsteil. Feministisches bietet daneben noch ein Interview mit der einst hochrangigen KPI-Funktionärin Rossana Rossanda, *die jedoch von der Politisierung* der Frauen wenig hält:

„Wie im Leben, darf man auch in der Politik nicht erst Jahre nach einer Verabredung ankommen: *Die Republik hat die Frauen so lange warten* lassen, daß diese, als sie schließlich zur Verabredung kamen, nicht mehr verliebt waren, wie einst die Sufragetten-Großmütter ... Die Frauen schätzen die alte Ordnung nicht, aber deswegen stürzen sie sie nicht um."

In einem Beitrag „Vom totalen Markt zum totalitären Imperialismus" demonstriert Prof. Hinkelammert von der Universität Tegucigalpa (Honduras), der zur 7. „Volksuni" nach West-Berlin angereist kam, die Hohe Schule der Verschmelzung von marxistischer Ideologiekritik und Theologie der Befreiung:

„Die Institution Markt wird zum Sitz der Vollkommenheit in der Welt, die sich aber nicht aktualisieren kann, weil sie durch Böswillige daran gehindert wird. Sie muß also im Namen ihrer Vollkommenheit gnadenlos durchgesetzt werden."

Die totale Marktgesellschaft der Neo-Liberalen verbinde sich im amerikanischen „Konservatismus der Massen" mit der christlich-fundamentalistischen Vorstellung vom Armageddon, der Endschlacht, die die Wiederkehr Christi ankündigt. „Der Atomkrieg selbst wird damit zur wahren Hoffnung... Sowohl Reagan als auch Weinberger machen sich derartige Visionen weitgehend zu eigen."

Doch nicht nur in Lateinamerika sieht „Das Argument" einen linken Silberstreifen am Horizont. In „Die *neuen Deutungskämpfe um Anti/ Fa*schismus" meldet Haug, daß die lange gesuchten „hegemoniefähigen Elemente einer linken Alternative" endlich in Gestalt von Antifaschismus und Antirassismus gefunden worden seien. Die „Schlußstrich-Strategie" der „Neo-Koservativen" sei durch die Weizsäcker-Rede zum 8. Mai zerschlagen worden. Jetzt könne man mit Gollwitzer triumphieren: „Der 8. Mai ist nie vorbei" und darangehen, den „Zusammenbruch, ohne den es keine ‚Befreiung geben kann'" (Ridder), erst noch herbeizuführen.

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Paul McCartneys neue Schallplatte „Press to Play"

Lupenreiner Leicht-Pop

Nun ist es auch schon 16 Jahre her: Die Beatles hatten sich getrennt, Harrison, Lennon und McCartney wanderten auf freien Füßen einer jeweils neuen Erfolgsetappe entgegen, derweil Ringo Starr mit festem Blick aufs Kino schielte. John Lennon ist erschossen worden, George Harrison reihte sich ohne zu murren ins zweite Glied ein, derweil Paul McCartney stetig an einer Solo-Karriere bastelte. Mit seinem einmaligen Sinn für zarte Balladen, witzige und oft gar poetische Texte und für den Einsatz jeweils neuer, noch unbewährter Techniken und Effekte traf er immer wieder den Nerv dessen, was das Publikum begehrte.

Sein neuestes Album mit dem schillernd-mehrdeutigen Titel „Press to Play" (EMI 062 24 0598 1) ist wieder so ein *Hitgarant, und* das von der Plattenhülle bis zur letzten Rille. Vorn drauf sind Paul & Linda, und innen drin zehn Stücke zwischen Balladen, Reggae-Anklängen, lupenreinem Leicht-Pop, knackigem Rock und manch hübschem elektronischem und auch anderem Experiment – aufgenommen erstmals im eigenen Studio und mit kunterbunter bis illustrer Besetzung und einem Co-Autor, Eric Stewart. Mit von der Ohrenschmaus-Partie sind etwa Pete Townsend, Phil Collins, Dick Morrisey, Ray Cooper und Jerry Marotta, alles Leute mit Lexika-Referenzen und professionellem Know-how.

Kurzum: Wieder ein gelungenes Album, dem zwar vielleicht solche Höhepunkte fehlen wie „London Town" oder „With a Little Luck" der letzten Jahre, das doch aber fast durchweg mehr wert ist als ein buntes Sträußchen Dinner Music. Denn wie so oft bei Mr. McCartney lohnt es auch hier, mehrmals hinzuhören, um so richtig auf die Feinheiten und damit den Geschmack zu kommen.

ALEXANDER SCHMITZ



Ein Platten-Traumpaar in Cover-Pose: Paul und Linda McCartney FOTO: AP



Tanz mit dem Tod: Serge Campardon und Lynne Charles in einer Szene aus Béjarts „Malraux" FOTO: TRM

Brüssel: Maurice Béjarts „Malraux" uraufgeführt

Illustriertes Dichterleben

K*aum ist Brüssels Oper aus dem* Cirque royal aus- und wieder in ihr Théâtre de la Monnaie eingezogen, kehrt auch schon Maurice Béjart in den Zirkus zurück, die Stätte der *größten Triumphe seines „Ballet du* XX siècle". Auf dem Programm: „Malraux oder Die Metamorphose der Götter", die Uraufführung eines neuen, abendfüllenden Stücks Tanztheater in der Tradition von Béjarts biographischen Balletten. Es hat ja beispielsweise einen „Baudelaire" gegeben oder einen „Nijinsky", immer nach dem Muster eines in Szenen zerlegten, illustierten Lebens.

Auf Malraux mußte Béjart wohl über kurz oder lang kommen. Béjarts Denkweise, ja seine gesamte künstlerische Entwicklung, berührt sich mit der des Schriftstellers an mancherlei Punkten. Da ist das Pathos der Revolution, die Malraux in China gepriesen hat, damals im Kampf zwischen *Mao und Tschiang Kai-schek, und die* Béjart immer wieder tänzerisch gefeiert hat, man denke nur an die Guerrilleros im „Feuervogel", an seine vielen Ché-Guevara-Zitate.

Wie der große Franzose ist auch Béjart in die Mythen des Fernen Ostens verstrickt, ihr Denken in jahrhundertelangen Kreisläufen, ihre Erhabenheit über die Unbill von Alltag und Gegenwart. Und wie aus dem sozialistischen Kämpfer Malraux später de Gaulles Kulturminister wurde, so wurde aus dem aktivistischen Tanz-Revolutionär Béjart der Zeremonienmeister königlicher Tanz-Festivitäten. Vielleicht kommt Malraux' letzter Lebensabschnitt, der des konservativen Kulturpolitikers, eben deswegen ein bißchen zu kurz bei Béjart.

Aufhänger gibt es genug für eine musikalisch-tänzerische Annäherung an Malraux. Hat der nicht in seinen „Antimemoiren" geschrieben: „Der Tanz der Götter ist eine Verherrlichung der Geste so wie die geistliche Musik eine Verherrlichung des Wortes ist." Oder in seiner „Condition humaine": „Allein die Musik kann vom Tode sprechen." Da wären wir also schon wieder ganz bei den stets wiederkehrenden Béjart-Themen von Tod und Wiedergeburt, von Eros und Thanatos.

Ja, dieses „Malraux"-Ballett paßt beinahe zu *einfach* in alle Bejartschen Denk- und Theatermuster, um wirklich gelingen zu können. „Malraux" ist der äußerlich virtuose, doch gedanklich leere Versuch, noch einmal *an den großen Stil der Béjart-Spekta*kel der siebziger Jahre anzuknüpfen.

Der Held, das ist Malraux (Jorge Donn tanzt ihn), begegnet dem Tod, verkörpert von Lynne Charles. Doch der Tod hat noch Zeit, ein ganzes Leben lang. Aber er wird immer wiederkehren während dieses Lebens und seine Rechte anmelden. Am Ende des Dichterlebens begegnet der Held einem Knaben: Auch das nur eine Verkleidung von Madame Mort.

Béjart teilt den Malraux in fünf Charaktere auf, neben dem Helden tritt er als Abenteurer, als Exzentriker, als Schriftsteller und als Teufel auf: Personalisierte Charakterfacetten, die leichter im Tanz zu formulieren sind als ein komplexes Persönlichkeitsbild und die mit seinem schriftstellerischen Œuvre korrespondieren. Diesem facettierten Malraux also begegnen wir in China und Indien, in den Nachtbars und Tingeltangels, auf den Kriegsschauplätzen des Fernen Ostens und des spanischen Bürgerkriegs, in dem er als Flieger der Legion Condor konfrontiert wird, während Zarah Leander singt, sie wisse, daß einmal ein Wunder geschieht.

Den theoretischen Überbau von Revolution und Terrorismus bestreiten in den China-Episoden die verbal *debattierenden Alter-Egos Malraux'*, Kyo und Tchen, die ja auch in seiner „Condition humaine" argumentieren. Aber daß diese Revolutions-Revue wirklich zum todschicken Theater-*Vergnügen wird, das ist dann doch* weniger Bejarts Verdienst als das des Mode-Designers Gianni Versace, der den Bardamen und Kriegshelden, den Göttern und Literaten seine *breitschultrigen Jacken, weitbeini*gen Hosen und raffiniert geschlitzten Kleider angemessen hat. Und dabei Schnitte und Stoffe mit jener Kühnheit wagen konnte, die sich im *Boutiquen-Prêt-à-porter wohl doch* verbietet. Was der Malrauxschen Ästhetisierung des Terrorismus eine aparte Doppelbrechung gab.

REINHARD BEUTH

Weitere Aufführungen: 20. 21. u. 22. November

Murakamis Trickfilm „Wenn der Wind weht"

Rein in den Papiersack!

Wir sind in England, inmitten einer *grünen und blühenden* Landschaft, bei Jim Bloggs und seiner Frau Hilda. Und weil die Landschaft immer grün ist, weiß man nicht, wann wir die Bloggs eigentlich treffen. *Einfache Leute sind das: Jim* ist längst Rentner, und er leidet ein wenig darunter, daß seine Frau vom Haushalt wie besessen ist. Doch es ist Krieg.

Eine Atommacht bedroht England, und die Bloggs erhalten – wie alle anderen auch – eine jener Drucksachen, aus denen hervorgeht, wie man sich im Falle eines Raketenangriffs *verhalten solle. Nicht gerade die* Sache mit der über den Kopf zu haltenden Aktentasche, aber so ähnlich. Sie bauen sich einen Verschlag, sie versammeln alle möglichen Doku*mente in einer* Schachtel, sie stellen Papiersäcke bereit, in denen sie sich verbergen könnten.

Das ist die Lage in dem Film „Wenn der Wind weht" von Jimmy T. Murakami nach einem Buch von Raymond Briggs, produziert von John Coates – eben jenem, der einst mit den Beatles „Yellow Submarine" machte, schon damals mit Murakami. Denn „Wenn der Wind weht", so benannt nach einem englischen Kinderlied, ist ein Zeichentrickfilm, der sich von allen bisherigen nur darin unterscheidet, daß er mit dem Entsetz*lichsten Spott treibt.*

Jedenfalls sieht es so aus – etwa wenn das Radio einen Raketenangriff meldet und Hilda noch schnell die Wäsche abnehmen möchte. Denn Jimmy Murakamis manchmal ganz simpel, um nicht zu sagen primitiv gezeichnete und gerade dadurch raffinierte Bilder registrieren nur, was geschehen könnte – und wie sich die Menschen danach verhalten. Sie wundern sich, daß das Alltäglichste und Gewohnte plötzlich fehlt – keine Nachrichten im Radio, kein Wasser, das Telefon geht nicht.

Sie fangen Regenwasser auf – „es gibt nichts Gesünderes!" –, aber sie kochen es ab. Und wenn die sogenannten „Spätfolgen" auftreten, trösten sie sich damit, das komme wohl von den Konserven, die sie essen – „ich mache mir gar nichts aus Konserven", sagt Hilda.

Der außerordentlich gekonnte Film, in den auch Fotos hineingeschnitten sind, illustriert also nur, was Albert Einstein formulierte: Daß die Atomspaltung „alles verändert hat, nur nicht unsere Art zu denken". Die Bloggs verhalten sich wie im letzten Krieg, und gerade das macht den Film so entsetzlich.

HORST ZIERMANN

JOURNAL

Wirtschaftsmäzene über Kulturförderung

dpa, Brüssel

Repräsentanten der Wirtschaft aus fünf europäischen Ländern haben in Brüssel über Kooperationsmöglichkeiten bei der Kulturförderung gesprochen. Wie der Kulturkreis im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) mitteilte, war dies das erste Treffen seiner Art auf europäischer Ebene.

Kleist-Gesellschaft tagt in Berlin

dpa, Berlin

Erstmals mit einem Teilnehmer aus der „DDR", dem Präsidenten der Goethe-Gesellschaft in Weimar, Karl-Heinz Hahn, hat im Berliner Schloß Charlottenburg die Jahrestagung der Heinrich-von-Kleist-Gesellschaft begonnen. Zur Debatte stehen unter anderem „Kleists Familienmodelle", „Justizkritik im ‚Zerbrochenen Krug'", „Kleists Religionskritik" und „Das Thema des Volksaufstandes in Werken Kleists". Den mit 25 000 Mark dotierten Kleist-Preis 1986 erhält die 1945 geborene Autorin Diana Kempff.

Neue Studiobühne für Wiener Staatsoper

dpa, Wien

Die Wiener Staatsoper hat für ihren Nachwuchs jetzt eine Studiobühne gefunden. Die jungen Sänger können künftig auf der Bühne des Theaters im Wiener Künstlerhaus, das bisher von den in Konkurs gegangenen „Komödianten" genutzt wurde, vorstellen. Im Frühjahr will die Staatsoper dort Udo Zimmermanns Oper „Die Weiße Rose" zeigen.

„DDR"-Theater gibt Gastspiel in Hannover

DW. Hannover

Nach Abschluß des innerdeutschen Kulturabkommens war Hannovers Schauspiel die erste bundesdeutsche Bühne, die in der „DDR" gastierte, *und zwar in Chemnitz* (Karl-Marx-Stadt). Im Gegenzug sind die Chemnitzer Bühnen nun zu Gast in Hannover. Bis Sonntag sind zu sehen: „Mein blaues Klavier" (Schwitters-Hommage, 20. 11.), „Der Biberpelz" von Gerhart Hauptmann (21. u. 22. 11.) und „Bruder Eichmann" von Heiner Kipphardt (23. 11.).

Neue Auktionsrekorde für Moore und Mondrian

upi, New York

Neue Höchstpreise für Kunstwerke unter anderem von Mondrian, Renoir, Miró und Moore erbrachte eine Versteigerung von Sotheby's in New York. 5,06 Millionen Dollar zahlte ein Kunsthändler für das 1938 entstandene Gemälde „Komposition in einem Quadrat mit roter Ecke" Piet Mondrians. Der bisherige Rekord für ein Werk Mondrians hatte bisher bei 2,15 Millionen Dollar gelegen. Der in diesem Jahr gestorbene britische Bildhauer Henry Moore ist ebenfalls weiter im Wert gestiegen: Seine Bronzeskulptur „festival reclining figure" (1951) fand für 1,76 Millionen Dollar einen Käufer. Auch die primitive Kunst scheint im Kurs zu steigen. So wurde eine aus dem 18. Jahrhundert aus Afrika stammende Bronze-Statue eines Boten für 792 000 Dollar von einem New Yorker Händler im Auftrag eines europäischen Sammlers ersteigert. 3,63 Millionen Dollar erzielte eine Zeichnung Leonardos bei der Versteigerung der Meisterzeichnungen aus der Gaines-Collection bei Sotheby's; über deren weitere Resultate berichtet die WELT am Wochenende auf ihrer Kunstmarkt-Seite.

A. Tansman gestorben

AFP, Paris

Der aus Polen gebürtige, seit 1919 in Frankreich lebende Komponist Alexandre Tansman, dessen Oper „Der Schwur" auch in Deutschland verschiedentlich aufgeführt wurde, ist 89jährig in Paris gestorben. Tansman galt als einer der führenden Vertreter der musikalischen Ecole de Paris.

Roger Ikor tot

dpa, Paris

Der französische Schriftsteller Roger Ikor ist im Alter von 74 Jahren an einem Krebsleiden gestorben. Ikor erhielt 1955 für „Les eaux melées" den Prix Goncourt. Das Werk ist der zweite Teil einer autobiographisch inspirierten Chronik einer von Rußland nach Frankreich emigierten jüdischen Familie.

Harry Goldschmidt †

dpa, Berlin

Der Nestor der Musikwissenschaft der „DDR", Prof. Harry Goldschmidt, ist im Alter von 76 Jahren in Dresden unerwartet gestorben. *Goldschmidt* hatte noch am Dienstag auf einer zur Zeit in Dresden stattfindenden wissenschaftlichen Konferenz zum 200. Geburtstag des Komponisten Carl Maria von Weber einen Vortrag über die „Wolfsschlucht – eine schwarze Messe?" gehalten.

Die Mär von den schönen Bestien im Vorzimmer

GISELA KRANEFUSS, Hamburg

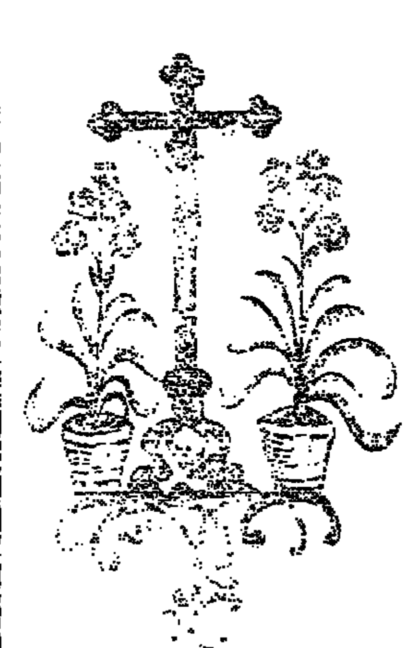
Seinen 30. Geburtstag feiert morgen der Deutsche Sekretärinnenverband (DSV) mit Sitz in Mannheim. Kaum ein Berufsbild ist in Film und Fernsehen je so verfälscht oder karikiert dargestellt worden wie das der Sekretärin. Entweder sitzen sie wie schöne Bestien im Vorzimmer von Ewing-Oil in Dallas und nennen ihren Boß ganz lässig J. R., oder sie werden als frustrierte ältliche Damen vorgeführt. Diese Bilder sollten wohl endgültig korrigiert werden.

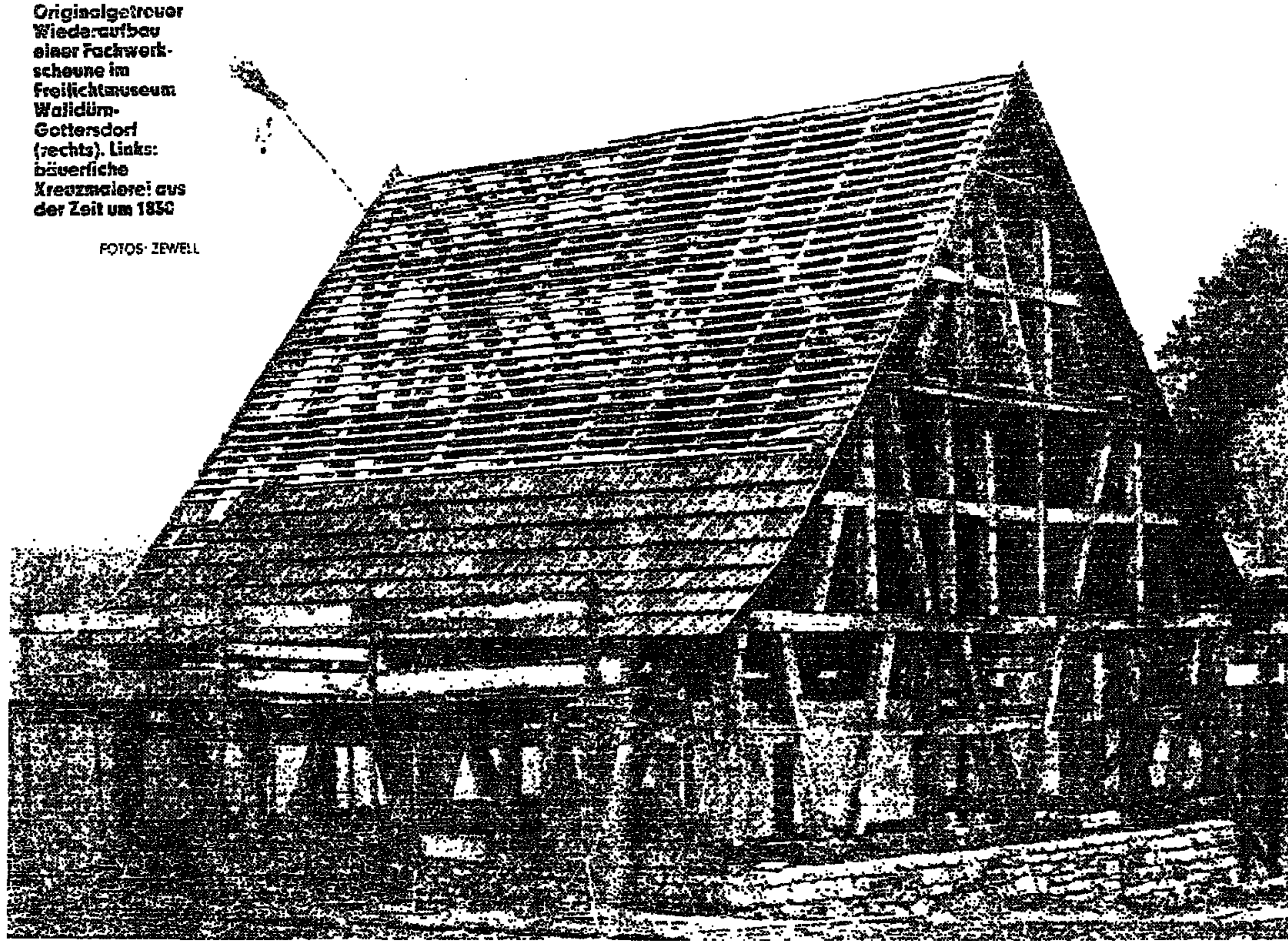
Die Realität: In verantwortlichen Positionen tätige Sekretärinnen sind in vielen Unternehmen die „grauen Eminenzen", wobei die Farbe Grau nichts mit dem Aussehen der Damen zu tun hat, sondern auf ihre Hintergrund-Kompetenzen hinweist. In Hamburg buchstabierte die Bundesvorsitzende des DSV, Annemarie Weighardt, das Wort Sekretärin auf eigene Art: S = Selbständigkeit, E = Einsatzfreude, K = Kontaktfähigkeit, R = rationelle Arbeitsweise, E = Einfühlungsvermögen, T = Toleranz und Taktgefühl, A = Aufgeschlossenheit, E = Eigeninitiative, R = rhetorische Begabung, I = Intelligenz, N = Natürlichkeit und Niveau.

Die Bundesvorsitzende des Verbandes weiß, wovon sie spricht. Seit 25 Jahren gehört sie dem DSV an, seit 1977 steht sie an dessen Spitze. „Inzwischen haben wir viel erreicht. Wir sind der führende, unabhängige Verband zur Förderung und Entwicklung des Berufs ‚Sekretärin' in der Bundesrepublik und West-Berlin. Wir sind seit 1930 Mitglied im Deutschen Frauenrat und im Europäischen Schulverband FEDE sowie im EAPS (European Association of Professional Secretaries)."

Mitgliedschulen können in 44 deutschen Städten und Arbeitsgemeinschaften in 18 weiteren besucht werden, um das Ziel „geprüfte Sekretärin" nach zwei Jahren zu erreichen. Ein Erlaß der Rechtsverordnung von 1975 unter Mitwirkung des DSV führte zu dem anerkannten Abschluß. Mehr als 35 000 Frauen haben bis heute Prüfungen abgelegt, die sie nicht nur als Sekretärin, sondern auch als Fremdsprachen- und Europa-Sekretärin oder Direktionsassistentin ausweisen.

Als Alternative zum Studium bietet der DSV in zehn Schulen in der Bundesrepublik in fünf Semestern die Ausbildung zur Europa-Sekretärin an. „Diese Möglichkeit wird in mehreren Ländern angeboten", betont Frau Weighardt. „Die Damen sind von ihren Fähigkeiten her also austauschbar. Die Aufstiegschancen sind sehr gut, die Dotierung entsprechend. Wesentliche Zielsetzung bleibt für uns die Qualifizierung der Sekretärinnen auf einem hohen Niveau, ihre Anerkennung als Fachkraft und ihr Status als Partner im Management."





Originalgetreuer Wiederaufbau einer Fachwerkscheune im Freilichtmuseum Walldürn-Gottersdorf (rechts). Links: bäuerliche Kreuzmalerei aus der Zeit um 1850 FOTOS: ZEWELL

Heimat – das Wort hat wieder Klang. Das gilt auch für die 844 Heimatmuseen zwischen Flensburg und Füssen. Im vergangenen Jahr konnten sie 12,8 Millionen Besucher zählen, 600 000 mehr als 1984. Eines der größten Projekte entsteht zur Zeit in Walldürn.

„Bauernhäuser sind keine Kulturdenkmäler"

RUDOLF ZEWELL, Walldürn

Wer kratzt, der findet. So oder ähnlich muß der Restaurator gedacht haben, als er begann, im ehemaligen Haus eines Großbauern in Gottersdorf Schicht für Schicht den Putz von den Wänden abzutragen. Unter der zwölften Schicht wurde er fündig. Was da zutage kam, überraschte selbst ihn: Von Ornamenten umgeben erschienen in spätbarocker Manier gemalte Medaillons mit Bildern der „Nothelferinnen" Katharina, Margarethe und Barbara.

Kunsthistorisch mögen diese unbeholfen wirkenden Wandmalereien unbedeutend sein, für Volkskundler aber haben sie einen hohen Wert. Der Fund ließ den Restaurator nicht ruhen. So wurden auch in anderen Räumen des „Hauses Schüßler" Dekorationen, verschiedene Entwicklungsstufen der Schablonen- und Rollenmalerei sowie frühe Tapetenmuster zutage gefördert: eine wohl einzigartige Dokumentation bäuerlicher Wanddekoration vom Anfang des 18. Jahrhunderts bis in die 60er Jahre unseres Jahrhunderts.

Das „Haus Schüßler" ist als großbäuerlicher Hof Bestandteil des neuen „Freilichtmuseums Neckar-Odenwald", eines Projekts, das im Weichbild der Ortschaft Gottersdorf bei Walldürn auf einer Fläche von etwa 25 Hektar entstehen soll und finanziert wird durch das Land Baden-Württemberg, den Neckar-Odenwald-Kreis, einen freien Trägerverein und Spenden. Zwei Fachwerkhäuser und eine Scheune stehen bereits, noch etwas verloren, im weiten, von Wald eingesäumten Rund.

Doch die numerierten Balken, Kisten mit „Biberschwänzen" (Dachziegel), Bruchsteine und ganze Fachwerkwände lagern schon abseits und warten auf die Trupps der Maurer und Zimmerer. Etwa 20 Jahre wird es dauern, bis hier die ländliche Kultur- und Sozialgeschichte Nordbadens in Form dreier „Dörfer" (Odenwald, Unterer Neckar, Bauland) mit allem Drum und Dran wie Rathaus, Schule, Handwerksbetrieben, Mühlen greifbare Wirklichkeit und begreifbare Geschichte wird.

Was soll ein künstliches Bauerndorf inmitten höchst lebendiger Bauerndörfer, wird sich mancher fragen. Ein Millionenaufwand für einen rustikalen Ausflugstip. Die Fakten sprechen dafür. „In zwanzig Jahren", so Thomas Naumann, wissenschaftlicher Leiter des Freilichtmuseums, „werden hier sich viele nicht mehr vorstellen können, wie es noch in den 80er Jahren im Odenwald ausgesehen hat. Bauernhäuser sind schließlich keine Kulturdenkmäler, sondern Gebrauchsgegenstände." Das bedeutet, daß sie den modernen agrarischen Produktionsmethoden angepaßt werden (müssen) oder aufgegeben werden und verrotten.

„Was sollen wir mit dem Glump", lautet häufig die Antwort, wenn die Rede auf erhaltenswerte Bausubstanz, Geräte oder Interieur kommt. Wärmegedämmte Betonwände ersetzen zugiges Fachwerk, furnierte Möbel und Kunststoff treten an Stelle der alten, abgewetzten Holzeinrichtung, die Wäschetruhe weicht dem Fernsehschrank. Ein Tatbestand, den man bedauern mag oder nicht, jedenfalls gilt es, daraus Konsequenzen zu ziehen: Nicht nur die Lebensumstände längst vergangener Zeiten sind zu dokumentieren, sondern auch die des 20. Jahrhunderts. In eine Bauernstube der 30er Jahre gehört eben auch der Volksempfänger.

In Skandinavien und Norddeutschland (Cloppenburg 1934) hat man früh erkannt, daß museales Bewahren bäuerlicher Lebens- und Kulturformen unumgänglich ist, will man sie für die Zukunft retten. Eine Besonderheit von „Bauernhaus-Museen" (wie der Heimatmuseen überhaupt) ist die Darstellung regionaler Kulturleistungen im weitesten Sinne. Für sie ist es daher am wichtigsten, gerade jene Dinge zu sammeln, die dem großen Überblick als marginal erscheinen, die aber als Ganzes (bei entsprechender Darbietung) die Vielfältigkeit und ebenso die Einheit eines Kleinraumes dokumentieren.

Dies scheint leichter gesagt als getan. Eine ganze Reihe Beispiele bieten nicht geglückte Lösungen, vollgestopfte Räumen mit beziehungslosem Material. In Gottersdorf will man aus den Fehlern lernen. Man hat, wie es heutiger „Philosophie" entspricht, die Typologie der Häuser nach Volksstämmen aufgegeben. Im Vordergrund steht die Frage nach der Funktionalität, die Abhängigkeit der Familienstruktur von der Struktur des Hauses und umgekehrt. Und hat der Zahn der Zeit auch an den Bauwerken oft bedenklich stark genagt, wird nach Möglichkeit nicht kaschiert: auch Umbauten werden nicht korrigiert, sondern bewußt übernommen und dokumentiert. Bei der notwendigen Restaurierung ist man „nicht auf Äußeres aus". Verputztes Fachwerk etwa wird nicht freigelegt.

Museumsleiter Naumann: „Wir folgen dabei der Vorstellung vom Haus als Gebrauchsgegenstand" (ein Vorbild ist das Fränkische Freilandmuseum in Bad Windsheim). Mobiliar, Dekoration, Gerätschaften haben im Konzept einen höheren Stellenwert, zeigen noch mehr als die Architektur das Landschaftstypische. Und gezeigt wird das soziale Leben der bäuerlichen Gemeinschaft am Dorf. Nur bei einem verzichtet man bewußt auf Originalität: Die Fundamente der Häuser sind aus Beton. Der Boden würde anderes nicht zulassen. Naumann: „Hier hätte früher bestimmt niemand gebaut."

2,80 Mark Taschengeld für Fünfjährige

SAD, New York

Amerikanische Kinder aus Familien mit berufstätigen Müttern bekommen durchschnittlich umgerechnet 6,68 Mark Taschengeld in der Woche. Nach einer Erhebung der Fachzeitschrift „Working Mother" beginnt das durchschnittliche wöchentliche Taschengeld mit umgerechnet 2,80 Mark für die Fünfjährigen und erreicht 16,26 Mark bei den 16jährigen. 70 Prozent der Eltern erwarten von ihren Kindern eine Gegenleistung wie gute Schulnoten oder regelmäßiges Aufräumen. Das Familieneinkommen scheint für die Höhe des Taschengeldes keine Rolle zu spielen: „Auch wohlhabende Familien geben höchstens 50 Cents oder einen Dollar mehr."

Blutiger Bandenkrieg

dpa, Catanzaro

Eine „Geschäftsverhandlung" zwischen Mafiosi endete am Dienstag in Vibo Valentia (Kalabrien) mit vier Toten und einem Schwerverletzten. Die fünf Männer wollten angeblich über den Verkauf einer Schafherde verhandeln, als einer von ihnen mit einer abgesägten Schrotflinte das Feuer eröffnete. Seit Wochen tobt in der südlichsten Region Italiens ein Bandenkrieg, der bereits 90 Todesopfer gefordert hat.

„Bobbys" Eltern ermordet

AP, Boulder/Montana

Die Eltern des „Dallas"-Stars Patrick Duffy („Bobby Ewing") sind am Dienstag in ihrer eigenen Gaststätte in Boulder (US-Bundesstaat Montana) ermordet worden. Zwei 19jährige Männer wurden festgenommen. Das Motiv für die Bluttat steht noch nicht fest.

Unwetter über England

dpa, London

Weite Teile Großbritanniens wurden in der Nacht zum Mittwoch von Unwettern heimgesucht. Der Fährverkehr über den Kanal war zeitweise unterbrochen. Der wichtigste Zufahrtsweg zum Fährhafen Dover über einen Viadukt mußte wegen des Sturms geschlossen werden.

Tote bei Wohnungsbrand

dpa, Halver/Märkischer Kreis

Bei einem Wohnungsbrand sind am Dienstag im sauerländischen Halver ein Vater und seine beiden zwei und drei Jahre alten Kinder ums Leben gekommen. Die Mutter erlitt schwere Rauchvergiftungen.

Geringes Risiko

AP, Berlin

Das Bundesgesundheitsamt in Berlin hat festgestellt: Ein Aufenthalt in Kindertagesstätten, deren Einrichtung mit pentachlorphenolhaltigen Holzschutzmitteln behandelt wurde, ist so gut wie ungefährlich. Die tägliche Reinigung der Räume mit feuchtem Auf- und Staubwischen sowie Lüftung seien die beste Voraussetzung, um eine Belastung zu vermeiden.

Mädchen sollen forschen

AP, Bonn

Mit einer Anzeigenkampagne will die Stiftung „Jugend forscht" dafür werben, daß sich mehr Mädchen an diesen Wettbewerben beteiligen. Zur Zeit liegt der Anteil weiblicher Beiträge nur bei 20 Prozent.

ZU GUTER LETZT

„Es war nicht die Hand Gottes, es war meine", verriet jetzt Argentiniens Fußball-Star Diego Maradona. Damit ist bestätigt, daß sein Führungstor beim Viertelfinalspiel der Fußball-Weltmeisterschaft zwischen Argentinien und England am 22. Juni in Mexiko (2:1) irregulär zustande kam. Damals hatte er behauptet, es seien „ein bißchen Gottes Hand und ein bißchen Maradonas Kopf" gewesen.

WETTER: Zeitweise Regen

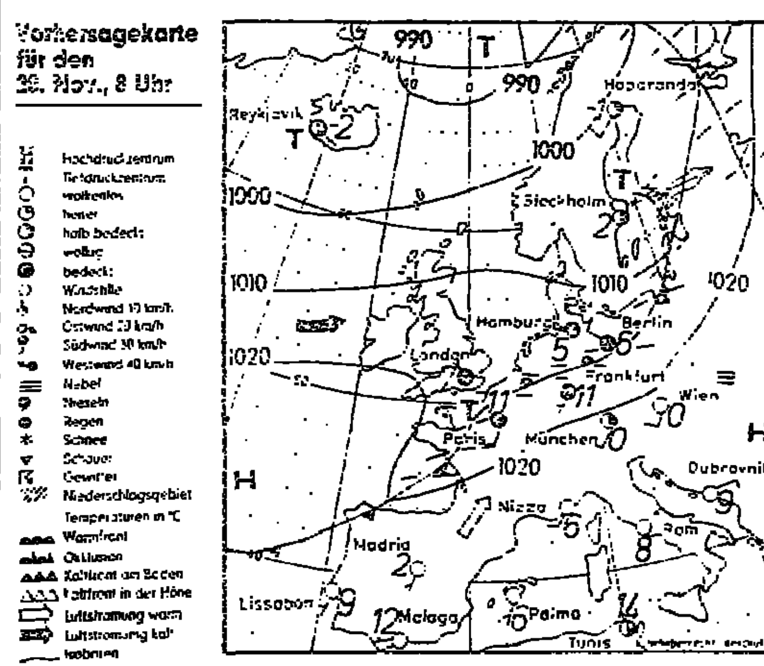
Lage: Ein Tiefausläufer zieht langsam über Deutschland südostwärts.

Vorhersage für Donnerstag: In Norddeutschland Übergang zu wechselnder Bewölkung und vereinzelt Schauer. Tagestemperaturen zwischen 7 und 12 Grad, nächtliche Abkühlung auf 7 bis 4 Grad. Mäßiger bis frischer Wind aus westlichen Richtungen. Im Süden von Nordwesten zunehmende Bewölkungsverdichtung und nachfolgend Regen. Tageshöchstwerte zwischen 7 und 11 Grad, nachts Tiefstwerte um 4 Grad. Mäßiger Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten: Am Freitag Wetterberuhigung, besonders im Südwesten wieder freundlicher. Zum Samstag erneute Eintrübung von Nordwesten her.

Sonnenaufgang am Freitag: 7.49 Uhr*, Untergang: 16.27 Uhr. **Mondaufgang:** 19.52 Uhr, Untergang: 12.38 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 20. Nov., 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	10	R
Bielefeld	12	Sp
Braunlage	6	R
Bremen	11	Sp
Dortmund	11	bd
Dresden	10	R
Düsseldorf	12	bd
Erfurt	10	bd
Essen	10	R
Feldberg/S	5	bw
Flensburg	11	Sp
Frankfurt/M.	9	R
Freiburg	14	bd
Garmisch	7	be
Greifswald	10	R
Hamburg	10	R
Hannover	12	bd
Kahler Asten	5	Sp
Kassel	6	bd
Kempten	9	bw
Kiel	11	R
Koblenz	12	bd
Köln-Bonn	11	R
Konstanz	8	bw
Leipzig	10	bw
List/Sylt	11	bw
Lübeck	11	R
Mannheim	10	bd
München	12	be
Münster	11	R
Norderney	11	bd
Nürnberg	8	R
Oberstdorf	8	be
Passau	3	bd
Saarbrücken	9	bd
Stuttgart	12	bd
Trier	9	R
Zugspitze	−4	be
Ausland:		
Algier	16	R
Amsterdam	12	R
Athen	15	be
Barcelona	13	wl
Belgrad	6	bd
Bordeaux	12	bw
Bozen	10	be
Brüssel	11	R
Budapest	6	bd
Bukarest	3	bd
Casablanca	15	be
Dublin	7	bw
Dubrovnik	19	be
Edinburgh	6	be
Faro	18	be
Florenz	15	wl
Genf	7	bd
Helsinki	5	R
Hongkong	19	bd
Innsbruck	8	be
Istanbul	12	be
Kairo	22	be
Klagenfurt	6	be
Konstanza	2	bd
Kopenhagen	9	R
Korfu	18	be
Las Palmas	21	be
Leningrad	3	bd
Lissabon	16	be
Locarno	11	be
London	11	R
Los Angeles	18	be
Luxemburg	6	R
Madrid	5	be
Mailand	13	wl
Malaga	18	be
Mallorca	19	he
Moskau	1	bd
Neapel	19	be
New York	2	bd
Nizza	17	be
Oslo	3	bw
Ostende	12	R
Palermo	16	bw
Paris	11	R
Peking	10	be
Prag	10	be
Rhodos	19	be
Rom	12	be
Salzburg	11	be
Singapur	31	bw
Split	18	he
Stockholm	5	R
Straßburg	11	be
Tel Aviv	19	he
Tokio	17	bw
Tunis	17	Gw
Valencia	16	he
Varna	6	wl
Venedig	15	be
Warschau	8	he
Wien	4	Ne
Zürich	11	be

bd = bedeckt, bw = bewölkt, Gr = Graupel, Gw = Gewitter, he = heiter, IW = in Wolken, Ne = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer, S = Schneefall o. Schneeschauer, Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen, wl = wolkenlos, – = keine Angabe

LEUTE HEUTE

Pfahlbürger

Eigentlich sollte **Hans-Dietrich Genscher** am Dienstag abend in Madrid sein – aber „das ging nicht", denn er durfte bei der Einweihung des Vereinshauses der „Narrengarde Paohlbürger" in Münster nicht fehlen. Als „Ehrensenator" der Karnevalsgesellschaft erinnerte der Politiker an seinen „Freispruch" vor dem „Tennengericht". Man hatte ihm vorgeworfen, die Aufsichtspflicht gegenüber seinem „Mündel", Staatsminister **Jürgen Möllemann** (FDP), verletzt zu haben. Der sei zum „bedeutendsten Staatsschauspieler der Bundesrepublik avanciert", da er es meisterhaft verstehe, den Eindruck zu erwecken, als vertrete er eine große Partei. Genscher berichtete auch von einem „Friedensangebot aus München": Er möge nicht so lange Außenminister bleiben, wie Moskaus **Andrej Gromyko** es war.

Prozeß gegen Reh wieder aufgerollt

dpa, Essen

Zum zweiten Male hat vor dem Essener Landgericht der Prozeß gegen den als „König von Sylt" bekannt gewordenen Wolfgang Reh begonnen, der mit seinen Immobiliengeschäften auf der Insel in Konkurs gegangen war und laut Anklage die Volksbank Oberhausen um 145 Millionen Mark geschädigt haben soll. Die Wiederaufnahme des Verfahrens war erforderlich geworden, weil durch Erkrankung des Richters die zulässige Unterbrechungsfrist von 30 Tagen überschritten worden war.

Mit Reh sitzen ein ehemaliger Mitarbeiter und zwei frühere Direktoren der Volksbank Oberhausen vor Gericht. In der Anklageschrift, die zum zweiten Mal verlesen wurde, wird Reh vorgehalten, er habe die ehemaligen Bankdirektoren zur Untreue angestiftet, um immer wieder Kredite für seine Immobiliengeschäfte zu bekommen. Seine Kunden, von denen einige ein Jahreseinkommen von weniger als 20 000 Mark hatten, sollten die Häuser ohne einen Pfennig Eigenkapital bauen können. Die Kredite habe Reh mit überhöhten Wertgutachten des Sylter Immobilienbesitzes erschlichen.



Wieder vor Gericht: Wolfgang Reh FOTO: DPA

Wieder Fälle von Muschelvergiftung

dpa, Saarbrücken

Im Saarland sind nach dem Verzehr von Miesmuscheln mindestens 15 Menschen erkrankt. Sie litten an Erbrechen sowie Kopf- und Magenschmerzen. Das saarländische Gesundheitsministerium empfahl, vorläufig auf den Verkauf und den Verzehr von Muscheln aus den Küstenbereichen zwischen den Mündungen von Ems, Weser und Elbe zu verzichten. Zugleich wurden für das Saarland Untersuchungen von Muscheln auch aus anderen Herkunftsgebieten angeordnet.

In den vergangenen Wochen sind in vielen Orten Muscheln wegen der Anreicherung mit gesundheitsschädigenden Stoffwechselprodukten aus Algen aus dem Verkehr gezogen worden. Derzeit sind nach Angaben des niedersächsischen Landwirtschaftsministerium keine Miesmuscheln aus dem Küstengebiet mehr im Handel.

Aufgewärmt schmeckt er am besten

Überall in Norddeutschland treiben jetzt die Palmen. Sie brauchen allerdings keine Sonne, sondern warten auf Frost. Die Rede ist von einem besonderen Gewächs: der Oldenburger Palme. Grün und kraus in den großen Topf geworfen, kitzelt ihr Aroma Nasen, Gaumen und heizt den Durst an. Kenner wissen: Es kann sich nur um eine deftige Winterdelikatesse handeln.

Am Buß- und Bettag beginnt traditionsgemäß die Grünkohlzeit. Sie gehört inzwischen nicht nur in Norddeutschland zu den kulinarischen Höhepunkten des Jahres, sogar Spanier und Australier lassen sich die edlen Blätter nebst Pinkel schicken.

Pinkel? Da mögen Uneingeweihte die Nase rümpfen und an ihren Magen denken, der die graubraune gar nicht ansehnliche fette Masse verdauen soll. Pinkel aber gehört in Bremen, Oldenburg und drum herum zu einem der ältesten geschätzten Volksnahrungsmittel.

Der Bremer Feinkosthändler Jürgen Dewett Schmidt hat den Bogen raus, das norddeutsche Nationalgericht zu verschicken. Er schweißt Kohl und Pinkel getrennt ein. „Dann hält es sich vier Wochen", weiß der Spezialist. Der Inhaber eines Feinschmeckerlokals in Bremen hat zu Beginn der Saison schon viele Portionen über die Meere versandt.

Wer will denn nun wen verkohlen? Da halten wir es mit der Festordnung, die bei jeder traditionellen Kohlfahrt eingehalten werden sollte. Unter Paragraph drei heißt es: finstere Mienen, Skatkarten, Knobelbecher, Grillen und artverwandte Tiere sind an der Garderobe abzugeben. Und noch etwas: Jeder darf nicht mehr trinken, als er mit Gewalt herunterkriegen kann. Bier und klarer Schnaps, aber auch Rotwein helfen dem gequälten Magen wieder Luft für Nachschub zu schaffen.

Schon Tacitus kannte Kohl und Pinkel. Und der niederländische Philosoph Lipsius schwärmte nach dem ersten Genuß um 1570: „Es war ein herrlich Gericht', dies ungeheure Kumm' voll des brunen und grünen Kohls. Einen Fingerbreit darüber fließt die Brüh' von Schweinefett, ich habe sie mit recht Genuß verschlungen." Der Globetrotter ließ auf einer Deutschland-Reise seine Kutsche in Oldenburg halten und reiste von dannen als Grünkohl-Fan.

Doch Fan ist nicht gleich Fan. Die Norddeutschen insbesondere schwören zwar vereint auf die Kohlmassen, sind sich aber bei den notwendigen Zutaten gar nicht grün. Im Holsteinischen ist geräucherter Speck eine der Hauptbeilagen; in Hamburg gehören gesüßte Kartoffeln dazu und die Bremer wie Oldenburger mögen ihren Pinkel nicht missen, während sich bei Kasseler und geräucherter Mettwurst alle wieder vereinen.

Eine weitere Variante bieten die Westfalen. Da werden Kohl, Schmalz, Mettwurst und Salzkartoffeln in einem Topf zusammen gekocht. Westfalen ist halt schon sehr südlich.

Wer den geheimnisvollen Pinkel kennenlernen möchte, stößt trotz des Breis bei den Eingeweihten auf Granit. Das Rezept wird als Verschlußsache behandelt, nur innerhalb der Familien weitergegeben. Bekannt sind allerdings einige Zutaten: Hafergrütze, Schweineflomen, Zwiebeln, Pfeffer, Piment und Salz. Der Kohl wiederum wird mit Schmalz und Zwiebeln, Nelkenpfeffer (Piment), Salz und Pfeffer angerichtet. Der Speck muß mitdünsten, ob ungeräuchert oder geräuchert.

Grünkohl wächst auf etwa 100 Hektar Anbaufläche vorwiegend im Weser-Ems-Gebiet. Übrigens: Aufgewärmt schmeckt er am besten.

WINFRIED WESSENDORF

Ein Bild der Wissenschaft im hohlen Bauch der „Auster"

Berliner Kongreßhalle vor der Wiedereröffnung

GERALD MACKENTHUN, Berlin

Spätestens am 12. Juni nächsten Jahres soll die Kongreßhalle im alten Glanz wiedererstanden sein. Dann soll die Ausstellung „Wissenschaften in Berlin" ihre Tore in jener „schwangeren Auster" öffnen, die vor sechseinhalb Jahren teilweise einstürzte und jetzt für 83 Millionen Mark wieder aufgerichtet wird. Die Ausstellung ist Teil der 750-Jahr-Feiern. Sie soll einen Einblick in das wissenschaftliche Leben des damaligen und heutigen Berlins geben. Das Konzept wurde jetzt von dem Architekten Klaus Jürgen Sembach vorgestellt.

Ein Großteil des Außengerüstes ist bereits abgetragen, die „Hutkrempe" – jener Teil, der im Mai 1980 einstürzte, einen Menschen tötete und einen weiteren schwer verletzte – schwebt wieder frei in der Luft. Mit der Renovierung sei die damalige „klassische Fehlkonstruktion", so Architekt Sembach, korrigiert worden. Innen sieht es aber noch wie auf einer Baustelle aus. Nach Intervention des Landeskonservators wird die Innenarchitektur bis in die typische Farbgebung der 50er Jahre hinein rekonstruiert. Vollständig wird der Berliner seine Kongreßhalle zunächst nicht wiedersehen können, denn für die zentrale Halle ist im Rahmen der Wissenschaftsausstellung etwas Besonderes vorgesehen. Der abfallende Boden, auf dem früher Stühle für mehr als 1200 Besucher standen, wird „begradigt" und darauf eine begehbare, acht Meter hohe Pyramide errichtet.

„Das Unsichtbare sichtbar machen" lautet das Motto dieses Ausstellungsteils, in dem etwa das Innenleben römischer Statuen, die Arbeitsweise der Computertomographie und die „Entdeckung" des Unbewußten durch die Psychoanalyse veranschaulicht werden sollen. Der „zentrale Ort der Ausstellung" wird sich jedoch unter dem Hängebauch des Konferenzsaales befinden – eine Art Walhalla für Wissenschaftler und Gelehrte.

Nach der Ausstellung soll die Kongreßhalle im wesentlichen die gleiche Funktion erhalten wie vor dem Einsturz: Kulturelle Veranstaltungen aller Art, aber auch Parteitage sollen dort „über die Bühne" gehen. (dpa)